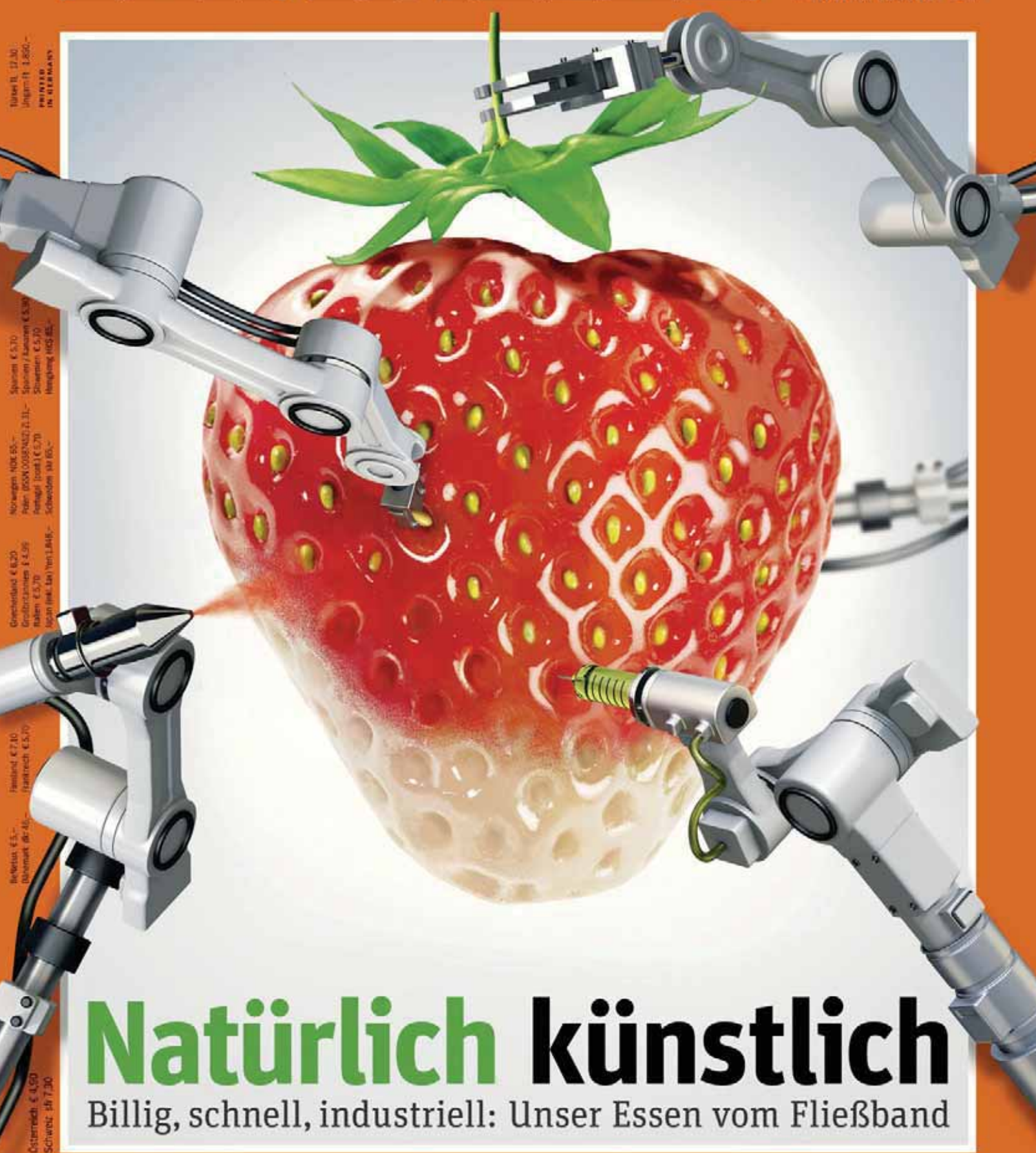




Billig, schnell, industriell: Unser Essen vom Fließband

Hausmitteilung

29. Juli 2013

Betr.: Titel, Burma, Botho Strauß

Wochenlang versuchten die SPIEGEL-Redakteure Susanne Amann, Michael Fröhling und Udo Ludwig, mit verschiedenen Lebensmittelunternehmen ins Gespräch zu kommen, um zu erfahren, wie genau Essen heute hergestellt wird. Aber niemand war zu einem Gespräch bereit. Lange Telefonate waren nötig, vertrauensbildende Vorgespräche, schließlich öffneten drei Unternehmen für die Titelgeschichte dieses Heftes ihre Fabrik: Unilever, Danone und Dr. Oetker. Der Rest der Branche schweigt weiterhin, das Misstrauen gegenüber den Medien sitzt zu tief, die Industrie fühlt sich zu Unrecht verunglimpft. „Zwischen der Vorstellung der Verbraucher und der Realität der Lebensmittelherstellung herrscht eine riesige Kluft“, sagt Amann. Das werde sich erst ändern, wenn die Industrie lerne, mit Kritik umzugehen. Kulinarisch war die Recherche trotzdem ein Genuss, allein im Langnese-Werk in Heppenheim konnte Amann 13 Sorten Eis probieren (Seite 34).



MARTIN LEISSL / DER SPIEGEL

Amann, Langnese-Manager Alexander Weiß

Noch vor einem Jahr war die Zensurbehörde in Rangun eine der wichtigsten Machtzentralen des Landes, hier mussten die Chefredakteure die Entwürfe ihrer Artikel einreichen, hier wurde die Wirklichkeit täglich neu beschnitten. Nun müssen die ehemaligen Zensoren die Feinheiten des burmesischen Urheberrechts lernen, im Auftrag des Informationsministeriums. Sehr viel hat sich geändert in Burma, in sehr kurzer Zeit. SPIEGEL-Redakteurin Sandra Schulz hat die alten und



SANDRA HOYN / DER SPIEGEL

Schulz, Ye Htut

neuen Orte der Macht besucht, sie wollte wissen, wie viel Freiheit in Burma heute möglich ist. Schulz sprach mit ehemaligen politischen Häftlingen und mit Journalisten, traf den stellvertretenden Informationsminister Ye Htut, der sich nun als Reformler und Sympathieträger präsentiert. Ein Mann hat Schulz besonders fasziniert: Tint Swe, der alte Chefsensor von Burma; heute ist er Fernsehdirektor. Ein Mann, der immer gewinnt – und damit typisch ist für viele der alten Eliten, die in Burma auch weiterhin noch das Sagen haben (Seite 84).

Gut 20 Jahre nach dem „Anschwellenden Bocksgesang“ veröffentlicht der Schriftsteller Botho Strauß wieder einen großen Essay im SPIEGEL, und wieder scheint er ein Kommentar zum aktuellen Zeitgeschehen zu sein, sein Titel: „Der Plurimi-Faktor“. Der Text beschäftigt sich auch mit der Frage nach dem Verbleib von Diskretion und Heimlichkeit in Zeiten der Online-Selbstentblößung. „Es ist ein Thema, das Strauß schon länger beschäftigt“, sagt SPIEGEL-Redakteur Volker Hage, der den medienscheuen Strauß seit mehr als 30 Jahren kennt, „und wieder hat Strauß einen wachen Blick für mögliche Entwicklungen. Das macht seine Beobachtungen so überraschend und anregend“ (Seite 108).

In diesem Heft

Titel

Wie die Produktion von Lebensmitteln zu einer hochindustrialisierten Hightech-Wissenschaft werden konnte 34
Retortenfleisch aus dem Biolabor? 40

Deutschland

Panorama: Entschädigung für Sicherungsverwahrte / Vermutlich illegale FDP-Werbung / Berliner Investor Hinkel war Doppelagent 15
Geheimdienste: Die PR-Tricks der Bundesregierung in der NSA-Affäre 20
NSA-Dokument über Datensätze aus Deutschland 22
Im SPIEGEL-Gespräch hält Otto Schily die Furcht vor dem Überwachungsstaat für paranoid 24
Thüringen: Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht vergoldete den Ruhestand ihres Sprechers, trotz Warnungen ihrer Beamten 27
Afghanistan: Der drohende vollständige US-Abzug bringt Berlin in Schwierigkeiten 28
Karrieren: Wie Verteidigungsminister de Maizière vom Hüter preußischer Tugenden zum Trickser und Tauscher wurde 30
Strafjustiz: Der NSU-Prozess ist weiter vorangekommen, als anfangs zu erwarten war ... 32
Bundesgerichtshof: Am höchsten deutschen Strafgericht urteilen Richter, ohne die Akten gelesen zu haben 44
Bundestagswahl: Unterlagen zur Abstimmung per Brief lassen sich leicht fälschen 46
Gesundheit: In einer medizinischen Schattenwirtschaft behandeln Ärzte ehrenamtlich nichtversicherte Patienten 48
Hochzeiten: Der Trend zur umweltbewussten Feier – mit Bioseidenkleid, pestizidfreien Blumen und Ringen aus Recycling-Gold 51

Gesellschaft

Szene: Rucksackkamera auf Hawaii / Der Mensch als Wasserfreund 52
Eine Meldung und ihre Geschichte – warum sich ein deutscher Rentner im Garten eine Kirche gebaut hat 53
Mobilität: Wie Car-Sharing das Leben in der Großstadt verändert 54
Homestory: Der Irrtum Mittelmeer 59

Wirtschaft

Trends: Siemens-Chef Löscher vor der Ablösung / BaFin misstraut Schiffsfinanzierern 60
Unternehmen: Wie SAP sich zwischen Walldorf und Palo Alto neu erfinden will 62
Globalisierung: Auch der neue Apple-Zulieferer muss sich Ausbeutung chinesischer Arbeiter vorwerfen lassen 66
Serie (Teil V): Spaniens Banken finden keinen Weg aus der Immobilienkrise 68
Mobilfunk: E-Plus-Chef Thorsten Dirks über die gemeinsame Zukunft mit O2 70

Ausland

Panorama: Politikverbot für Berlusconi? / Undercover-Agenten stiften Demonstranten in Brasilien zur Gewalt an 72
Ägypten: Der Machtkampf zwischen Militär und Muslimbruderschaft 74
USA: Präsidentenberater John Podesta fordert stärkere Kontrolle des Geheimdienstes NSA 78
Simbabwe: Kurz vor den Wahlen wurden massiv die Wählerlisten manipuliert 79
Osteuropa: SPIEGEL-Gespräch mit Publizist Adam Michnik über Spätwirkungen des Kommunismus und die Proteste in Bulgarien 81

Pofalla

Ein bisschen Aufklärung

Seiten 20, 22, 24

Sieben Wochen nach Beginn der NSA-Enthüllungen versucht Kanzleramtsminister Pofalla sich als Aufklärer. Der SPIEGEL druckt weitere Dokumente der NSA. Und Otto Schily rät der SPD, die Sache nicht zum Wahlkampfthema zu machen.

SAP: Ein Konzern sucht sich selbst

s. 62

Mitten im größten Umbau seiner Geschichte verliert der Software-Konzern SAP einen seiner Vorstandschefs. Firmengründer Hasso Plattner hatte zuvor einen Großteil der Macht in die USA verlagert – und provoziert einen Kulturkampf, den es gar nicht brauchte.

Apple: Zulieferer am Pranger

Seite 66

Jahrelang stand Apple in der Kritik wegen mieser Arbeitsbedingungen in chinesischen Fabriken seines Zulieferers Foxconn. Doch in den neuen Produktionsstätten geht es laut Undercover-Recherchen noch härter zu, mit unbezahlten Überstunden, fehlender Schutzkleidung und Beschimpfungen.



Kinder in Khayelitsha

Die Kraft des Fußballs

Seite 90

In Khayelitsha, einer Township in Kapstadt, gründete ein früherer Zivildienstleistender aus Bayern 2007 eine Fußballschule. Heute bietet das preisgekrönte Camp Tausenden Kindern Zuflucht vor der alltäglichen Gewalt – und gilt als Gegenmodell zu den millionenschweren Sozialprojekten der Fifa nach der WM in Südafrika.



Islamisten in Kairo

Allah und die Macht der Straße

Seite 74

Der Arabische Frühling versinkt im Chaos, politische Richtungskämpfe werden zu Schlachten auf Marktplätzen. Die radikalen Religiösen fühlen sich als Verlierer und drohen mit Terror – das Ende des politischen Islam?

Die Erfindung der Spiritualität

Seite 96

Religionsforscher enthüllen die wahren Ursprünge asiatischer Geisteslehren: Was heute als uralte Spiritualität gilt, entstand vor rund hundert Jahren für ein westliches Publikum. Das Yoga ist eine Erfindung europäischer Turner.

Döpfners Deal

Seite 122

Mit dem Verkauf eines ganzen Pakets von Zeitungen und Zeitschriften an die Essener Funke-Gruppe markiert der Axel-Springer-Konzern seine Abkehr vom klassischen Journalismus. Doch was tritt an dessen Stelle?

Sucht nach Ruhm

Seite 114

Die Regisseurin Sofia Coppola greift in ihrem neuen Film „The Bling Ring“ einen bizarren Kriminalfall auf. Sie erzählt von einer Jugendbande, die in Los Angeles in die Villen Prominenter einbrach. In der amüsanten Satire über Ruhmsucht, Eitelkeit und Exhibitionismus spielt „Harry Potter“-Star Emma Watson eine der Hauptrollen.



Watson in „The Bling Ring“

TOBIS FILM

Burma: In dem sich verändernden Land treffen nun Opfer und Täter der Militärdiktatur aufeinander 84
Global Village: Warum bei einer niederländischen Familie Wände wackeln und Betten vibrieren 88

Sport

Szene: Rudertraining mit akustischem Signal / Spielergewerkschaft rät abgeschobenen Fußballprofis zur Klage 89
Südafrika: Ein ehemaliger Zivi aus Bayern hat in der größten Township Kapstadts eine preisgekrönte Fußballschule aufgezogen ... 90
Leichtathletik: Stabhochspringer Björn Otto gilt als deutscher Vorzeigesportler 93

Wissenschaft • Technik

Prisma: Transformer-Drohnen bauen sich selbst zusammen / Kaffee verhindert Selbstmorde 94
Religionsgeschichte: Wie die indische Spiritualität einst im Westen erfunden wurde ... 96
Energiewende: Küstenstädte leiden unter dem vorläufigen Ende des Offshore-Booms 102
Tiere: Arbeitsmoral und Stressresistenz – was der Mensch von der Ratte lernen kann 104

Kultur

Szene: Realsatire beim Suhrkamp-Verlag / Sensationswerk des Lichtkünstlers James Turrell im New Yorker Guggenheim-Museum 106
Essay: Botho Strauß' Anmerkungen zum Außenseiter 108
Prozesse: Meese-Anwalt Pascal Decker über die Kunstfreiheit 113
Kino: Sofia Coppolas Film über eine Jugendbande, die in Prominentenvillen einbricht 114
Kunstmarkt: Wie eine international agierende Gruppe mutmaßlich falsche russische Avantgarde-Kunst zu Millionen gemacht haben soll 116
Bestseller 119
Buchkritik: Erzählband der US-Kultautorin Amy Hempel 120

Medien

Trends: Interview mit dem ZDF-Schreihals Hans-Joachim Heist über seine Hass-Attacken in der „heute-show“ / Creme-Hersteller hat Ärger mit „Shades of Grey“-Verlag 121
Verlage: Springer-Chef Mathias Döpfner verkauft nur eines noch raffinierter als das Medienerbe seines Konzerns – sich selbst 122

Briefe 10
Impressum, Leserservice 128
Register 130
Personalien 132
Hohlspiegel / Rückspiegel 134

Titelbild: Montage DER SPIEGEL; Illustrationen John Harwood für den SPIEGEL, stockelementskunkel

Der Revolutionär

Mit Teekannen und Turnschuhen will der Designer Friedrich von Borries die Welt verbessern. Außerdem im KulturSPIEGEL: das Comeback des Automaten; die Schauspielerin Greta Gerwig.





SPIEGEL-Titel 30/2013

„Nach den bisher bekannten Meldungen ist nur diese Schlussfolgerung naheliegend: In Sachen NSA ist die deutsche Informationspolitik parteiübergreifend heuchlerisch, scheinheilig, volksverdummend.“

GÜNTER FLUCK, STUTTGART

Nr. 30/2013, Der Pakt – Außer Kontrolle: Die geheime Zusammenarbeit von NSA, BND und Verfassungsschutz

Unerträgliches Geeiere

Ach, unsere arme Kanzlerin! Jetzt muss sie auch noch so tun, als wüsste sie nichts von der umfassenden Spionage der „amerikanischen Freunde“ im privaten wie auch wirtschaftlichen Bereich. Nun muss sie das auch noch verurteilen, obwohl sie offenbar immer damit einverstanden war – nur weil gerade Wahlkampf ist.

WOLFGANG SCHMIDT, LAGE (NRW)

Ich verstehe die Kritik nicht, ich bin mit der Zusammenarbeit einverstanden. Der 11. September hat alles verändert. Selbstmordattentäter wollen nun so viele Menschen wie möglich mit in den Tod nehmen. Da kann man nicht zuschauen, bis etwas passiert! Ich erwarte daher als Staatsbürger, für den Sicherheit eine Grundbedingung für Freiheit ist, dass BND und NSA intensiv zusammenarbeiten und die neuesten technologischen Möglichkeiten zur Terrorabwehr nutzen.

THOMAS HERZEL, WIEN

Man wird das Gefühl nicht los, dass BND-Präsident Schindler der großen NSA um jeden Preis gefallen wollte. Das hat etwas von einem Fußballclub aus der Provinz, der zum Starensble aus der Großstadt bewundernd hochschaut.

VAHITI ALIHI, FRANKFURT AM MAIN

Die etablierten Parteien haben offenbar keine fundierte Antwort auf die Herausforderungen, die sich durch die neuen Kommunikationsformen ergeben. Die Verletzung elementarer Grundrechte und des Völkerrechts werden achselzuckend hingenommen, und die Regierung geht auf Tauchstation.

DR. KLAUS DIERLICH, DÜSSELDORF

Big Data ist Wissen, Wissen ist Macht, unkontrollierte Macht Diktatur und Ende der Freiheit. Snowden hat dies erkannt. Die US-Amerikaner sollten sich an den

Urknall ihrer Staatsgründung erinnern, die Unabhängigkeitserklärung von 1776. In ihr findet sich nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht jedes Bürgers zum Sturz der Regierung, wenn diese autoritäre Züge entwickelt und Bürgerrechte nicht mehr garantieren kann.

RONALD ENGELMANN, LIMBURG

Auch als Merkel-Gegner hatte man in der Vergangenheit grundsätzlich das Gefühl, dass die Bundeskanzlerin ehrlich und uneitel ist und sich um die Interessen der Deutschen sorgt. „Mutti“ halt. Jetzt kommt der „Big Brother“ raus, und es zeigt sich eine Kanzlerin, die das Volk an der Nase rumführt, deutschen und ame-



Bundeskanzlerin Merkel

ikanischen Geheimdiensten intimste Daten auf dem Silbertablett serviert und an die komplett irre Vision eines Überwachungsstaates glaubt. Sie sollte es aus ihrer eigenen Geschichte besser wissen.

VOLKER THOMS, BERLIN

Das Geeiere der Kanzlerin ist mittlerweile unerträglich.

WOLFGANG LANGENKAMP, WUPPERTAL

Die wirkliche Katastrophe wäre doch, wenn unsere Geheimdienste und führenden Politiker wirklich keine Ahnung hätten. Übrigens, sämtliche Parteien sind in diesen Pakt miteingebunden, alle sind doch in den verschiedenen Ausschüssen vertreten.

HELMUT LAYH, STEINENBRONN (BAD.-WÜRTT.)

Nr. 29/2013, Kommentar: Klaus Brinkbäumer kritisiert das manische Amerika

Faseln von Freundschaft

Klaus Brinkbäumer hat recht. Knapp und zutreffend stellt er die Diagnose: Amerika ist krank. Geisteskrank! Der amerikanische Traum ist endgültig zum Alptraum mutiert.

WERNER KRÖLL, KISSELBACH (RHL.-PF.)

Diejenigen, die das Durchforsten der Kommunikationswelt anordnen, handeln weder manisch, noch sind sie anderweitig medizinisch auffällig. Sie handeln vielmehr in der Logik einer im Niedergang befindlichen Supermacht ausgesprochen kühl und rational. „Full-spectrum dominance“ ist das Ziel. Die Verbündeten sind dabei nur so lange Partner, wie sie bereit sind, dieses Ziel zu unterstützen. Die Partner in Nato und EU haben diesen Vasallenstatus jahrzehntelang nicht in Frage gestellt und wundern sich nun, dass sie nach dem Ende des Kalten Krieges weiterhin Mittel zum Zweck sind. Sie faseln von Freundschaft, wo die amerikanisch-deutsche Variante nach 1945 lediglich ein Ergebnis der Truman-Doktrin und der geografischen Lage Deutschlands war.

JOCHEN SCHOLZ, SWISTTAL (NRW)

Wie lange lässt sich das Volk diese Art der Gängelung und Hintergehung bürgerlicher Rechte noch gefallen? Es reicht!

DR. MARCUS BREM, HIRBLINGEN (BAYERN)

Ich sehe die Ursache der Überwachungen weniger im 11. September, sondern eher in den technischen Möglichkeiten. Was technisch möglich ist, wird gemacht. Der 11. September dient meiner Meinung nach eher als Legitimierung.

RENE WALLICH, ITZEHOE

Auch ich habe mich schon gefragt, wo der Obama ist, den die Amerikaner gewählt haben. Ist er, in seinen Vorhaben mehrfach ausgebremst, inzwischen müde geworden? Oder ist der Präsident der USA gar nicht so mächtig, wie es den Anschein hat?

JÜRGEN VOSS, BOCHUM

Leider ist die Empörung über die „Prism“-Praktiken der NSA und ähnlicher Geheimdienste in Deutschland immer noch viel zu gering. Verstehen denn wirklich so wenige Menschen, worum es geht, was auf dem Spiel steht? Zu viele Deutsche sind zu hirnlosen Erfüllungsgehilfen einer Regierung mutiert, die lieber vor den unhaltbaren Praktiken einer außer Kontrolle geratenen Weltmacht kuscht, als deutliche Worte zu finden für diese grenzenlose und unverhältnismäßige Überschreitung jeglicher Kompetenzen.

BIANCA DEUBEL, POHLHEIM (HESSEN)

Nr. 29/2013, Wie SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier von den Kabalen an der Parteispitze profitieren will

Zu weich für die Politik

Man kann Steinmeier doch nicht einerseits vorwerfen, dass er viele Wahlkampftermine macht und dabei die erstmaligen Bundestagskandidaten unterstützt, und ihm andererseits unterstellen, dass er sich zu sehr zurückhalte. Träte Steinmeier massiver im Wahlkampf auf, würde die gleiche Presse ihm vorwerfen, er würde dem Kandidaten die Schau stehlen.

ANNA DAMMERMAN, INGELHEIM AM RHEIN

Ich schätze Steinmeier als Menschen sehr, doch für die Politik ist er viel zu weich,



MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Wahlkämpfer Steinbrück, Steinmeier

er ist keine Kämpfernatur. Und die Machtfrau Merkel braucht doch einen richtig starken Gegner – Steinbrück kommt noch, aber der war anfangs etwas ungeschickt. Wenn die SPD wirklich etwas erreichen will, dann gibt es nur den Zusammenhalt zwischen allen dreien – Steinbrück, Steinmeier und Gabriel!

KLAUS BOCK, ROSSTAL-BUCHSCHWABACH

Steinmeier nutzt jede Gelegenheit, um Peer Steinbrück zu unterstützen, und nimmt viele Wahlkampftermine wahr. Diese sind nicht immer so öffentlichkeitswirksam, die große Bühne überlässt er eben Peer Steinbrück – der ist schließlich der Kanzlerkandidat. Die Medien sollten nicht Fehler suchen, sondern einer inhaltlichen Diskussion Platz machen.

HENDRIK PASLIGH, ESSENHEIM (RHLd.-Pf.)

Nr. 29/2013, Der ehemalige HSBC-Mitarbeiter Hervé Falciani wirft den Banken vor, sich auf Kosten der Gesellschaft zu bereichern

Falsches Bild

Herr Falciani hat in seinem Interview zahlreiche Vorwürfe gegen die HSBC erhoben, die ein vollkommen falsches Bild über die Prinzipien der Bank zur Vermeidung von Finanzkriminalität vermitteln. Die Vorwürfe, die Bank habe eigens ein Team eingesetzt und Computersysteme

installiert, um Kunden dabei zu unterstützen, Gelder zu verstecken und kriminelle Finanzaktivitäten durchzuführen, sind völlig haltlos. HSBC unterstützt Kunden nicht bei der Steuerhinterziehung. Wenn Neu- und Bestandskunden hinsichtlich ihrer steuerlichen Pflichten nicht absolute Transparenz schaffen, beenden wir die Kundenbeziehung. Es gibt keine Aufzeichnungen darüber, dass Herr Falciani während seiner Zeit bei der HSBC je seine Bedenken gegenüber dem Management vorgetragen oder unsere offiziellen Whistleblower-Kanäle dazu genutzt hat.

MÉDARD SCHOENMAECKERS, GENF
HEAD OF COMMUNICATIONS, HSBC PRIVATE BANK

Nr. 29/2013, Testurteil unzureichend – die Mängel deutscher Kindertagesstätten

Zweitbeste Lösung

Ich bin staatlich anerkannte Erzieherin und finde, der Artikel hat das Problem sehr gut beschrieben. Doch sollte man nicht vergessen: Weder ist Erzieher ein Job, der angemessen bezahlt wird, noch kommen junge Angestellte über Einjahresverträge hinaus. Wie sollen sie da ökonomisch und vor allem pädagogisch wertvoll arbeiten?

ANNA KRONE, LÜNEBURG

Vielen Dank, dass Sie endlich den Finger in die Wunde der verqueren Kinderpolitik in Deutschland gelegt haben. Was mich aber verwundert, ist, dass Sie nicht auch in unsere Nachbarländer geblickt haben. Da sind sicherlich Lösungsansätze, die in Deutschland einmal diskutiert werden sollten.

FELIX RATHJE, BRÜSSEL

Kinder unter drei Jahren werden am besten gefördert, wenn ihnen ihre Familie eine verständnisvolle und anregende Umgebung bietet. Da aber viele Eltern Bedarf nach Betreuung ihrer Kleinkinder haben, ist die zweitbeste Lösung in Form der qualitativ fundierten öffentlichen Erziehung notwendig. Wie der Artikel deutlich vor Augen führt, ist die Realität der Kita-Erziehung häufig noch weit von diesem Anspruch entfernt.

PROF. ROLAND GORGES, HOHENSTEIN (HESSEN)



DIRK BRUNICK / DER SPIEGEL

Kita-Kinder in München

Nr. 29/2013, Benachteiligt Air Berlin gezielt Frühbucher?

Und dann tschüs

Insbesondere auf den Strecken Stuttgart–Berlin-Tegel und Düsseldorf–Stuttgart sind Air-Berlin-Flüge fast regelmäßig verspätet oder werden storniert. Am Air-Berlin-Schalter wird das auf das sehr wartungsintensive Flugmaterial zurückgeführt. Mein Eindruck ist eher, dass der Grund nichtausgelastete Flugzeuge sind.

KAY GRUPE, DUSSLINGEN (BAD.-WÜRTT.)

Meine Frau und ich buchten ein Jahr im Voraus Air-Berlin-Direktflüge von Hannover nach La Palma, wurden erst über Nürnberg umgebucht, dann strich man den Rückflug von Nürnberg nach Hannover. Eine Entschädigung gab es nicht. Unsere Antwort: nach Jahrzehnten der Treue zu Air Berlin noch einmal die Meilenkonten leerräumen und dann tschüs.

HANS-WERNER BLANCK, BURGDORF (NIEDERS.)

Nr. 29/2013, Eine Senioren-WG als Modell für unsere Mütter und Väter

Alte unter Alten

Dieser Artikel macht Mut, sich in der „Zeit vor der Zeit“ Gedanken zum letzten Lebensabschnitt zu machen. Der Mut der fünf alten Menschen dieser



JORG MÜLLER / AG. FOCUS / DER SPIEGEL

WG-Mitglied Irene mit Helferlin

WG, der Mut der Autorin zu diesem Artikel, verbunden mit der Fragestellung nach der Zukunft der eigenen Eltern, verbreiten ihrerseits Mut. Inhalt, Sprache und die von Respekt getragenen Fotografien dazu sind journalistisch vorbildlich.

HANS-JOACHIM DIENER, HOSSKIRCH (BAD.-WÜRTT.)

Ihre Art, über Menschen unseres Alters zu schreiben, empfinde ich als ärgerlich. Wir sind alle unterschiedlich, und unsere Vorlieben und Interessen sind für jeden Einzelnen unterschiedlich wichtig. Lassen Sie uns also doch bitte auch unterschiedliche Lebensformen leben.

CHRISTA RUPPERT, AACHEN

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Adresse lautet: leserbriefe@spiegel.de



Mautstation vor dem Warnowtunnel in Rostock

LANGBEHN / ACTION PRESS

VERKEHR

Pkw-Maut bringt nur 700 Millionen Euro

Eine Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen, wie sie Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) und seine Partei propagieren, würde nur zu Mehreinnahmen von 700 Millionen Euro führen. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten, das unter anderem vom Maut-Dienstleister Ages erstellt worden ist. Das Gutachten geht von einer gestaffelten Vignette mit Gebühren von 10 Euro (für 10 Tage) bis 100 Euro (für ein Jahr) aus. Die Einnahmen beliefen sich dadurch auf 4,2 Milliarden Euro pro Jahr, davon entfielen allerdings 3,3 Milliarden Euro auf



Ramsauer

inländische Fahrer, die nach dem CSU-Vorschlag an anderer Stelle entlastet werden sollen. Den Berechnungen der Experten zufolge könnten ausländische Pkw für 900 Millionen Euro Einnahmen sorgen. Abgezogen werden müssten allerdings die Erfassungskosten in Höhe von 200 Millionen Euro, so dass nur 700 Millionen Euro übrig blieben. Eine von den Länder-Verkehrsministern eingesetzte Expertenkommission hatte den zusätzlichen jährlichen Finanzbedarf für Straßen, Schienen und Wasserstraßen auf 7,2 Milliarden Euro taxiert.

JUSTIZ

Entschädigung für Sicherungsverwahrte

Viele Sicherungsverwahrte können nach einem Beschluss des Oberlandesgerichts München auf eine Entschädigung hoffen. Das Gericht erklärte im Fall eines Autoknackers, der wegen Wiederholungsgefahr fast vier Jahre lang in Verwahrung war, erstmals die Wiederaufnahme des

Verfahrens für zulässig – und ermöglichte so die Geltendmachung von Haftentschädigung. Die Münchner Richter wichen damit von Urteilen anderer Oberlandesgerichte ab. Der Mann kann für etwa 1600 Tage mit fast 40 000 Euro rechnen; er war im März 2011 entlassen worden. Eine solche Entschädigung könnten nun weitere Menschen anstreben, auf die nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Regeln zur Sicherungsverwahrung keine Anwendung mehr hätten finden dürfen. Nach Einschätzung des Ex-

perten Thomas Ullenbruch dürfte dies bundesweit auf mindestens 500 der etwa 1000 Personen zutreffen, gegen die seit 1998 Sicherungsverwahrung angeordnet wurde. Die Entschädigungen könnten sich, so Ullenbruch, „leicht auf 25 Millionen Euro oder mehr summieren“. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Mai 2011 entschieden, dass die Vorschriften zur Sicherungsverwahrung verfassungswidrig waren und nur in besonders schweren Fällen weiterhin angewendet werden durften.

FDP I

Anstößige Wahlwerbung

Die FDP-Bundestagsfraktion hat mit einer Werbeaktion vor der Landtagswahl 2012 in Nordrhein-Westfalen wahrscheinlich gegen das Parteiengesetz verstoßen. Dieser Ansicht ist der Verfassungsgerichtshof des Landes. In einem Beschluss heißt es, ein Werbebrief und ein Kinospot der Fraktion seien eine „in das Kleid der Öffentlichkeit gehüllte Werbebotschaft“ gewesen; es „spricht viel dafür, dass die beanstandeten Werbemaßnahmen“ gegen das Grundgesetz verstießen. Die Bundestagsfraktion hatte kurz vor der NRW-Wahl über drei Millionen Briefe ihres Vorsitzenden Rainer Brüderle an Haushalte verschickt. Die FDP habe die Broschüre offenbar gezielt für den Wahlkampf eingesetzt, befand das Gericht. Somit habe die Fraktion vermutlich gegen das vor Wahlen geltende Mäßigungsgebot verstoßen. Den Antrag der NPD, deshalb die Wahl für ungültig zu erklären, lehnte das Gericht ab. Vor dem Bundesverfassungsgericht ist wegen dieses Vorgangs eine weitere Klage gegen die FDP anhängig.



Brüderle

KAI PRAEFENBACH / REUTERS



Studenten in Jena

JAN-PETER KASPER / FSU / UNIVERSITÄT JENA / PICTURE ALLIANCE / DPA

FDP II

Bafög für alle

Die FDP entdeckt wenige Wochen vor der Bundestagswahl ihre Vorliebe für ein Grundeinkommen: Zumindest alle Studenten sollen Anspruch auf einen monatlichen staatlichen Zuschuss erhalten. Bislang beziehe nur ein gutes Viertel der Studierenden Bafög, heißt es in einem Beschluss des Hannoveraner Kreises, eines Zusammenschlusses liberaler Bildungspolitiker aus Bund und Ländern – künftig müsse die staatliche Unterstützung unabhängig vom Einkommen der Eltern geleistet werden. „Das wäre ein richtiger Qualitätsverbesserungsschritt, der natürlich die Zahl der Empfänger deutlich erhöhen würde“, sagt der bildungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Patrick Meinhardt. Studierende erhalten Bafög in der Regel jeweils zur Hälfte als Zuschuss, der nicht zurückzuzahlen ist, und als zinsloses Darlehen.

Die Bafög-Leistungen sollen nach den Vorstellungen der Liberalen künftig komplett vom Bund übernommen werden. Bislang zahlen die Länder ein Drittel.

BETREUUNGSGELD

Lästige Pflicht

In vielen Bundesländern wurden bisher nur wenige Anträge auf das neue Betreuungsgeld gestellt – auch weil die SPD-geführten Ministerien nicht für die unliebsame Leistung trommeln mögen, die ab August bezogen werden kann. Thüringen zählt keinen einzigen Antrag, Mecklenburg-Vorpommern kommt auf nur 44 Anträge. Auch in Rheinland-Pfalz „kann von einem Ansturm keine Rede sein“, sagt eine Re-

gierungssprecherin, „wir lehnen das Betreuungsgeld nach wie vor ab und tun unsere Pflicht, aber mehr nicht“. Aus dem Thüringer Sozialministerium heißt es: „Das ist nicht unser Lieblingsprojekt, sondern das des Bundes. Warum sollten wir extra für eine Sache werben, der wir skeptisch gegenüberstehen?“

Die geringe Zahl der Anträge zeige, „dass das Betreuungsgeld an den Bedürfnissen der meisten Familien vorbeigeht“, sagt Manuela Schwesig, stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern.

Das bayerische Sozialministerium von Christine Haderthauer (CSU), die zu den Befürwortern der umstrittenen Leistung zählt, setzt dagegen auf eine Werbekampagne: 55 000 Haushalte erhielten einen Flyer, ein Info-Telefon wurde eingerichtet, zudem werden die berechtigten Familien angeschrieben. Bis Ende voriger Woche erhielten 2755 Haushalte im Freistaat fast vollständig ausgefüllte Anträge. Die Angeschriebenen müssten nur noch drei bis fünf Kreuze machen und unterschreiben, so eine Sprecherin der Behörde. Rund 500 Anträge seien schon zurückgeschickt worden.

KOLUMNE

Acht Wochen noch

WAHL
2013

Wir nennen den Namen jetzt nicht, auf keinen Fall. Es geht um eine Frau von 59 Jahren, geboren in Hamburg, derzeit in gehobener politischer Position tätig, aber darüber schweigen wir lieber. So macht sie es auch, nennt den Namen Peer Steinbrück nicht, so gut wie nie, und äußert sich nur im äußersten Notfall zu seiner Tätigkeit. Damit setzt sie die politische Geschichte der Namen fort. Zwei Stränge gibt es. Der eine beginnt spätestens im Mittleren Reich Ägyptens. Das Volk vermied es zeitweise, den Namen des Pharaos zu nennen, aus Angst oder Ehrfurcht. Spätere Kaiser und Könige in aller Welt ließen sich mit „Majestät“ anreden. In den Demokratien sagt man „Herr Präsident“ oder „Frau Bundeskanzlerin“, aber das hat nur noch protokollarische Bedeutung. Die Frau, deren Namen wir hier nicht nennen wollen, ist nicht beleidigt, wenn sie mit Frau ..., wenn sie mit ihrem bürgerlichen Namen angesprochen wird. Sie ist eben nicht „jenes höhere Wesen, das wir verehren“, wie es in Heinrich Bölls Erzählung „Doktor Murkes gesammeltes Schweigen“ ständig heißt, anstelle von Gott. Sie ist eine von uns. Dass wir unsere Politiker beim Namen nennen dürfen, ist ein Zeichen von Demokratisierung. Der zweite Strang der politischen Geschichte der Namen betrifft die Verfeindeten, vor allem in den Diktaturen. Im Stalinis-

Für jene Frau, deren Namen wir hier nicht nennen wollen, ist das Teil ihrer Strategie.

mus war es üblich, jene, die in Unnade fielen, aus Listen und Büchern zu tilgen. Mit den Namen sollte die Erinnerung verschwinden, die Existenz gelöscht werden.

Namen können Kampfmittel sein. Als ich kürzlich mit Wolfgang Porsche zusammensaß, nannte er seine Cousins und Cousinen vom Familienzweig der Piëchs leise lächelnd die „Nichtnamensträger“. Sie alle sind Enkel von Ferdinand Porsche, allen gehört die Porsche Holding, aber der Name Porsche wird offenbar als Grund angesehen, sich ein bisschen besser zu fühlen. Wer mit Namen spielt, spielt mit der Identität und der Zugehörigkeit von anderen.

Für jene Frau, deren Namen wir hier nicht nennen wollen, ist das Teil ihrer Wahlkampfstrategie: Sie übernimmt zum Teil das Programm der SPD und macht die große Konkurrenzpartei damit unkenntlich. Sie befasst sich so gut wie gar nicht mit ihrem Rivalen und macht ihn so zum Kapitän Nemo der Politik, zum Niemand. Damit will sie ihn der Vergessenheit anheimgeben, der Nichtwählbarkeit. Sie macht einen Wahlkampf minus Opposition, und das kennt man eigentlich nur aus Diktaturen.

Sie macht das aus Angst, nicht aus Ehrfurcht. „Sobald man den Teufel

nennt, kommt er g'renn“, heißt ein Sprichwort. Sie hat, obwohl sie die souveräne Kanzlerin gibt, immer noch Angst vor einer Niederlage, und deshalb spielt sie Namensspielen. Sie sollte aufhören mit solchen Kindereien. Ich bin auch bereit, den Anfang zu machen. Die Frau, deren Namen wir hier nicht nennen wollten, heißt, na ja, Sie wissen schon.

Dirk Kurbjuweit



Hinkel

SVEN LAMBERT / IMAGO

GEHEIMDIENSTE

„Illegaler Agent“

Der Investor des umstrittenen Bauprojekts an der Berliner East Side Gallery, Maik Uwe Hinkel, war nach eigenen Angaben ein Doppelagent. Er habe sich 1981 „zur Zusammenarbeit mit ei-

nem ausländischen Geheimdienst verpflichtet“, für den er bis 1996 als „illegaler Agent“ tätig gewesen sei; im selben Zeitraum habe er auch für das Bundesamt für Verfassungsschutz gearbeitet. Für beide Geheimdienste habe er unter dem Decknamen „Jens Peter“ spioniert. Mit dieser Erklärung versuchte Hinkel in einem Verfahren vor dem Berliner Verwaltungsgericht, die Herausgabe seiner Stasi-Akten zu verhindern,

über die der SPIEGEL (15/2013) berichtet hatte. Sein Anwalt argumentierte vor Gericht, dass Hinkels Stasi-Akten wegen der Tätigkeit für die anderen Geheimdienste wie eine Verschlussache zu behandeln seien. Sämtliche Unterlagen über seine Agentenlaufbahn lägen beim Bundesamt für Verfassungsschutz und beim Bundesinnenministerium.

BUNDESWEHR

Unsicherer Umgang

In Afghanistan haben Bundeswehrsoldaten dreimal innerhalb einer Woche versehentlich Schüsse abgegeben. Dies geht aus einer vertraulichen Unterrichtung des Parlaments durch die Bundesregierung hervor. Die Vorfälle ereigneten sich demnach zwischen dem 17. und dem 23. Juli in Masar-i-Scharif und Kunduz. Ein Schütze wurde leicht verletzt. Im Juni war es zu zwei ähnlichen Vorfällen in Nordafghanistan gekommen. Die Bundeswehr ordnete nun an, „erneut Belehrungen und Ausbildungen“ zum sicheren „Umgang mit Waffen und Munition“ zu geben.



Bundeswehrsoldaten in Afghanistan

AXEL HEIMKEN / DAPD

PROTOKOLL

„Was soll ich herumsitzen?“

Die Stadt Schwäbisch Gmünd hatte Asylbewerbern Hilfsjobs am Bahnhof zu einem Stundenlohn von 1,05 Euro angeboten. Mehr dürfen sie laut Gesetz nicht verdienen, eine Arbeitserlaubnis besitzen die Flüchtlinge nicht. Die Aktion stieß bundesweit auf Kritik. Kolade Ajibola, 27, berichtet:

„Ich musste Nigeria und meine Familie im Dezember 2012 aus politischen Gründen verlassen, dort gibt es keine Zukunft für mich. Seit Februar bin ich in Schwäbisch Gmünd, und der Bürgermeister hier ist für mich ein Held. Viele reden immer nur über Integration, er handelt einfach. Ich will mich engagieren, ein Teil dieser Stadt sein. Wie soll das gehen, wenn ich den ganzen Tag nur herumsitze? Jeder Mensch braucht doch einen Grund, morgens aufzustehen. Ich habe schon ein Praktikum in der IT-Abteilung der Stadtverwaltung gemacht, da kenne ich mich aus, weil ich in meiner Heimat in der Verwaltung gearbeitet habe. Aber das Praktikum war natür-



Ajibola

CHRISTOPH PUESCHNER / ZEITENSPIEGEL

lich keine Dauerlösung. Die Aktion am Bahnhof war deshalb eine gute Idee. Dort wird gerade eine Unterführung gebaut, und viele Reisende brauchen an der provisorischen Brücke Hilfe mit dem Gepäck. Wir haben uns alle freiwillig für diesen Job gemeldet. Ich habe dabei viele Deutsche kennengelernt. Alle waren freundlich: die Frau mit dem Kinderwagen, der alte Herr mit dem schweren Koffer. „Super“ und „danke“ haben sie zu

mir gesagt. Das hat mir richtig gutgetan. Die öffentliche Kritik, dass man uns Strohhüte gegeben und so wenig gezahlt habe, hat mich enttäuscht. Aber das sind nur vorgeschobene Argumente. In Wirklichkeit wollen die Leute mir nur vorschreiben, welchen Job ich machen darf und welchen nicht. Das ist für mich Rassismus. Wem es nicht passt, dass ich Gepäck trage, der soll mir bitte eine andere sinnvolle Arbeit anbieten.“

SENIOREN

Schwache Reaktion

Obwohl Senioren überproportional viele Verkehrsunfälle verursachen, scheint eine Mehrheit von ihnen weitgehend beratungsresistent zu sein. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls eine Studie der Universität Wien im Auftrag des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). Von den 282 befragten Männern und Frauen mit einem Durchschnittsalter von 74 Jahren gaben mehr als

70 Prozent an, ihre Fahrfähigkeiten im Zweifel selbst besser einschätzen zu können. 83 Prozent behaupteten, noch nie auf Schwächen angesprochen worden zu sein. Die Autoren vermuten, dass dies nicht stimmt; 60 Prozent einer ebenfalls befragten Gruppe von Angehörigen, denen mangelhafte Fahrfähigkeit bei Älteren aufgefallen sei, hätten diese mindestens einmal auf Reaktionsprobleme und andere Schwächen aufmerksam gemacht. GDV-Unfallforscher Siegfried Brockmann diagnostiziert eine „Abwehrhaltung gegenüber konkretem Feedback“. Ratschläge akzeptierten die Senioren am ehesten von ihren Hausärzten. Mediziner sprächen Ältere aber „äußerst selten“ auf deren Fahrvermögen an.

KATHOLIKEN

KZ-Witz im Priesterseminar

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick fordert mehr Wachsamkeit gegenüber Antisemitismus, Rassismus und Extremismus innerhalb der katholischen Kirche. Insbesondere die Verantwortlichen für Priesterseminare „haben die Pflicht, sensibel zu sein, die Augen und Ohren offenzuhalten und jedem diesbezüglichen Aufkeimen zu begegnen“. Schick will Mitte dieser Woche zu-



Hofmann, Schick

HARALD OPPITZ / KNA-BILD

sammen mit dem Würzburger Bischof Friedhelm Hofmann einen Bericht über mögliche rechtsextremistische Umtriebe im Würzburger Priesterseminar vorlegen. Angehende Priester räumten einen Witz über Juden im Konzentrationslager und den Besuch eines Konzerts der rechtslastigen Band Frei.Wild ein. Eine von der Kirche eingesetzte Kommission hörte rund 30 Personen an. Schick warnt seine Kirche angesichts des Untersuchungsergebnisses: „Wir müssen aktiv und präventiv alles tun, um jeder Tendenz zur Judenfeindlichkeit und zum Rassismus entgegenzutreten.“



Geheimdienstkoordinator Pofalla

MICHAEL KAPPELER / DPA

GEHEIMDIENSTE

Tricks und Finten

Sieben Wochen nach Beginn der Spähaffäre bricht die Regierung ihr Schweigen. Kanzleramtsminister Ronald Pofalla soll das Thema im Wahlkampf neutralisieren. Doch die wirklich heiklen Fragen kann auch er nicht beantworten.

Es ist ein Auftritt, wie man ihn von Ronald Pofalla kennt. Es gibt nur Schwarz oder Weiß, keine Nuancen, nur seine Version der Dinge, die er im Brustton der Überzeugung vorträgt.

Fast drei Stunden lang stand er den Abgeordneten des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestags Rede und Antwort. Er hat seine Sicht auf die Spähaffäre vorgetragen, jetzt will er sie auch der Öffentlichkeit mitteilen. Dazu lässt er den Abgeordneten der Opposition den Vortritt, Thomas Oppermann von der SPD darf zuerst sprechen und bald danach der Grüne Hans-Christian Ströbele. Pofalla will zumindest an diesem Donnerstag das letzte Wort haben. Als er dann vor den Kamerawald tritt, redet er

exakt 12 Minuten und 35 Sekunden lang. Er redet ohne Pause, zwischen den Sätzen holt er nur kurz Luft. Seinen Vortrag gliedert er in sechs Unterpunkte.

Es ist mehr als ein Pressestatement, es ist der Versuch, in Woche sieben der Spähaffäre in die Offensive zu kommen. Lange hat Angela Merkel versucht, die Sache einfach auszusitzen. Wenn die Kanzlerin über die Datensammelwut der Amerikaner sprach, erging sie sich entweder in allgemeinen Erwägungen („Freiheit und Sicherheit müssen immer in einer Balance gehalten werden“) oder sagte einfach, dass sie sich nun wirklich nicht um alles kümmern könne: „Es ist nicht meine Aufgabe, mich in die Details von ‚Prism‘ einzuarbeiten.“

Doch Anfang vergangener Woche entschieden sich Merkel und ihre Leute für einen Strategiewechsel. Zwar schadet die Affäre bisher der Union nicht im Wahlkampf, zuletzt legte sie in Umfragen sogar etwas zu. Aber der Vorfall hat das Zeug, Merkels Image der umsichtigen Regierungschefin zu gefährden. Bisher hat die Kanzlerin stets Wert darauf gelegt, auch in Detailfragen Bescheid zu wissen. Nun sagt Merkel plötzlich, sie wolle sich nicht näher mit einem Spionageprogramm beschäftigen, über das die halbe Republik diskutiert. Wurstigkeit und Selbstgerechtigkeit waren plötzlich Wörter, die gut zu ihr passten.

Auch deswegen entschied sich Kanzleramtschef Pofalla, der auch Koordinator

der deutschen Geheimdienste ist, sich des delikaten Themas anzunehmen. Am vergangenen Montag bot er von sich aus an, im Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestags Auskunft zu geben. Aus Sicht von Merkels Leuten hatte das zwei Vorteile: Einerseits entging Pofalla so der peinlichen Situation, von der SPD vor das Gremium zitiert zu werden. Andererseits zieht er so die Angriffe der Opposition auf sich und nimmt die Kanzlerin aus der Schusslinie.

Doch kann das gelingen? Unterlagen des Whistleblowers Edward Snowden, die der SPIEGEL einsehen konnte, werfen immer neue Fragen auf. Und Pofalla benutzte während seines Auftritts vor dem Kontrollgremium einen Trick, den PR-Profis gern anwenden, wenn die Not groß ist: Sie dementieren Vorwürfe, die niemand erhoben hat, und lassen die wirklich brisanten Punkte offen.

Zu dieser Finte hatten zuvor schon die Chefs der großen deutschen Geheimdienste gegriffen: Gerhard Schindler vom Bundesnachrichtendienst (BND) und Hans-Georg Maaßen vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Sie meldeten sich vor einer Woche in der „Bild am Sonntag“ („BamS“) zu einer SPIEGEL-Geschichte zu Wort, obwohl das Heft zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgeliefert war.

Das war dreist. Denn natürlich hatte der SPIEGEL den beiden Geheimdiensten zuvor die Möglichkeit gegeben, zu seinen Recherchen Stellung zu nehmen. So ging es zum Beispiel um die Frage, ob die beiden Dienste die US-Spionagesoftware „XKeyscore“ einsetzen, ein Programm, das laut den Dokumenten aus dem Snowden-Archiv eine weitgehende Überwachung des digitalen Datenverkehrs ermöglicht.

Beide Dienste und auch die Bundesregierung wollten dazu gegenüber dem SPIEGEL keine Stellung nehmen. „Zu Indiskretionierungen“ und „vermeintlichen Einzelheiten“ nachrichtendienstlichen Handelns wolle man sich nicht äußern, erklärte das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Gegenüber der „BamS“ war Verfassungsschutzpräsident Maaßen dann doch vergleichsweise gesprächig und räumte ein, dass seine Behörde „XKeyscore“ benutzt – wenn auch nur zu Testzwecken. BND-Chef Schindler bestreitet den Gebrauch der Software ebenfalls nicht.

Dann holten die Geheimdienstchefs zum Gegenschlag aus. „Eine millionenfache monatliche Weitergabe von Daten aus Deutschland an die NSA durch den BND findet nicht statt“, sagte Schindler.

Das allerdings hatte der SPIEGEL nicht berichtet. Stattdessen ging es um den Fakt, dass die deutschen Dienste eine hocheffektive Spähsoftware der NSA benutzen und dies den Abgeordneten

des Parlamentarischen Kontrollgremiums nicht offengelegt wurde, obwohl es seit Bekanntwerden der Spähaffäre schon vier Sitzungen des Gremiums gegeben hatte.

Zu einem ähnlichen Trick griff Pofalla auch in einem anderen Fall. Der SPIEGEL hatte geschrieben, dass sich der BND dafür eingesetzt habe, die strengen deutschen Datenschutzbestimmungen laxer auszulegen. So steht es in den NSA-Dokumenten („to relax interpretation of the privacy laws“).

Pofalla erklärte nach seinem Auftritt vor dem Kontrollgremium am Donners-

Wurstigkeit und Selbstgerechtigkeit waren Wörter, die plötzlich gut zu Angela Merkel passten.

tag, es seien „unglaubliche Vorwürfe“ gegen die deutschen Dienste erhoben worden, die nun eindeutig widerlegt seien. „Die deutschen Nachrichtendienste arbeiten nach Recht und Gesetz.“ Dabei hatte der SPIEGEL nicht behauptet, dass BND-Chef Schindler gegen gültiges Recht verstoße.

Und in der Sitzung des Kontrollgremiums bestätigte der BND-Chef dann auch, dass aus Sicht seines Dienstes eine spezielle Regelung des Datenschutzes weicher ausgelegt werden solle. Das habe er auch in den USA gesagt. In Form einer „dienstlichen Erklärung“ habe er allerdings den Vorwurf bestritten, er wolle die deutschen Datenschutzgesetze pauschal aufweichen.

Die Verteidigungslinie Pofallas war am Donnerstag klar. Die deutschen Dienste sind sauber, sie hätten sich, rein rechtlich, nichts vorzuwerfen. „Der Datenschutz wird zu 100 Prozent eingehalten.“

Wenn das aber so ist, dann stellt sich umso dringlicher die Frage, wie aus Deutschland Kommunikationsdaten millionenfach in die Datenbanken der NSA gelangen konnten. Dieses Thema wurde jedoch am Donnerstag umschifft. Denn um die Frage zu beantworten, braucht es zunächst Antworten der US-Regierung.

Das hinderte den Kanzleramtsminister aber nicht daran, Zweifel an den Spähaktionen der NSA zu säen. Es werde sich noch erweisen müssen, „inwieweit und ob überhaupt wir in Deutschland“ betroffen seien, sagte er. Ähnlich hatte sich zuvor bereits Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich geäußert, der von unbestätigten Be-

richten sprach. Und der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl verstieg sich vor Journalisten gar zu einem Vergleich mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern des „Stern“.

Das war mutig. Denn bisher sind mehr als sieben Wochen vergangen, seit die ersten Akten aus dem Snowden-Archiv veröffentlicht wurden. Zu keinem Zeitpunkt hat die NSA die Authentizität der Unterlagen in Zweifel gezogen, im Gegenteil, sie kritisierte die Publikation ihrer als „streng geheim“ eingestuften Materialien harsch.

Das gilt auch für Berichte zu ihrem Programm „Grenzenloser Informant“

(„Boundless Informant“). Aus den Unterlagen zu diesem Programm geht hervor, dass die NSA allein im Dezember 2012 Zugriff auf rund 500 Millionen Datensätze aus Deutschland gehabt haben soll.

Der SPIEGEL hat sich wegen der aktuellen Debatte dazu entschieden, jene Originaldokumente aus dem Snowden-Archiv abzudrucken, die Deutschland und einige Nachbarländer betreffen (siehe Grafik Seite 22). Es geht in der Dezember-Ansicht um sogenannte Metadaten – also zum Beispiel Verbindungsdaten aus einem Mail-Verkehr.

Um neuen Missverständnissen vorzubeugen: Dass die NSA Zugriff auf diese Metadaten hat, heißt nicht, dass sie alle diese Datensätze tatsächlich analysiert. Doch allein der Zugriff und die Speicherung sind problematisch – mit deutschem Recht wäre eine derartige Speicherpraxis unvereinbar.

Besonders interessant ist die Rubrik „Most Volume“, unter der die beiden Codes „US-987LA“ und „US-987LB“ aufgeführt sind. Es handelt sich dabei offenbar um den Code für die wichtigsten Datensammelmethode und Datensammelstellen („Sigad“).

Manche dieser Sigads sind inzwischen bekannt. So wurde das vielzitierte „Prism“-Programm, mit dem die USA auch Daten aus Deutschland abgreifen konnte, intern unter dem Code „US-984XN“ geführt. Zu den beiden Codes auf dem Deutschland-Chart finden sich in den Teilen des Snowden-Archivs, die der SPIEGEL einsehen konnte, keine exakten Referenzen – nur ein allgemeiner Hinweis. Darin heißt es, dass



SPIEGEL-Titel zur NSA-Affäre

die NSA auch Sigads für technische Überwachungsaktivitäten von sogenannten „Third Parties“ verberge.

Daraus ergeben sich für die angekündigten kommenden zwei Sitzungen des Kontrollgremiums neue brisante Fragen. Denn aus den Dokumenten geht hervor, dass die NSA zahlreiche Staaten als „Third Party“ führt – neben Deutschland auch Nachbarn wie die Niederlande, Polen und Österreich. Die deutschen Geheimdienstchefs allerdings haben nun schon mehrfach beteuert, dass sie die Spähaktionen der Amerikaner nicht unterstützen. Bleibt also die Frage: Was verbirgt sich hinter den Codes „US-987LA“ und „US-987LB“?

Die Opposition jedenfalls will nicht lockerlassen. „Nichts von dem, was Snowden behauptet, ist widerlegt“, sagt Steffen Bockhahn, der für die Partei Die Linke im Kontrollgremium des Bundestags sitzt. Auch die SPD möchte weiter Funken aus der Affäre schlagen. „Wir werden uns im Wahlkampf nicht zurückhalten“, sagt Thomas Oppermann, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

Parteichef Sigmar Gabriel hat sich ebenfalls lange genug darüber geärgert, dass der Wahlkampf seiner Partei müde vor sich hin dümpelte. Deshalb will er jetzt jede Gelegenheit nutzen, um Merkel anzugreifen, auch wenn die Strategen im Willy-Brandt-Haus einräumen, dass die Spähaffäre der Partei kaum Wähler zutreibt.

Deswegen gibt es in der SPD inzwischen vermehrt Stimmen, die davor warnen, einen neuen Kriegsschauplatz im Wahlkampf aufzumachen. „Man soll doch bitte nicht so tun, als ob die größte Gefahr für die Menschen in Deutschland von der National Security Agency ausgeht“, sagt etwa der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily im SPIEGEL-Gespräch (siehe Seite 24). „Denn die größte Gefahr geht vom Terrorismus und von der Organisierten Kriminalität aus.“

Kanzlerin Merkel weiß, dass die Spähaffäre sie bis zum Wahltag begleiten wird. Im Kanzleramt registriert man, wie das Thema die Internetgemeinde umtreibt und deshalb auch die Piratenpartei wieder Hoffnung schöpft. Am 19. August will Kanzleramtsminister Pofalla noch einmal vor dem Kontrollgremium aussagen. Bis dahin, so versprach er den Abgeordneten am vergangenen Donnerstag, werde die US-Regierung Antworten zu der Spähaffäre liefern.

Bislang aber gibt es noch nicht einmal die Zusage der Amerikaner, dass sich die US-Geheimdienste auf deutschem Boden an deutsches Recht halten. Und das, obwohl sich das Auswärtige Amt dringend um eine solche Garantieerklärung bemüht.

MATHIAS GEBAUER, RENÉ PFISTER,
LAURA POITRAS, MARCEL ROSENBAUGH,
JÖRG SCHINDLER, FIDELIUS SCHMID,
TOBIAS SCHULZE, HOLGER STARK

Daten aus Deutschland

Originaldokumente zum Sammeln von Daten durch die National Security Agency (NSA)

1

Eine sogenannte „Global Heat“-Ansicht aus dem NSA-Programm „**Boundless Informant**“, über dessen Existenz zuerst der britische „Guardian“ berichtet hat. Laut internen NSA-Dokumenten, die der SPIEGEL einsehen konnte, handelt es sich dabei um ein elaboriertes neues System, mit dem die NSA nahezu in Echtzeit ihre aktuellen Datensammel-Möglichkeiten in Ländern rund um den Globus visuell darstellen kann. Die Farb-

codierung, die je nach Zeitpunkt und Auswertung variiert, reicht von grün (am wenigsten intensiv überwacht) über gelb und orange bis rot. Im Januar 2013 waren – wenig überraschend – Iran, Afghanistan und Pakistan die Länder, aus denen die meisten Informationen kamen. Deutschland wird für diesen Zeitraum und diese Auswertung gelb angezeigt, was für vergleichsweise große Zugriffsmöglichkeiten steht.



2

Der SPIEGEL druckt hier erstmals eine **Deutschland-Ansicht aus „Boundless Informant“** für den Zeitraum vom 10. Dezember 2012 bis 8. Januar 2013. Die enthaltenen Codewörter und Kürzel, die aus den Unterlagen heraus näher definiert werden können,

werden erklärt. Um die Zahlen für Deutschland besser einordnen zu können, drucken wir auch die Ansichten für die Niederlande, Frankreich, Italien und Spanien für denselben Zeitraum.

3

„**Most Volume**“: Hinter den beiden Codes „US-987LA“ und „US-987LB“ verbergen sich offenbar sogenannte „Sigint Activity Designators“, kurz Sigads – es sind also Chiffren für Datensammelstellen oder Datensammelprogramme. In den Teilen des Snowden-Archivs, die der SPIEGEL einsehen konnte, findet sich keine klare Zuordnung dieser beiden Codes, aber ein interessanter Hinweis, der weitere Fragen aufwirft. Darin heißt es, dass die „NSA auch Sigads für die Sigint-Aktivitäten von „Third Parties“ verberge.

Derlei „Third Party Sigads“ würden etwa die der 987er-Serie umfassen. Üblicherweise bezeichnet die NSA Länder als „Third Party“ – Deutschland gehört zu dieser Kategorie, aber auch Nachbarn wie Frankreich, Österreich, Dänemark, Belgien und Polen. Zur Aufklärung, woher die Metadaten aus Deutschland stammen, von denen die NSA behauptet, Zugriff auf sie zu haben, könnte vor allem die Antwort auf eine Frage helfen: Wer oder was steckt hinter dem Code US-987LA und -LB?

4

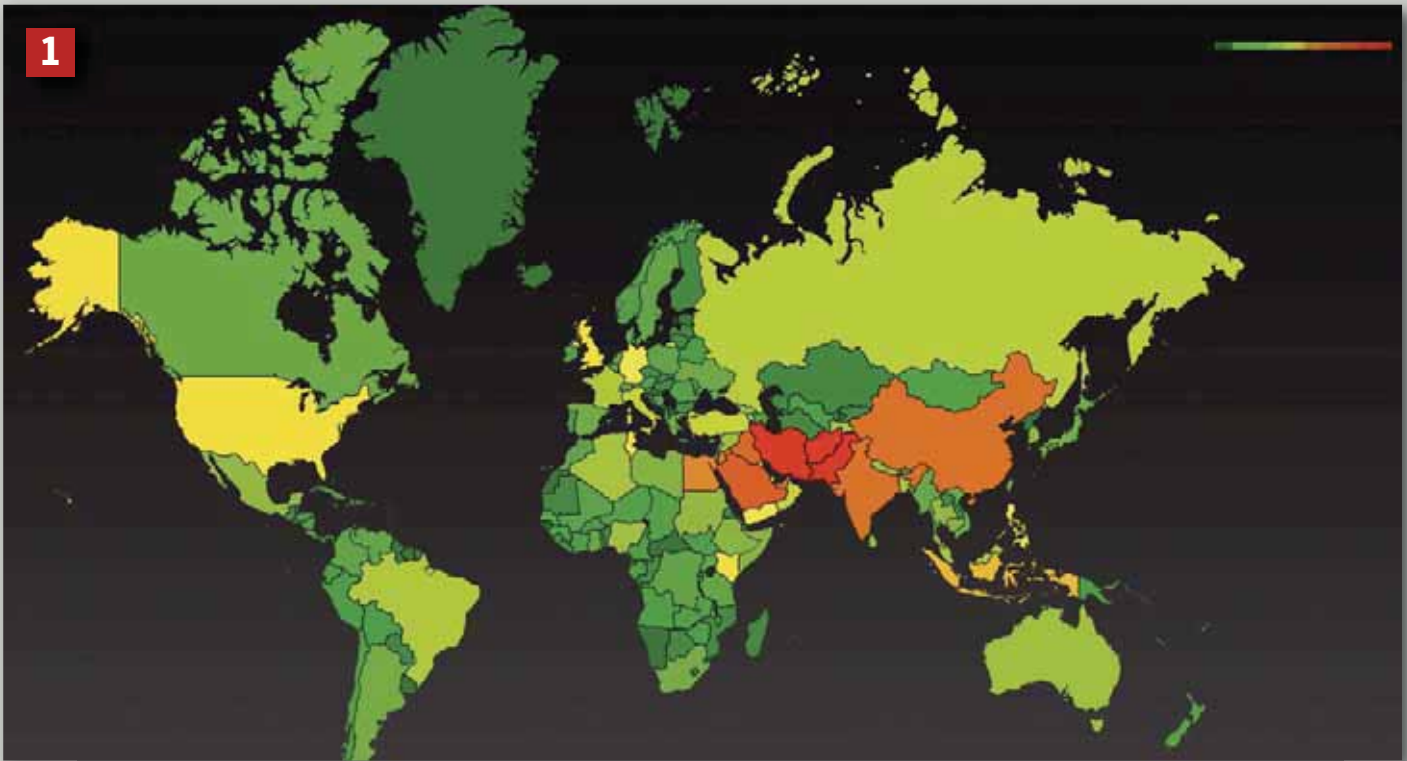
XKeyscore: Von den insgesamt mehr als 500 Millionen verfügbaren Metadaten aus Deutschland im beschriebenen Zeitraum wurden hiernach rund 182 Millionen mit dem Spionagewerkzeug XKeyscore erfasst. Der SPIEGEL hat vorige Woche anhand einer NSA-Präsentation über die weitreichenden Zugriffsmöglichkeiten berichtet, die NSA-Analysten über das System haben. So kann es – je nach Ausstattung und Konfiguration – danach sogar einen „full take“ für mehrere Tage ermöglichen, also auch teilweise auf Inhalte zugreifen, nicht nur auf Verbindungsdaten. Die Erfassung von Hunderten Millionen Daten mit Deutschland-Bezug bedeutet

nicht, dass alle diese Daten auch mittels XKeyscore tiefer analysiert und ausgewertet werden. Dies geschieht der NSA zufolge nur fallbezogen.

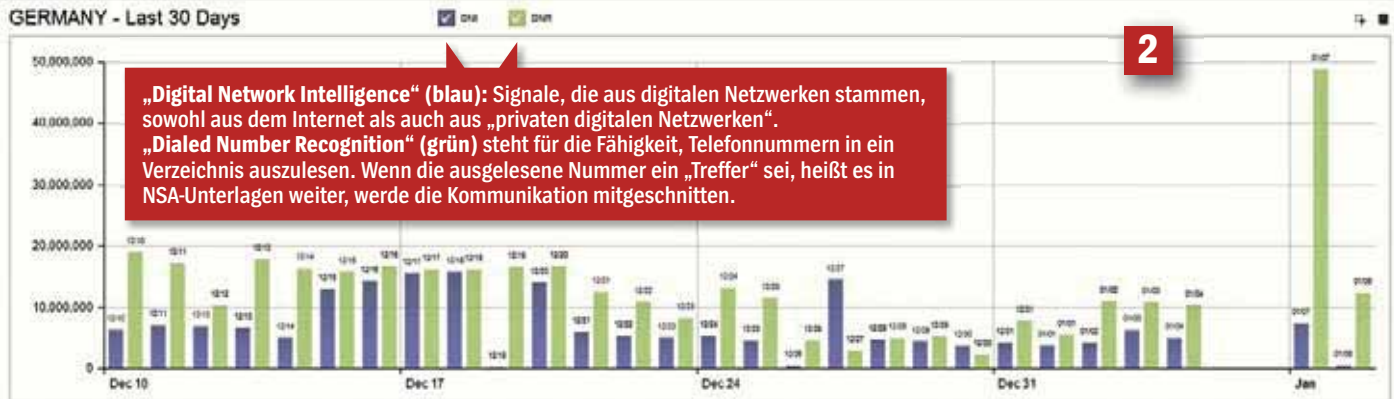
Lopers: Lopers ist NSA-Unterlagen zufolge ein System, das Telefonie ausspäht. Es ist danach rein Software-basiert und setzt am klassischen Fernsprechnetz an („Public Switched Telephone Network“).

Juggernaut: Juggernaut beutet einer internen NSA-Definition zufolge Signale aus mobilen Netzwerken aus – und zwar Sprachtelefonie, Fax, Daten und SMS.

1



GERMANY - Last 30 Days



2

Signal Profile



★ Most Volume

3

US-987LA: 471,258,854 Records

US-987LB: 91,789,967 Records

★ Top 5 Techs

4

SKETCHBOOK: 192,009,301 Records

LOPERS: 131,473,238 Records

JUGGERNAUT: 93,512,691 Records

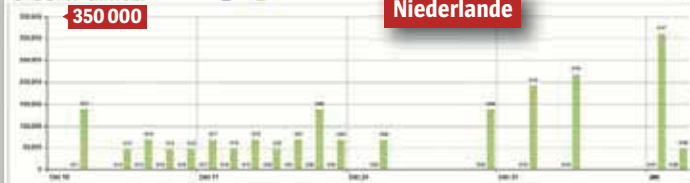
CERF CALL MOSES1: 38,514,727 Records

MATRIX: 7,977,207 Records

NETHERLANDS - Last 30 Days

350 000

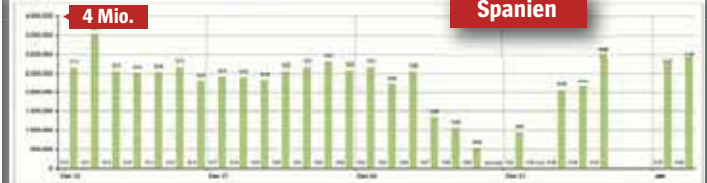
Niederlande



SPAIN - Last 30 Days

4 Mio.

Spanien



FRANCE - Last 30 Days

7 Mio.

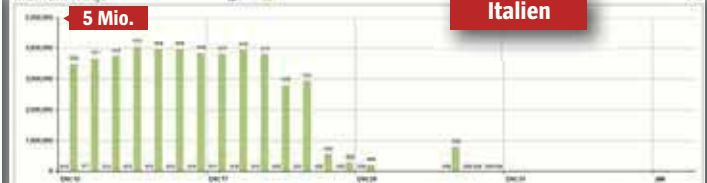
Frankreich



ITALY - Last 30 Days

5 Mio.

Italien



SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wahnhafte Furcht vor dem Staat“

Der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily, 81, warnt in der Abhöraffäre vor überzogener Kritik an den USA und rät den Sozialdemokraten, das Thema Sicherheit und Geheimdienste nicht in den Bundestagswahlkampf zu ziehen.

SPIEGEL: Herr Schily, stört es Sie eigentlich, wenn der amerikanische Geheimdienst NSA Ihre Mails liest?

Schily: Ich habe keinen Grund anzunehmen, dass die National Security Agency meine Korrespondenz liest. Wir sollten die Debatte, die der frühere NSA-Mitarbeiter Edward Snowden in Gang gebracht hat, etwas gelassener führen.

SPIEGEL: Aus den Akten, die Snowden öffentlich gemacht hat, gehen erstaunliche Dinge hervor: Die USA überwachen in nicht gekanntem Ausmaß die Kommunikation der Bürger, dazu sollen Botschaften verwandt worden sein. Beunruhigt Sie das nicht?

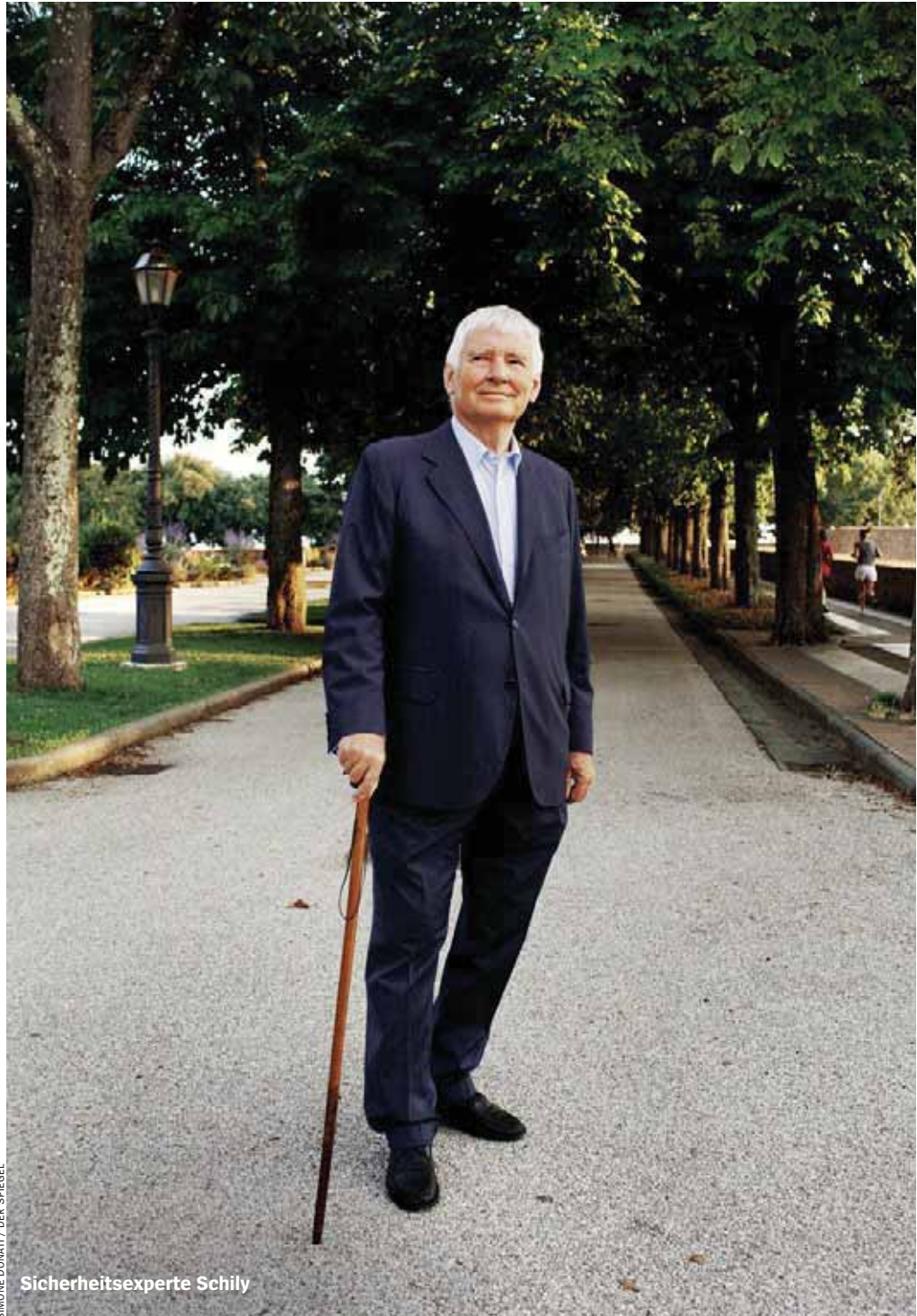
Schily: Ich weiß nicht, ob es stimmt, was Herr Snowden behauptet. Falls die NSA sich Zugang zu deutschen Rechnern verschafft haben sollte, wäre das ein ernster Vorgang, über den man dann mit den Amerikanern mit der gebotenen Entschiedenheit reden muss. Aber es wird viel wirres Zeug behauptet, zum Beispiel, dass 80 Millionen Bundesbürger ausgespäht würden. Das ist einfach Unsinn.

SPIEGEL: In den NSA-Akten steht, dass jeden Monat mehrere hundert Millionen Verbindungsdaten aus Deutschland gespeichert werden.

Schily: Unterstellen wir einmal, es stimmt, was Herr Snowden sagt. Dann hat die NSA möglicherweise die Kommunikation, die über amerikanische Internetserver und Unternehmen lief, gespeichert, um im begründeten Einzelfall darauf zurückgreifen zu können. Das wäre im Prinzip die gleiche Methode, die wir als Vorratsdatenspeicherung kennen.

SPIEGEL: Es gibt in Deutschland keine Vorratsdatenspeicherung, weil sich die liberale Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger dagegen sperrt.

Schily: Die Vorratsdatenspeicherung, die auch das Bundesverfassungsgericht bei Einhaltung bestimmter Bedingungen für grundgesetzkonform hält, ist ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus, der Organisierten Kriminalität und des gewalttätigen Rechtsextremismus. Sie ist geltendes EU-Recht, das Deutschland leider nicht umsetzt. Frau Leutheusser-Schnarrenberger, die als Justizministerin für den Rechtsstaat verant-



Sicherheitsexperte Schily

SIMONE DONATI / DER SPIEGEL

wortlich ist, stellt sich gegen geltendes EU-Recht. Das halte ich für völlig inakzeptabel. Wie die gesetzlichen Regelungen in den USA aussehen, steht auf einem anderen Blatt. In dieser Hinsicht besteht allem Anschein nach noch erheblicher Handlungsbedarf.

SPIEGEL: Ihr Amtsnachfolger Hans-Peter Friedrich hat gerade von einem „Supergrundrecht Sicherheit“ gesprochen. Im Moment wird behauptet, Sie seien der Erfinder dieses Begriffs. Stimmt das?

Schily: Nein. Ich halte diese Wortwahl auch für falsch. Wenn Sie schon von einer Supernorm sprechen wollen, dann ist es der Artikel 1 des Grundgesetzes, der dem Staat die Verpflichtung auferlegt, die Würde des Menschen zu achten. Allerdings wird häufig überlesen, dass Artikel 1 des Grundgesetzes ausdrücklich dem Staat zugleich die Verantwortung zuweist, die Würde des Menschen zu schützen, also die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten.

SPIEGEL: Das klingt nach einem Supergrundrecht Sicherheit durch die Hintertür.

Schily: Wollen Sie damit Artikel 1 des Grundgesetzes in Frage stellen? Der Staat muss dafür sorgen, dass Kriminelle und Terroristen nicht die Freiheit der Menschen bedrohen. Wenn Sie erpresst werden, wenn eine Frau vergewaltigt wird, wenn Sie in Ihrem Haus ausgeraubt werden – wo bleibt da die Freiheit? Was ist aus der Freiheit der Menschen geworden, die am 11. September im World Trade Center ermordet wurden? Man soll keinen falschen Gegensatz zwischen Freiheit und Sicherheit konstruieren. Klar ist aber, dass das Verhältnis der beiden Grundrechte sorgfältig austariert werden muss.

SPIEGEL: Nach dem 11. September 2001 haben viele Staaten – auch die Bundesrepublik – den Schwerpunkt Richtung Sicherheit verschoben. Die NSA überwacht mit dem „Prism“-Programm offenbar weltweit den digitalen Datenverkehr, die Briten machen unter dem Namen „Tempora“ etwas Ähnliches. Ist das Pendel zu weit zu einer Seite ausgeschlagen?

Schily: Die Sicherheitsgesetze in Deutschland haben in erheblichem Maße dazu beigetragen, dass die Menschen in Deutschland von terroristischen Anschlägen verschont blieben. Wer ist dadurch in seinen Freiheitsrechten eingeschränkt worden? Über das, was den Amerikanern und Briten jetzt vorgeworfen wird, müssen wir kritisch diskutieren. Wenn der britische Geheimdienst tatsächlich die Kommunikation von Delegationen beim G-20-Treffen 2009 in London belauscht haben sollte, wäre das ein unerhörter Vorgang. Aber man soll doch bitte nicht so tun, als ob die größte Gefahr für die Menschen in Deutschland von der National Security Agency ausgehe. Denn die größte Gefahr geht vom Terrorismus und von

der Organisierten Kriminalität aus. Ich finde manches Getöse, was da im Moment zu hören ist, nicht angemessen.

SPIEGEL: Das größte Getöse macht Ihre eigene Partei, die SPD.

Schily: Frank-Walter Steinmeier hat sich zu dem Thema sehr vernünftig und ausgewogen geäußert. Dass die Opposition der Regierung kritische Fragen stellt, gehört zu ihren Aufgaben. Wir sollten aber nicht vergessen, dass wir auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den amerikanischen Sicherheitsbehörden angewiesen sind. Die habe ich in meiner Amtszeit immer gepflegt.

SPIEGEL: Aber wir reden jetzt über eine ganz neue Qualität der Kontrolle. Die Nachrichtendienste können den Bürger mittlerweile offenbar total überwachen. Die NSA verfügt anscheinend über Programme, mit denen sie sehen kann, welche Internetseiten jemand ansteuert, wem er E-Mails schreibt, wohin er sich bewegt. Das ist etwas ganz anderes als die alte Telefonüberwachung, die in jedem Einzelfall von einem Richter angeordnet werden muss.

Schily: Sie sprechen einen Widerspruch an, der in der ganzen Debatte zu wenig vorkommt. Viele Bürger geben sorglos

„Für sozialdemokratische Wähler war die innere Sicherheit immer ein wichtiges Thema.“

alle möglichen Informationen preis, an Unternehmen wie Google, Facebook und andere.

SPIEGEL: Schuld sind also nicht die Geheimdienste, die die Bürger ausspionieren, sondern die Bürger selbst?

Schily: In einem demokratischen Rechtsstaat spionieren Geheimdienste keine Bürger aus, sondern dienen der Gefahrenabwehr. Die moderne Kommunikation hat im Internet allerdings eine neue Qualität gewonnen, und die Sicherheitsbehörden müssen sich darum kümmern, wenn das Internet zur Verabredung oder Vorbereitung von Verbrechen genutzt wird. Die Gefahren im Internet und durch das Internet sollten wir nicht unterschätzen.

SPIEGEL: Allein die Tatsache, dass ich in einem sozialen Netzwerk private Dinge preisgebe, berechtigt den Staat noch nicht, sie für sich zu nutzen.

Schily: Es gibt viele Datenbestände, auf die im Einzelfall der Staat aus Gründen der Strafverfolgung zugreifen kann. Ein Unternehmen ist zum Beispiel verpflichtet, seine Buchhaltungsunterlagen aufzubewahren, auch wenn es keinen Verdacht auf Steuerhinterziehung gibt.

SPIEGEL: Es ist ein Unterschied, ob ich bestimmte Unterlagen aufbewahren muss,

damit der Staat meine Steuererklärung überprüfen kann. Oder ob ein Geheimdienst sich Zugang zu meinen Daten verschafft.

Schily: Ich wehre mich ja nur gegen die Behauptung, dass der Staat die Bürger unter Generalverdacht stellt, wenn er vorschreibt, dass bestimmte Daten für einen gewissen Zeitraum aufbewahrt werden müssen. Niemand regt sich darüber auf, dass die Telekommunikationsunternehmen millionenfach Daten zu Abrechnungszwecken speichern, obwohl der Staat im Einzelfall bei Vorliegen eines Verdachts auf diese Daten selbstverständlich zugreifen kann.

SPIEGEL: Braucht ein unbescholtener Bürger Ihrer Meinung nach Datenschutz?

Schily: Natürlich. Ich bin ja nicht gegen den Datenschutz. Aber wir müssen im Blick auf die modernen Kommunikationsformen im Internet neue Antworten für die Fragen des Datenschutzes finden. Welches Recht gilt im Internet, und wie lässt es sich durchsetzen? Wir haben diese Frage in der internationalen Politik vernachlässigt. Die EU hat vor einiger Zeit die Initiative für eine Internet-Charta ergriffen. Daraus ist nichts geworden. Die europäische Datenschutzverordnung kam bisher nicht voran. Wenn Europa auf diesem Gebiet etwas zuwege brächte, könnten wir auch mit den Amerikanern anders reden.

SPIEGEL: Haben Sie in Ihrer Amtszeit jemals von Abhörprogrammen wie „Tempora“, „Prism“ oder „XKeyscore“ gehört?

Schily: Nein.

SPIEGEL: Dürfen deutsche Behörden Daten benutzen, die auf rechtswidrigem Weg erlangt worden sind?

Schily: Das ist eine heikle Frage, die ich in meiner Amtszeit auch beantworten musste. Ich bin bekanntermaßen ein entschiedener Gegner der Folter. Wir bekamen damals Informationen vom amerikanischen Geheimdienst, die möglicherweise helfen konnten, einen terroristischen Anschlag zu verhindern. Wir konnten aber in einem Einzelfall nicht mit Sicherheit klären, ob die Hinweise mit Methoden gewonnen wurden, die wir nicht billigen. Dann ist es eine schwierige Abwägungsfrage, ob wir diese Erkenntnis zur Verhinderung eines Verbrechens verwenden dürfen.

SPIEGEL: Der Zweck heiligt die Mittel?

Schily: Keineswegs. Aber es ging darum, Menschenleben zu retten. Etwas ganz anderes wäre es, wenn diese Erkenntnis in einem Strafprozess verwendet werden sollte. Das hielte ich auf keinen Fall für zulässig. Das gilt für die Folter. Und das gilt auch für illegale Überwachungsmethoden.

SPIEGEL: Man hat den Eindruck, die deutschen Behörden wollen gar nicht wissen, wie die Amerikaner sich ihre Informatio-

nen beschaffen. Wenn man nicht nachfragt, braucht man sich auch keine Gedanken darüber zu machen, was man verwenden darf. **Schily:** Das mit dem Nachfragen ist nicht so einfach. Geheimdienste sind traditionell sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, Quellen offenzulegen. Unsere übrigen auch.

SPIEGEL: Und entziehen sich damit demokratischer Kontrolle.

Schily: Wir haben in Deutschland, aber auch in den USA Kontrollinstanzen. Ob diese ausreichen, wird neuerdings wieder in Frage gestellt. Aber wir sollten uns schon vergewissern, ob wir überhaupt einen Geheimdienst haben wollen oder nicht. Wir können auch sagen, Terroristen fangen wir mit der Schutzpolizei. All diese naiven Menschen, die da unterwegs sind, glauben offenbar, sie könnten dann ruhiger leben. Ich bleibe bei meiner Meinung, wir brauchen geheimdienstliche Arbeit auf einer klaren rechtlichen Grundlage.

SPIEGEL: Sind die Deutschen hysterisch, was den Datenschutz angeht?

Schily: Datenschutz ist wichtig, aber man kann auch überziehen. Die Furcht vor dem Staat trägt teilweise paranoide Züge. Früher haben manche den BND wegen angeblicher Inkompetenz verlacht. Wenn er jetzt effizienter geworden ist, ist das doch nur zu begrüßen.

SPIEGEL: Diese Effizienz hat einen Preis. Offenbar experimentieren BND und Verfassungsschutz mit der amerikanischen Spionagesoftware „XKeyscore“. Wo sind die Grenzen der Zusammenarbeit?

Schily: Wenn wirklich internationale Delegationen abgehört werden, dann ist die Grenze des Zulässigen bei weitem überschritten. Aber wir sollten dankbar sein, dass durch die enge Zusammenarbeit der Nachrichtendienste Terroranschläge verhindert werden konnten.

SPIEGEL: Haben Sie da aus Ihrer Amtszeit ein konkretes Beispiel?

Schily: Ich werde Ihnen jetzt nichts sagen, was ich Ihnen früher als Minister schon nicht sagen durfte. Jedenfalls ist es den deutschen Sicherheitsbehörden gelungen, alle in Deutschland geplanten Anschläge zu verhindern. Manche dieser Erfolge verdanken wir auch der Zusammenarbeit mit den Amerikanern.

SPIEGEL: Innenminister Friedrich behauptet, es seien so insgesamt fünf geplante Anschläge aufgedeckt worden.

Schily: Ich rede nicht über Zahlen.

SPIEGEL: Im Moment wird das Treiben der Geheimdienste mit dem Argument verteidigt, sie würden Anschläge verhindern.



Schily, SPIEGEL-Redakteure*: „Vertrauen in den Staat“

Aber die Bürger können das nicht überprüfen. Warum sollten wir Ihnen oder Herrn Friedrich glauben?

Schily: Ich empfehle ein gewisses Vertrauen in den Staat und seine Sicherheitsbehörden. Im Übrigen können diese Sachverhalte in den parlamentarischen Gremien durchaus überprüft werden. Außerdem weise ich darauf hin, dass sowohl BND als auch das Bundesamt für Verfassungsschutz von zwei hochkompetenten und absolut integren Beamten geleitet werden.

SPIEGEL: Die jüngsten Enthüllungen sind nicht dazu angetan, das Vertrauen in den Staat zu festigen.

Schily: Ich sage ja ausdrücklich, dass die jetzt bekanntgewordenen Programme der US-amerikanischen und britischen Geheimdienste gründlich kritisch überprüft werden müssen. Aber man darf nicht den Bogen überspannen. Wenn ich im SPIEGEL von der „United Stasi of America“ lese, ist das wirklich abenteuerlich.

SPIEGEL: Das waren nicht unsere Worte. Wir haben eine Lichtprojektion des Künstlers Oliver Bienkowski abgebildet.

Schily: Mich beschleicht bei manchen Äußerungen der Verdacht, dass dahinter eine Portion Antiamerikanismus steckt.

SPIEGEL: Im Moment versucht die SPD, mit der Spähaffäre im Wahlkampf zu punkten.

Schily: Die SPD war immer gut beraten zu sagen, wir sind entschieden für die Freiheitsrechte des Einzelnen, aber gerade deshalb sorgen wir auch für Sicherheit. Diese Reputation sollten die Sozialdemokraten nicht aufs Spiel setzen. Law und Order sind sozialdemokratische Werte.

SPIEGEL: Kanzlerkandidat Peer Steinbrück wirft Angela Merkel vor, sie habe ihren Amtseid verletzt.

Schily: Ob das komplizierte Thema Sicherheit und die Frage der Befugnisse der Geheimdienste ein geeignetes Wahlkampfthema sind, habe ich nicht zu entscheiden. Die Furcht vor dem Staat trägt teilweise

wahnhafte Züge, auch bei manchen Politikern von FDP und Grünen. Die großen Parteien haben nach meiner Einschätzung bei diesem Thema kaum etwas zu gewinnen. Für sozialdemokratische Wähler war die innere Sicherheit stets ein wichtiges Thema.

SPIEGEL: Ist Snowden für Sie ein Held oder ein Verräter?

Schily: Er hat eine Debatte angestoßen, die hilfreich sein kann. Es wäre vermutlich besser gewesen, wenn er sich in den USA zu Wort gemeldet und Unterstützung gesucht hätte. Er hätte dort

sicherlich Ansprechpartner gefunden, wie die beachtliche Zahl kritischer Äußerungen von Kongressabgeordneten und Senatoren beweist.

SPIEGEL: Dann säße er jetzt im Knast.

Schily: Das ist nicht ausgemacht. Er hätte sich einem Senator oder Kongressabgeordneten anvertrauen können, ohne seine vertraglichen Pflichten zu verletzen. Ein Freiheitsheld, der in Russland Zuflucht sucht, kommt mir jedenfalls etwas seltsam vor.

SPIEGEL: SPD-Chef Sigmar Gabriel will Snowden als Zeugen vernehmen und vielleicht sogar in ein Zeugenschutzprogramm aufnehmen.

Schily: Ob Sigmar Gabriel die außenpolitischen Folgen bedacht hat? Die aktuellen Fragen, um die es geht, müssen sicherlich mit dem notwendigen Nachdruck geklärt werden, aber ohne die guten Beziehungen zu den USA zu gefährden.

SPIEGEL: Sie sind vor vier Jahren aus der aktiven Politik ausgeschieden und leben jetzt einen Gutteil des Jahres in der Toskana. Können Sie verstehen, dass Peer Steinbrück das Leben eines Polit-Pensionärs eingetauscht hat gegen die Mühen einer Kanzlerkandidatur?

Schily: Peer Steinbrück verdient großen Respekt, dass er die Kanzlerkandidatur übernommen hat. Er weiß, dass er sich in eine heiße Küche begeben hat und nun die Hitze aushalten muss. Ich wünsche ihm viel Erfolg.

SPIEGEL: Was muss die SPD tun, damit ihr Wahlkampf noch in die Gänge kommt?

Schily: Ich bin nicht so vermessen, meiner Partei aus der Toskana mehr oder weniger kluge Ratschläge zu geben. Aber wir müssen uns schon die Frage stellen, welche Themen wir in den Vordergrund rücken. Wahlen werden in der Mitte gewonnen. Das ist ein alter Satz. Aber er bleibt richtig. Wenn die SPD die Mitte nicht erreicht, dann wären ihre Chancen nicht allzu groß.

SPIEGEL: Herr Schily, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Lesen Sie auch das Interview mit Obama-Berater John Podesta auf Seite 78.



Animation:
Otto Schilys Karriere

spiegel.de/app312013schily
oder in der App DER SPIEGEL

* Ralf Neukirch und René Pfister in Siena.

THÜRINGEN

Teuerste Lösung

Ministerpräsidentin Lieberknecht gerät wegen einer umstrittenen Personalentscheidung ins Visier der Justiz. Sie hatte Warnungen ihrer Beamten ignoriert.

Es gibt Beamte, auf die ganze Hymnen gedichtet werden. „Der Sachse ist hier gut bekannt als edler Erdenbircher, auf Stil da legt er größten Wert, sonst gibt es großen Ährcher.“ Staatssekretär a. D. Peter Zimmermann ist Sachse, einer der bestangezogenen. Die Kollegen an seinem letzten Dienstsitz, der Thüringer Staatskanzlei, widmeten ihm die Verszeilen zur Weiberfastnacht 2011. Und im Kehrreim wurden sie noch deutlicher: „Sing, mei Sachse, sing! Der is' e eichen Ding. Und mit e bisschen Glick, da geht er bald zurück.“

scheidung traf – gegen den ausdrücklichen Rat ihrer Fachleute, die eine Entlassung forderten. Das für Personalangelegenheiten zuständige Referat 11 der Staatskanzlei hatte am 20. Juni zu Papier gebracht, dass eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand „nicht in Betracht“ komme.

Die Juristen fanden deutliche Worte: Die Vorschriften der Beamten-gesetze seien nicht geschaffen worden, „um einem auf Lebenszeit verbeamteten Staatssekretär die Möglichkeit zu geben, vorzeitig aus dem Amt zu scheiden und die bis dahin verdienten Versorgungsansprüche zu behalten“. Da der Staatssekretär offenbar auf eigenen Wunsch ausscheide, müsse er einen Antrag auf Entlassung stellen.

Die Expertise des Fachreferats ging zunächst an die Chefin der Staatskanzlei und wurde, so ist es auf dem Papier handschriftlich vermerkt, der Ministerpräsidentin „am Rande des Juni-Plenums übergeben“. Lieberknecht setzte sich über das Votum hinweg, eine Begründung dafür will sie nicht liefern.

Dabei ist das Papier nicht der einzige Regierungsvermerk zur Causa Zimmermann. Auch das Justizministerium hat sich des Falles angenommen. Es kommt zu ähnlichen Ergebnissen. So sei die Ver-

mann wie schon zuvor in Sachsen viel verbrannte Erde hinterlassen hat. Legendär ist die Ankunft des Beamten in der Thüringer Staatskanzlei. In Dresden war der zu Eitelkeit tendierende Mann einfacher Regierungssprecher bei Stanislaw Tillich gewesen; die dortigen Journalisten hatten ihn mit dem Negativpreis „Tonstörung 2008“ bedacht. Lieberknecht hielt das 2009 nicht ab, Zimmermann gleich zum Staatssekretär zu befördern. Kaum eingetroffen, besichtigte der Beau sein Reich und blieb bei einem Referatsleiter stehen, dessen schickes Büro er wortreich lobte. Es dauerte nicht lange, bis es wieder an der Tür klopfte. Starke Männer trugen vor den Augen des perplexen Beamten die weiße Leder-couch aus dem Zimmer. Die sei beim Staatssekretär besser aufgehoben.

Von Zimmermanns robusten Umgangsformen mit Untergebenen wissen auch diverse Sekretärinnen zu berichten. In dreieinhalb Jahren verschliss der Beamte, der sein Handwerk beim Privatfunk erlernte und später in der Geschäftsleitung eines Vergnügungsparks optimierte, 13 Vorzimmerdamen. Die Fluktuation schob er auf seine hohen Ansprüche, Beteiligte zweifeln eher an der Kinderstube des politischen Aufstiegers. Hausintern fanden sich am Ende keine Bewerber mehr für die Stelle, selbst Urlaubsvertretungen waren nur mühsam zu beschaffen.

Umso mehr freute man sich in der Staatskanzlei auf jene regelmäßig anstehenden Wochen, in denen sich Zimmermann seit einem Dienstanfall zur Reha verabschiedete. Natürlich nach Donau-stauf, wo sich Olympiateilnehmer und Fußballnationalspieler von ihren Verletzungen kurieren. Gesichtet wurde der Beamte auch in Cannes, wo er die Thüringer Filmproduzenten repräsentierte. Am Ende nahm die Chefin der Staatskanzlei ihrem reiselustigen Mitarbeiter die Zuständigkeit für die Medienpolitik ab. Er war zuletzt, wohl deutschlandweit einmalig, ein Staatssekretär mit Zuständigkeit fast ausschließlich für die Redenschreiber der Regierungschefin und für das Protokoll.

Christine Lieberknecht bringt ihr merkwürdiges Bündnis mit dem Sachsen in ernste Schwierigkeiten. Joachim Wieland, Professor an der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, hält die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand schlicht „für rechtswidrig“; allerdings könne der Vorgang verwaltungsrechtlich nur von Zimmermann selbst angefochten werden.

Deshalb droht Gefahr für die Regierungschefin eher auf strafrechtlichem Terrain. Die Thüringer Grünen befürchten einen Schaden von mehr als einer Million Euro. Sie haben vergangene Woche Strafanzeige gegen Lieberknecht erstattet. Wegen Verdachts der Untreue.

STEFFEN WINTER



Regierungschefin Lieberknecht, Staatssekretär Zimmermann 2012: Reise nach Cannes

Die Prophezeiung ist eingetreten. Nach dreieinhalb Jahren als schillernder Staatssekretär in Erfurt kehrt der 37-Jährige nach Sachsen zurück, um Vorsitzender der Geschäftsführung beim Internetunternehmen Unister in Leipzig zu werden. Thüringens Regierungschefin Christine Lieberknecht (CDU) hat ihn in den einstweiligen Ruhestand versetzt, was ihm eine Pension bis ans Lebensende sichert und ihr nachhaltigen Ärger.

Interne Unterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen, belegen, dass die Ministerpräsidentin bei der Personalie eine einsame Ent-

setzung in den einstweiligen Ruhestand „nicht alternativlos“ gewesen. Und: Die Regierungschefin habe „die für Thüringen teuerste Lösung gewählt“. Die Ministerialen rechnen aus, dass der junge Mann nach knapp sechs Jahren als Beamter umfangreiche Ansprüche habe: drei Monate volle Staatssekretärsbezüge von 9602 Euro, drei Jahre 71,75 Prozent (6889 Euro), danach lebenslang mindestens 3361 Euro. Wobei es Abzüge wegen des neuen Jobs geben werde.

Lieberknechts Treue irritiert auf der politischen Bühne in Erfurt, weil Zimmer-

AFGHANISTAN

Schüsse in der Nacht

Eineinhalb Jahre vor Ende des Kampfeinsatzes verschlechtert sich die Sicherheitslage. Die USA drohen mit Totalabzug. Die Glaubwürdigkeit der gesamten Mission steht in Frage.



Deutsches Hilfsprojekt Mädchenschule in Kabul: Rückführung unter Feuer

Die F-16-Jagdbomber donnern in Richtung der afghanischen Provinz Baghlan, es muss jetzt schnell gehen. Gerade hat sie der Notruf erreicht: Spezialkräfte der Bundeswehr sind bei einer gemeinsamen Operation mit afghanischen Sicherheitskräften im Distrikt Baghlan-e-Jadid in Schwierigkeiten geraten.

Es ist Samstag vor zwei Wochen, die afghanischen Sicherheitskräfte liefern sich schwere Gefechte mit den Taliban, die Situation droht außer Kontrolle zu geraten. Als die niederländischen Kampfbomber das Gebiet erreichen, lassen sie direkt über dem Areal zwei Bomben fallen.

Die Bilanz: zwei Tote auf Seiten der afghanischen Armee, fünf bei den Aufständischen, dazu mehrere Verletzte. Die Operation ist erst nach zwei Tagen beendet.

Wenn es nach der Bundeswehr gegangen wäre, hätte man das Scharmützel am liebsten geheim gehalten. Es gab keine Mitteilung, keine Informationen. Selbst in der vertraulichen „Unterrichtung des Parlaments“ vom vergangenen Freitag wurde der Abwurf der Bomben durch den Kampfjet verschwiegen. Bloß keine schlechten Nachrichten mehr.

Weniger als eineinhalb Jahre vor dem Ende des multinationalen Kampfeinsatzes

in Afghanistan droht die Mission politisch und militärisch zu scheitern. Obwohl sich die Sicherheitslage beständig verschlechtert, gelingt es dem Westen nicht, sich mit Präsident Hamid Karzai auf einen weiteren Verbleib von Sicherheitskräften nach Ende 2014 zu einigen. Es droht der Totalabzug.

Nach mehr als zehn Jahren Krieg und über 3300 toten alliierten Soldaten steht die Mission auf der Kippe. Der überstürzte US-Rückzug aus Vietnam war ein abschreckendes Beispiel dafür, wie die internationale Schutztruppe Isaf es nicht machen darf. Schlimmstenfalls kann es nun wieder so kommen, mittendrin die Bundeswehr.

Ohne die eigentlich bereits beschlossene Nachfolgemission „Resolute Support“ bliebe das fragile Land seinem Schicksal überlassen. Der Verbleib der Entwicklungsorganisationen stünde in den Sternen – und damit die Legitimation des gesamten Einsatzes: Alles, was bisher an Stabilität und gesellschaftlichem Fortschritt erreicht wurde, wäre preisgegeben. Die Versicherung, die in Berlin bisher wie ein Mantra wiederholt wird, würde sich als hohles Versprechen erweisen: „Wir lassen Afghanistan nicht im Stich.“

Seit US-Präsident Barack Obama dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai immer unmissverständlicher mit der „Null-Option“ droht, dem vollständigen Abzug der US-Streitkräfte vom Hindu-kusch bis 2015, reibt man sich auch in Berlin erschrocken die Augen. Damit wären alle Pläne für ein stabiles Afghanistan dahin. Die Bundeswehr müsste ebenfalls komplett umplanen.

Noch im April hatte Verteidigungsminister Thomas de Maizière in Aussicht gestellt, dass bis zu 800 Bundeswehrsoldaten auch nach Ende 2014 im Rahmen einer internationalen Ausbildungsmission im Land bleiben. Aber ein Engagement ohne die Vereinigten Staaten ist nicht denkbar. „Wenn die Amerikaner abziehen, wird es keinerlei deutsche Beteiligung geben können“, sagt der Grünen-Verteidigungspolitiker Omid Nouripour zum Bundeswehreinsatz. Die Null-Option müsse „stärker ins Auge gefasst werden“, fürchtet auch seine Parteikollegin Katja Keul.

Unterdessen wird die Sicherheitslage immer kritischer. Statt der erhofften Stabilisierung erreichen das Hauptquartier der internationalen Schutztruppe Isaf in Kabul fast täglich neue Schreckensmeldungen von toten und verwundeten Soldaten. War die Anzahl der Zwischenfälle 2012 noch rückläufig, ist sie seit Beginn des Jahres rapide nach oben geschneit.

„Die Sicherheitslage hat sich mit Beginn der Frühjahrsoffensive in einigen der bekannt problematischen Regionen des Nordens deutlich spürbar verschlechtert“,

THOMAS KOEHLER/PHOTOFESTIVALS.NET

heißt es in einem internen Kabelbericht des Generalkonsulats in Masar-i-Scharif vom 11. Juli. Vergangenen Montag wurde bekannt, dass allein in den letzten vier Monaten 2748 Polizisten von den Taliban getötet wurden.

Wie gefährlich die Lage neuerdings auch für die zivilen Aufbauhelfer ist, zeigte sich am 11. Mai. Mitten in der Nacht wurde Mohammad Hafiz, 35, von Schussalven in seinem Camp im Dorf Shakh Moghlan in Nordafghanistan aus dem Schlaf gerissen, der Mitarbeiter einer Kabuler Straßenbaufirma und seine Kollegen fürchteten um ihr Leben.

„Die Taliban, es waren um die 20 Mann, attackierten das Camp von allen Seiten. Sie schossen Raketen ab, nur mit Glück konnten wir flüchten“, erinnert sich der Ingenieur an die Nacht.

Als die afghanische Polizei Stunden später eintraf, konnte sie nur noch die Toten zählen. Zwei Ingenieure und ein Arbeiter lagen leblos auf dem Boden. Die afghanische Firma, die im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) eine 24 Kilometer lange Straße teeren sollte, reagierte sofort. Nach dem Tod seiner Männer, befand der Chef, wolle er nicht länger für das deutsche Projekt arbeiten. Es sei einfach zu gefährlich.

Im deutschen Einsatzgebiet im Norden des Landes bereiten derartige Vorfälle erhebliche Sorgen. Im Kabelbericht des Generalkonsulats klagen die Diplomaten, dass durch den beginnenden Abzug des Bundeswehrkontingents ein Sicherheitsvakuum entstanden sei, in das die Taliban vorstießen.

Ziel der Angriffe sind die afghanischen Sicherheitskräfte (ANSF), die seit sechs Wochen offiziell für den Schutz der Bevölkerung zuständig sind. „Die Zahl der Anschläge auf ANSF-Kräfte und Zivilisten hat vor dem Hintergrund des Abschlusses des Transitionsprozesses stark zugenommen“, heißt es in dem Drahtbericht. Die Taliban fühlten sich in den Provinzen, aus denen die internationalen Truppen abziehen, „freier“, vor allem

weil kaum mehr nächtliche Razzien stattfänden.

Das habe gravierende Auswirkungen auf die Hilfsprojekte, warnt das deutsche Generalkonsulat. Die Regierungsbeamten sehen sogar die Legitimation des Afghanistan-Einsatzes in Gefahr.

Sie fürchten, die „Hauptbotschaft“ des Einsatzes könne nicht mehr glaubhaft vermittelt werden: dass Deutschland mit ziviler Aufbauhilfe „unabhängig vom Ende von Isaf“ dauerhaft engagiert bleibe.

Auch im Verteidigungsministerium schwant den Fachleuten, dass der ohnehin in der Bevölkerung seit langem unbeliebte Einsatz mit anhaltenden Negativmeldungen ein PR-Desaster zu werden droht.

Deshalb haben die Strategen im Berliner Bendlerblock eine neue Kommunikationsstrategie beschlossen: Schlechte

Als die afghanische Polizei nach dem Taliban-Angriff eintraf, konnte sie nur noch die Toten zählen.

Nachrichten werden ignoriert, die Tabellen über steigende Anschlagzahlen ins Reich der statistischen Ungenauigkeiten verbannt.

Seit die Bundeswehr nur noch selten zu Einsätzen ausrücke, könne man den Zahlen, die von den Afghanen geliefert werden, kaum noch trauen, heißt es. Fortan gelte es, neue Definitionen für die Sicherheitslage zu finden, die sich nicht mehr ausschließlich an den vorhandenen Zahlen orientieren dürften. Was nicht passt, wird passend gemacht.

Momentan herrscht in Berlin vor allem Unsicherheit. Das Hauptproblem ist, dass nicht feststeht, ob und wie viele amerikanische Soldaten nach 2014 im Land bleiben werden. Ohne eine verlässliche Zahl können die Militärs im Nato-Hauptquartier keinen Einsatz vernünftig planen.

Ursprünglich wollte Washington auch weiterhin etwa zehntausend GIs in Afghanistan stationieren. Doch bislang weigert sich der afghanische Präsident Karzai, einem bilateralen Sicherheitsabkommen zuzustimmen, das die Amerikaner zur Bedingung für ihre zukünftige Militärpräsenz gemacht haben. Auch fehlt weiterhin eine offizielle Einladung an die internationalen Partner, nach 2014 im Land zu bleiben. Zudem drängen die Alliierten, allen voran Deutschland, darauf, dass die Isaf-Nachfolgekommission den Segen des Uno-Sicherheitsrats erhält. Karzai sperrt sich allerdings gegen ein Uno-Mandat – er sieht darin eine Einschränkung der afghanischen Souveränität.

Das Abkommen mit den USA ist in seinen Grundzügen lange ausgearbeitet, Karzai aber kam in den vergangenen Monaten ständig mit neuen Forderungen. Ging es zunächst um die Zusicherung von Immunität für die US-Soldaten in Afghanistan, eine Kernforderung der Amerikaner, äußerte der Afghane plötzlich den Wunsch, der Vertrag solle auch eine Art Sicherheitsgarantie für sein Land im Fall von Angriffen von außen enthalten. Aus seinem Umfeld heißt es zudem, dass Karzai von den USA vor seiner Unterschrift die genaue Stärke der US-Kontingente für die Zeit nach der Nato-Mission erfahren wolle. Eine solche Zusage aber mag Washington nicht abgeben.

Die Unsicherheit hat erhebliche Auswirkungen auf die dringend notwendige internationale Aufbauarbeit. Bisher hatten sich die deutschen Entwicklungshelfer, derzeit sind es in Nordafghanistan etwa 110, bei der Sicherheit stets auf die Bundeswehr oder andere Isaf-Nationen verlassen. Im Notfall konnte man Hubschrauber zur Evakuierung anfordern, die medizinischen Einrichtungen der Militärs benutzen und sich in brenzigen Lagen in die deutschen Camps zurückziehen. Diese allerdings werden bis auf das Zentrallager in Masar-i-Scharif bis Ende des Jahres geschlossen.

Der Abzug treibt die Kosten der Entwicklungsarbeit in die Höhe. Für die Zeit



Bundeswehrsoldat (r.), afghanischer Partner, zerstörter Lkw nach Anschlag in der Provinz Baghlan: 2748 Opfer in den letzten vier Monaten

danach rechnen die Planer der GIZ mit Mehrkosten von knapp fünf Millionen Euro für zivile Flugtickets, medizinische Leistungen, sichere Unterbringungen für die Mitarbeiter in sogenannten Safe Houses und gepanzerte Fahrzeuge für Überlandfahrten.

In einer Analyse für das Entwicklungsministerium von Dirk Niebel (FDP) machten die Sicherheitsexperten der GIZ deutlich, wie sehr die Entwicklungshelfer auf Soldaten angewiesen sind. Wollte man die vielen deutschen Projekte weiter betreiben, so das Risk Management Office der Entwicklungsgesellschaft, müsse dringend „weiterhin auf die Unterstützung der Bundeswehr“ oder anderer Kampfeinheiten „zurückgegriffen werden“. In dem Papier wird sogar eine schriftliche Garantie für solche Nothilfe in einem neuen Afghanistan-Mandat angemahnt.

Eine Garantie für eine schnelle Evakuierung aus der Luft müsse genauso gewährleistet sein wie eine „bewaffnete Rückführung unter Feuer“, die nur durch „robuste Bodestreitkräfte“ erreicht werden könne.

Im Fall von Entführungen seien „Spezialfähigkeiten“ zwingend erforderlich, gemeint ist die Elitetruppe Kommando Spezialkräfte. Das klingt allerdings gar nicht nach dem bisher von der Bundesregierung geplanten Szenario einer reinen Ausbildungsmission für die weiterhin stationierten Soldaten.

Bekommt die GIZ nicht die nötigen Garantien, sieht es für die meisten Projekte düster aus. Ohne die Zusagen, so die Analyse der Sicherheitsabteilung, müsse man eine „geringere Operationsfähigkeit“ der Hilfsprojekte akzeptieren, da man eigentlich nur noch in Masar-i-Scharif aktiv sein könnte.

Der afghanische Präsident Karzai selbst hat mittlerweile seine ganz eigene Form der Diplomatie gegenüber dem ungeliebten Partner in Washington gefunden. US-amerikanische Regierungsbeamte staunten nicht schlecht, als sie kürzlich mit einer Zahlungsaufforderung aus dem Finanzministerium in Kabul konfrontiert wurden.

Für jeden aus dem Land zu schaffenden Abzugscontainer mit militärischem Gerät sollen die USA nun, so die Forderung der afghanischen Seite, 1000 Dollar Strafe zahlen, sofern die Papiere nicht ordnungsgemäß ausgefüllt sind. Die Kosten könnten sich auf bis zu 70 Millionen Dollar summieren.

Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, wählte Karzai den Weg der Erpressung: Er wies seine Zöllner an der Grenze zu Pakistan an, die Übergänge für amerikanische Transporte im Juli für sechs Tage geschlossen zu halten.

RALF BESTE, MATTHIAS GEBAUER,
GORDON REPINSKI, CHRISTOPH SCHULT



Politiker de Maizière, Guttenberg 2011*: Selbstinszenierung mit großer Vehemenz

KARRIEREN

Ausgedient

Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat nicht nur die Öffentlichkeit mehrfach getäuscht. Er hat auch sein Image des preußischen Staatsdieners zerstört.

Ein hoher moralischer Anspruch ist in der Politik eine gefährliche Sache. Wer als besonders prinzipienfest, unbestechlich und hart gegen sich selbst gilt, hat die Wähler auf seiner Seite. Umgekehrt reagieren die Leute empfindlich, wenn der Anspruch durch die Wirklichkeit widerlegt wird. Was man einem Filou durchgehen lässt, kann bei einem Vorbild schnell die Karriere ruinieren.

Karl-Theodor zu Guttenberg wollte die deutsche Politik neu erfinden. Klarheit und Wahrheit waren seine Devise: Der CSU-Minister verweigerte Subventionen für die siechen Opel-Werke und entlarvte die Wehrpflicht als Folklore. Als herauskam, dass ausgerechnet der Musterminister bei seiner Doktorarbeit abgeschrieben

hatte, war er geliefert. Er verließ das Land und ist bis heute nicht zurückgekehrt.

Jetzt hat es Thomas de Maizière erwischt. Auch der neue Verteidigungsminister betrieb seine Selbstinszenierung mit großer Vehemenz. Er posierte als erster Diener seines Staates, als eine Art Wiedergeburt des Philosophenkönigs Friedrich II. De Maizière brachte preußische Ordnung in den Laden und sagte Sätze wie: „Im Dienst versuche ich immer, diszipliniert zu sein.“

Selbstlosigkeit, Härte, Pflichterfüllung – so wollte de Maizière Deutschland dienen, so empfahl er sich für Höheres. In der postheroischen Bundesrepublik war nicht mehr der schneidige Guttenberg, sondern sein korrekter Nachfolger der ideale Reservekanzler.

Diesen Mittwoch muss de Maizière dem Untersuchungsausschuss im Europa-saal des Berliner Paul-Löbe-Hauses Rede

* Nach Übergabe der Entlassungs- und Ernennungsurkunden zum Verteidigungsminister am 3. März in Schloss Bellevue.

und Antwort stehen. Der Minister hat bei der Entwicklung der Aufklärungsdrohne „Euro Hawk“ Fehler gemacht, die den Steuerzahler Hunderte Millionen Euro kosten. Er hat sein Ministerium in einer heiklen Rüstungsangelegenheit falsch geführt und dazu Erklärungen abgegeben, die so nicht stimmen können.

Seinen Posten wird er möglicherweise retten können. Die Kanzlerin muss im Herbst ihr Amt verteidigen, da wird sie so lange wie möglich an dem ihr treuen Minister festhalten. Das Bild vom aufrechten Profi aber hat sich in rasender Geschwindigkeit aufgelöst, tatsächlich steht de Maizière als ziemlich selbstsüchtig da.

Bei einem Besuch in der Redaktion der „Stuttgarter Zeitung“ sagte der 59-Jährige vorige Woche, er trete nicht zurück, weil er es leid sei, ständig die Jobs zu wechseln: „Ich habe so viel gesät, jetzt möchte ich mal ernten.“ War das nicht der Mann, der eben noch gesagt hatte, Rücktritte sollten „geradeaus“ gemacht werden, „ohne wehleidig zu sein“? Nun dient nicht mehr der Minister dem Amt, sondern das Amt dem Minister.

Wie ein paar Wochen unter Druck einen Menschen doch verändern können. „Verantwortung heißt Antworten geben und sich vor seine Mitarbeiter stellen“, hatte der Minister vor zwei Jahren erklärt, daher solle man „auf andere zugehen und im Ringen um beste Lösungen Eigeninteressen hintanstellen“.

Doch als es heikel wurde, beklagte der Chef sich über seine Mitarbeiter. Die „Entscheidungsfindung“ in seinem Haus sei „nicht in Ordnung“. Das war klein und gemein, es erinnerte an Joschka Fischers Satz in der Visa-Affäre 2005: „Für mögliche Fehler meiner Mitarbeiter übernehme ich die Verantwortung.“

Dabei war es doch de Maizière selbst, der die Fehler machte, weil er sein Haus falsch führte und sich als erstaunlich unpolitisch erwies, als es darauf angekommen wäre, politisch zu denken. Auf die Frage, warum er erst so spät eingegriffen habe, gab de Maizière zur Antwort, ein Ministerium werde nicht per Flurfunk geführt. Er habe gewartet, bis eine schriftliche Vorlage des Hauses seinen Schreibtisch erreiche. So redet vielleicht der Hausjurist – aber der Polit-Profi, der weiß, wie Regieren funktioniert?

Im Untersuchungsausschuss belehrten ein Ex-Minister und ein ehemaliger Generalinspekteur den Amtsinhaber, dass man ein politisch heikles Amt eben nicht nur auf dem Dienstweg führen könne, sondern wichtige Themen an sich ziehen müsse. Die Ministerialrätin Angelika Bauch vom Bundesrechnungshof erkannte sogar eine Pflichtverletzung.

Da der „Euro Hawk“ als „politisch bedeutsames Projekt“ in der ministerialen „Kategorie 1“ eingestuft gewesen sei, hätte es eine „Holschuld“ des Ministers ge-

geben, „sich in regelmäßigen Abständen über dieses Projekt berichten“ zu lassen.

Dass das „Euro Hawk“-Desaster nicht früher bekannt wurde, hat auch mit Organisationsfehlern zu tun, die de Maizière zu verantworten hat. Als er im März 2011 Verteidigungsminister wurde, lagen auf seinem Schreibtisch die Vorschläge der Reform-Kommission für die Bundeswehr, geleitet vom Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise. Dieser schlug vor, das Controlling der heiklen Rüstungsvorhaben zentral in der Führung des Hauses zu verankern.

Doch die Vorschläge, die sein Vorgänger Guttenberg erbeten hatte, stießen beim neuen Mann an der Spitze auf Desinteresse. Der Verwaltungsprofi de Maizière hat in seinem angeblichen Kerngeschäft versagt.

Dass de Maizière eine sehr eigenwillige Auffassung davon hat, was eine Information ist, das ist im Prinzip nichts Neues. An mehreren Beispielen wurde dem CDU-Minister in der Vergangenheit nachgewiesen, dass seine Behauptung nicht stimmen kann, er habe erst am 13. Mai dieses Jahres vom Ausmaß des „Euro Hawk“-Debakels erfahren.

Im Dezember 2012 besuchte der Minister den „Euro Hawk“-Hersteller Cassi-

dian. Seine Beamten gaben ihm zur Vorbereitung für das Gespräch mit dem Cassidian-Chef eine Mappe mit, in der sie alle Fakten über den „Euro Hawk“ zusammengetragen hatten. „Aufgrund der Zulassungsproblematik und weiterer Unsicherheiten“, steht da, sei „derzeit keine Grundlage gegeben, um eine Entscheidung für eine Serienbeauftragung zu befürworten oder gar zu treffen“. De Maizière war also schon im vergangenen Jahr detailreich über das nahende Ende der Aufklärungsdrohne informiert.

Am Mittwoch vergangener Woche ist nun eine weitere Lüge offenkundig geworden: Anfang Juni hatte de Maizière gesagt, die „Leitung“ seines Ministeriums sei „erstmals“ am 8. Februar 2012 über das Ausmaß der Probleme informiert worden. Auch das kann nicht stimmen.

Auf der letztwöchigen Sitzung des Untersuchungsausschusses kramte der SPD-Abgeordnete Hans-Peter Bartels ein Schreiben hervor, das Rüstungsabteilungsleiter Detlef Selhausen bereits am 19. Januar 2012 als Mail an das Büro von Staatssekretär Stéphane Beemelmans geschickt hatte; darin warnte er vor einer „dramatischen Kostenexplosion“. Die Nachricht über die Probleme war also drei Wochen früher in der Leitungsebene angekommen als von de Maizière angegeben. Der eigentliche Adressat der Warnung war sogar der Minister selbst, denn der traf sich am selben Tag mit dem Cassidian-Chef, mal wieder. Der Termin mit der Rüstungsfirma firmiert in der Betreffzeile der Mail.

Nun könnte man einwenden, was sind schon drei Wochen? Aber man erkennt ein Muster: Was im Einzelfall noch als Irrtum gelten kann, erweist sich bei Wiederholung als Absicht. Auf das Datum 8. Februar hatte sich de Maizière auf Druck festgelegt. Der SPIEGEL hatte von diesem Tag einen Vermerk öffentlich gemacht, der die Mehrkosten auf bis zu 600 Millionen Euro bezifferte. Nur der Minister behauptete tapfer weiter, seine engsten Mitarbeiter hätten ihm die brisante Information vorenthalten. Das ist das Problem mit de Maizières Falschaussagen, ob man sie nun Lüge, Unwahrheit oder Täuschung nennt: Man kann ihm nicht mehr glauben, weil er nur das zugibt, was ohnehin offensichtlich ist.

Der Radprofi Erik Zabel hatte vor ein paar Jahren zugegeben, im Jahr 1996 einmal gedopt zu haben. Dann habe er aufgehört damit, er habe das Mittel nicht vertragen. Zu dem Zeitpunkt war die Missetat bereits verjährt, aber egal. Neben den anderen vollgepumpten Athleten blieb Zabel irgendwie ein Guter.

Vorige Woche stellte sich heraus, dass Zabel auch später gedopt hat. Sein Bekenntnis war in Wahrheit ein cooler PR-Trick, um sich zu rehabilitieren.

De Maizière ist jetzt ein bisschen wie Erik Zabel. Ausgerechnet er.

RALF BESTE, GORDON REPINSKI

Zeit(ver)schiebung?

Wer wann über die Zulassungsprobleme beim „Euro Hawk“ Bescheid wusste

laut Verteidigungsminister de Maizière

laut aufgetauchter Informationen

19. Januar 2012

Der Leiter der Rüstungsabteilung, Detlef Selhausen, warnt in einer E-Mail an das Büro von Staatssekretär Beemelmans vor einer „dramatischen Kostenexplosion“.

8. Februar

Die Leitung des Verteidigungsministeriums wird erstmals informiert.

27. Februar 2012

Ein Sachstandsbericht informiert über die Probleme. Beemelmans schreibt, der Minister habe die Vorbereitung gelobt.

1. März 2012

De Maizière wird erstmals informiert.

10. Dezember 2012

De Maizière besucht die EADS-Tochter Cassidian; dazu bekommt er eine Infomappe, die auf das „hohe finanzielle und (...) technische Risiko“ hinweist.

16. Januar 2013

Selhausen schreibt auf eine Vorlage, der Minister erwarte „zum 31. März eine Entscheidungsvorlage mit klarer Aussage zur Zulassungsfähigkeit“.

8. Mai 2013

De Maizière sagt dem „Donaukurier“, der „Euro Hawk“ werde wahrscheinlich nicht angeschafft.

13. Mai 2013 De Maizière erfährt von der Unlösbarkeit der Probleme und billigt die Entscheidung seiner Staatssekretäre, das Projekt zu stoppen.

DER SPIEGEL



Angeklagte Zschäpe, Verteidiger: Hätten die beiden Uwes mit ihr zusammengelebt, wenn sie anderer Gesinnung gewesen wäre?

STRAFJUSTIZ

Vierzehn Strafverfahren in einem

Die Beweisaufnahme im Münchner NSU-Prozess gestaltet sich bisher als Stückwerk. Trotzdem brachte der Vorsitzende das Verfahren weit voran. Jetzt zeichnet sich eine Front zwischen der Bundesanwaltschaft und den Opfern ab. *Von Gisela Friedrichsen*

Am Anfang ging es noch leidlich nach Plan. Da hatte zuerst Carsten S. das Wort, der einzige der fünf im NSU-Prozess vor dem Münchner Oberlandesgericht Angeklagten, der reinen Tisch machte. Auf ihn folgte Holger G. mit einer Erklärung. Fragen dazu würden nicht beantwortet, teilten seine Verteidiger mit. Die anderen Angeklagten, voran Beate Zschäpe und der Ex-NPD-Funktionär Ralf Wohlleben, schweigen. Das Gericht muss also zusehen, wie es angesichts eines sich über mehr als zehn Jahre erstreckenden mutmaßlichen Tatzeitraums zu den für ein Urteil nötigen Feststellungen kommt. Denn tatsächlich geht es nicht nur um *einen* Tatkomplex, sondern es sind vierzehn Strafverfahren – wegen Mordes in zehn Fällen, zweier Bombenattentate, einer Brandstiftung plus diverser Raubüberfälle – in einem einzigen zu verhandeln.

Die Beweisaufnahme begann am 14. Verhandlungstag mit Fall zwei der Mordserie, der Erschießung des Änderungsschneiders Abdurrahim Özüdogru 2001 in Nürnberg. Die ersten Zeugen waren

Polizeibeamte vom Tatort sowie eine Anwohnerin, die behauptete, sie habe von ihrem Wohnzimmer aus geradewegs in die Schneiderstube hineinsehen können. „Ich hab ihn liegen gesehen! Ich schwör Ihnen, dass ich ihn liegen gesehen hab!“, beteuerte sie unter Tränen vor Gericht. Und in der Nähe des Ladens habe sie eine Frau gesehen, „die damals blond war“. Beate Zschäpe?

Jener Polizist aber, der diese Aussage sogleich ins Reich der Phantasie hätte verweisen können, weil es von dem besagten Wohnzimmer weder freie Sicht auf noch in die Schneiderstube hinein gab, wurde erst vier Wochen später als Zeuge angehört. Zwischenzeitlich hatte sich das Gericht mit der Tötung des Blumenhändlers Enver Şimşek, Fall eins, beschäftigt, dann mit der Witwe von Habil Kiliç, dem Opfer Nummer vier. Außerdem wurden reihenweise Vernehmungsbeamte von Carsten S. und Holger G. vorgeladen. Nicht zu vergessen die Zeugen, die etwas zur Brandlegung in der Zwickauer Frühlingsstraße, die Zschäpe angelastet wird, bei-

zutragen hatten. Außerdem Rechtsmediziner, die die Verletzungen der Opfer erläuterten, und Waffenexperten, die von Schusskanälen die Position des Schützen abzuleiten versuchten.

Das verstörend grausame „Paulchen Panther“-Bekennervideo wurde zu Beginn der Beweisaufnahme eingeführt – zufällig, weil sich die Gelegenheit dazu bot. Wer erinnert sich noch an die ungeschickte Vorlage von Fotos der möglichen Tatwaffe? Besser im Gedächtnis blieb jener Zeuge vom Bundeskriminalamt, der Zschäpe auf einer Fahrt zu ihrer Großmutter nach Thüringen zum Reden gebracht hatte und der vor Gericht den Conférencier gab, ehe erkennbar wurde, wie viel List hinter dieser Fassade steckte.

Es geht durcheinander. Nur selten ist ein Verhandlungstag einem einzigen Thema vorbehalten. Es wird häppchenweise verhandelt. Die Vernehmung eines Zeugen vom 24. Juni wird am 24. Juli fortgesetzt, wenn sich kaum jemand noch an den Wortlaut der ersten Aussage erinnert. Es ist Stückwerk. An manchen Sitzungs-

tagen befasst sich das Gericht mit drei Mordfällen parallel, was alle Beteiligten anstrengt. Jeder sucht dann den roten Faden, der ihn durch das Akten- und Faktendickicht leitet.

Der Nebenklagevertreter Alexander Kienzle erinnerte das Gericht kürzlich an die ursprüngliche Ladungsverfügung vom Februar, „aus der sich eine sachlogisch nachvollziehbare Struktur der Beweisaufnahme ergab“, und beantragte, zu dieser Systematik zurückzukehren. Doch wie soll das geschehen? Im Februar rechnete noch niemand mit den Turbulenzen bei der Platzvergabe, die nicht nur zu einer Verschiebung des Prozessbeginns führen sollten, sondern auch das ambitionierte Programm des Senats zur Gestaltung des Strafverfahrens hinfällig werden ließen.

Und doch: Allen Skandalisierungsversuchen zum Trotz und jenseits einer bisweilen chaotisch anmutenden Beweisaufnahme – das NSU-Verfahren ist bis jetzt, da die Sommerpause bevorsteht, auf einem viel besseren Weg, als anfangs zu hoffen war. Der Vorsitzende Manfred Götzl hat den Prozess nicht nur rasch in den Griff bekommen und versachlicht, er hat ihn auch gehörig vorangetrieben.

Das Bild der Hauptangeklagten Zschäpe ist sichtbarer, ihre Rolle in der rechtsradikalen Szene deutlicher geworden. Keine Rede mehr davon, dass sie nur das kuchenbackende Heimchen am Herd gewesen sein könnte, das den Gefährten Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos den Haushalt führte. Sie ist aber auch nicht eine Schwester des gestörten norwegischen Alleintäters Breivik.

Sie gehörte offensichtlich zu den bewunderten, weil in die Illegalität abgetauchten Vorbildern der jüngeren Generation von Neonazis. Sie soll dabei gewesen sein, wenn Waffen übergeben und Diskussionen über Gewalt gegen Ausländer geführt wurden. Sie müsste also wissen, wer sich dafür aussprach und wer dagegen war. Sie musste sich wohl auch selbst positionieren. In ihrer Wohnung wurden Stadtpläne gefunden, in denen mögliche Tatorte und der Weg dorthin markiert waren. Zschäpe war vermutlich auch dabei, als Unterstützer Anweisungen bekamen. Es wäre lebensfremd zu behaupten, sie habe nichts von alledem mitbekommen, was der NSU beabsichtigte. Oder: Vielleicht hat sie nichts wissen wollen. Aber hätten die beiden Uwes mit ihr zusammengelebt, wenn Zschäpe anderer Gesinnung gewesen wäre?

Über das Binnenverhältnis des Trios ist kaum etwas bekannt. Doch Böhnhardt und Mundlos hätten ohne den von Zschäpe offenbar perfekt inszenierten Anschein von Bürgerlichkeit, durch den Nachbarn keinen Verdacht schöpften, wohl kaum jahrelang Verbrechen verüben können. Zschäpe kümmerte sich um Papiere, die man vorlegen muss, will

man etwa ein Auto mieten. Sie war die Zuflucht. Laut Anklage jedenfalls.

Auch zu den wenigen Äußerungen Zschäpes gegenüber Ermittlern passt das Bild eines unselbständigen Frauchens nicht. Sie habe sich nicht der Polizei gestellt, soll sie wenige Tage nach ihrer Festnahme bekannt haben, um nicht auszusagen. Wird sie den ganzen Prozess über schweigen? Oder dieses Schweigen doch irgendwann brechen? Über Zschäpes Einstellung zu ihren Verteidigern und deren Ratschlägen lässt sich nur spekulieren.

Falls ihr die Brandlegung in ihrer Wohnung – unter Inkaufnahme der Gefährdung weiterer Personen – nachgewiesen werden sollte, woran bislang kaum zu zweifeln ist: Spricht diese Radikallösung, dieser alles vernichtende Schlussstrich unter das gemeinsame Leben mit den beiden Uwes, der vorbereitet gewesen sein muss, für Kopflosigkeit? Für besondere Empfindsamkeit? Die Ankläger wissen nicht, wie sich das Benzin, das in der Wohnung verteilt worden war, entzündete. Das ist eine Schwachstelle der Anklage. Andererseits gibt es Zeugen, die Zschäpe nach der Explosion auf der Straße begegneten und bekunden, wie „entspannt“ ihr Gesicht gewirkt habe.

Das Gericht setzt dank der akribischen und zumeist unangreifbar präzisen Frage-technik seines Vorsitzenden Stein auf Stein. Götzls Aktenkenntnis ist fulminant. Erstmals am 27. Verhandlungstag fand ein Mitglied des Senats Anlass zu einer Frage, die

den pensionierten Josef Wilfling, einen der erfahrensten Ermittler Bayerns, lautstark anzugehen, warum zwar im Drogenmilieu, nicht aber in der rechten Szene ermittelt worden sei. Da wurde Götzl ungehalten, ja unangenehm, geriet aber nicht aus der Fassung. Wer ihn kennt, weiß, dass das passieren kann. Im Übrigen aber achtet dieser Vorsitzende peinlich auf die Einhaltung strafprozessualer Regeln und Rechte. Er gibt den Beteiligten jeden Raum, er lässt Fragen zu bis an die Grenze des Hinnehmbaren, er beschneidet das Wort nur im äußersten Notfall. Dass vor allem die Zschäpe-Verteidigung diesen Vorteil nur verhalten nutzt und sich mit Götzl höchstens auf Scharmützel einlässt, ist nicht ihm vorzuwerfen.

Zu ernsthaften Auseinandersetzungen könnte es künftig jedoch zwischen Bundesanwaltschaft und einzelnen Nebenklageanwälten kommen. Einige der Opfer scheinen Frieden mit diesem Land nicht schließen zu können, solange sie mit unbeantworteten Fragen heimgeschickt werden. Ihre Ziele weichen, abhängig von der Kompetenz ihrer Anwälte, im Großen und Ganzen von denen der Bundesanwaltschaft nicht ab. Doch sie wollen schon auch erfahren, wenn es denn so gewesen sein sollte, warum das Unglück ihre Familie zum Beispiel unter den Augen des Verfassungsschutzes traf. Oder ob es zutrifft, dass das Trio sich erst durch den Einfluss eines V-Mannes des Verfassungsschutzes radikalisierte. Dann zu sa-



6. Strafsenat am Oberlandesgericht München*: Bisher ist die Anklage nicht in Gefahr

er vergessen hatte. Die Bundesanwaltschaft sieht gelassen zu, ihre Anklage ist bisher nicht in Gefahr. Befürchtungen, unter dem Gewicht der Anklageseite mit zusätzlich rund 60 Nebenklageanwälten würde jede Aktivität der Verteidigung schon im Keim erstickt, bewahrheiteten sich bisher nicht.

Denn der Vorsitzende diszipliniert zwar jeden streng, der Unzulässiges fordert oder sich im Ton vergreift. Etwa als ein Opferanwalt sich nicht bremsen ließ,

wie es der eherne Bundesanwalt Herbert Diemer zu tun pflegt: „Das gehört hier nicht zur Sache, sondern in einen Untersuchungsausschuss“, ist für diese Menschen kein Trost.

Die Chance, Erkenntnisse über den Weg der Angeklagten zu ihren mutmaßlichen Taten zu gewinnen – und damit auch zur Entstehung von Rechtsradikalismus –, ist gegeben. Die Entstehungsgeschichte der Mordserie ist wichtig für die Frage nach der Schuld. Aber eben nicht nur dafür. ♦

* Vorsitzender Manfred Götzl (M.).

Mahlzeit!

Die Lebensmittelproduktion ist zu einem globalisierten, hochindustrialisierten Wirtschaftszweig geworden. Sie bietet kostenoptimierte Waren an, die nur noch entfernt an Essen erinnern. Die Verbraucher ahnen nichts.



WU HONG / DPA

Die Ohrhinge sind verboten. Die Armbanduhr ist es auch. Die eigenen Schuhe müssen ausgezogen werden, es stehen Sicherheitsschuhe bereit, mit Stahlkappen. Dazu Hygienekleidung, bestehend aus Ganzkörperanzug und Schutzbrille. Selbst der Kugelschreiber findet keine Gnade, er wird ausgetauscht.

„Haben Sie den Film mit den Sicherheitsbelehrungen angeschaut?“ Ja. „Haben Sie ansteckende Krankheiten wie Gastroenteritis, Typhus oder Cholera?“ Nein. „Wissen Sie, wo der Treffpunkt bei Sirenenalarm ist?“ Ja. „Haben Sie Ihre Hände gewaschen und desinfiziert?“ Ja, in den vergangenen 15 Minuten dreimal.

Das Unilever-Werk in Heppenheim gleicht einem Hochsicherheitstrakt. An der Hauptpforte zählt eine digitale Anzeige, seit wie vielen Tagen es keinen Arbeitsunfall mehr gegeben hat, die Zahl steht bei 696. Den Pfortner darf nur passieren, wer nach der Anmeldung den dreiminütigen Film mit der Sicherheitseinweisung gesehen hat und danach das Blatt mit den „Regeln für Besucher“ einsteckt.

Man könnte meinen, hier in Heppenheim würden hochsensible Mikrochips hergestellt oder es werde zumindest mit gefährlichen Chemikalien gearbeitet. Aber es geht um Eis. Um Magnum, um Cornetto, um Ben & Jerry's, um Cremissimo.

Hier, in einer der größten Eisfabriken Europas, werden jährlich 170 Millionen Liter Speiseeis hergestellt, 22 Produktionslinien verarbeiten jeden Tag die Milch von 5700 Kühen, etwa 170 Tonnen; ein Drittel davon für Magnum, etwa 500 Millionen Stück des Klassikers werden hier pro Jahr produziert, 2200 Stück in der Minute. Wenn hier, in Heppenheim, etwas schiefeht, fehlt in ganz Europa Eis.

Alexander Weiß ist dafür verantwortlich, dass das nicht geschieht. Der Lebensmitteltechnologie ist Herr über die Maschinen, die sich wie Raupen durch die Hallen mit den meterhohen Edelstahl tanks schlängeln. Computergesteuerte Kolosse aus Stahl, mit Greifarmen, Rollbändern, Einspritzdüsen und Sensoren, die auf wenigen Metern aus Milch, Sahne, Schokolade und Fruchtmus Eis herstellen, es automatisch verpacken, auf Paletten stapeln und ins Tiefkühlager abtransportieren.

Es sind Apparate, die Schokostückchen oder Karamellsauce so in die Grundmasse eines Eises schießen können, dass man bei jedem Biss gleich viel davon im Mund hat. Die wissen, auf wie viel Grad die Schokolade erst erhitzt und dann gekühlt werden muss, damit es beim Abbeißen den richtigen Knacklaut gibt. Deren Sensoren erkennen, ob genügend Eis eingefüllt wurde und die Folie auf dem Plastikbecher luftdicht verschließt. „Das alles hier“, sagt Weiß, „ist Hochtechnologie, die einzigartig ist.“

Es ist die Realität der deutschen Lebensmittelherstellung – eine Realität, von der die meisten Kunden wenig ahnen.

Kaum ein Verbraucher weiß, dass genau solche Technologien für den Geschmack, die Konsistenz und nicht zuletzt die Sicherheit ihrer täglich konsumierten Nahrung sorgen; mit deren Hilfe die Branche in Deutschland täglich Lebensmittel für fast hundert Millionen Menschen herstellt und 163 Milliarden Euro im Jahr umsetzt. Eine Technik aber, die beim Verbraucher zumeist Misstrauen und Ablehnung hervorruft, wenn er mit ihr in Berührung kommt. Denn nirgendwo sonst in der deutschen Wirtschaft klaffen die Vorstellung vom Produktionsprozess und die tatsächliche Herstellung so weit auseinander.

Die deutsche Lebensmittelindustrie ist der viertgrößte Wirtschaftszweig der Bundesrepublik und doch ein Phänomen: Die Branche müsste mit ihren mittelständisch geprägten Unternehmen eigentlich in der Bevölkerung verwurzelt sein, tatsächlich aber hat sie ein verheerendes Image.

Sie bringt 160 000 unterschiedliche Waren in aller Regel geräuschlos und ohne größere Sicherheitsrisiken in die Regale jedes noch so abgelegenen Dorfladens. Gleichzeitig fällt sie nur dann auf, wenn gepanscht, getrickst oder getäuscht wird.

Wie kann es sein, dass erfolgreiche Produkte dieser Industrie von Verbraucherschützern öffentlichkeitswirksam Negativpreise wie den „Goldenen Windbeutel“ erhalten? Dass jede Verfehlung von Einzelnen das Fehlverhalten einer ganzen Industrie zu bestätigen scheint?

Das Grundvertrauen in die Branche sei „erodiert“, meldete vor kurzem das Werberblatt „Horizont“ – auch weil diese „viele Jahre eine Kultur des Schweigens“ gepflegt habe.

Tatsächlich taten die Hersteller jahrelang alles dafür, sich vor dem Konsumenten zu verstecken. In Zeiten vollautomatisierter Produktionsabläufe werben sie immer noch lieber damit, dass manikürte Frauenhände einzelne Erdbeeren schneiden und in den Joghurt fallen lassen, als dem Kunden klarzumachen, dass die 18 Kilogramm Joghurt, die jeder Deutsche im Schnitt pro Jahr verzehrt, nicht von Hand gerührt werden. Die Unternehmen greifen zwar längst auf weltweite Warenströme und Handelsketten zurück, wollen das aber möglichst nicht publik machen. Auf Kritik reagieren sie mit dem Engagement von PR-Agenturen, statt all ihre Zutaten und Lieferanten offenzulegen.

Schuld an dem gespannten Verhältnis sind auch die Verbraucher. Ein Großteil interessiert sich nicht mehr dafür, wie Essen hergestellt wird oder wie gesund es ist. Vielen Menschen fehlen die Zeit, die Lust oder die Fähigkeiten, aus frischen Zutaten vollwertige Mahlzeiten zuzube-

reiten. Sie wollen bequem und schnell essen, und es kümmert sie wenig, dass Fertiggerichte zu viel Fett und zu wenige Vitamine enthalten. Sie wollen das ganze Jahr hindurch Erdbeeren und wandern sich dann, wenn die aus China kommen.

Zutaten aus aller Welt

Es sind exakt fünf Zutaten, die auf dem Zettel stehen, den Udo Spiegel über den Tisch schiebt. Mehl. Salz. Wasser. Hefe. Olivenöl. Mehr ist angeblich nicht drin in dem Teig, aus dem die 400 Millionen Tiefkühlpizzen entstehen, die Dr. Oetker jedes Jahr produziert.

Natürlich ist es nicht ganz so profan, das wird jedem klar, der dem Forschungschef des Bielefelder Mittelständlers zuhört. En détail erklärt er die Besonderheiten verschiedener Mehlsorten, welchen Einfluss der Gärprozess auf die Knusprigkeit des Bodens hat, wie Gluten und Stärke die Klebrigkeit beeinflussen und wie man den Teig so lange ruhen lässt, dass am Ende nicht die Hälfte an den Maschinen hängenbleibt. Auch die Herstellung einer Pizza ist eine Wissenschaft.

Spiegel ist einer der wichtigsten Männer im Unternehmen – denn er hat den Überblick. Er kann jede Zutat erklären, Einkauf, Rezeptur und Hersteller nennen und globale Warenströme skizzieren.

Die Tomaten? Kommen aus Spanien und Italien, wo sie nach der Ernte zerkleinert, pasteurisiert und in großen Eisenfässern gelagert werden. Die Salami? Wird nach einem genau abgestimmten Rezept von verschiedenen Herstellern für Dr. Oetker produziert. Für die Kunden ist der richtige Geschmack wichtig, für Dr. Oetker geht es auch um Produktionssicherheit: Die Konsistenz der Wurst ist entscheidend, wenn zigtausend Scheiben pro Stunde maschinell geschnitten und auf die Pizzaböden verteilt werden.

Da darf kein Messer hängenbleiben und keine Scheibe dicker sein als die andere.

Und so geht es weiter, egal bei welcher Produktgruppe. Die Champignons? Kommen aus Frankreich und Holland und dürfen nicht zu groß sein. Der Käse? Wird hauptsächlich in Deutschland hergestellt, kleinere Mengen auch in Irland und Dänemark. Paprika und Peperoni? Kommen aus Spanien, Italien oder vom Balkan. Die Hühnerbrustfilets? Werden in Thailand und Brasilien produziert, nur die Brustinnenfilets werden verwendet, mariniert oder gebraten, und dann eingefroren. Der Zuchtlachs? Aus Norwegen. Die Shrimps? Aus Thailand. Der Thunfisch? Von den Philippinen. Das Knoblauchgranulat? Aus China. Die Zwiebeln? Aus Polen.

So heimelig die Werbung auch anmutet: Seien es Pizza und Pasta, Fleisch, Getreide, Schokoladenkekse oder Obst – die Herkunftsorte der Rohstoffe und viele Bearbeitungsschritte der Produkte, die wir im Supermarkt finden, sind längst über den gesamten Erdball verteilt. Zwar protektionieren Weltmächte wie die USA, die Europäische Union, aber auch aufstrebende Nationen wie China, Russland oder Brasilien ihre Agrarmärkte. Der Handel etwa mit Milch oder Fleisch ist stark reglementiert, Quoten und Zölle schützen die einheimische Produktion.

Gleichzeitig unterliegt die Herstellung von Lebensmitteln längst dem globalen Prinzip von Angebot und Nachfrage. „Logischerweise versucht die Lebensmittelindustrie, ihre Waren da einzukaufen, wo sie das beste Angebot bekommt“, sagt Andreas Bauer, Konsumgüterexperte der Unternehmensberatung Roland Berger. Inzwischen sei es technisch möglich, tiefgefrorene Ware im Containerschiff um die halbe Welt zu schicken – und das koste nicht mal viel.

Deshalb wird auch für deutsche Hersteller in den Ländern produziert, die kli-

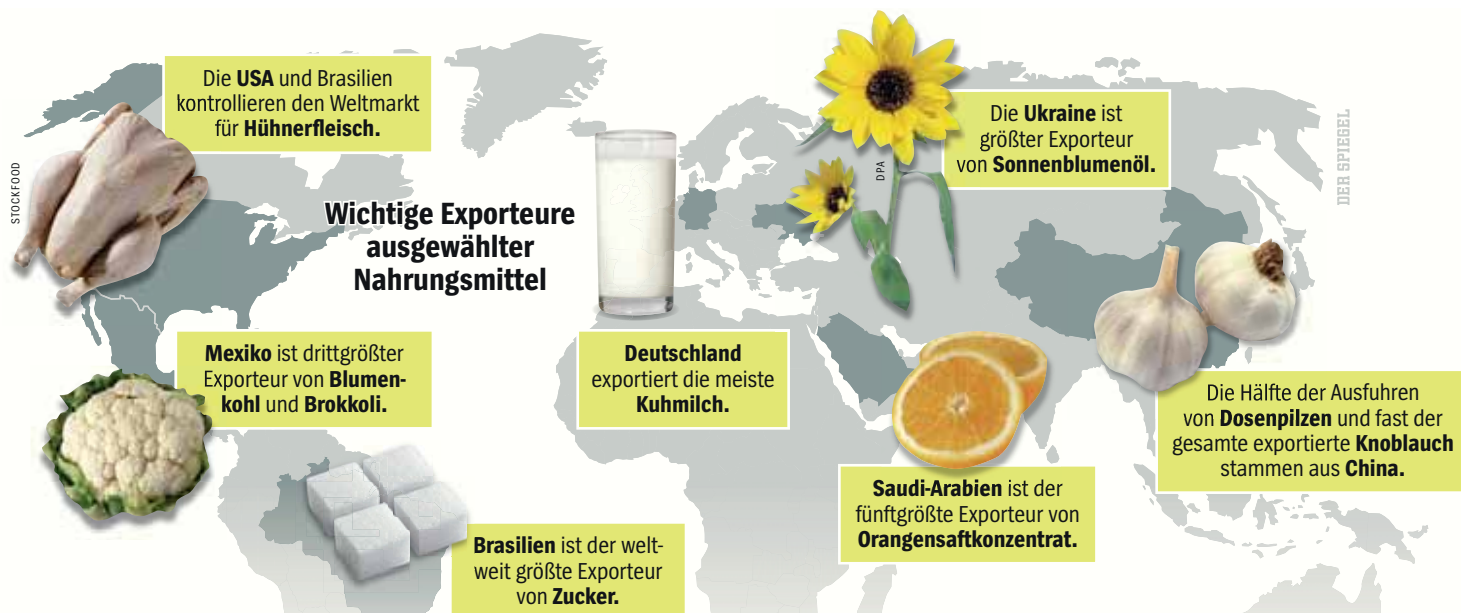
matisch günstige Bedingungen oder die besseren Anbauflächen haben oder in denen die Arbeitskosten niedriger sind: Fast der gesamte Knoblauch kommt aus China. Mexiko ist der drittgrößte Exporteur von Blumenkohl und Brokkoli. Brasilien und die USA kontrollieren den Weltmarkt für Hühnerfleisch. Saudi-Arabien ist fünftgrößter Exporteur von Orangensaftkonzentrat, die Welt wird von der Ukraine mit Sonnenblumenöl und von Deutschland mit Vollmilch versorgt.

Und das ist noch längst nicht alles. „Die Globalisierung fängt gerade erst an“, sagt Handelsexpertin Nicole Mau. Länder wie China hätten sich in den vergangenen Jahren rasant entwickelt und nutzten dabei den Vorteil, dass Landesteile in unterschiedlichen Klimazonen liegen. „Irgendwo ist da gerade immer Sommer, und es herrschen optimale Anbaubedingungen.“

Es ist nicht erstaunlich, dass auch die Lebensmittelindustrie die Vorteile der Globalisierung nutzt. Diese sorgt dafür, dass deutsche Kunden unschlagbar billige Lebensmittel in ihren Supermärkten finden. Wer will, kann das ganze Jahr über frische Blaubeeren, Mangos und Erdbeeren essen.

Aber wie in anderen Bereichen auch ist es schwieriger geworden, in dieser großen neuen Warenwelt den Überblick zu behalten, Herstellungsprozesse zu durchschauen und Zusammenhänge zu erkennen. Die Globalisierung hat eine sowieso schon öffentlichkeits scheue Branche nicht unbedingt transparenter gemacht.

Durch die Möglichkeit, weltweit Rohstoffe zu „sourcen“, wie der Branchenausdruck für den Einkauf heißt, sind Unternehmen zu Weltmarktführern geworden, die gänzlich unbekannt sind, obwohl ihre Produkte jeden Tag konsumiert werden. So ist jeder zweite Liter Fruchtsaft, der getrunken wird, Orangensaft. Ein knappes Drittel des weltweiten Orangen-





MARTIN LEISSL/DER SPIEGEL

Eisherstellung im Unilever-Werk Heppenheim: *Schokostückchen so einschießen, dass man bei jedem Biss gleich viel im Mund hat*

anbaus findet in Brasilien statt, das Land versorgt 50 Prozent des globalen Marktes mit dem entsprechenden Konzentrat.

Das Herstellen sogenannter Vorprodukte ist längst eine eigene Industrie geworden, auch traditionelle deutsche Lebensmittelhersteller haben den Markt für sich entdeckt. Der Marmeladenhersteller Zentis produziert inzwischen mehr Fruchtzubereitungen für Joghurthersteller oder die Back- und Süßwarenindustrie als traditionelle Marmelade.

Je industrialisierter die Lebensmittelproduktion geworden ist, desto spezieller sind auch die Anforderungen. Die Kartoffelbranche etwa stellt ihren Abnehmern die Knollen geschält, gerieben, in Streifen oder Würfeln, gefroren, getrocknet, als Pulver, in Flocken oder als Granulat zur Verfügung, je nachdem, ob daraus Bratkartoffeln, Klöße oder Püreeportionen hergestellt werden sollen.

Nicht mehr wegzudenken ist auch der Einsatz von Flüssigei, das die Hersteller von Backwaren, Nudeln oder Mayonnaise einkaufen, vom Ein-Liter-Tetrapak über den Kanister bis hin zu ganzen Tankwagen reichen die Liefermengen. Die Eier werden dafür aufgeschlagen, bei Bedarf nach Eiweiß und Eigelb getrennt und dann pasteurisiert oder mit Hilfe von Benzoe- oder Sorbinsäure keimfrei gemacht.

„Letztlich ist es bei Lebensmitteln genau wie in der Autoindustrie“, sagt Matthias Wolfschmidt von der Verbrau-

cherorganisation Foodwatch. „Jeder Zulieferer stellt Produkte nach den Anforderungen des Abnehmers her.“

Und wie in der Autoindustrie geht es dabei um die Optimierung: Die vorverarbeiteten Produkte sind länger haltbar als im Originalzustand, sie sind besser portionierbar und mit weniger Arbeitsaufwand verbunden – Faktoren, die die Verarbeitung billiger machen.

Doch das ist nur die eine Seite – die wenigstens entfernt an das Produkt erinnert, das auf der Vorderseite der Verpackung beschrieben wird.

Mangelnde Transparenz

Aber es gibt auch die andere Seite der industriellen Herstellung – und über die redet die Branche ungern. Es geht um all die Stoffe, die für den normalen Esser wenig mit Lebensmitteln zu tun haben – und die doch aus keiner Produktionsstätte mehr wegzudenken sind. Die Rede ist von Zusatzstoffen, von technischen Hilfsstoffen und von Enzymen, von E100 bis E1521, von Füllstoffen, Verdickungsmitteln, Aromen, Geschmacksverstärkern, Treib- und Packgasen.

Kaum einer in Deutschland weiß mehr über diese Stoffe als Christian Niemeyer. Der Biologe ist der Leiter des Deutschen Zusatzstoffmuseums, das sich im Erdgeschoss eines unscheinbaren Flachbaus auf dem Gelände des Hamburger Großmarkts befindet. Hier, auf gerade 150

Quadratmetern, betreiben Niemeyer und seine Kollegen so etwas wie eine renitenente Transparenzoffensive – zum Ärger der Industrie. Nur ein einziges Unternehmen unterstützt die Arbeit des Museums – und das ist ausgerechnet Frosta, der Tiefkühlkosthersteller, der bereits seit Jahren alle Zusatzstoffe öffentlichkeitswirksam aus seinen Produkten verbannt hat.

Niemeyer erzählt von Methylzellulose, die dafür sorgt, dass der Apfelstrudel nach dem Auftauen genauso aussieht wie vorher. Die verhindert, dass aus Füllung und Teig das Wasser austritt, und dafür sorgt, dass der Schaum auf dem Cappuccino lange schaumig aussieht. Er erklärt, wie inzwischen aus Fleisch- und Blutresten veränderte Eiweißbestandteile gewonnen werden, die dann wieder anderen Lebensmitteln zugesetzt werden. Dass es Viren gibt, die Käse prophylaktisch zugesetzt werden, um eventuell auftretende Bakterienarten anzugreifen – und so beispielsweise eine Listerien-Verunreinigung zu verhindern.

Viel von dem, was die Industrie einsetzt, begründet sie mit der technischen Notwendigkeit. So sorgen Trägerstoffe oder verwandte Substanzen dafür, dass das Aroma nicht oben auf der Limonade schwimmt oder dass der Geschmacksstoff gleichmäßig auf alle Chips in einer Tüte verteilt ist. Es gibt dünnkochende Stärke, die ihre Wirkung erst entfaltet, wenn die fertig zubereitete Bratensauce durch

sämtliche Rohre der Produktionsmaschinen gepumpt ist. Oder „Waschpulver“ für Erbsen, damit beim industriellen Waschen weniger Schaum entsteht und die Wanne hinterher leichter zu reinigen ist.

In der Kritik sind die E-Stoffe, weil man nach wie vor wenig über ihre Wechselwirkung im menschlichen Körper weiß. Und wie sie in der Kombination mit anderen Zusatzstoffen oder etwa Medikamenten reagieren, ist den Wissenschaftlern bis heute unklar.

Einige Beigaben werden mit Allergien in Zusammenhang gebracht, andere attackieren den Körper direkt: Zitronensäure etwa, einer der gängigsten Zusatzstoffe, greift die Zähne an und fördert die Aufnahme von Metallen wie Blei und Cadmium im Blut.

Nicht alles, was zugesetzt wird, erscheint auch auf der Zutatenliste. So müssen die sogenannten technischen Hilfsstoffe nicht angegeben werden, das sind Stoffe, die im fertigen Produkt vorhanden sein können, aber keine Funktion mehr haben. Damit zum Beispiel Brühwurst, die aus gefrorenem Fleisch hergestellt wird, fest wird, werden Zitrone, Laktate und Tartrate beigemischt. Die Säuerungsmittel sorgen dafür, dass im Fleisch das Eiweiß fest und das Wasser gebunden wird. Ist die Wurst fertig, haben sie keine Funktion mehr – werden also auch nicht angegeben. Das Gleiche gilt für fast alle Enzyme, die häufig aus gentechnisch veränderten Schimmelpilzen oder Bakterien stammen und für die Herstellung zahlreicher Produkte verwendet werden.

Die Industrie weiß um die Kritik an den Zusatzstoffen, und sie reagiert – al-

lerdings auf ihre Weise: Sie ersetzt die Zusätze zunehmend durch sogenannte funktionale Additive. Das sind Lebensmittelbestandteile, die die gleiche Wirkung haben, von denen aber kein Kunde weiß, was sich dahinter verbirgt. So werden Spezialprodukte etwa aus Soja- oder Molkeneiweiß hergestellt, die die gleiche Wirkung wie Zusatzstoffe haben – auf dem Etikett steht dann aber nur noch „Sojaeiweiß“ oder „Milcherzeugnis“, und das klingt ja irgendwie gut. Gleichzeitig kann man den Kunden E-Nummernfreie Etiketten, also „clean labels“, präsentieren.

„Die Mehrheit der Kunden denkt, dass die Industrie so kocht wie wir zu Hause“, sagt Niemeyer. „Aber je mehr Verarbeitungsschritte ein Lebensmittel hinter sich hat, desto weniger hat es noch mit dem zu tun, was wir in unserer eigenen Küche machen würden.“

Das Lamento der Industrie

70 Kühe hat Michael Nagl in seinem Stall, jede gibt im Schnitt 25 Liter Milch am Tag. Morgens und abends stehen sie Schlange, um an die vollautomatischen Pumpen in Nagls Fischgrätenmelkstand angeschlossen zu werden. Von hier bringt der Tanklaster von Danone die Milch nach Rosenheim, ins älteste Molkereiwerk des Konzerns.

Hier, südöstlich von München, wird die Milch zuerst in meterhohe Tanks gepumpt, bevor sie, pasteurisiert und auf bakteriologische Verunreinigungen untersucht, in Stahlkesseln mit einem Fassungsvermögen von 10 000 Litern oder mehr landet. Dann werden Milchsäurebakterien

zugesetzt, und die Wanne wird einige Stunden lang verschlossen. Die Bakterien senken den pH-Wert der Milch, sie dickt ein, und es entsteht, was die Käser „Gallerte“ nennen: ein riesiger Klumpen geronnenes Milcheiweiß, die Käserohmasse.

Diese wird mit einer sogenannten Käseharfe in kleine, quadratische Würfel von maximal einem halben Zentimeter Kantenlänge geschnitten und anschließend auf ein Sieb gepumpt. Danach wird die Molke abgetrennt, und die Körner werden gewaschen, um sie von Salz-, Säure- und Milchzuckerresten zu befreien. Durch dicke Schläuche läuft der kleingehackte Käse dann ins nächste Becken und wird dort mit einer Sahne-Salz-Sauce vermischt, die ihm den Geschmack gibt. Von dort aus geht es vollautomatisiert weiter zur Abfüllmaschine.

Alles in allem dauert es nicht mehr als acht Stunden, bis aus der Milch von Bauer Nagl fertig verpackter Hüttenkäse geworden ist, der in Rosenheim gelagert und dann per Lkw in die gesamte Republik, nach Italien und Österreich ausgeliefert wird. Menschen braucht man für den Herstellungsprozess kaum. Die wenigen, die man in der Produktion sieht, sitzen in gläsernen Schaltzentralen und haben dort die Computerbildschirme im Blick, auf denen pH-Werte, der Druck oder die Temperatur kontrolliert werden.

Kaum ein Kunde ahnt, dass diese computergesteuerte und hochtechnisierte Produktion der Normalfall bei der Herstellung von Lebensmitteln ist. Zwar verzichtet Danone inzwischen auf romantisierende Werbefilme mit glücklichen Kühen auf grünen Wiesen. Viele andere

Die Markenmächte

Lebensmittelumsatz und Konzernbeschäftigte großer Nahrungsmittelhersteller weltweit 2012, in Milliarden Euro

inklusive Süßwaren und Getränke, ohne Tiernahrung; ausgewählte Produkte

* Umsatz 2010





THOMAS PELAUN / VISUM

Aromaforchung in Holzminden, Niedersachsen: Mit normalem Essen nicht mehr viel zu tun

Hersteller aber tun nach wie vor so, als ob jedes Fertigergericht quasi einzeln abgeschmeckt würde. „Verbraucher haben in der Regel keine realistische Vorstellung von den Herstellungsprozessen, der Wirkung von Inhaltsstoffen und der Komplexität der Wertschöpfungskette“, heißt es in einer Studie des Konsumgüterriesen Nestlé aus dem vergangenen Jahr. Wo die qualitätsrelevanten Punkte in der Wertschöpfungskette liegen, sei weitgehend unbekannt.

Und das hat Folgen: Rund 20 Prozent der Verbraucher stünden den produktionstechnischen Errungenschaften der Ernährungswirtschaft äußerst negativ gegenüber, fanden Wissenschaftler der

Georg-August-Universität in Göttingen bereits vor zweieinhalb Jahren heraus: „Die von der Industrie vielgepriesene Effizienz und Technologisierung werde vom Konsumenten als ‚negative Veränderung von Naturprozessen‘ angesehen.“

So sind zwar laut einer Studie des Bundesverbraucherministeriums aus dem Januar 91 Prozent der Kunden mit der Qualität von Lebensmitteln zufrieden bis sehr zufrieden. 65 Prozent der Befragten bringen der Lebensmittelindustrie aber wenig bis gar kein Vertrauen entgegen. „Obwohl ich noch in keinem Land so wenig Rückrufe und Beanstandungen erlebt habe wie in Deutschland, kommen wir vom Image her gleich hinter der Finanzindustrie“, beklagt sich der Deutschland-Chef eines international tätigen Konsumgüterherstellers.

Daran aber hat die Branche eine Mitschuld: Sie schottet sich ab, lässt sich weder von Kunden noch von Medien über die Schulter schauen, verschläft gesellschaftliche Trends und gibt stattdessen große Summen für Lobbyarbeit in Berlin und Brüssel aus, um Änderungen im Lebensmittelgesetzbuch zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

In zahlreichen Hintergrundgesprächen versichern bekannte Keks-, Wurst- oder Fertigergerichtehersteller, Probleme mit den Auswüchsen der Branche zu haben. Namentlich zitieren aber will sich niemand lassen. Aus Angst vor dem Handel, der sie auslisten könnte, aus Angst vor den Kollegen, die es ungern sehen, wenn Kritik aus den eigenen Reihen kommt.

Stattdessen lamentiert die Branche über „Anfeindungen“ und „einseitige Darstellungen“ und empört sich über die Skandalisierungstendenzen von Foodwatch, einer Verbraucherschutzorganisation, die sich seit zehn Jahren mit Wonne an der Lebensmittelindustrie abarbeitet.

Allein die Foodwatch-Leute seien schuld am schlechten Image, so reden sich selbst die führenden Köpfe der Branche die eigenen Defizite schön. Das wäre erstaunlich, verfügt der Verein doch exakt über 14 Mitarbeiter – sollten die tatsächlich in der Lage sein, die Arbeit von 4,8 Millionen Beschäftigten grundlos in Misskredit zu bringen?

Eine Bilanz des Ekels

Wer sich den Appetit auf eine Pizza, auf Sushi, Erdnüsse oder Tee verderben will, braucht nur einen Blick auf die Website des europäischen Schnellwarnsystems RASFF zu werfen. Die Online-Plattform fasst EU-weit alle Meldungen über verdorbene, belastete oder falsch gekennzeichnete Lebens- und Futtermittel zusammen, tagesaktuell und aus allen Mitgliedsländern. Was man dort lesen kann, ist eine Bilanz des Ekels. 2012 gab es über 8797 Beanstandungen. Allein im Mai registrierte das System rund 400 Meldungen bei Lebensmitteln.

So wurde in Erdnüssen aus China und Pistazien aus der Türkei das krebserregende Schimmelpilzgift Alfatoxin gefunden. Ein gefrorener Beerenmix mit Rohwaren aus Bulgarien, Kanada und den Niederlanden fiel durch das Hepatitis-A-Virus auf. In spanischem Schwertfisch fand sich Quecksilber, in Tintenfisch Cadmium. Den Kontrolleuren fiel auf, dass gentechnisch veränderte Papayas aus Thailand auf den Tischen der Europäer gelandet waren. Chinesische Exporteure hatten zudem Flusskrebse mit Strahlen bearbeitet, die nicht erlaubt sind.

Das Schnellwarnsystem hat die Sicherheit der Lebensmittel verbessert, aber angesichts rasant wachsender Lebensmittelströme ist es alles andere als ausreichend. Zwar lobte der ehemalige EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, John Dalli, „das weltweit höchste Lebensmittelsicherheitsniveau“ der EU. Viele Fachleute sehen das jedoch anders.

Was nütze es, wenn der Verbraucher erfahre, dass die Erdbeeren, die er vor einer Woche gegessen hat, hochgradig mit Keimen belastet gewesen seien, fragt etwa Martin Müller, der Vorsitzende des Bundesverbands der Lebensmittelkontrolleure: „Bürger werden entmündigt, wenn wir ihnen erst im Nachhinein die ekligsten Tatsachen präsentieren.“

Warum aber lässt die Politik es zu, dass in einem der elementaren Bereiche des täglichen Lebens oft kaum kontrolliert und im Zweifel zu spät reagiert wird?

Die Lebensmittelskandale der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass Deutschland mit einem überforderten Überwachungssystem lebt. Das System der Lebensmittelkontrolle hinkt der globalen Industrie hinterher.

Es gibt keine Stelle, die die Produkte kontrolliert, bevor sie auf dem Tisch



Von der Petrischale in die Pfanne

Bioforscher wollen den ersten Hamburger braten, der in einer Zellkultur entstand.

Betreten verboten“, steht an der Tür des Medizinlabors der Uni Maastricht. Besucher kommen sich vor wie in einem Hochsicherheits-trakt, in dem mit gefährlichen Viren hantiert wird. Stolz kontrolliert der Physiologe Mark Post seine geheimnisvolle Schöpfung: In den Kulturschalen aus Plastik schwappt rosafarbene Nährlösung, in der bleiche Zellkulturen heranwachsen.

Mit den unscheinbaren Muskelzellen will der niederländische Forscher nichts Geringeres als eine Revolution der Welternährung anzetteln: Retortenfleisch aus dem Labor, das ohne Umweg über Weide und Schlachthaus direkt von der Petrischale in die Pfanne kommt.

„Jede Stammzelle teilt sich pro Tag einmal“, sagt Post. „Nach zwei Monaten ließen sich theoretisch aus einer einzelnen Zelle rund 10 000 Kilo Fleisch machen.“

Seit Monaten schon läuft die Fleischproduktion in Posts Labor auf Hochtouren. In mehreren Inkubatoren brüten die Stammzellen eines Rinds bei 37 Grad Celsius in Nährlösungen vor sich hin, werden gewaschen, geprüft und mehrmals in Schichten übereinandergelegt, bis sie so etwas wie ein hauchdünnes In-vitro-Carpaccio ergeben.

Der Niederländer hat ein Händchen fürs Showgeschäft. Voraussichtlich nächste Woche wird Post in London erstmals vor großem Publikum einen In-vitro-Burger braten – einen Frankfurter, bestehend aus mehr als 50 Milliarden im Labor gezüchteten Zellen.

Der Sternekoch Heston Blumenthal sei für die Premiere angefragt, wird gemunkelt. Die Gesamtkosten für das Experiment liegen bei rund 300 000 Euro, gestiftet von einem anonymen Wohltäter.

Wäre es möglich, vorab in Maastricht eine kleine Portion der teuren Zellen zu verkosten? „Unmöglich“, warnt Post, „das ist zu gefährlich!“ Denn die Laborzellen wurden mit einer Riesenportion Antibiotika vollgepumpt, um zu verhindern, dass sie

im Brutschrank von Bakterien befallen werden.

Rein pharmakologisch müsste der In-vitro-Burger daher wohl als verschreibungspflichtiges Medikament gelten. „Ich habe aber schon hier im Haus ein paar Krümel in der Pfanne gebraten“, verrät Post. „Es schmeckte ganz passabel.“

Ökologen und Tierschützer kritisieren den Fleischkonsum schon lange

fessor für Tierinfektionen an der Universität Utrecht. „Es ist schwierig, aber machbar.“

Die Niederlande sind so etwas wie das Silicon Valley der Hightech-Fleischmacher. Haagsman gilt als einer der besten Kenner der Materie weltweit, seit er 2009 eine Machbarkeitsstudie vorstellte, finanziert von der niederländischen Regierung. Fazit: Bis zur Produktreife müssten 50 bis 100 Millionen Euro investiert werden.

Ursprünglich hatte Haagsman selbst die Zucht einer Laborwurst geplant, die mit Hilfe von Stammzellen eines Spenderschweins entstehen sollte. Bei der Präsentation der Wurst sollte das Schwein quieklebend anwesend sein. An dem halbgenen Vorhaben, das erfolglos eingestellt wurde, war auch Post beteiligt. Diesmal, mit seinem kühnen Rindfleisch-Projekt, soll es besser klappen – aber von einem Durchbruch ist auch er noch entfernt.

Die Kunst besteht darin, die Stammzellen daran zu hindern, sich zu früh in normale Gewebezellen zu verwandeln, die nicht mehr weiterwuchern. „Wir sind Pioniere“, sagt Post. In seinem Labor kämpft er gegen immer neue Probleme. Schon dreimal musste er das Angrillen des Labor-Hamburgers verschieben. „Das öffentliche Interesse ist riesig“, sagt er. Er hat die PR-Agentur Ogilvy angeheuert, damit sie ihm die Presseanfragen vom Leib hält. Viele wollen Vorkoster spielen.

Allerdings kommt auch Posts Labor-Hamburger nicht ohne echte Tiere aus. Die Stammzellen werden den Nackenmuskeln von Rindern entnommen. Am Leben gehalten werden die Zellen von einer Nährlösung, die aus dem Serum von Rinderföten stammt.

„Wir haben noch nicht herausgefunden, welche der rund 10 000 Eiweiße im Serum wirklich wichtig sind“, gibt Post zu. Derzeit wird in einem Labor in Amsterdam nach einer alternativen Nährlösung auf Algenbasis geforscht. Immerhin: „Schon mit den heutigen Methoden würde eine einzige Spenderherde genügend Stammzellen und Serum liefern, um den Bedarf an Rindfleisch weltweit zu decken“, behauptet der Bioforscher. **HILMAR SCHMUNDT**

Steaks ohne Schlachthof

Wie man Fleisch im Labor züchten kann



als eine der größten Umweltsünden. Die Herstellung von Fleisch verbraucht Unmengen an Energie. „Ein Vegetarier, der einen Geländewagen fährt, lebt umweltbewusster als ein Fleischesser mit Fahrrad“, sagt Post. Mit der Hamburger-Präsentation in London will er den Wechsel zum ökologisch verträglichen Fleisch vorantreiben. Doch bis Retorten-Steaks tatsächlich in die Supermärkte kommen, wird es wohl noch eine Weile dauern.

„Man kann die Züchtung von Laborfleisch mit der Mondlandung vergleichen“, sagt Henk Haagsman, Pro-



Fleischmarkt in Shanghai: Das System der Lebensmittelkontrolle hinkt der globalen Industrie hinterher

landen. Es gibt keine Frühwarnsysteme für schlechte Waren, keine Informationen über schlecht beleumundete Produzenten und Händler. Es gibt noch nicht einmal eine Überwachungsbehörde, die bundesweit agieren könnte.

Die Verantwortung für die Waren liegt nach wie vor allein beim Händler. „Doch während in der Autoindustrie für alle Fehler der Zulieferer geradesteht, ducken sich Handelskonzerne bei ihren Eigenmarken weg“, kritisiert Wolfschmidt von Foodwatch.

Zwar fürchten die großen Lebensmittelkonzerne nichts mehr als Skandale um verunreinigte oder vergiftete Produkte. Sie haben deshalb eigene, nach internationalen Standards arbeitende Kontrollsysteme entwickelt, schicken zudem Auditoren in wichtige Importländer wie China, um vor Ort zu prüfen, ob die Qualitätsstandards eingehalten werden.

Aber wer panschen will, Abfall recyceln, abgelaufene Produkte wiederverwerten oder Lebensmittel aus Billigländern teuer verkaufen möchte, der hat leichtes Spiel.

Noch immer organisieren Länder und Kommunen die Überwachung, 2400 Lebensmittelkontrolleure sind deutschlandweit zumeist bei Kreisen und kreisfreien Städten angestellt. Sie suchen in Backstuben nach Schimmel, kontrollieren den Fettanteil im Hackfleisch oder testen, wie viele Keime im Speiseeis sind.

Einer dieser Kontrolleure ist Detlef Thiele, er leitet die Abteilung Veterinärwesen der Stadt Frankfurt am Main und ist verantwortlich für 8500 kleine und große Lebensmittelbetriebe in der Finanzmetropole. Das ist eine gewaltige Aufgabe. Rein theoretisch muss jeder seiner 14 Mitarbeiter rund 600 Betriebe im Auge behalten. Tatsächlich aber ist die Situation noch dramatischer. Zurzeit seien nur 11,3 Stellen besetzt, rechnet Thiele vor. Zwei Mitarbeiter befänden sich zudem in Fortbildung.

Thiele geht es mit seinen Personal-sorgen wie vielen Amtsleitern im Land. Frankfurt hat wie die meisten Kommunen zu wenig Geld. Deshalb muss gespart werden. Das Resultat der Rotstiftspolitik: Laut dem Verband der Lebensmittelkontrolleure fehlen in Deutschland 1600 Prüfer.

Das größere Problem aber liegt in der föderalen Struktur der Überwachung. Während das Lebensmittelrecht längst durch Bundesrecht oder EU-Verordnungen geregelt wird und die Lebensmittelkonzerne global agieren, wachen die Verbraucherschutzminister und -senatoren der Länder eifersüchtig über ihre Kompetenzen.

Zwar wird jährlich in komplizierten Überwachungsplänen zwischen den Landesbehörden vereinbart, wo und was verstärkt kontrolliert werden soll. Aber dabei muss Rücksicht auf allerlei Befindlichkeiten genommen werden: Wird bei den Kontrollen zu sehr die Fischindustrie

im Norden belastet? Oder müssen die Bierbrauer im Süden leiden?

Im Hintergrund schwelt dazu immer der Verdacht, die Kommunen, die im Auftrag der Länder in die Betriebe gehen, kontrollierten nicht genau genug. Weil sie zu nah an den Unternehmen seien, weil sich Kontrolleure und Kontrollierte unter Umständen gut kennen würden. Und nicht zuletzt, weil die Kreise von Steuereinnahmen und Betriebsansiedlungen der Unternehmen abhängig seien, so der Generalverdacht.

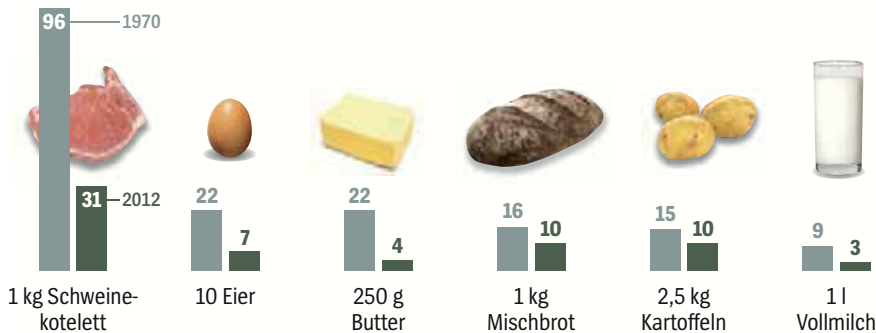
Vor zwei Jahren hat der Bundesrechnungshof für Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) das komplizierte System mit 400 amtlichen Überwachungsstellen in Deutschland begutachtet. Das Ergebnis war eine Ohrfeige für das Krisen- und Überwachungsmanagement. Es gebe „kein einheitliches Durchführungsrecht“ für Kontrollen, die personelle und finanzielle Ausstattung sei „unzureichend“.

In der Praxis provoziert der föderale Flickenteppich kuriose Verrenkungen. Sollten Kontrolleure aus Hessen auf einen großen Lebensmittelskandal stoßen, erfahren die Kollegen aus Hamburg das allenfalls über das europäische Schnellwarnsystem – oder aus den Medien.

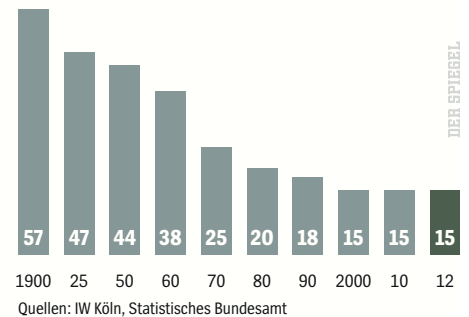
Zwar nutzen alle deutschen Lebensmittelüberwachungsämter eine einheitliche Software, genannt BALVI iP. Dort werden auch alle Informationen über Betriebe, Kontrollen und Testergebnisse ein-

Billigesser So viele Minuten arbeitete man im Schnitt für...

Westdeutscher Arbeitnehmer; Quelle: IW Köln



Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel in Privathaushalten, in Prozent



getragen. Aber die Mitarbeiter einer kommunalen Behörde dürfen nicht die Daten der anderen Behörden einsehen. Das kann man Datenschutz nennen – ist aber letztlich nichts als Geheimniskrämerei.

Die Folgen dieses Durcheinanders sind Zeitverzögerungen und teure Doppeluntersuchungen. Kein Wunder, dass Experten wie der Vorsitzende des Verbands der Lebensmittelkontrollen, Martin Müller, fordern, die Prüfer statt auf der kommunalen Ebene zumindest bei den Ländern anzusiedeln.

Helfen könnte zudem eine Art Lebensmittel-Europol. Die Mitarbeiter dort sollten bestimmte Trends erkennen, schlägt er vor. Das aber stellt die Politiker zwischen Kiel und München vor ein ganz anderes, grundsätzliches Problem: Woher bekommen sie das Geld, um überhaupt ein effizientes Kontrollsystem aufzubauen?

Mitte Mai beschlossen die Verbraucherminister des Bundes und der Länder, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich Gedanken über kostendeckende Gebühren machen soll. Bezahlen soll derjenige, der von den Prüfern kontrolliert wird – auch wenn nichts zu beanstanden ist.

Der Anstoß dazu kam unter anderem von der EU, denn gerade die europäischen Krisenländer klagen, dass sie sich ihre Lebensmittelkontrollsysteme nicht mehr leisten können. Mit dem eingenommenen Geld der Lebensmittelindustrie könnten einige tausend neue Kontrollen finanziert werden. Die EU will, dass das neue System 2016 in Kraft tritt.

Aber die Reform ist umstritten. Anfang Juni tagten die Minister der Bundesländer. Hauptstreitpunkt war dabei die EU-Idee, kleinere Betriebe von den Kosten freizustellen. Danach müssten weiterhin über 80 bis 90 Prozent der deutschen Betriebe keine Gebühren bezahlen. In den anderen EU-Ländern sieht das nicht anders aus.

Die Minister stimmten darin überein, dass eine „praxistauglichere Alternative gefunden werden“ müsse. Sie wollen eine Prüfpraxis, die nach Risikofaktoren ausgerichtet ist. Danach würden Döner-Buden und Eisdielen wesentlich häufiger kontrolliert und müssten mehr bezahlen als etwa Getränkemärkte.

Doch die Abstimmung mit den deutschen Ministern und der EU geht einigen zu langsam. Deshalb ist jetzt der niedersächsische Verbraucherminister Christian

Meyer (Die Grünen) vorgeprescht. Er will in den nächsten zwei Jahren 183 gebührenfinanzierte Kontrolleure einstellen.

Der schizophrene Konsument

Manchmal muss Ramin Goo über seine Kunden schmunzeln. Neulich rief ihn einer an und fragte, wie er die Tomaten vierteln solle. „Unsere Anleitungen sind extrem präzise, aber manche finden doch noch offene Fragen“, sagt Goo.

Der 32-Jährige sitzt auf einem Barhocker im Kochhaus, einem hellen, rechteckigen Laden an einer belebten Ecke in Berlin-Schöneberg. An den Wänden reichen schlichte, helle Regale bis unter die Decke, in denen sich von Wein und Kaffee über Pasta und Pesto-Saucen bis hin zu Brotaufstrichen oder Schokolade alles findet, was gut schmeckt.

Das Kerngeschäft aber konzentriert sich auf einfachen, dunklen Holztischen mit gedrehten Beinen, daneben jeweils eine kleine, nach oben geöffnete Kühltruhe. „Schweinefilet im Salbei-Rosmarin-Mantel mit Erdbeersalsa auf Rucolasalat“ steht da etwa auf einer Tafel – das Rezept liegt wie die einzelnen portionierten Zutaten direkt daneben: das Schweinefilet genauso wie die Gewürze, dazu eine Zwiebel und eine Limette. 6,90 Euro kostet das Ganze pro Person.

„Das erste begehrt Rezeptbuch“ – so umschreibt Goo seine Geschäftsidee, ein Lebensmittelgeschäft, das nicht nach Waren, sondern nach Rezepten sortiert ist. 18 verschiedene, ständig wechselnde Gerichte und die entsprechenden Zutaten bietet das Kochhaus an, es gibt eine Auswahl an Vorspeisen, Fisch- und Fleischgerichten, vegetarische Alternativen und Dessertvorschläge. Bereits acht Filialen gibt es deutschlandweit, obwohl der erste Laden hier in Schöneberg erst im September 2010 eröffnet wurde.

Das Prinzip funktioniert, die Gerichte sind zumeist weder extravagant noch besonders schwierig zuzubereiten. Die Zutaten sind selten ausgefallen, trotzdem nicht gerade billig. Man könnte das Gleiche problemlos im normalen Supermarkt kaufen und allein kochen – aber die Kunden kommen immer wieder.



STEFAN SAUER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Käserei in Dargun, Mecklenburg-Vorpommern: Lücke zwischen Inszenierung und Realität

Was also sagt der Erfolg des Kochhauses über das Verhältnis der Deutschen zum Essen aus?

Vor allem, dass die deutschen Konsumenten schizophoren sind: Sie kaufen sich teure Küchen, ärgern sich im Supermarkt aber über jede noch so geringe Preiserhöhung. Sie wollen, dass ihr Essen bequem und einfach zubereitet werden kann, wundern sich aber, wenn es nicht gesund ist. Sie geben in fast jeder Meinungsumfrage zum Besten, Wert auf Regionalität, Bioqualität und Tierwohl zu legen, zucken aber beim Kauf jener Produkte, die genau dies einlösen, zurück. Sie schauen Kochshows und besitzen haufenweise Kochbücher, sind oft aber schon mit der Zubereitung von Kartoffelbrei überfordert.

Der Alltag des deutschen Essers ist geprägt von den Veränderungen der Arbeitswelt. Er sei „durch einen Verlust von Struktur und Rhythmisierung, dafür aber durch eine starke Zunahme von Hektik, Zeitknappheit und Multioptionalität charakterisiert“, schreibt Thomas Ellrott, Ernährungspsychologe an der Universität Göttingen. Was nichts anderes heißt, als dass unregelmäßige und lange Arbeitszeiten inzwischen bestimmen, was, wann und wo man isst.

Vor allem bei jüngeren Konsumenten beobachten Wissenschaftler den Trend zum „Snacking“ – als Ersatz einer Haupt-

mahlzeit. Bereits 20 bis 25 Prozent der 14- bis 29-Jährigen ersetzen komplette Mahlzeiten durch Snacks, fast die Hälfte der Bevölkerung isst heute bereits täglich ein- oder mehrmals zwischen den Hauptmahlzeiten.

Parallel dazu nehmen die Kenntnisse über Lebensmittel, aber auch die praktischen Kochfähigkeiten ab. Die Industrie tut ihr Übriges: Sie bietet von Tiefkühlgerichten über Rouladen aus der Dose und vorgeschnittenen Currywürsten bis



Animation: Globale Lebensmittelverschwendung

spiegel.de/app302013verschwendung
oder in der App DER SPIEGEL

hin zu fertigem Pfannkuchen- oder Waffelteig alles an, was das Herz begehrt.

Und dann gibt es noch Leute wie Bernd Schulz, der eigentlich gar keine Zeit für all die Städter hat, die sich anschauen wollen, was für ihn Alltag ist: große, runde, gesunde Schweine, die faul die ersten Sonnenstrahlen genießen oder mit der Schnauze durch den Matsch wühlen. Schulz ist Biobauer in Gömnigk, einem kleinen Ort südwestlich von Berlin. Gemeinsam mit seinem Partner Dennis Buchmann hat er „Meine kleine Farm“ ins Leben gerufen, einen Fleischversand

im Internet. Das Besondere daran: Wer Leberwurst, Schinken oder Knoblauchmett bestellt, weiß genau, von welchem Schwein sie stammen. Schon im Bestellformular wird klar, welches Tier gerade geschlachtet wird (derzeit ist man bei Schwein Nummer 75). Wer will, kann es via Webcam beobachten oder sich durch die Fotogalerie klicken. Vor allem aber hängt an der fertigen Wurst oder klebt an dem Glas schließlich ein Bild von jenem Schwein, das dafür gestorben ist. Es soll kein schlechtes Gewissen machen, im Gegenteil: Es zeigt, dass das Schwein gut gelebt hat. Aber es erinnert eben auch bei jedem Bissen daran, dass hier tatsächlich ein Tier getötet wurde.

Schulz achtet seine Tiere, obwohl er sie isst. „In der konventionellen Landwirtschaft geht es nur noch um Masse, nicht mehr um das Tier.“ Er freut sich, dass so viele Menschen sich für das „Fleisch mit Gesicht“ interessieren und es kaufen. „Es ist schön“, sagt Schulz, „dass man die Leute zurückholen kann.“

Manchmal allerdings rufen Kunden an und fragen, ob sie die Wurst auch ohne den Aufkleber, also ohne das Schwein, haben können. Dann wundert sich Schulz über die Menschen. „Die haben irgendwie nicht verstanden, worum es geht.“

SUSANNE AMANN, MICHAEL FRÖHLINGSDORF,
UDO LUDWIG

BUNDESGERICHTSHOF

Karlsruher Lotterie

Richter des höchsten deutschen Strafgerichts urteilen, ohne die Akten gelesen zu haben: Eine Studie zeigt, dass Wohl und Wehe des Angeklagten oft an einem einzigen Richter hängt.

Die zwei Fälle ähneln einander, und beide entschied dasselbe Gericht, der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) in Leipzig.

Im Fall eins besuchte ein als eifersüchtig bekannter Mann seine getrennt von ihm lebende Ehefrau und ihren neuen Lebensgefährten; er brachte Kuchen mit, Spielzeug für den gemeinsamen Sohn – und ein großes Messer, mit dem er den Rivalen erstach.

Im Fall zwei tötete ein Alkoholiker seine drogensüchtige Lebensgefährtin; er griff sich ein Messer, nachdem sie ihn im Streit um ihren Drogenkonsum geohrfeigt hatte.

Die Landgerichte hatten beide Täter wegen Mordes verurteilt, beide hätten heimtückisch den Umstand ausgenutzt, dass ihre Opfer arglos und deshalb auch wehrlos gewesen seien. Die Verurteilten legten ihre Fälle jeweils dem BGH zur Überprüfung vor.

Damit endeten die Gemeinsamkeiten: Im ersten Fall hoben die Richter den Schuldspruch auf, im zweiten Fall bestätigten sie ihn. Wer die Begründungen der Entscheidungen liest, dem drängt sich der Eindruck auf, die Bundesrichter hätten im ersten Fall im Mai 2011 ziemlich nachsichtig geurteilt, im zweiten im Dezember 2012 dagegen mit der üblichen Härte.

Es gibt eine heikle Erklärung für diese Unterschiede, und sie wird nun erstmals durch eine noch unveröffentlichte Studie gestützt: Der erste Angeklagte könnte davon profitiert haben, dass sein Fall von einer als besonders milde bekannten Richterin vorbereitet wurde; beim zweiten Täter war ein eher strenger Kollege als Berichterstatter zuständig.

Die Strafsenate des BGH sind die höchste Instanz, vor der Kriminalfälle entschieden werden, von ihnen hängt ab, wer eine Haftstrafe antreten muss, wer auf Freispruch hoffen darf und wie Recht gesprochen wird in Deutschland. Der BGH soll Fehler unterer Instanzen erkennen und berichtigen. Damit ein höchstrichterliches Urteil nicht von persönlichen Grundeinstellungen und juristischen Prä-

gungen eines Einzelnen dominiert wird, sollen fünf Richter gemeinsam einen Fall entscheiden.

Doch in der Praxis versagt diese wechselseitige Kontrolle offenbar regelmäßig. Der erst Ende Juni zum Vorsitzenden des 2. Strafsenats ernannte BGH-Richter Thomas Fischer hat die schriftlichen Verfah-

„offensichtlich“ halten – kennen drei Richter die Akten meist nicht durch eigene Lektüre, sondern verlassen sich auf das, was ihnen der Berichterstatter erzählt.

Mitte August soll Fischers Aufsatz in einer Fachzeitschrift veröffentlicht werden. Er dürfte am BGH und unter Strafverteidigern für Furore sorgen: Wenn der Ausgang eines Verfahrens wesentlich davon abhängt, welcher Berichterstatter den Fall zugeteilt bekommt, wird das Recht zur Lotterie – oder zur Verfügungsmasse des Vorsitzenden. Der 1. und 2. Strafsenat folgen dem Zufallsprinzip und bestimmen die Berichterstatter nach der Reihenfolge des Akteneingangs, im 3. und 5. Strafsenat bestellt der Vorsitzende den Berichterstatter nach Gutdünken, im 4. sind diese Methoden gemischt.

Die Furcht, einem Richter und dessen Eigenheiten ausgeliefert zu sein, ist



ULU DECK / DPA

Strafrichter Fischer: „Tendenziöse Ergebnisse auf Basis eingeschränkter Sachkenntnis“

ren seines Senats jetzt untersucht und kommt zu einem spektakulären Ergebnis: Typischerweise setzt sich ein Richter, der sogenannte Berichterstatter, mit seiner Meinung durch – weil er neben dem Vorsitzenden in der Regel der Einzige ist, der die Akten gelesen hat.

In jedem Verfahren ist ein Senatsmitglied dafür zuständig, die Beratung vorzubereiten. In den Strafverfahren beim BGH hat dieser Berichterstatter laut Fischer jedenfalls in der großen Masse der Fälle „einen signifikanten Einfluss auf das Ergebnis des Revisionsverfahrens“. Im rein schriftlichen Verfahren – mit dem die BGH-Strafsenate etwa 95 Prozent aller Fälle erledigen, weil sie das Ergebnis für

so alt wie Gerichte selbst. Juristen vermuten immer wieder, manche Entscheidung hänge mehr von den Einstellungen der beteiligten Richter ab als von der Stichhaltigkeit der juristischen Argumente.

Besonders gefürchtet bei Verteidigern war bislang der 1. Strafsenat, im Juristen-Spott „Olli-Kahn-Senat“ genannt: Wie der ehemalige Nationaltorwart halte er fast alles, auch eigentlich unhaltbare Entscheidungen – selbst fragwürdige Urteile hebe er äußerst selten auf.

In den Jahren 2008 bis 2012 beanstandete der 1. Senat nur in sieben Prozent der ohne Verhandlung ergangenen Beschlüsse das Urteil. Nur in knapp einem

Prozent der Fälle hob er es komplett auf. Beim 3. Strafsenat liegt die Quote der zumindest teilweise erfolgreichen Revisionen mit 26 Prozent fast viermal so hoch und bei den Komplettaufhebungen mit sechs Prozent sechsmal so hoch.

Bislang begründeten die Richter des 1. Strafsenats ihre niedrige Quote gern damit, dass sich die Zuständigkeit der Senate nach regionalen Kriterien ausrichtet und die dem 1. Strafsenat zugewiesenen Gerichte in Baden-Württemberg und Bayern eben so gut arbeiteten, dass man kaum etwas aufheben müsse.

Nun weist Fischer nach, dass es solch eklatante Unterschiede nicht nur zwischen den Richtergremien gibt, sondern auch innerhalb: Je nachdem, wer Berichterstatter war, schwankte die Erfolgsquote der schriftlich erledigten Revisionen im 2. Senat zwischen 8 und 33 Prozent.

plettaufhebungen im Untersuchungszeitraum dagegen bei jeweils 9 Prozent.

Und es passt, dass ausgerechnet Fischer diesen Umstand aufdeckt. Er gilt als einer der brilliantesten Strafrichter am BGH – und als unbequem. Für viele Kollegen ist er der Altrock, der einst als Möbelpacker arbeitete und über den zweiten Bildungsweg zum Jurastudium kam. Fischer kultiviert dieses Image und gab unlängst sogar zu, als junger Mann LSD ausprobiert zu haben. Er scheut sich jedenfalls nicht, in den konservativeren Kreisen des BGH anzuecken.

BGH-Präsident Klaus Tolkstdorf wollte in den vergangenen Jahren mit Verweis auf angebliche Charakterschwächen verhindern, dass Fischer zum Vorsitzenden des 2. Strafsenats aufsteigt. Doch dieser wehrte sich vor Gericht. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnar-

eigentlich das Zehn-Augen-Prinzip. Einmütigkeit heißt, dass alle Richter nicht nur unterschreiben, sondern auch vorher prüfen“, sagt der Frankfurter Strafverteidiger Rainer Hamm, vom Strafrecht-Ausschuss des Deutschen Anwaltvereins (DAV). „Dass nun plötzlich von einem Vier-Augen-Prinzip die Rede war, hat viele Strafverteidiger überrascht.“

In den Zivilsenaten des BGH bereiten sich auch im schriftlichen Verfahren alle Richter vor: Dort arbeitet der Berichterstatter einen ausführlichen Entscheidungsvorschlag aus, den die übrigen Beisitzer zusammen mit dem angegriffenen Urteil lesen. Doch ausgerechnet in den Strafsenaten, wo es um Kapitalverbrechen und lange Gefängnisstrafen geht, verlassen sich drei Richter in der Regel auf einen mündlichen Kurzvortrag des Kollegen – und entscheiden, ohne die Schriftsätze der Verteidigung, der Bundesanwaltschaft oder auch nur das Urteil gelesen zu haben, das sie bestätigen oder aufheben sollen.

Zudem bestehe dabei „die Gefahr“, kritisiert Verteidiger Hamm, „dass alle anderen abnicken, was der Berichterstatter sagt, schon weil sie, wenn sie an der Reihe sind, auch nicht wollen, dass die anderen ihnen Schwierigkeiten machen“.

Im März dieses Jahres richteten die Strafverteidiger des DAV deshalb einen Appell an den Bundesgerichtshof, alle Richter sollten die Akten kennen, auf deren Grundlage sie entscheiden – bislang vergebens.

Fischer indes forschte in den Entscheidungen seines eigenen Senats nach, wie sich die Verletzung des Zehn-Augen-Prinzips auswirkt. Er räumt zwar ein, es könne „nicht ernstlich behauptet“ werden, dass Richter dem Berichterstatter „aus einer allgemeinen Lustlosigkeit“ freie Bahn ließen. Seine Feststellung, das Vier-Augen-Prinzip befördere

„tendenziöse Ergebnisse auf Basis eingeschränkter Sachkenntnis“, ist aber schlimm genug.

Von BGH-Kollegen Fischers wird das Vier-Augen-Prinzip gern mit dem Argument verteidigt, es sei bewährt und effizient – würden alle alles lesen, brauche man zusätzliche Strafrichter und Senate.

Fischer dagegen hält es für möglich, „zu einer besseren Entscheidungskultur zu kommen, ohne als Senat dabei abzusaufen“. Kurz nach seinem Amtsantritt als Vorsitzender signalisierte er seinen Kollegen, alle sollten die Akten kennen: „Wir probieren das einfach mal aus.“

DIETMAR HIPPE



Ausgestellte Roben*: „Gefahr, dass alle anderen nur abnicken“

Es gibt starke Indizien dafür, dass die Persönlichkeit des jeweiligen Berichterstatters für die Unterschiede verantwortlich ist. Die individuellen Aufhebungsquoten sind über die Jahre relativ konstant: Bei einem schwanken sie über drei Jahre zwischen 11 und 15 Prozent, bei einem anderen über vier Jahre zwischen 22 und 33 Prozent.

Ein Richter schaffte es, von 195 Urteilen nur eines komplett aufheben zu lassen – das ist eine Quote von 0,5 Prozent; bei zwei Kollegen lag die Quote der Kom-

renberger setzte schließlich seine Ernennung durch.

Während des Streits um den Vorsitz – Tolkstdorf hatte, um den renitenten Fischer fernzuhalten, einem anderen Vorsitzenden gleich zwei Strafsenate anvertraut – kam heraus, was bis dahin selbst Experten kaum bekannt war: dass in schriftlichen Strafverfahren normalerweise nur zwei Richter die Akten gelesen haben.

Die BGH-Richter stritten sich darum, ob ein Vorsitzender dieser Doppelbelastung in zwei Senaten gewachsen sei – und damit womöglich das „Vier-Augen-Prinzip“ verletze.

Strafrechtsanwälte in ganz Deutschland merkten auf. „Nach dem Gesetz gilt

* Im Rechtshistorischen Museum des BGH in Karlsruhe: Gewand eines Bundesverfassungsrichters, eines Richters am Amts-, Land- oder Oberlandesgericht und eines BGH-Richters.

BUNDESTAGSWAHL

Stimme aus dem Drucker

Die Briefwahl wird immer beliebter. Ein IT-Fachmann zeigt jedoch, wie leicht man die Unterlagen manipulieren und Stimmen „erfinden“ kann.

Um Wahlbetrug zu begehen, braucht Arnim Rupp nur DIN-A4-Papier, zwei Briefumschläge, einen Drucker, einen Scanner und gut zwei Stunden am Computer. Ein paar Klicks sind nötig – und schon hat er sein Stimmgewicht verdoppelt, verdreifacht, verhundertfacht. „Es ist erschreckend einfach“, sagt der Informatiker aus dem hessischen Eschborn. Die Materialkosten pro Stimme betragen 51 Cent.

Rupps Methode: Er fälscht Briefwahlunterlagen. So täuschend echt, dass er die Fälschungen markiert, um selber noch einen Unterschied zum Original zu erkennen. Abgeschickt hat er die vermeintlichen Dokumente nicht, das wäre strafbar. Aber darum geht es ihm auch nicht.

Der 42-Jährige arbeitet in der IT-Branche. Sein Job ist es, Sicherheitsmängel in Prozessen zu erkennen. Und wie wenig sicher jener Prozess ist, den zur Bundestagswahl am 22. September schätzungsweise rund neun Millionen Deutsche nutzen werden, erkannte Rupp vor fünf Jahren. Damals arbeitete er an der Verfassungsklage gegen den Einsatz von Wahlcomputern mit. Dem Bundesverfassungsgericht erklärte er, wie man die Geräte manipulieren könne. Das Gericht stoppte schließlich den Einsatz der elektronischen Wahlurnen. Bei näherer Befassung mit dem Thema, berichtet Rupp, habe er bemerkt: „Eigentlich ist Briefwahl noch viel unsicherer als die Wahlcomputer.“

Dabei wird die Wahl per Post in Deutschland immer beliebter. Bei der vorigen Bundestagswahl nutzte sie jeder Fünfte. Ursprünglich war die Briefvariante dazu gedacht, Menschen die Stimmabgabe zu ermöglichen, die nicht zum Wahllokal kommen können. Heute, in Zeiten hoher Mobilität,

ersparen sich viele Bürger, am Wahlsonntag unbedingt in ihrer Heimatgemeinde sein zu müssen.

Mit der wachsenden Popularität der Briefwahl wurde auch das Verfahren vereinfacht. Amtliche Stempel fielen weg, Siegel wurden nicht mehr auf Unterlagen gedruckt, bürokratische Hürden abgebaut. In manchen deutschen Gemeinden kann heute zum Beispiel jeder die Briefwahlunterlagen eines anderen anfordern, solange er nur dessen Namen, Geburtsdatum und Adresse kennt. In Hildesheim ließen Unbekannte vor kurzem die Dokumente von zwei Landtagskandidaten an die Lokalzeitung schicken – es funktionierte ohne Probleme.

Wegen der Gefahr der Manipulation reichte Arnim Rupp beim Bundesverfassungsgericht schon 2010 eine Wahlprüfungsbeschwerde zur Europawahl 2009 ein. Doch die Richter lehnten die Beschwerde Anfang Juli ab.

Missbrauch, Fälschungen oder Pannen bei Briefwahlen gab es in Deutschland schon oft. Rupp hat auf seiner Website Dutzende Fälle dokumentiert, in denen Stimmzettel manipuliert, versehentlich vernichtet oder zu spät gefunden wurden. „Die Dunkelziffer wird sehr hoch sein“, urteilt der IT-Mann, „die Gefahr, erwischt zu werden, ist sehr gering.“ Nach der Bundestagswahl 2009 empfahl die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, „die bestehenden Sicherungsmechanismen gegen den potentiellen Missbrauch des Briefwahlsystems auf ihre Eignung zu überprüfen“. Politikwissenschaftler der Universitäten Köln und Toronto analysierten die Bundestags-

wahlen 1990 bis 2005 auf statistische Unregelmäßigkeiten – und stellten tatsächlich Abweichungen fest.

Zudem ist bei Briefwahlen nicht garantiert, dass die Wahl geheim und frei, also ohne Beeinflussung, bleibt. 2006 wurde im niedersächsi-

schen Wietze die Betreiberin eines Altenheims zu einer Geldstrafe von 36 000 Euro verurteilt. Sie hatte ihrer teilweise dementen Kundschaft Schokolade und Zigaretten versprochen, wenn sie bei der Kommunalwahl die Kreuze bei ihrem Ehemann und ihrem Sohn machten.

Das Bundesverfassungsgericht befasste sich zweimal mit der Briefwahl, 1967 und 1981. Es entschied, dass die Allgemeinheit der Wahl, also der unbeschränkte Zugang, höher zu werten sei als mögliche Beeinträchtigungen des Grundsatzes der geheimen und freien Wahl. Das Gericht mahnte aber, die „Briefwahl ständig in Anbetracht neu auftretender Entwicklungen, die unvorhergesehene Gefahren für die Integrität der Wahl mit sich bringen können, zu überprüfen“.

Andererseits, wirft der Bielefelder Staatsrechtler Franz Mayer ein, gehe die Wahlbeteiligung zurück. Deshalb sei es wichtig, die Stimmabgabe attraktiv zu halten – und Briefwahl sei da eine Möglichkeit: „Man wird nie allen Wahlrechtsgrundsätzen zu 100 Prozent gerecht werden können.“ Hauptsache, so Mayer, es gebe keine Indizien für einen flächendeckenden Missbrauch.

Die gibt es nicht. Die Mittel zum Fälschen werden jedoch im Bürofachhandel und bei kostenlosen Downloads im Internet angeboten. Rupp hielt neulich einen

Vortrag über Briefwahlfälschung auf der Hacker-Konferenz Sigint des Chaos Computer Clubs in Köln, in dem er detailliert das Procedere erklärte. „Wer sich die Wahlordnung genau durchliest, merkt schnell, worauf man achten muss, damit bei der Auszählung nichts auffällt.“ Das Schwierigste sei es noch, das Originalpapier des Wahlzettels und die Briefumschläge zu bekommen. Aber auch das sei machbar.

Rupp will nicht missverstanden werden. Er fordert nicht die Abschaffung der Briefwahl; wohl aber eine Anpassung der Sicherheitsvorkehrungen an die Zeit von Hightech-Scannern. Sein erster Vorschlag ist technologisch 17. Jahrhundert: „Ein normaler Stempel auf dem Wahlschein würde das Fälschen erheblich erschweren.“

MARTIN SCHNEIDER

Briefwahl in Europa



GESUNDHEIT

Ärzte der Schattenwirtschaft

Trotz allgemeiner Versicherungspflicht leben Hunderttausende in Deutschland ohne gültigen Krankenschutz. Sie sind auf Mediziner angewiesen, die sie gratis behandeln. Nun begehren die Ehrenamtlichen auf – und fordern einen Rettungsschirm für Mittellose.

GOTTFRIED STOPPEL / DER SPIEGEL

Das Ladenlokal, in dem sich die Verlorenen sammeln, liegt mitten in Münchens besserer Gesellschaft. Wohlverputzte Fassaden säumen die Straßen in der Maxvorstadt, auf den Bürgersteigen reihen sich die Tische der Restaurants. „Medizinische Hilfe“, heißt es an der Ladentür, „anonym und kostenfrei. Allgemeine Sprechstunde: Dienstags 17 bis 20 Uhr. Freitags 10 bis 13 Uhr“.

Männer, Frauen, Kinder haben den Innenraum in Beschlag genommen, sie hocken auch auf dem Boden und lehnen an der Wand. Ausländer ohne Bleiberecht sollten sie sein – so jedenfalls war es einmal gedacht. Doch keiner der 17 Kranken, die an diesem Dienstag die „Ärzte der Welt“ aufsuchen, ist illegal nach Deutschland eingereist. Bürger der Europäischen Union warten in diesem Raum; Polen, Bulgaren, Rumänen, Deutsche.

„Das ist das typische Bild“, meint Christoph Steidle, „es kommen immer mehr Menschen, die legal hier leben und trotzdem durch das Netz medizinischer Versorgung fallen.“ Der Internist ist einer von 17 Ärzten, die im Hinterzimmer die Sprechstunden abhalten. Eine altmodische Liege steht dort, ein Apothekerschrank mit Arzneien, ein Ultraschallgerät, gespendet wie fast alles in der Ambulanz. Steidle und seine Kollegen

arbeiten ehrenamtlich. „Unsere Patienten haben keine Krankenversicherung“, sagt er. „Sie können sich Gesundheit nicht leisten.“

So sieht es aus, landauf, landab. In Köln, Hannover, Fulda, Darmstadt, Berlin, Osnabrück und andernorts, wo Ärzte der „Malteser Migranten Medizin“ in vergleichbaren Räumlichkeiten Hilfe anbieten. In Ulm, wo ein Augenarzt Tausende Brillen für Bedürftige sammelt; in Mainz, wo ein Sozialmediziner gerade eine komplette Poliklinik eröffnet hat; in Bad Segeberg, wo ein ehemaliger Hausarzt vor drei Jahren eine erste „Praxis ohne Grenzen“ gründete, mit mittlerweile fünf Ablegern in allen Ecken Schleswig-Holsteins.

Es ist eine medizinische Parallelversorgung, die sich durchs Land zieht, eine Schattenwirtschaft, in der kein Geld verdient wird. Sie wird bestimmt von Armut oder wenigstens Bedürftigkeit, von mangelhafter Politik und knöchernen Vorschriften, von schwerfälligen Behörden, kleinteiligen Versicherungen und den Sollbruchstellen europäischer Bürokratie. Und sie ist, das sieht auch Christoph Steidle so, trotz aller guten Taten eine Schande. Kein Kranker, meint der Internist, sollte in diesem hochentwickelten Staat auf Leute wie ihn angewiesen sein.

Doch weit mehr als tausendmal haben Patienten im vergangenen Jahr in der Münchner Ambulanz Hilfe gesucht. Offiziell leben 137 000 Menschen in Deutschland ohne Mitgliedschaft in einer Krankenkasse; Gesundheitsforscher schätzen allerdings, dass noch Hunderttausende mehr sich ohne ausreichenden Versicherungsschutz hier aufhalten. Nach wie vor sind darunter viele Ausländer ohne Bleiberecht. Aber rapide steigt die Zahl jener Europäer, die ohne gültige Versicherung aus ärmeren Staaten der EU einreisen. Und auch die Gruppe krisendurchschüttelter Deutscher nimmt zu – Selbständige, deren Gesundheitsschutz ruht, weil sie sich nicht in der Lage sehen, weiterhin Beiträge zu zahlen.

„Der Dachdecker, die Buchhändlerin“, so bezeugt es Christoph Steidle. „Und eben Wanderarbeiter und Arbeitssuchende, vor allem aus dem Osten Europas.“

30 Jahre lang führte der Internist eine eigene Praxis, er ist nun pensioniert wie die meisten seiner Mitstreiter, ein weißhaariger Mann in Sportschuhen und Allwetterjacke, den, wie er sagt, so schnell nichts umhaut. Doch wenn er über die Patienten im Ladenlokal spricht, verlässt ihn die Gelassenheit schnell.

Ein Metzgermeister, insolvent, Diabetiker, monatelang hatte er kein Geld für Insulin, zurück blieben schwere Schäden

an Netzhaut und Niere. Eine ehemals selbständige Gastronomin, 410 Euro Rente, gefäßkrank, ein Oberschenkel muss amputiert werden, doch niemand operiert, weil nicht geklärt ist, wer zahlt. Ein junger Mann, Bulgare, mittellos, faulende Wunden, kein Versicherungsnachweis, an der Pforte einer Münchner Klinik hat man ihn abgewiesen.

Steidles Kollegen können die Liste beliebig fortsetzen. Der Ulmer Augenarzt berichtet von Sehbehinderten, denen Brillen versagt bleiben; in Bad Segeberg benötigen vier tumorkranke Patienten Geldspenden für die Operation, in Mainz wird ein todkranker Mann gegen seinen Willen in seine polnische Heimat transportiert. Bis zuletzt hatte er auf einem Pfälzer Hof geholfen. Er wollte in dieser Gegend auch sterben, aber das Siechtum eines Schwarzarbeiters ist nicht vorgesehen.

Das medizinische Ethos verlangt etwas anderes. „Bei meiner Aufnahme in den ärztlichen Berufsstand gelobe ich feierlich: mein Leben in den Dienst der Menschlichkeit zu stellen“, so steht es in der Genfer Erklärung des Weltärztebundes. Auch die Bundesärztekammer hat sich mit dieser modernen Version des hippokratischen Eids der Gesundheit des Patienten als oberstem Gebot verpflichtet. Doch in Deutschland werden die Behandlungskosten nichtversicherter bedürftiger Menschen nur übernommen, wenn sie entbinden, an plötzlichen starken Schmerzen leiden oder in akuter Lebensgefahr schweben. Chronisch Erkrankte mit Diagnosen wie Bluthochdruck, Diabetes, HIV oder Krebs zählen nicht dazu.

„Absurd“ findet das Christoph Steidle. „Gerade diese Patienten sind oft in einem desolaten Zustand, wenn sie zu uns finden. Dann sind Gliedmaßen fast abgestorben, dann hat ein Tumor gestreut. Und am Ende liegen sie doch als akute und kostspielige Notfälle in der Klinik.“

Der Internist blickt wütend; er weiß, dass es gesellschaftlich untragbar wäre, Kranke, die keine Beiträge entrichten, grundsätzlich ebenso zu behandeln wie zahlende. Doch wie die meisten Ärzte dieser Schattenwirtschaft ist er altmodischen Zuschnitts. Er verurteilt die Gier in seiner Branche: Medizin als Markt, Gesundheit als Ware, Ärzte als Unternehmer, oft maximal gewinnorientiert, auch ohne Maß und Anstand. Dass Kranke ihrem Schicksal überlassen werden, nur weil sie „nicht erstattungsfähige Kosten“ verursachen, finden die Parallelversorger eines Gemeinwesens unwürdig. Die Zentrale Ethikkommission der Bundesärztekammer sieht das seit kurzem ebenso; die Lage nicht regulär krankenversicherter Patienten sei ein „gesamsgesellschaftliches Problem“ mit „fatalen Folgen“, heißt es in ihrer jüngsten Stellungnahme.

Vor dem Ladenlokal in der Münchner Maxvorstadt steigt Henrieke Reith vom Fahrrad. Sie ist Diplombetriebswirtin, 56 Jahre alt, aschblonder Pferdeschwanz, Jeans und Strickjacke, seit fünf Jahren ruht ihr Versicherungsschutz. Unter ihrem echten Namen hat sie früher freiberuflich Mitarbeiter großer Firmen im Umgang mit Computern geschult. Als ihre Spezialkenntnis Allgemeinwissen und sie an ihrem Platz überflüssig wurde, erging es ihr wie vielen. Das Geld wurde knapp, das Leben musste weitergehen, sie fühlte sich gesund, also verzichtete sie auf die Beiträge für die Krankenversicherung – „eine trügerische, leichtfertige Sorglosigkeit“, sagt sie rückblickend.

Denn bald zog in ihre Erdgeschosswohnung jene Krankheit, die sie bis heute lähmt. Jahrgänge ungeöffneter Briefe stapeln sich dort, auch die endgültig letzten Zahlungsaufforderungen der Versicherung. Sie kann ihre Depression nicht mehr ignorieren, seit ein paar Wochen brechen auch Zähne weg, manchmal schmerzt der Bauch. Sie wollte gleich losfahren, als sie vom Ladenlokal erfuhr. Und schlich tagelang um ihr Rad, gebremst von Scham und Selbstvorwürfen.

„Wir sehen hier immer wieder die typischen depressiven Verläufe“, sagt Christoph Steidle. „Und unseren Patienten, deutschen wie ausländischen, ist allein mit Medizin meist nicht geholfen. Sie brauchen ein Netz sozialer und emotionaler Unterstützung.“ Eine Sozialarbeiterin spinnt in München mit an diesem Netz, Medizinstudenten, ehrenamtliche Dolmetscher. Die Ambulanz, ursprünglich nur zur Notversorgung gedacht, gleicht wie viele Einsatzstellen der Schattenwirtschaft inzwischen einer Hausarztpraxis mit angeschlossenem Sozialinstitut.

Die Ehrenamtlichen organisieren Arzneien und feilschen mit Vertretern von Krankenhäusern um günstige Tarife, um 20 000 Euro im Falle von Darmkrebsbe-

handlungen oder 13 000 für eine Bypass-Operation. Sie sammeln auch Spenden, um diese Summen zu bezahlen, falls sich sonst niemand findet. Sie überweisen ihre Patienten an Gynäkologen, Psychiater oder andere niedergelassene Spezialisten, sie haben Hunderte Kollegen zu kostenfreier Mithilfe überredet. Sie verhandeln mit Sozialämtern, Jobcentern, Ausländerbehörden. Und immer versuchen sie, ihre Patienten in ein besseres Leben mit gültiger Krankenversicherung zurückzuführen. Es ist ein zähes Geschäft.

Seit sechs Jahren, seit dem Beginn der „allgemeinen Versicherungspflicht“, muss eine Krankenkasse jeden Antragsteller aufnehmen; seit 2009 dürfen auch die privaten keinen Bedürftigen mehr ablehnen. Doch wer Patienten wie Henrieke Reith zu vermitteln versucht, gewinnt schnell den Eindruck, dass ihnen die Versicherungen den Zugang am liebsten verwehren würden. Notleidende sind keine attraktive Klientel. Selbst wenn sie Arbeitslosengeld II beziehen oder das Sozialamt die Beiträge übernimmt, winden und entziehen sich Ansprechpartner, prüfen, überprüfen, lassen Anträge lange liegen.

Auch Schulden hindern Patienten an der Rückkehr ins System; 10 000 Euro oder mehr müssen sie manchmal aufbringen, wenn sie ihrer Versicherungspflicht lange nicht nachgekommen sind. Säumniszuschläge, Beitragsrückstände, Zinsen – die Last drückt viele derart, dass die Regierung noch vor der Bundestagswahl Abhilfe schaffen will. Anfang August soll ein „Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden“ in Kraft treten. Es betrifft hauptsächlich jene 137 000 Menschen, die in Deutschland sesshaft sind und noch keiner Krankenkasse angehören; sie sollen schuldenfrei von vorn beginnen können. Privatversicherten soll künftig ein „Notlagentarif“ für rund hundert Euro monatlich über schlechte Zeiten helfen, gesetzlich Versicherte sollen für über-



Münchner Internist Steidle: Praxen mit Sozialinstitut

Wer lebt in Deutschland ohne Versicherungsschutz?

- ▶ **Selbständige**, die keine Beiträge aufbringen können
- ▶ **Studenten**, die nicht mehr über die Eltern versichert sind und sich die Beiträge nicht leisten können
- ▶ **Auslandsrückkehrer**, die versäumen, wieder einer Krankenkasse beizutreten oder sich privat zu versichern
- ▶ **EU-Bürger**, die nicht nachweisen können, dass sie in ihrer Heimat versichert waren
- ▶ **Ausländer** ohne Bleiberecht in Deutschland

fällige Beiträge statt 60 nun 12 Prozent Säumniszuschlag im Jahr zahlen.

Die Ärzte der Schattenwirtschaft sehen darin jedoch allenfalls einen Anfang. Eher rechnen sie damit, dass bald noch mehr Menschen medizinische Not leiden werden. Gesundheitsökonomien stimmen ihnen zu: Auf dem deutschen Arbeitsmarkt führen ausschließlich sozialversicherungspflichtige Anstellungen automatisch zu Versicherungsschutz. Solche Arbeit aber ist knapp. Hingegen steigt die Zahl mittelloser Freiberufler, die selbst einen Notlagentarif für unerschwinglich halten könnten. Und auch die Schar unzureichend versicherter EU-Bürger werde infolge der Finanzkrise weiterwachsen, lautet die Prognose. Da viele Zuwanderer auf dem grauen Markt ohne Anstellung arbeiten, müssten sie sich eigenständig versichern. Die wenigsten werden dafür genügend Geld aufbringen.

„Wir könnten für uns alle vielleicht 300 Euro zahlen“, sagt die Rumänin Michaela Gabriela, die mit Mann und Kind regelmäßig in die Münchner Ambulanz kommt. Er hilft hier und da auf Baustellen, sie kümmert sich um den einjährigen Sohn. Irgendwann will das Paar einen Spezialitätenkiosk eröffnen. Bis dahin bleibt es unversichert – und ein Problem europäischer Freizügigkeit.

Natürlich regeln zahlreiche Abkommen, wie Erkrankte in den Mitgliedstaaten wechselseitig zu behandeln sind. Eine „Europäische Krankenversicherungskarte“ namens EHIC, ein „Vordruckmuster 81“ und ein Formular „E 104“ spielen dabei tragende Rollen. Oft allerdings sind sie weder Arzt noch Patienten geläufig. Vor allem aber gelten sie nur für jene, die in ihrer Heimat aktenkundig Mitglied einer Krankenkasse waren. Doch häufig ist der notwendige „Nachweis über Vorversicherungszeiten“ in irgendeiner Bürokratie verschwunden, häufig waren die Patienten auch nie in ihrem Leben versichert und können mit dem Konzept langfristiger Vorsorge wenig anfangen.

„Es ist ein wirkliches Problem, dass so viele ein völlig anderes Gesundheitsverständnis haben“, sagt Christoph Steidle. Er mag nicht generalisieren, erst recht will er niemandem Vorwürfe machen. Aber vor allem junge Männer aus den Armenländern Europas, die hätten allein das Hier und Jetzt im Kopf, das tägliche Überleben, sagt er.

Eine Zumutung seien diese Leute, lauter Schmarotzer, so steht es in Briefen, die aufgebrachte Beitragszahler an die Parallelversorger schicken. Die Sicht der Protestierenden ist schlicht, ihr Ton unmöglich. Aber haben sie nicht recht?

Müssten die Patienten nicht alle viel mehr Eigenverantwortung tragen?

Der Internist schüttelt den Kopf. Die meisten seien dazu wohl wirklich nicht in der Lage, sagt er. Henrieke Reith, die Betriebswirtin, jedenfalls ist sicher, dass sie ohne die Sprechstunden im Ladenlokal unterginge. Sie verlässt es an diesem Tag mit bedrohlich schlechten Blutwerten, und der Arzt telefoniert, bis sie trotz fehlender Versicherung in eine Klinik aufgenommen wird. Zehn Tage später wird sie entlassen, stabil und durchweg dankbar.

Solche Dankbarkeit sei doch der beste Beleg für die Not der Leute, meint der Ulmer Augenarzt Hans-Walter Roth. Seine Patienten sind in der Regel sogar Mit-



Mainzer Mediziner Trabert, Patient: „Es läuft eben nicht“

glied einer Krankenkasse. Aber viele beziehen eine kleine Rente oder leben ohne Arbeit. 16 Euro und 42 Cent sind im Regelsatz von Hartz IV für Gesundheitspflege vorgesehen. Eine Brille, in der Sprache der Krankenkassen eine „Eigenleistung“, kostet schnell ein paar hundert Euro. Also verteilt der Arzt gebrauchte; Tausende liegen nach Stärke sortiert in roten Klappkisten im Schrank. Abends schreibt er Protestnoten gegen die Hilfsmittel-Richtlinie, auch für eine „Armenklinik“ kämpft er an der Donau, als langjähriger Stadtrat der CDU ist ihm Einflussnahme wichtig.



Video: Unterwegs mit dem Ärzte-Bus

spiegel.de/app312013schattenaerzte oder in der App DER SPIEGEL

Seine Mitstreiter sind ebenso zu Lobbyisten geworden. Gerhard Trabert etwa, der Leiter der neuen Mainzer Poliklinik, hat im rheinland-pfälzischen Sozialministerium einen Runden Tisch begründet. Der Allgemeinmediziner ist auch Sozialarbeiter und Hochschullehrer, er kann lange über das Zusammenspiel von Armut und Krankheit referieren. „In Deutschland sterben von Armut betroffene Männer im Schnitt zwölf Jahre früher als wohlhabende“, sagt er zum Beispiel. Eigentlich müssten solche Erkenntnisse zu maximaler politischer Aktivität führen. Aber eben das geschehe nicht.

Also kämpfen die Parallelversorger für einen „Strukturwandel“, der radikaler ist als jede vorstellbare Berliner Politik: Sie fordern einen nationalen Rettungsschirm für Mittellose, sie fordern ein Gesundheitswesen, das sich aus allgemeinen Steuern statt aus individuellen Beiträgen finanziert und ausnahmslos jedem eine Basisversorgung garantiert. Sie verlangen den Erlass aller Versicherungsschulden. Oder zumindest verträgliche Ratenzahlungen.

„Eigentlich wollen wir das ja alles nicht“, sagt Gerhard Trabert und weist den Flur der Poliklinik entlang. Dass Arme und Kranke auf die Barmherzigkeit privater Wohltäter angewiesen sind, ist ein mittelalterlicher Gesellschaftsentwurf, der seinem Ideal widerspricht. „Sozialpolitisch betrachtet, sind wir ein Rückschritt.“ Er weiß, es liegt auch an der Doppelrolle, die er und seine Kollegen aus der Schattenwirtschaft spielen. Sie sind längst mit dem System vernetzt, das sie eigentlich kritisieren.

Wie selbstverständlich schickt eine Behörde osteuropäische Prostituierte zur Untersuchung in die Parallelversorgung – und übernimmt im Gegenzug sämtliche Labortests. Das Gesundheitsamt liefert die empfohlenen Impfstoffe für Säuglinge – die U-Untersuchungen selbst aber leistet die Schattenwirtschaft. In manchen Städten sehen Kinder aus Polen, Rumänien oder Bulgarien bei diesen gesetzlich vorgeschriebenen Terminen ausschließlich ehrenamtlich tätige Ärzte.

„Wir suchen Lösungen“, so beklagt Gerhard Trabert das allgegenwärtige Dilemma, „signalisieren der Politik aber damit immerzu, dass alles schon irgendwie läuft. Und es läuft eben nicht. Eigentlich müssten wir ständig brüllen: Klärt eure Angelegenheiten, auch in der EU! Schafft endlich einen grenzüberschreitenden Krankenschutz, der im Alltag etwas taugt.“

Wer bereits die Krümmung von Gurken vereinheitlicht hat, könnte sich darum in der Tat bemühen.

KATJA THIMM

Ja, ich öko

Ein Trend für umweltbewusste Paare schwappt nach Deutschland: grün heiraten – mit Kleid aus Bioseide, pestizidfreien Blumen und Torte aus Saisonfrüchten.

Als Kind kannte Steffi Wittek den Schriftzug des Öko-Labels Demeter, bevor sie zum ersten Mal eine Flasche Coca-Cola sah. Ihr Lebensgefährte Oliver Strehle bekam schon als Baby Brei in Bioqualität. Dem ökologischen Lebenswandel sind die beiden bis heute treu geblieben. Die Angestellte eines Modeunternehmens und der Geschäftsführer einer Servicefirma für Ärzte, beide 34 Jahre alt, putzen mit Bioscheuermittel, beziehen Ökostrom, und selbst ihr Kater findet daheim in Zürich in seinem Napf nur Biohack und Biolachs.

So wie sie leben, wollten sie auch heiraten, schick, in einem Schloss bei München, aber ökologisch korrekt. Im vergangenen Winter schickte Strehle, der aus Süddeutschland stammt, seiner Braut einen Link per E-Mail, mit dem Zusatz: „Hast Du schon mal was von Green Wedding gehört? Das ist doch perfekt für uns.“

„Green Wedding“, das ökologisch korrekte Hochzeitsfest, ist ein Trend, der aus den USA nach Deutschland kam. 380.000 Ehen werden in Deutschland jedes Jahr geschlossen, Familien geben für die Feiern knapp zwei Milliarden Euro aus. Fünf Prozent aller Feste werden von Hochzeitsplanern organisiert, die ersten haben Green Weddings im Programm. Bei Kerin Wiesener aus Germering bei München etwa wird jede zehnte Hochzeit als Ökofest gebucht, ein Ratgeberbuch ist erschienen, und auf Hochzeitsmessen bieten Aussteller grüne Dienstleistungen vom Ring aus Recycling-Gold bis zur Naturkosmetik an.

Für grüne Hochzeiten interessieren sich Ökofundis, die sich keine schöneren Flitterwochen vorstellen können als eine Radtour mit Zelt; aber auch Gutverdiener, denen ein nachhaltiger Lebensstil am Herzen liegt, die sich vom Wegwerfkonsum abgrenzen wollen und sich über ihre Klimabilanz Gedanken machen.

Eine durchschnittliche Hochzeit belastet die Umwelt mit rund 14,5 Tonnen CO₂, eineinhalbmal so viel wie ein Bürger im Schnitt während eines ganzen Jahres verursacht, sagt Ulrike Binias, Inhaberin der Green Wedding Company im niedersächsischen Huntlosen bei Oldenburg. Bei einer aufwendigen Hochzeit könne weitaus mehr Treibhausgas in die Atmosphäre gepustet werden. „Dieser eine Tag



Brautpaar Strehle, Wittek: Mit gutem Gewissen feiern

entscheidet darüber, ob man so viel CO₂ ausstößt wie sonst in einem Jahr oder in vier Jahren.“

Binias organisiert keine Feiern, sondern empfiehlt Brautpaaren ökologisch wirtschaftende Firmen und manchmal schlichten Verzicht, das sei schließlich auch grün.

Sie hilft Paaren, den ökologisch günstigsten Ort für eine Feier zu finden, mit möglichst kurzen Anreisen für die Gäste. Sie rät zu vegetarischen oder veganen Speisen, als Hochzeitstorte passe ein Kuchen mit Früchten der Saison und ohne künstliche Farbstoffe; Einladungen könnten per E-Mail verschickt werden.

Binias' Kunden fragen sie nach pestizidfrei gezogenen Blumen aus der Region und Brautkleidern aus Peace Silk, einer Seide, für welche die Raupen nicht wie in der konventionellen Produktion vor dem Schlüpfen getötet werden.

Ihre Kunden kämen zu ihr, weil sie ihren Hochzeitstag mit gutem Gewissen feiern wollten, sagt Binias. „Wenn ich weiß, dass mein Brautkleid zu Dumpinglöhnen in einer Fabrik in Bangladesch gefertigt wurde, das preiswerte Rindfleisch fürs Menü aus der Massentierhaltung stammt und wegen meines Traurings in Minen Giftmüll entsteht, dann stimmt das nicht glücklich.“

Die Zürcherin Steffi Wittek wollte ihr Traumkleid aus Bioseide anfertigen lassen – und scheiterte. „Wenn man sich ökologisch kleiden will, heißt das meist leider ‚Jutesack‘“, sagt Wittek. Am Ende kaufte sie ein konventionelles Kleid: „Wir wollten grün wenn möglich, aber nicht um jeden Preis.“ Ihr Mann Oliver suchte nach einem Anzug aus ökologisch produzierten Materialien. Er fand „Hugo Boss Green“, doch damit war die Sport- und Golf-Kollektion des Modelabels gemeint,

nicht eine ökologische Herstellungsweise. Schließlich fertigte eine deutsche Designerin den Anzug aus altem, edlem Stoff. Bei der Hochzeit im Juni trugen die Brautjungfern festliche Kleider aus Biostoffen, die ebenfalls in Deutschland genäht worden waren. Die Gäste saßen auf abgedeckten Strohballen, serviert wurden Bio-weine, und als Blumenvasen hatte das Paar vorher Marmeladengläser gesammelt. Kuchen und Nachttisch stellten die Familien des Brautpaares und Steffi Wittek aus Biozutaten selbst her.

Ein Teil ihrer Freunde und Familie habe über ihren Versuch, die Hochzeit möglichst ökologisch auszurichten, den Kopf geschüttelt, sagt Oliver Strehle. „Da gab es Unverständnis und die Frage, was wir dafür ausgegeben haben. Meist herrscht noch die Meinung, dass bio exorbitant teuer ist.“

Hochzeitsplanerin Wiesener sagt, es werde nur dann teurer, wenn das Paar bei einer Ökohochzeit alle Elemente einer normalen Hochzeit beibehalten wolle. Biofleisch sei kostspielig, ein maßgeschneidertes Bio-Seidenkleid auch – mit einer geänderten Secondhand-Robe und Erbstücke zur Tischdeko liege man günstig und dazu im Vintage-Trend. Ein großer Kostenfaktor ist das Hochzeitsmahl: Für ein grünes Menü muss man 90 bis 150 Euro pro Person ausgeben, konventionelles Catering ist schon ab rund 40 Euro pro Kopf zu haben.

Oliver Strehle und Steffi Wittek haben ein Barbecue mit Fleisch vom Biohof bestellt, die Tische ließen sie mit Spitzendeckchen und Besteck der Oma und Ur-oma decken. Nur bei der Hochzeitsreise war für Oliver Strehle Schluss mit öko: Auf die Fahrt nach Frankreich im gemieteten Porsche 911 wollte der Bräutigam dann doch nicht verzichten.

SYLVIA GANTER

Was war da los, Herr Pacheco?

Rob Pacheco, 49, Wanderer auf Hawaii, über die Macht der Bilder: „In das Gerät auf meinem Rücken sind 15 Kameralinsen eingebaut, die alle zweieinhalb Sekunden automatisch Bilder machen. Dabei sind sie erstaunlich leise. Die Konstruktion wiegt etwa 18 Kilogramm und gehört Google. Die Aufnahmen werden später zu 360-Grad-Panoramabildern zusammengesetzt, für deren Street-View-Angebot. Ich nehme Landschaften auf wie die hier im Pololu-Tal auf Big Island, der größten Insel des Archipels. Da unten liegt ein schwarzer Sandstrand, die Küste wird von Klippen zerschnitten. Ich sehe den Pazifik in seiner ganzen Weite. Mich überwältigt dieser Anblick immer noch. Vor 23 Jahren kam ich aus dem Bundesstaat Colorado nach Hawaii, ich war damals Imker. Ich wusste sofort, dass ich nie wieder weg wollte. Hier habe ich Cindy kennengelernt, meine Frau, wir bieten Trekkingtouren an. Ich werde noch ein paar Monate lang mit dem Kamerarucksack losziehen. Meine Bilder werden aller Welt zeigen, wie schön es hier ist.“



Pacheco

Warum baden wir so gern, Herr Niemitz?

Der Evolutionsbiologe Carsten Niemitz, 67, hat erforscht, warum Menschen dem Wasser so verbunden sind.

SPIEGEL: Sobald es draußen warm ist, finden wir uns zuhauf am oder im Wasser wieder. Stammen wir von Wassertieren ab?

Niemitz: Nicht unmittelbar. Unsere direkten Vorfahren waren schließlich Affen, also luftatmende Tiere, die viel im Flachwasser gewatet sind. Der Lebensraum jener afrikanisch-tropischen Menschenaffen war Wald in Ufernähe.

SPIEGEL: Wald und Ufer in Afrika?

Niemitz: Ja, vor etwa sechs Millionen Jahren, als unsere Ahnen allmählich zu Menschen wurden, gab es in Afrika riesige Seenlandschaften, der perfekte Lebensraum für unsere damaligen Vorfahren: Im Wasser und in Ufernähe hatten sie eine große Auswahl von Pflanzen, im flachen Wasser hervorragende Nahrung, Fische und Frösche.

SPIEGEL: Heute leben wir in Städten.

Niemitz: Der Mensch hält sich aber nach wie vor in der Nähe von Gewässern auf. Allerdings verbringt er am Strand 90 Prozent seiner Zeit auf seinem Frotteehandtuch, nur 10 Prozent der Zeit ist er tatsächlich im Wasser – und die meiste Zeit davon im Uferbereich. Der Mensch ist biomechanisch kein guter Schwimmer.

SPIEGEL: Und trotzdem macht Wasser uns glücklich?

Niemitz: Es entspannt, das ergaben unsere Untersuchungen zur „Biologie



PICTURE-ALLIANCE / DPA

der Idylle“. In der Architektur oder in der Werbung finden wir das oft wieder. Autokonstrukteure fanden heraus, dass Warnleuchten in der Armatur nicht blau sein dürfen, weil diese Farbe beruhigt und leichter übersehen wird. Außerdem haben Wissenschaftler die Beliebtheit von Gemälden bei Menschen völlig unterschiedlicher Kulturen untersucht. Überall war das beliebteste Motiv eine Uferlandschaft.

SPIEGEL: Viele Menschen haben aber doch auch Angst vor dem Wasser?

Niemitz: Natürlich, man kann darin ertrinken. Alle Menschen haben eine starke Vorliebe für klares Wasser, und viele bekommen Angst, wenn sie beim Schwimmen eine harmlose Wasserpflanze streift. Vielleicht ist dies ein altes Erbe. Denn Krokodile gab es auch schon zu Zeiten der Urmenschen.

Lesen Sie auch das Interview über Badeunfälle auf Seite 94.

Jacobs stille Liebe

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE: Warum ein Berliner in seinem Garten Gott fand

Jeden Morgen, um neun Uhr, spielen die Glocken in Roland Jacobs Garten „Die güldne Sonne voll Freud und Wonne“. Jacob hat das Lied aus einer Datenbank ausgesucht, er hat die Glocken an einen Computer angeschlossen. Der Computer empfängt Signale vom Zeitzeichensender bei Frankfurt am Main. Um 13 Uhr läuten sie „Großer Gott, wir loben dich“ und abends, um 18 Uhr, „Weißt du, wie viel Sternlein stehen“.

Jacob, 73, hat Gott in seinem Garten eine Kirche gebaut. Sie steht zwischen einem Teich mit Karpfen und einer Holzwerkstatt, am Ende einer Wiese voller Buchen in Blankenburg, einem Ort am Rand von Berlin.

In Jacobs Kirche ist Platz für 25 Menschen; wenn die Sonne scheint, fällt Licht durch buntes Glas, es riecht nach trockenen Spänen. Jacob sitzt jeden Tag hier, er schweigt, er schaut dem Staub beim Tanzen zu. Seinen Platz hat er vorn rechts in der ersten Reihe gewählt.

Hier kann er Gott wiederbegegnen.

Roland Jacob war 30 Jahre lang Chefarzt der Strahlenklinik im Ost-Berliner Stadtteil Buch. Er kümmerte sich um Menschen mit Krebs. Die Bedingungen waren nicht gut damals, sagt er. Es fehlten Stühle, Betten, Geräte für die Bestrahlung. Jacob versuchte, den Alltag der Kranken zu verbessern. Er verhandelte mit der Abteilung für Gesundheit des Zentralkomitees der SED, wenn es um die Patienten ging.

Jacob kämpfte nicht gegen den Staat. Sein Feind war der Krebs. Er dachte, Gott habe ihm die Aufgabe gegeben, diese Krankheit zu besiegen.

Jacob kommt aus einem Dorf im Vogtland, dort war Gott von Anfang an dabei. Die Familie lebte ein frommes Leben, es war geregelt, was Gott nicht gefiel: Faulheit bei den Hausaufgaben. Pralinen mit Schnaps. Kinder, die sonntags Fußball spielten, statt in den Gottesdienst zu gehen. Bevor Jacob schlafen ging, sprach er ein Gebet; er stellte keine Fragen.

Später ging er zum Studium nach Leipzig und Dresden. Er arbeitete in verschiedenen Kliniken. Er begann seinen Kampf gegen

den Krebs. „Dazu gehörte“, sagt Jacob, „auch ein Arrangement mit der DDR.“

Jacob hatte nicht bedacht, dass die Kirche, in der er Gott damals begegnete, auch ein Ort für Regimegegner war. Die Mitglieder seiner Gemeinde misstrauten ihm. Nach der Wende wurde er beschuldigt, er habe für die Stasi gearbeitet. Das Bezirksamt Pankow suspendierte Jacob vom Dienst. Er klagte dagegen.



Jacob vor seiner Kirche

Ein Rentner aus Blankenburg baute sich ein eigenes Gotteshaus. Die Ausstattung ersteigerte er

Aus der Online-Ausgabe des „Tagesspiegel“

Jacob hatte in der Kirche lange Zeit Trost gefunden. Er hatte die Gemeinschaft geschätzt, das Abendmahl. Wenn Jacob nun eine Kirche betrat, dachte er an Politik. Er konnte Gott dort nicht mehr finden. Er trat aus der Kirche aus.

Ein Gericht entschied sechs Monate nach Jacobs Beurlaubung, dass die Vorwürfe einer Stasi-Mitarbeit nicht haltbar sind. Jacob nahm seinen Dienst wieder auf. Er bestrahlte Tumoren, er arbeitete an einem Buch über die Begleitung von Menschen, die sterben.

Er brauchte jetzt einen neuen Ort, um Kraft zu schöpfen.

Als Jacobs Arbeitsleben vor zehn Jahren allmählich zu Ende ging, nahm er eines Abends einen Schraubendreher in die Hand. Er ging in sein altes Gar-

tenhaus, zwischen dem Teich mit den Karpfen und der Holzwerkstatt. Auf 25 Quadratmetern hatte er hier im Winter seine Pflanzen gelagert. Jacob begann an den Scharnieren eines Fensters zu schrauben.

Er wollte Gott ein Haus bauen, er brauchte einen Ort, um ihm zu begegnen. Hier, in seinem Garten, würde er ihn erschaffen.

Als Jacob an seinem Gartenhaus schraubte, dachte er an die Menschen, die er an Krebs verloren hatte. An die Künstlerin, die ihre Beerdigung organisierte und sich dann zu ihrem besoffenen Mann in die Arme legte und starb. An den Rentner, der das KZ überlebt hatte und den Tumor in seiner Speiseröhre so lange wegredete, bis keine Luft mehr zum Atmen da war. Er dachte an einen Freund, der in seine Praxis kam, und wie er dann zwei Wochen lang heulte, bis der Freund tot war.

Jacob nahm sich für den Bau seiner Kirche zehn Jahre Zeit.

Er ersteigerte holländische Bleiglasfenster bei Ebay. Er kaufte 25 Stühle mit Bezügen aus Leder, einen Altar aus Berlin, eine Bibel aus dem 19. Jahrhundert mit brüchigem Papier, und er hängte die Sammlung seiner Glocken neben dem Eingangsportal auf. Aus dem Urlaub in Südfrankreich brachte er einen Jesus aus

fein gemasertem Olivenholz mit. Jacob suchte im Internet nach Kerzenständern. Er informierte die Nachbarn über die Kirche.

Als er fertig war, nagelte er seinen Konfirmationsspruch über die Tür: „Gott ist getreu“, in goldenen Buchstaben.

Drei Wochen nachdem Jacob die Kirche eingeweiht hatte, es gab Sekt und Musik, starb sein Sohn. In seiner Speiseröhre war ein Tumor gewachsen.

Manchmal, wenn Jacob jetzt in seiner Kirche sitzt, erreicht ihn eine Nachricht von Gott. Sie ist nicht immer sehr deutlich zu hören; aber Jacob kann sie spüren. Es ist ein Gefühl von Nähe und Aufgehobensein, sagt er. Eine stille Umarmung, ein gemeinsames Schweigen; Jacob sagt, vielleicht ist es Glück.

KATRIN KUNTZ

Nimm mich!

Ein eigenes Auto – für viele junge Deutsche gilt das als lästig und überholt. Mit Car-Sharing-Modellen versucht die Autoindustrie, eine Großstadtklientel zu halten, die gerade den Luxus des Teilens entdeckt. *Von Thomas Hüetlin*

Im rosafarbenen Licht des Morgens rollt der Wagen los in einer kleinen Gasse in Rom. Es geht weiter, vorbei an piniengesäumten Straßen, an Dörfern auf Hügelspitzen, vom Meer aus über Serpentine hinauf zu schneebedeckten Bergen. Dann Paris, London, schließlich die grünen Hügel von Schottland, die wie ein riesiger Golfplatz aussehen.

Es ist der alte Traum vom Auto, der hier noch einmal vorgeführt wird. Einsteigen in etwas, das Geborgenheit vermittelt, gemütlich und übersichtlich wie ein Wohnzimmer. Dann aufbrechen, ins Ungewisse, ins Abenteuer, weg vom Alltag, ein Rausch der Sinne mit großartigen Landschaften, Freiheit, Geschwindigkeit.

Matthias Lorenz-Meyer klickt auf die Maus seines Rechners und hält den Film an. Drei Wochen war er unterwegs, von Rom nach Edinburgh mit zwei Tankfüllungen. Aber das Auto gehörte nicht ihm, sondern Ford. Lorenz-Meyer ist gut bezahlt worden für diese Reise. Es war ein Werbefilm. Sein eigenes Auto, einen Renault Twingo, hat Lorenz-Meyer im vergangenen Jahr verkauft. „Ich bin froh, dass er weg ist“, sagt Lorenz-Meyer. „Der Wagen war eine Last.“

Lorenz-Meyer ist Werbe-Model und Internetunternehmer, er ist kein Aussteiger, kein Freak. Er ist einer von vielen deutschen Großstadtbewohnern unter 40, die der Autoindustrie Rätsel aufgeben und Sorge bereiten, weil sie keinen Wert mehr darauf legen, ein Auto zu besitzen.

Im Autoland Deutschland, in dem die Autoindustrie noch immer als Schlüsselbranche gilt, kommt das der Aufkündigung eines Generationenvertrags gleich.

In Berlin verzichten bereits 46 Prozent der Einwohner auf ein eigenes Auto, in New York sind es schon 56 Prozent. Wer sich in Großstädten noch ein Auto leistet, nutzt es nicht besonders oft. In München ist ein Auto durchschnittlich nur 45 Minuten pro Tag in Betrieb. Die restliche Zeit steht es. Nur die Kostenuhr läuft: Versicherung, Steuer, Wertverlust, möglicherweise auch Parkgebühren.

Wenn Rainer Brüderle sagt, jeder solle sagen können „Mein Geld, mein Haus, mein Auto“, so spricht er, zumindest was

das Auto angeht, für immer weniger junge Deutsche.

Für viele Bewohner größerer Städte gilt das eigene Auto als entbehrlich, als etwas, das einengt und nervt, weshalb die Absatzzahlen bei der Zielgruppe der Zukunft, den Jungen, deutlich gesunken sind. Die Klientel der Neuwagenkäufer wird älter: Seit 1995 ist das Durchschnittsalter von 46 auf 52 Jahre gestiegen, das sind Werte wie bei ARD oder ZDF.

Für junge Leute gibt es Dinge, die weit wichtiger sind als das Auto. „Junge Leute heute wollen mobil sein, und ein Handy bietet ihnen da ganz andere Möglichkeiten als ein Auto“, sagt Michael Kuhnndt, Experte für nachhaltigen Konsum und Geschäftsführer des Wuppertaler Forschungsinstituts CSCP. Früher war das Auto ein Objekt, das jeder haben musste, es symbolisierte Selbstständigkeit und Erwachsensein. Das ist nicht mehr so. Die Jungen sind häufig virtuell und häufig

**Mein Geld, mein Haus,
mein Auto: Hier
funktioniert das alte Ver-
sprechen nicht mehr.**

global unterwegs, bei beidem hilft das Handy; ein Auto nutzt nichts beim Trip nach Honduras, Neuseeland oder Vietnam. Mit dem Handy, sagt Kuhnndt, „eröffnen sich tatsächlich die Möglichkeiten, an verschiedenen Orten der Welt leben zu können“. Das Auto gelte den Jungen „als zu schwer, als zu große Belastung“.

Die Industrie, die ihre junge Kundschaft nicht verlieren will, tritt die Flucht nach vorn an: mit Car-Sharing, das durch alternative Bezahlmodelle das Auto wieder interessant machen soll. Mercedes stellt durch sein Tochterunternehmen „car2go“ Smarts beispielsweise in München, Hamburg, Köln und Berlin zur Verfügung; BMW mit „DriveNow“ Mini Cooper, 1er BMWs und X1; Citroëns Modell „Multicity“ den elektrogetriebenen C-Zero; die Bahn mit „Flinkster“ verschiedene Modelle vom Fiat 500 bis zum Golf.

Die Benutzung wird im Wesentlichen nach Zeit abgerechnet, 29 Cent pro Minute bei car2go, 28 Cent bei Multicity, 31 Cent pro Minute bei DriveNow. Der Kunde meldet sich bei einer der Firmen oder bei mehreren an, zahlt eine Aufnahmegebühr, wird registriert und erhält jeweils einen Chip zugesandt. Über eine App im Smartphone erfährt er, wo das nächste Auto steht. Wenn die Fahrt beendet ist, parkt er, steigt aus und geht, die Abrechnung wird per Mail aufs Telefon geschickt. Ein unkomplizierter Service, der sich offenbar bewährt. Sind es Ende 2011 noch gut 260 000 registrierte Car-Sharing-Nutzer in Deutschland gewesen, so waren es Anfang dieses Jahres bereits über 450 000.

In Deutschland, so berichtet das Fraunhofer Institut, wird sich die Zahl der Autos bis zum Jahr 2050 halbieren. „Die Städte sind grün, lebenswert, fußgänger- und radfahrerfreundlich; Car-Sharing-Parkplätze und Radstationen gibt es an allen größeren Haltepunkten“, schreiben die Verfasser der Studie „Vision für einen nachhaltigen Verkehr in Deutschland“. Sogar im Energieverbraucher Nummer eins der Industriestaaten, in den USA, wird kalkuliert, dass ein Car-Sharing-Wagen in Zukunft mindestens acht private Pkw ersetzen wird.

Car-Sharing ist Teil eines gesellschaftlichen Trends, der darin besteht, dass Konsumenten es angenehm finden, gewisse Gebrauchsgegenstände eben nicht zu besitzen, sondern sie mit anderen zu teilen. Der Kompass dieses neuen Teilens ist das Smartphone. Es ermöglicht es dem Einzelnen, durch die moderne Stadt zu gleiten und an jeder Station des Tages zu bekommen, was er braucht.

Es spiegelt die Flexibilität der neuen Lebensstile und Arbeitsbiografien. Für den Internetunternehmer Matthias Lorenz-Meyer, 38, bildet das Smartphone das Zentrum seiner Existenz. Für eine Frau wie Constanze Siedenburger, Grafikdesignerin und Sprecherin der Grünen für schul- und sportpolitische Fragen in Berlin-Pankow, bilden der Kiez und die Familie das Zentrum, aber als Verkehrsteilnehmerin hat sie vieles mit Lorenz-Meyer gemein. Auch sie hat ihren Wagen



Car-Sharing-Kunde Lorenz-Meyer



Car-Sharing-Kundin Siedenburg



SCHWARZ / CARO

Stadträder in Hamburg, Gemeinschaftsgarten in Dortmund: „Teilen ist sauber, frisch, urban, postmodern – Besitzen ist langweilig, egoistisch,

verkauft und fährt jetzt Autos, die ihr nicht gehören. Wenn man die beiden, den überzeugten Single und die basisnahe, grüne Mutter von zwei Kindern, begleitet, bekommt man eine Ahnung, wie die Fortbewegung der nächsten Jahre in westlichen Großstädten funktionieren könnte.

Morgens gegen zehn Uhr steht Matthias Lorenz-Meyer vor seinem Büro in der Berliner Torstraße. Es beginnt zu regnen. Lorenz-Meyer holt sein Telefon heraus, tippt auf eine Sammel-App mehrerer Car-Sharing-Anbieter, er hat die Chips dreier Firmen. Über hundert kleine Punkte erscheinen auf einem Berliner Stadtplan – die zur Verfügung stehenden Autos zwischen Charlottenburg und dem Ostbahnhof. Das nächste steht in der Schröderstraße, drei Minuten entfernt. Es ist ein Multicity-Citroën, ein Elektroauto, zu 86 Prozent aufgeladen, sagt die App.

Lorenz-Meyer reserviert und geht los. Auf dem Weg zum Mietauto kommt er an einem skandinavischen Möbelgeschäft vorbei und begrüßt einen dunkelhaarigen Israeli, den er als Amir vorstellt. Amir sei ein reicher Unternehmer, der nun auch in Berlin aktiv werden wolle, sagt Lorenz-Meyer. „Arm, aber sexy, das war einmal“, schiebt er hinterher.

Der Multicity-Citroën steht unter einem Baum, Vögel haben sich auf dem weißen Dach erleichtert. Lorenz-Meyer entriegelt das Auto mit einem Chip. Er holt den Schlüssel aus dem Handschuh-

fach, drückt den Startknopf. Die Geräuschlosigkeit des Elektroautos, die fahlgrauen Sitze, das graue Plastik des Armaturenbretts – das Auto fährt, ist sauber, funktional, mehr nicht. „Hat den Charme eines Dixi-Klos“, sagt Lorenz-Meyer und stößt zurück. „Normalerweise piepen die neuen Autos doch immer“, sagt er, legt den Vorwärtsgang ein und parkt aus, ohne sich noch einmal umzusehen.

Lorenz-Meyer blickt zufrieden über das graue Lenkrad. „Man erlebt viel

„Es hat den Charme eines Dixi-Klos“, sagt er und setzt sich zufrieden ins Auto.

mehr, wenn man kein eigenes Auto mehr hat“, sagt er.

„Wäre ich jetzt mit einem Porsche Cayenne aus der Tiefgarage unter meinem Büro losgefahren, das wäre ziemlich langweilig gewesen.“ Er wüsste jetzt nicht, dass Designer-Holztruhen bei gewissen skandinavischen Möbelhändlern völlig überteuert seien. Er wäre nicht in Amir hineingerannt, der vorhabe, den Markt in Berlin zu beleben. Er würde vielleicht potentielle Mitfahrer mit seinem schlechten Musikgeschmack nerven und alte CDs abnudeln. Das Leben sei

bunter, aufregender, vielfältiger ohne eigenes Auto.

Und so wie die New Yorker Autorin Rachel Botsman es sieht, ist Car-Sharing erst der Anfang zu mehr Sharing überall.

Brachliegende Gartenflächen zum Aufbau von Gemüse, Parkplätze, Fahrräder, Werkzeug, Haustiere: Es gibt eine weltweite Hinwendung zur gemeinschaftlichen Nutzung.

Es gibt auch schon Unternehmer, die reich werden mit diesem Trend. Der Zimmervermittlungs-Service der Firma Airbnb ist ein Beispiel dafür. Erfunden wurde er von drei Kaliforniern, die vor fünf Jahren angingen, Schlafsackübernachtungen auf Luftmatratzen zu organisieren, und jetzt hat die Firma einen Wert in Milliardenhöhe. Airbnb vermittelt Übernachtungsmöglichkeiten fernab des normalen Hotelbetriebs in mittlerweile 192 Ländern. In Wohnungen, Häusern, aber auch in Schlössern, in Igloos, in Tipis, in ausrangierten Flugzeugen und Baumhäusern. Airbnb wurde in nur fünf Jahren mit 350 000 verfügbaren Betten der Branchenkönig weltweit. Im Gästezimmer, wo früher der Freund übernachtete, schläft jetzt der zahlende Kunde von Airbnb.

Botsman beobachtet eine Wiederkehr der alten Kultur des Marktplatzes, wo Tausch und Handel per Handschlag blühten, übertragen auf das globale Dorf mit Hilfe des Internets. Das Internet als mühelos zugänglicher Marktplatz ist die vor-



ängstlich und rückständig“

läufig letzte Stufe einer Entwicklung, die mit dem Verketteten von Informationen begann. Dann kam das Anbieten und Verschicken von Waren. Das Internet wurde mit Ebay und Amazon zum Versandhaus. Es ging weiter mit den sozialen Netzwerken, dem Bilden von Gemeinschaften, mit dem Teilen von Fotos, Videos, Meinungen und Wissen, und das findet jetzt seine Fortsetzung mit der gemeinsamen Nutzung von Konsumgütern.

Die vielleicht wichtigste Erfindung in dieser neuen Welt des Teilens ist das Wiederentdecken einer uralten Sozialtugend – Vertrauen. Wenn Menschen anderen wildfremden Menschen Zimmer in ihrem Zuhause vermieten, Werkzeuge leihen, Fahrräder und Segelboote gegen Bezahlung borgen, geht das nur mit der Grundannahme, dass dabei nichts wirklich Schlimmes passieren kann. Und dass, wenn doch etwas Schlimmes passiert, eine Versicherung da ist, die den Schaden übernimmt.

Es werden „Fähigkeiten, Räume, materielle Besitztümer geteilt wie nie zuvor“, sagt Botsman. Dass der Zugang zu Dingen deren Besitz ersetzt, ist für sie auch ein Abschied vom Hyperkonsum des 20. Jahrhunderts. Eine amerikanische Familie von heute besitzt durchschnittlich die doppelte Anzahl von Dingen wie eine amerikanische Familie vor 25 Jahren. Die Keller und Lagerhallen sind voll mit Rollerskates, Bohrmaschinen, Kleintierkäfi-

gen, Brotbackmaschinen, alten Mobiltelefonen und Kinderfahrrädern. Dinge, die einmal dringend, ganz schnell und unbedingt hermussten und die nun im Aufbewahrungsdunkel vor sich hin dümmern – weil keiner sie braucht.

Mit einer Gartenschere tritt Constanze Siedenburger, Anfang vierzig, aus ihrem Haus am Prenzlauer Berg, Marienburger Straße. Heute will die Pankower Grüne in Weißensee Plakate gegen den Fluglärm wieder abmontieren, die ihre Partei dort aufgehängt hat. Nach Weißensee sind es ungefähr vier Kilometer. Siedenburger sucht ein Auto.

Schräg gegenüber von Siedenburgs Haus steht ein Multicity-Wagen, aber der interessiert sie nicht. Siedenburger hat nur die App der BMW-Tochter DriveNow geladen. Die Autos sind mit 31 Cent pro Minute teurer als die von Multicity und weniger ökologisch.

Dafür haben sie in Siedenburgs Wahrnehmung einen klaren Vorteil. Sie sind schicker und schneller. Constanze Siedenburger fährt gern Auto.

Auf ihrem Display erscheint ein Mini Cooper, Adresse Marienburger Straße 36. Mit schnellen Schritten nähert sich Siedenburger ihrem Ziel, aber angekommen, findet sie nur einen Bauwagen und eine Plastiktoilette. Wieder Telefon, wieder suchen: In der Winsstraße 28 soll ein schwarzes Mini Cabrio stehen, Name „Oliver“. Siedenburgs Augen hellen sich auf. Sie re-

serviert den Wagen, aber als sie den Chip auf ihrem Führerschein an die Windschutzscheibe hält, passiert – nichts.

„Oh, das ist ja echt bescheuert, dass der jetzt schon wieder weg ist“, sagt Siedenburger. Trotzig drückt sie die Taste weiter. Ein Mann kommt angerannt. Vollbart, Adidas-Turnschuhe, Typ Prenzlauer-Berg-Immobilienmakler, genervt fragt er: „Wollen Sie mir etwa mein Auto wegnehmen?“

Ohne eine Antwort abzuwarten, öffnet er mit seinem Chip das Cabrio, braust davon. Bei Autofahrern des alten Typus wäre so etwas Anlass für lautes Geschrei gewesen, mindestens. Bei Siedenburger ist das anders. Der Glaube, vorn dran zu sein, fortschrittlich und modern, verschafft ihr Geduld, auch wenn es etwas länger dauert. 42 Minuten nachdem sie mit der Suche begonnen hat, findet sie endlich einen Mini, der da steht, wo ihn ihre App verortet, und der sich mit dem Chip auch öffnen lässt.

Autos eignen sich besonders gut zum Teilen, weil sie zu den teuersten Konsumgütern zählen und trotzdem die meiste Zeit ungenutzt herumstehen. Autos widerfährt nun das, was die Musik vor zehn Jahren erlebte – sie werden neu vermarktet, als Besitz auf Zeit.

„Teilen ist sauber, frisch, urban, postmodern; Besitzen ist langweilig, egoistisch, ängstlich und rückständig“, findet der amerikanische Autor Mark Levine, und wenn er recht hat, wird der Wandel von Dauer sein. Wenn die Anstrengung, die den Einzelnen zum Besitzer werden lässt, einmal sozial entzaubert sei, so glaubt er, gebe es selten einen Weg zurück. Er sieht Prozesse, die kaum mehr umkehrbar seien: „Teilen verhält sich zum Besitzen wie der iPod zum 8-Spur-Tonband, wie die Solaranlage zum Kohlebergwerk.“

Lorenz-Meyer biegt in eine der kleinen, mit Kopfsteinpflaster belegten Straßen des Prenzlauer Bergs ein. Hinter einem Müllwagen muss er bremsen. Es geht nicht weiter, die Müllmänner scheinen verschwunden, nur die Minuten ticken weg. 28, 56, 84 Cent, drei Minuten, keine Müllmänner, nur Regen. Warten ist beim Car-Sharing teuer.

Die Idee, seinen Twingo abzuschaffen, kam Lorenz-Meyer, als ihm eine App für Haushaltskosten verriet, dass sein Auto mit Reparaturen, Falschparkzetteln, Versicherung, Wertverlust und Benzin rund 3000 Euro im Jahr kostete. Es war mit großem Abstand der unrentabelste Posten in seinem Leben, es fiel ihm leicht, das Ding abzustoßen – auch, weil der Twingo nie mehr war als eine Karre, um Zeug zu transportieren. Unter anderem ihn selbst.

Der Multicity-Wagen wird nun abgestellt. Lorenz-Meyer schlägt den Kragen seiner Lederjacke hoch, hastet 30 Meter den Bürgersteig entlang, öffnet die Tür



JUPP DÄRCHINGER IM ADSD DER FES

Picknick in der Eifel 1957: Das Fahrzeug als Familienmitglied

zu einem Zimmer, das aussieht wie ein alternatives Plüschcafé in den siebziger Jahren. Grünes Sofa vom Sperrmüll, an der Wand ein Filmplakat, ein Kinderfilm, „Hexe Lilli“.

Es ist eine Casting-Agentur für Werbedrehs, gesucht werden Darsteller für den Partnervermittlungsdienst Parship.

„Italienische Frauen schauen auf die Schuhe, deutsche Frauen schauen aufs Auto“, hat Lorenz-Meyer vorher gesagt. Es sind gutaussehende Frauen beim Casting. Der Multicity-Wagen steht draußen, ökologisch wertvoll, aber leider so unsexy wie Berlin ohne Geld.

Möglicherweise schauen die Frauen in Deutschland aber auch bald woandershin. Fast ein Viertel der Deutschen findet es jedenfalls schon jetzt völlig in Ordnung, bestimmte Produkte mit anderen zu teilen, wie eine Studie der Universität Lüneburg ermittelte. Professor Harald Heinrichs bezeichnet diese Gruppe als „sozialinnovative KoKonsumenten“ – kollaborative Verbraucher.

Sie leben in Städten, haben ein mittleres Einkommen, sind gut gebildet und legen hohen Wert auf ein abwechslungsreiches Leben. Besitzstreben gilt ihnen nicht mehr als höchstes Gut, stattdessen sind ihnen eine gesunde Umwelt und gute soziale Beziehungen wichtig. Die spezielle Bindung ans Auto, die es zum Statussymbol, zum Spiegel der Persönlichkeit oder zu einer Art Familienmitglied werden

ließ – sie funktioniert bei diesen Leuten nicht mehr.

Vielleicht ist tatsächlich die Abwrackprämie mitverantwortlich, wie es der Bremer Forscher Peter Kruse vorhersagte. Als die Verschrottungsprämie 2009 in Kraft trat, prophezeite er, dass dadurch die „Abwertung des Konsumguts Auto“ vorangetrieben werde; das Auto, früher ein aufwendig gestaltetes Kultobjekt, werde mehr und mehr zum „nüchternen Werkzeug der Mobilität“.

Sie sucht nicht den Verzicht, das merkt man, wenn sie in einen fast fabrikfrischen Mini steigt.

Jedenfalls wächst die Gruppe der KoKonsumenten, und in den Planungen der Car-Sharing-Unternehmen spielen sie eine große Rolle. Laut der Lüneburger Studie legen sie mehr Wert auf Nachhaltigkeitsaspekte (89 Prozent) und soziale Verantwortung der Unternehmen (84 Prozent) als zum Beispiel auf die Modernität von Produkten (29 Prozent). Es muss also nicht mehr immer nur das allerneueste Ding sein.

Constanze Siedenburger fährt vorbei an einem gewaltigen Stau die Prenzlauer Allee hinauf nach Weißensee, Plakate gegen

die Verschmutzung der Umwelt mit Fluglärm entfernen. Siedenburger findet insgesamt vier Plakate. Die Aktion dauert aber fast eine Stunde. So richtig effektiv ist das nicht, früher hätte sie dafür wahrscheinlich ihr Fahrrad genutzt, aber jetzt gibt es ja DriveNow, und selbst Grüne können wieder mit gutem Gewissen Auto fahren.

Siedenburger gehört zu denen, die den Prenzlauer Berg zu dem gemacht haben, was er heute ist: sauber herausgeputzte Altbausubstanz, grüne Spielplätze, üppige Parks, vollbesetzte Cafés und keine Parkplätze. Für den Erfolg linksökologischer Sanierungskultur bedanken sich jetzt ausländische Investoren, die in Prenzlauer Berg zuschlagen wie beim Schlussverkauf.

Anfang der neunziger Jahre war das weit weg. In den Ruinen von Vierteln wie Prenzlauer Berg entwickelten sich damals jene alternativen Werte, aus denen in Universitätsstudien jetzt „sozialinnovative KoKonsumenten“ gebastelt werden. Siedenburger zog in ein auffälliges Haus damals, aber sie stieß dort auf eine Gemeinschaft, die zusammenhält bis heute. Inzwischen gibt es Balkone, Zentralheizung und warmes Wasser, aber immer noch teilt man viele Dinge. Musik und Filme gehören dazu, Kinderkleidung, im Parterre steht ein Gemeinschaftsraum mit Musikinstrumenten.

Beim Car-Sharing trifft sich Siedenburgs alternativ-modernisierter Kiez-Kosmos mit der digital-pragmatischen Welt von Lorenz-Meyer, der nie besonders interessiert war an Kommunen und Kollektiven und den anderen K-Ungetümen, die aus dem Teilen eine Ideologie erzwingen wollten.

Das neue, im Netz entstandene Teilen ist mehr ein Entgrenzen der Individualität als deren Beschränkung. Im Grunde ist dieses neue Teilen eine ziemlich luxuriöse Angelegenheit, so wie das Leben überhaupt am Prenzlauer Berg im Jahr 2013. Manchmal, sagt Siedenburger, sieht sie jetzt einen Bentley oder einen Porsche Cayenne in ihrer Nachbarschaft. Sie will sie nicht besitzen, aber sie findet manche durchaus schön.

Siedenburger betreibt das Teilen nicht als Verzicht, das merkt man, wenn sie in einen fast fabrikfrischen Mini steigt, den sie sich vom eigenen Geld niemals leisten könnte oder leisten würde. Dann wird sie auf dem Display gefragt, wie sie die Sauberkeit des Fahrzeugs beurteile.

Wenn es nicht absolut sauber ist, schnaubt sie ein wenig verächtlich. Und drückt bei „geht so“. Vielleicht hat der neue Luxus, der sie umgibt, schon ein wenig auf sie abgefärbt.



Video:
Berlin bastelt

spiegel.de/app312013sharing
oder in der App DER SPIEGEL

Süden

HOMESTORY Warum es ein großer Irrtum ist, den Sommer am Mittelmeer verbringen zu müssen

Nachts, wenn hier relativ kühler Wind in die Zimmer bläst, summt manchmal mein Telefon. Auf dem Schirm leuchten dann Nachrichten wie: „Bin total zersto- chen, das Moskitonetz hilft nichts.“ Oder: „Schlaf unmöglich, 30 Grad trotz Dunkelheit.“ Oder: „War beim Fischer. Null im Netz, heute wieder Spaghetti.“

Die Nachrichten kommen von meiner Frau, sie verbringt die Ferien mit den Kindern am Mittelmeer auf einer kleinen Insel vor Sizilien, und dass ich nicht dabei bin, liegt nicht an meinem Chef, sondern an mir. Im Hochsommer halte ich das Mittelmeer für eine Katastrophenzone.

Eigentlich sind meine Frau und ich uns einig in dieser Frage, aber dann wird es ja immer März, der Winter dauert ewig, schließlich murmelt sie Anfang April in das Knattern des Teekochers hinein, dass sie für sich und die Kinder schon Easy-Jet-Flüge gebucht habe. Sooo günstig. Und überhaupt – der Sommer am Mittelmeer.

„Die Hölle mit Sonnenöl“, sage ich.

„Du kannst es dir überlegen“, sagt sie. „Ich habe dir einen Flug mitgebucht.“

Früher habe ich mich überreden lassen, dieses Jahr nicht.

Ich bin nicht besonders stolz darauf, denn es ist ja bekannt, warum das Mittelmeer im Sommer ein Abenteuerurlaub der besonderen Art ist. 350 Millionen Touristen mit Adiletten und roten Schultern, die sich fest vorgenommen haben, die schönsten Tage des Jahres dort zu verbringen. Mit Temperaturen, bei denen sie zu Hause den Notarzt rufen würden.

Das Problem mit meiner Frau und mir ist, dass wir das alles wissen, aber es trotzdem diesen Sog gibt nach dem Süden. Das Mittelmeer ist in uns drin. Irgendwie.

Ich nehme an, es hat mit der Zeit zu tun, in der wir aufwuchsen, damals in den siebziger Jahren, als in Deutschland das Wirtschaftswunder noch nachbrummt, die Menschen früh aufstanden, früh ins Bett gingen und für ein Gartentor aus Schmiedeeisen sparten.

Der Süden war anders. Um zehn Uhr abends, wenn in deutschen Schlafzimmern das Licht gelöscht wurde, erschienen in Italien die Menschen zum Dinner, feingemacht, „fare una bella figura“ nannten sie das. Oft zog man weiter – auf eine Terrasse, an den Strand, bis zu einem Zeitpunkt, an dem in Deutschland wieder die Wecker zur Arbeit klingelten.

Es war, so seltsam das klingt, alles ein wenig improvisiert, zufällig, spontan. Der Zauber lag darin, dass die Räume weit

offen waren wie das Meer, der Tourismus sich gerade erfand. Auf Ibiza, zum Beispiel, gab es vier richtig große Discos. Vier.

Vorbei. Vor drei Jahren bin ich vom Flughafen hineingefahren nach Ibiza-Stadt. Billboards groß wie in Las Vegas sah ich, nur dass auf ihnen nicht für Marlboro oder Ford geworben wurde, sondern für Plattenaufleger wie Paul van Dyk oder DJ Tiesto. Sie sind die Könige der Insel, und wer sie sehen will, muss Schlange stehen, wie am Gate im Flughafen, am Taxi- stand, am Check-in zum Hotel. Wenn 350 Millionen Menschen sich in eine Himmelsrichtung bewegen, heißt es eben vor allem: warten. Warten; warten – bis man drankommt.

Der Rest ist ebenfalls ähnlich wie zu Hause im Einkaufs- zentrum. Kinder, die nach Eiscreme quengeln. Teenager, die sich für ihre Eltern schämen. Mütter, die nach Mückenschutz- mitteln Ausschau halten und dabei ihre Männer zusammen- stutzen, weil sie das Auto so weit weg geparkt haben, dass man laufen muss.

Laufen? Im Urlaub?

Möglicherweise ist der Ausflug von 350 Millionen Menschen ans Mittelmeer nichts weiter als ein gigantisches Missverständ- nis. Eines, das es mit der Erfindung der Dreiviertelhose auf- nehmen kann, jenem seltsamen Kleidungsstück, in dem selbst James Bond aussehen würde wie ein Hanswurst.

Denn den Gedanken, dass man den Sommer in der erbar- mungslosen Sonne rund ums Mittelmeer verbringen könnte, erfanden ein paar reiche Nordamerikaner, die zu faul, zu matt

oder zu betrunken waren, um nach der Wintersaison an der Côte d'Azur rechtzei- tig den Rückzug nach New York oder Boston anzutre- ten. Einer davon war der Schriftsteller F. Scott Fitz- gerald.

„Zehn, zwölf Droschken- kutscher dösten in ihren Fuhrwerken vor dem Bahn- hof von Cannes. Drüben auf der Promenade kehrten die vornehmen Geschäfte

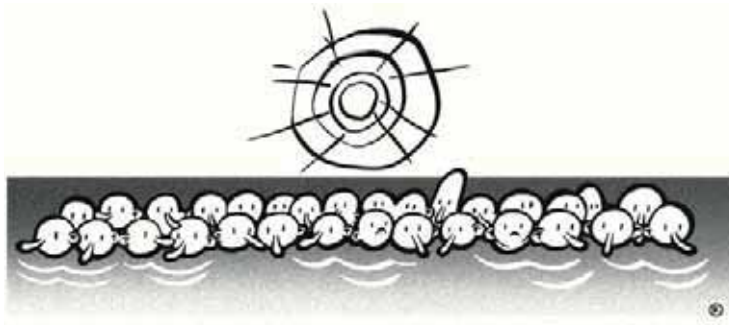
und großen Hotels der sommerlichen See blinde, eiserne Masken zu. In dieser Atempause zwischen den Lustbarkeiten des vergangenen und des kommenden Winters, während oben im Norden das wahre Leben toste“, schreibt Fitzgerald in seinem Roman „Zärtlich ist die Nacht“ über den Sommer am Meer.

Fitzgerald und seine Leute entschieden sich für die Leere und die Stille und die Hitze, weil sie nicht so sein wollten wie die meisten. Bizarrerweise wurde daraus der Traum von 350 Millionen Menschen pro Jahr.

Möglicherweise ist es an der Zeit, das Spiel wieder umzu- drehen. Ich freue mich auf die letzten Tage im Oktober mit meiner Frau.

Am Mittelmeer. Kühle Nächte. Sonne, in der man nicht schwitzt. Mückenschutz und Dreiviertelhosen nicht mehr auf Lager seit der dritten Woche im August.

THOMAS HÜETLIN



„War beim Fischer“, schreibt sie.
„Null im Netz, heute wieder Spaghetti.“



Bauteile für Windkraftanlage



Kaesler, Löscher



Russwurm



Süß

KONZERNE

Führungskrise bei Siemens

Siemens-Vorstandschef Peter Löscher steht vor der Ablösung. Zugleich muss sich auch sein Aufsichtsratschef Gerhard Cromme interner Kritik stellen. Eine Gewinnwarnung, die Löscher am Donnerstag vergangener Woche zu verkünden hatte, beschleunigte nur die Absetzbewegungen innerhalb des Kontrollgremiums. Die Arbeitnehmerseite kritisiert den 55-jährigen Österreicher schon länger für seine Sparpolitik. Die Kapitalseite verlor in den vergangenen Monaten ebenfalls Vertrauen. Löscher hatte es nicht geschafft, den Münchner Industrieriesen aus den Schlagzeilen zu bringen. Die Pannen und Peinlichkeiten rund um das Offshore-Geschäft der vier Umspannwerke in der Nordsee oder die immer weiter verzögerte Auslieferung von 16 neuen ICE-Zügen an die Deutsche Bahn spielen dabei eher eine Nebenrolle. Löscher wird bis in den eigenen Vorstand hinein vor allem dafür kritisiert, dem Industriekonzern keine klare Zukunftsvision geliefert zu haben. „Der Offensivteil fehlt“, hieß es dort. „Der muss schleunigst erbracht werden.“ Es wurden unter Löscher zwar viele Umsatz-, Rendite- sowie Einsparziele verkündet – und verfehlt. Aber ein klares

Ziel, das die weltweit 370 000 Beschäftigten des Industriemultis hätte mitreißen können, blieb er schuldig. Direkte Siemens-Konkurrenten wie etwa General Electric präsentierten sich aktuell robuster.

Als interne Nachfolger waren Ende vergangener Woche gleich drei von Löschers Vorstandskollegen im Gespräch, die zum Teil schon seit Jahrzehnten im Unternehmen aktiv sind. Der Jüngste von ihnen, Michael Süß, 49, leitet den nach Umsatz größten Siemens-Sektor Energie, gilt aber mit seiner rauen Art als den Gewerkschaftern im Kontrollgremium kaum vermittelbar. Siegfried Russwurm, 50, führt den Industrie-Sektor, der mit rund 100 000 Mitarbeitern die größte Belegschaft zählt. Zudem war Finanzvorstand Joe Kaeser im Gespräch, seit 33 Jahren „Siemensianer“ und wohl der beste Kenner auch der letzten Flügelschraube im Unternehmen. „Ich bin zwar 56, fühle mich aber wie 46“, scherzte er erst kürzlich intern.

Am Wochenende wollten Kapital- und Arbeitnehmerseite zunächst unabhängig voneinander tagen, um mögliche Nachfolger auszuloten. Aufsichtsrats-

chef Cromme gilt indes selbst als angezählt, seit er im Frühjahr seinen Posten an der Spitze des Kontrollgremiums von ThyssenKrupp räumen musste. Ende vergangener Woche sah es allerdings so aus, als wolle die Mehrheit des Aufsichtsrats sich eher von Löscher als von Cromme verabschieden.

Externen Kandidaten wurden als Nachfolger Peter Löschers keine allzu großen Chancen eingeräumt. In der 166-jährigen Siemens-Geschichte ist er erst der 14. Vorstandschef überhaupt – und der erste, der von außen kam. Als er im Sommer 2007 antrat, tat das Siemens nur gut: Der frühere Merck-Manager konnte unbelastet von den hausinternen Flügelschlägen die Korruptionsaffäre seiner Vorgänger aufklären, die den Konzern fast die Existenz, am Ende aber immerhin mehr als zwei Milliarden Euro kostete. Seit Ende seiner ersten Amtszeit im Jahr 2012 häuften sich die teuren Korrekturen – vom Abschied aus dem Solargeschäft bis zum mühsamen Börsengang der Licht-Tochter Osram. Bis 2014 wollte Löscher eine Umsatzrendite von zwölf Prozent erreichen. Am Donnerstag musste er auch dieses Ziel frühzeitig aufgeben.

P. LANGROCK / AG ZENIT (O.); C. STACHE / AFP (L.); U. GRABOWSKY (R.)

REGIERUNGSBILANZ

Sozialausgaben steigen auf Rekordniveau

Während der schwarz-gelben Regierungszeit sind die Sozialausgaben auf ein Rekordniveau gestiegen. Die Summe aller staatlichen und privaten Sozialleistungen erreichte im Jahr 2012 die Höhe von 782,4 Milliarden Euro. Im Jahr 2009, zum Amtsantritt der Koalition, hatte das sogenannte Sozialbudget noch bei 747,4 Milliarden Euro gelegen. Dies geht aus dem Sozialbericht 2013 hervor, den das Bundeskabinett bereits Anfang Juli verabschiedet und mittlerweile dem Bundestag zugeleitet hat. Das Papier ist der erste Bericht dieser Art in der laufenden Legislaturperiode. Er belegt, dass der Trend zu Ausgabensteigerungen auch künftig anhalten wird: In diesem Jahr wird das Sozialbudget ein Niveau von 808,3 Milliarden Euro erreichen, bis 2017 prognostiziert die Bundesregierung sogar eine Ausweitung auf 902,5 Milliarden Euro. Da vermutlich auch die Wirtschaft wachsen wird, liegt der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt rechnerisch jedoch stabil bei knapp 30 Prozent. Während die Ausgaben für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in absoluten Werten sinken, wachsen vor allem die Kosten der Gesundheitsversorgung. Allein 2013 werde die Abschaffung der Praxisgebühr „zu einem etwas stärkeren Anstieg der Sozialleistungen in Höhe von rund 3,3 Prozent führen“, heißt es in dem Sozialbericht der Regierung.

HANDEL

„Der Schwächere verliert“



Oliver Schmitz, Handels- und Konsumforscher für Konsumforschung (GfK) in Nürnberg, über den Wettkampf der Baumarktketten um Marktanteile

SPIEGEL: Nach Praktiker ist nun auch dessen Tochter Max Bahr, die eigentlich als widerstandsfähiger galt, insolvent. Kann eine der beiden Marken überleben?

Containerschiff auf der Elbe



INGO BOELTER / BILDAGENTUR HAMBURG

BANKEN

Neue Löcher

Einigen deutschen Banken drohen neue Abschreibungen, und sie müssen sich womöglich noch vor dem geplanten Banken-Stresstest der Europäischen Zentralbank (EZB) frisches Kapital besorgen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) drängt die Kreditinstitute, Schwachstellen in ihren Bilanzen zu bereinigen. Insbesondere in der Schiffsfinanzierung sieht sie bei einigen Konzernen noch Abschreibungsbedarf. Die BaFin hatte die Wirtschaftsprüfer der Banken beauftragt, die vergangenen Jahresabschlüsse schwerpunktmäßig mit Blick auf die Schiffsfinanzierung zu untersuchen. Mit den Ergebnissen ist die Aufsicht offenbar nicht bei allen Instituten glücklich. In Einzelfällen könnten daher weitere Überprüfungen der betreffenden Kreditportfolios vorgenommen werden, heißt es in Finanzkreisen. Dabei gehe es auch um die

Frage, inwieweit durch Abschreibungen neuer Kapitalbedarf entsteht. Die Landesbanken HSH Nordbank und Nord/LB sowie die Commerzbank zählen zu den größten Schiffsfinanzierern der Welt. Sie mussten in den vergangenen Jahren Hunderte Millionen Euro abschreiben, weil in der Containerschiffahrt große Überkapazitäten bestehen. Die BaFin fürchtet außerdem, dass die Geldnot amerikanischer Kommunen deutschen Banken Verluste beschern könnte. Als Reaktion auf die Insolvenz Detroits ist die Aufsicht dabei, mögliche Problemfälle in den Kreditbeziehungen deutscher Banken mit amerikanischen Kommunen und Kommunalgesellschaften zu identifizieren. Nächstes Jahr übernimmt die EZB die Aufsicht über die europäischen Banken, vorher will sie die Bilanzen prüfen und sicherstellen, dass Altlasten bereinigt werden.

Schmitz: Finanziell sind beide erst mal in der Zahlungsunfähigkeit – nun Max Bahr, weil ein Warenkreditversicherer abgesprungen ist. Wir haben heute schon eine sehr hohe Dichte an Baumärkten. Und nicht alle Standorte werden für potentielle Käufer attraktiv sein. Die Weiterführung hängt stark davon ab, ob die Werte, die das Gros der Konsumenten mit der jeweiligen Marke verbindet, zu der Strategie der übernehmenden Firma passen.

SPIEGEL: Es findet derzeit ein enormer Verdrängungswettbewerb unter den Baumärkten statt. Welche Kette ist noch gefährdet?

Schmitz: Innerhalb eines gesättigten Marktes ist Wachstum nur durch den Gewinn von Marktanteilen möglich, wobei der Schwächere verliert.

Zunächst aber werden die verbleibenden Baumarktketten profitieren, die in der Nähe der nun betroffenen Filialen aktiv sind.

SPIEGEL: Wie kann man heutzutage als Baumarkt überhaupt noch punkten, wenn schon nicht über den Preis, wie es Praktiker ohne Erfolg versucht hat?

Schmitz: Da gibt es eine ganze Menge an Differenzierungspotential. Der demografische Wandel mit einer wachsenden Zahl an älteren Personen bietet Chancen für neue Servicekonzepte. Die erfolgreicheren Baumarktketten haben längst verstanden, dass es nicht der richtige Weg ist, sich über das Argument, der Billigste zu sein, in die Austauschbarkeit zu positionieren.



Einweihung des SAP-Centers in San José, Kalifornien

JONATHAN SPRAGUE / DER SPIEGEL

UNTERNEHMEN

Softwer?

SAP, einziger deutscher IT-Konzern von Weltruf, soll mehr wie Google und Facebook werden: schneller, aggressiver, amerikanischer. Doch der von Gründer und Großaktionär Hasso Plattner vorangetriebene Wandel fordert Opfer.

So sieht es also aus, wenn SAP sein neues Image zelebriert: wummern-de House-Musik, blitzende Stroboskoplichter. Von der Decke der Sportarena in San José seilt sich ein Mann im Kostüm eines Hais ab, des Maskottchens der lokalen Eishockey-Mannschaft. Tausende SAP-Mitarbeiter johlen, klatschen, pfeifen. Schon am frühen Morgen waren sie in Bussen von der nahegelegenen Silicon-Valley-Niederlassung des Software-Konzerns herangekarrt worden, um der Umbenennung der zweitgrößten Veranstaltungshalle Nordkaliforniens beizuwohnen. Ab sofort heißt das Bauwerk nicht mehr Hewlett-Packard-Pavilion, sondern SAP-Center. Yeah!

Jonathan Becher, Amerikaner und globaler Marketingchef, betritt die Bühne und ruft ins Mikro: „Wir wollen nicht mehr nur dazu beitragen, Unternehmen besser zu steuern. Wir wollen die Welt neu erfinden!“ Yeah! „Wir sind eine Macht, mit der man rechnen muss!“ Yeah! Yeah! Yeah!

Der Aufsichtsrat war angereist, um im Herzen der Software-Welt so kraftvolle Ausrufezeichen zu setzen, dass man glatt die Fragezeichen vergessen konnte, die immer auch ein bisschen nach deutscher Grübeleien klingen: Wer oder was soll diese SAP denn künftig sein, wenn nicht der einzige deutsche IT-Konzern von Weltruf? Was bleibt künftig noch deutsch, noch Walldorf, wo vielleicht nicht mehr das Herz des Unternehmens schlägt, aber bislang der Kopf sitzt? Und wie amerikanisch kann, soll und muss dieser Riese werden?

Angesichts einer solch grundlegenden Suche nach einer neuen Identität hilft es nicht unbedingt, wenn ausgerechnet jetzt die Vorstands Doppelspitze zerfällt, die bisher beide Kulturen repräsentierte: hier der bedächtige dänische Tüftler und Techniker Jim Hagemann Snabe, dort der amerikanische Dauerlächler und graumelierte Marketingprofi Bill McDermott.

Während der Reise nach Kalifornien warf Snabe dem Aufsichtsratschef, Mitbegründer und wenig heimlichen Herrscher Hasso Plattner die Brocken hin. „Ich hab das wohl unbewusst provoziert“,

sagt Plattner nach dem Abgang. „Ich wollte mit Jim über ein langfristiges Projekt sprechen, da hat er mir gesagt, dass er aufhören will.“

Doch während der deutsche SAP-Kosmos entsetzt und traurig reagiert, zeigt sich Plattner wenig überrascht. Snabe habe bereits bei seinem Dienstantritt 2010 betont, dass er den Job nur drei, vier Jahre lang machen wolle, um dann wieder mehr Zeit für seine in Kopenhagen gebliebene Frau und seine beiden Kinder zu haben. Alles ganz normal also?

Nichts ist mehr normal. Nicht bei SAP, das wahre Chaostage erlebt. Aber auch nicht in der globalen Software-Industrie, in der das Entwicklungstempo immer schneller und noch schneller wird.

Als „guter Diktator“ (Plattner über Plattner) will er seine SAP schleunigst in diese rasend schnelle IT-Welt einfädeln. Doch die leidenschaftliche Ungeduld des Firmengründers schafft auch Probleme. Sein chronisches Misstrauen gegenüber den eigenen Walldorfer Wurzeln und das ewige Tremolo über die ach so innovationsfreudigen Amerikaner haben nicht nur den Dänen Snabe genervt.

„Hasso trägt einen Konkurrenzkampf in die Firma, den es ohne ihn gar nicht gäbe“, sagt ein Walldorfer SAP-Manager.

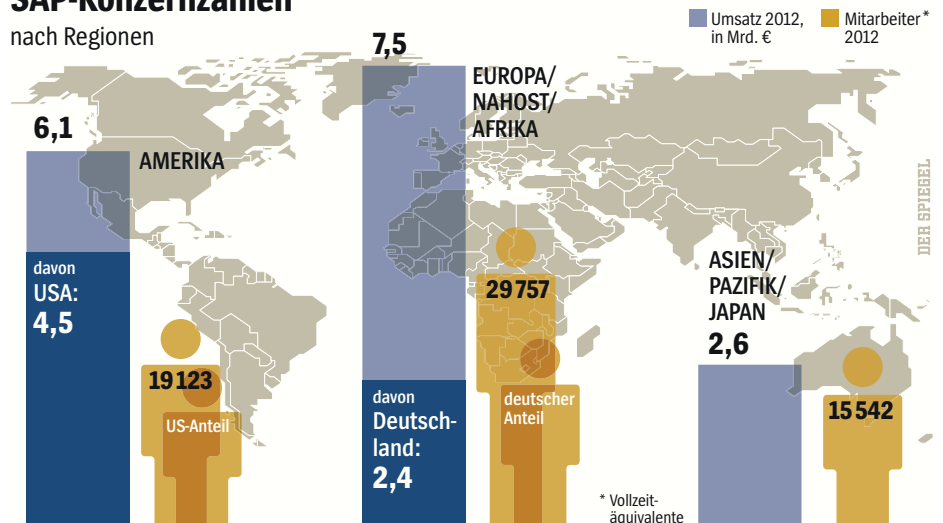
Selbst als Plattner den Mitarbeitern vergangene Woche Snabes Abgang erklärte, per Video aus Kalifornien zugeschaltet, konnte er das Sticheln nicht lassen: In Palo Alto würde man als Ausländer nicht weiter auffallen, ganz anders als in Walldorf. Tatsächlich arbeiten Mitarbeiter aus 90 Nationen im heimischen Headquarter.

Doch Plattner lässt sich nicht beirren. Für ihn ist die deutsche Mentalität bürokratisch, behäbig, ineffizient. „Denen fehlt der Wille zum Sieg“, sagt er gern. „Manchmal will ich die Walldorfer Entwickler packen und schütteln und anschreien: Bewegt euch schneller!“ Solche Sprüche sollen anspornen, aber sie schüren Angst. Plattner versucht zu beruhigen: „So wenig, wie wir Bangalore schließen, schließen wir Walldorf.“ Doch es ist nicht zu übersehen, dass er immer mehr Macht in die USA verlagert.

Seinem neuesten Hoffnungsträger, dem in Kalifornien ansässigen Inder Vishal Sikka, überließ er die Oberhoheit über sämtliche Innovationen des Konzerns. Die Unternehmenskommunikation, die bisher von Walldorf aus gesteuert wurde, hat er in die USA verlegt und dem dortigen Marketingchef Becher untergeordnet. Damit war die Machtverschiebung hin zu Snabes amerikanischem

SAP-Konzernzahlen

nach Regionen



Kompagnon, dem Vertriebsspezialisten McDermott, unübersehbar.

Vor diesem Hintergrund erscheint auch die geplante Umwandlung der deutschen Aktiengesellschaft in eine europäische für die über 16 000 deutschen Beschäftigten verdächtig. Der Schritt würde es jedenfalls erleichtern, den Firmensitz ins Ausland zu verlagern.

Am Abend des 21. Juli ließ SAP um 20.05 Uhr ad hoc verbreiten: Snabe wird im Mai 2014 den Vorstand verlassen und für den Aufsichtsrat kandidieren. McDermott wird dann alleiniger SAP-Chef und führt von Philadelphia aus.

Snabe, so heißt es aus dem Aufsichtsrat, hatte eigentlich keinen sanften Abschied geplant, sondern wollte sofort hinschmeißen. Nur der lockende Posten im Kontrollgremium und eine Sonderzahlung „im kleinen siebenstelligen Bereich“ habe ihn dazu bewegen können, die Geschäfte noch zehn Monate lang weiterzuführen.

SAP setzt nun alles daran, den Übergang möglichst kontrolliert wirken zu lassen. Aktionäre und Analysten sind genervt genug von den vielen Überraschungen und Wechseln an der Spitze, die Plattner aber für nötig hält.

„Wir müssen wieder eine Gründerkultur entwickeln“, fordert er. Was vor allem heißt: „schneller werden, viel, viel schneller“. Der 69-jährige deutsche Software-Rambo, der einen beträchtlichen Teil des Jahres im Silicon Valley verbringt, sieht die neuen mobilen Geräte und die intuitiv zu bedienenden Programme anderer Unternehmen. Er weiß: Software darf heute nicht mehr aus riesigen Programmpaketen bestehen. Verbesserungen müssen am laufenden Band in kleinen Happen serviert werden.

Und er ahnt: Wer da nicht mithält, kann über Nacht aus dem Geschäft sein. „Da bin ich paranoid“, räumt Plattner ein. Ein Charakterzug, den er mit vielen Gründern teilt und der zu immer neuen Leistungen anspornt.

Es beruhigt ihn nicht, dass das von ihm zusammen mit vier Mitstreitern 1972 gegründete Unternehmen mit der sperrigen Bezeichnung „Systeme, Anwendungen und Produkte“ heute den Markt der Unternehmens-Software dominiert. Denn die SAP-Programme werden wegen ihrer aufwendigen Installation und umständlichen Handhabung von der Kundschaft eher gefürchtet als geliebt.

Plattner will seine 65 000 Mitarbeiter an Google oder Facebook orientieren. Wenn er dabei nur nicht immer die deutsche Seite verprellen und damit einen völlig überflüssigen Kulturkampf heraufbeschwören würde.



SAP-Chefs Snabe, McDermott: Kompliziert ist out



Konzerngründer Plattner: „Bewegt euch schneller“

Die Vorstandsspitzen McDermott und Snabe haben sich durchaus gut vertragen und wussten, dass sie einander mit ihren Talenten ergänzten. Die Deutschen mögen ein wenig eifersüchtig auf die kalifornischen Sandkastenspieler schauen, aber sie schätzen auch die dortige Unbefangenheit. Und die Amerikaner wiederum mögen das Betriebsverfassungsgesetz der Deutschen nicht verstehen, bewundern aber deren akribisches Tüftlertum.

Dass beide Kulturen die größte Chance haben, wenn sie gemeinsam eine neue Identität finden, sieht man beispielhaft an Plattners größtem Hoffnungsträger: Vishal Sikka wuchs als Sohn eines indischen Eisenbahnangestellten auf, promovierte an der Elite-Uni Stanford und gründete zwei erfolgreiche Start-ups, bevor er 2002 zu SAP kam. Der Inder sagt, er fühle sich sehr wohl bei einem Konzern mit „deutscher Seele“. In seinem Büro steht ein signiertes Foto von Steffi Graf, dem Idol seiner Jugend. Gern zitiert er aus Hermann Hesses „Siddhartha“ oder philosophiert über Albert Einstein.

Der 46-Jährige erinnert sich genau an das entscheidende Abendessen mit Plattner vor vier Jahren. „Es lief damals nicht so gut, und Hasso sagte: ‚Wir brauchen einen intellektuellen Neuanfang. Und du musst ihn herbeiführen.‘“

Sikka denkt nicht nur in Bits und Bytes. „Wir werden durch Software regiert“, sagt er. Die Aufgabe von SAP sei es, „der Welt

zu helfen, sich durch Software neu zu erfinden“. Kaum spricht er es aus, geht die Tür auf, und Plattner rauscht in sein Büro. Gerade hat er den Umbau in der Filiale in Palo Alto besichtigt und ist begeistert: „Ich habe die neuen Gebäude gesehen. Ich wünschte, ich hätte auch so arbeiten können. Weißt du, was mir am besten gefällt?“

Sikka: „Dass alles so offen ist?“

Plattner: „Der uneingeschränkte Blick auf alle. Team. Team!“

Sikka: „Ja, genau, damit die Leute nicht einfach für vier Stunden in ihrem Büro verschwinden.“

Plattner: „Wer Privatsphäre braucht, soll spazieren gehen.“

Sikka deutet auf eine Wand, die sein Büro von den Großraumbüros dahinter trennt: „Ich lasse die Wand entfernen.“

Solche Leute will Plattner am liebsten überall bei SAP: Menschen, die bereit sind, gewachsene Strukturen wieder einzureißen und alles ganz neu zu denken.

Die Doppelspitze Snabe und McDermott hat das durchaus bevorzugt und das SAP-Geschäft in den vergangenen drei Jahren nach Plattners Vorgaben komplett umgekrempelt. Künftig sollen die Kunden Software aus einer Cloud

heraus mieten, keine Lizenzen und Komplettpakete mehr kaufen. Das bedeutet: Sie brauchen keine teure eigene Computerinfrastruktur mehr, sondern lassen ihre Unternehmens-IT auf externen Servern laufen, der Cloud eben.

„Die Menschen sind ungeduldig mit Technologie geworden“, sagt Sikka. „Neue Produkte werden wahnsinnig viel schneller angenommen.“ Wer sich zu viel Zeit lässt, wird überholt. Die neue Philosophie sei deswegen „der Zwang zur Schnelligkeit“. Und zur Einfachheit, ergänzt Snabe: Kompliziert ist out in der neuen IT-Welt.

Um diesen Wandel hinzukriegen, verabschiedete sich SAP von seinem Primat des organischen Wachstums und kaufte sich in großem Stil Expertise ein. Viele Milliarden wurden ausgegeben, etwa für Cloud-Spezialisten oder Anbieter Cloud-basierter Handelsnetzwerke.

Das Kernstück des Wandels jedoch, ohne das Plattners neue SAP nicht denkbar wäre, ist die von ihm selbst mitentwickelte Datenbanktechnologie namens Hana. Mit ihr können große Datenmengen 1000-mal schneller als bisher analysiert werden. Eine Zeitenwende: Künftig können Manager auf ihrem Handy die Echtzeitdaten ihrer Firma abrufen.

Wie eine euphorisierende Wunderdroge wird Hana im Konzern gehandelt. „Vor drei Jahren waren wir nicht so stark wie heute. Dank Hana können wir nun aber

RONALD WITTEK / DAPD / DDP IMAGES

STEFEN ROTH / AGENTUR FOCUS

im Wettbewerb gewinnen“, sagt selbst der abtrünnige Snabe. Das klingt fast, als wäre SAP trotz seiner weltweit 238 000 Kunden und Filialen in über 180 Ländern vor Hana bereits dem Untergang geweiht gewesen. Dabei macht das Traditions-geschäft mit festinstallierter Software noch immer den Löwenanteil des Betriebsgewinns von fünf Milliarden Euro aus.

Vergangenen Sommer überholte SAP Siemens als wertvollstes Unternehmen des Deutschen Aktienindex Dax. Vor zwei Wochen feierten die Walldorfer das 14. Rekordquartal in Folge. Doch das ist eben die Gegenwart. Die Zukunft werde in der Cloud entschieden, in der Analyse von Big Data und in der Benutzerfreundlichkeit von Software.

Auf der Basis von Hana scheint all dies plötzlich möglich zu sein. Ironie des Schicksals ist es da wohl, dass ausgerechnet Hana eben nicht von den verrückten Jungs in Kalifornien eronnen wurde, sondern von den Deutschen daheim.

Eines Tages hatte Plattner in Walldorf einige Entwickler an einem Projekt namens TREX arbeiten sehen, das unstrukturierte Daten ordnen sollte. Das interessierte ihn schon deshalb, weil sein Erzfeind, Oracle-Chef Larry Ellison, sein Hauptgeschäft mit Datenbanken macht. Aufgeregt nahm er es mit nach Potsdam in das von ihm gegründete und finanzierte Hasso-Plattner-Institut für Software-systemtechnik (HPI) und begann, mit seinen Studenten daran weiterzubasteln.

Das Team erfind die Architektur einer Datenbank, die den Arbeitsspeicher als Datenträger nutzt, statt alles auf die träge Festplatte zu legen. Hana war geboren – und SAP zunächst nicht begeistert. Erst als Plattner drohte, ein eigenes Start-up daraus zu machen, ließ man sich widerwillig darauf ein, entwickelte die Datenbank zur Marktreife und verband sie mit der Cloud-Technologie.

Das Ergebnis war phänomenal: „Früher brauchten wir sechs Monate, um ein SAP-System zu installieren. Heute schaffen wir



SAP-Zentrale in Walldorf: „Wer Privatsphäre braucht, soll spazieren gehen“

das in 90 Stunden“, sagt Noch-Vorstand Snabe. „Hana wird die Welt verändern, wenn wir es richtig anfassen.“

Mit aller Gewalt drückt SAP das Produkt in den Markt. 450 Millionen Euro gibt die Firma dafür aus, Entwickler zu begeistern, auf Hana zu programmieren, fast 500 Start-ups konnte der Konzern dafür gewinnen. Sie bauen Anwendungen zum Hochgeschwindigkeitshandel an Börsen, basteln an Fehlerbehebung bei Robotern. SAP gewährt ihnen kostenfreien Technologiezugang.

„Es ist klar, dass SAP heute nicht mehr das gleiche Unternehmen ist wie noch vor fünf Jahren“, sagt Marketing-Mann Becher. Das Unternehmen sei erstmals nicht mehr eingeschränkt auf die eigenen Entwickler, sondern arbeite mit einem „offenen Ökosystem“, so der Amerikaner. „Wir gehen damit nach draußen, zu Tausenden kleinen und großen Unternehmen, und bieten an: Ihr könnt hier mitentwickeln und verkaufen, was ihr wollt.“

So ist Hana nicht nur ein Produkt, sondern eine neue Denkart bei SAP.

Diese Zukunft fängt bei einem Projekt namens App-Haus an, nahe dem SAP-Campus in Los Altos. Ein unscheinbares zweistöckiges Häuschen, in dem alles an eine Studenten-WG erinnert: Schreibtische sind wild im Raum verstreut, Stellwände vollgeschrieben mit Notizen und Geistesblitzen, in der Kaffeeküche stapelt sich Geschirr. 2012 entstanden weltweit

bereits ein Dutzend solcher App-Häuser in den SAP-Filialen.

In Palo Alto ist das Konzept nun offiziell Programm, alle anderen Standorte sollen folgen. Statt Einzelbüros gibt es offene „Projektflächen“. Die Wände sind beschriftbar, Schreibtische und Monitore beweglich, um die Arbeitsflächen für Teams jederzeit justieren zu können.

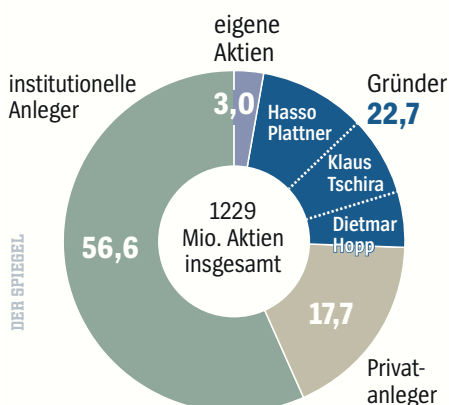
Dahinter steht nicht nur der Gute-Laune-Faktor. Die neue Architektur soll verhindern, dass sich Mitarbeiter in ihren Büros verkriechen. So können Teams schnell zusammengestellt werden, denn darum geht es vor allem: um eine höhere Schlagzahl. „Wir haben unsere Geschwindigkeit bei Innovationen verdoppelt“, sagt Snabe. Und das, ohne in großem Stil neue Leute einzustellen.

Das Problem dabei ist, dass diese neue Dynamik nicht mehr alle erreicht: Die Tennisplätze zu Hause in Walldorf sind leer und einsam inmitten der Bürogebäude. Vor 15 Jahren sagte der sportbegeisterte Konzernmitgründer Dietmar Hopp noch: „Wenn keiner mehr tagsüber Tennis spielt, stimmt etwas nicht mehr mit der Firma.“ Heute sind die Plätze überhaupt erst ab 17 Uhr geöffnet. Angeblich, weil das Plopp-plopp die Kunden im Fortbildungszentrum störe. Doch auch die Beach-Volleyballplätze und das riesige Fitnesscenter sind oft verwaist.

Bei den Entwicklern in der alten Heimat hat der Druck mächtig zugenommen. Vie-

Aktionärsstruktur

von SAP, Anteile in Prozent



Stand: Januar 2013

le fühlen sich angesichts des geforderten Tempos wie ferngesteuerte Kodierknechte. „Die Mitarbeiter werden verheizt“, klagt Betriebsrat Ralf Kronig und verweist auf die steigende Zahl der Langzeitkranken. Vergangenes Jahr begrüßte das betriebliche Eingliederungsmanagement 1002 Neuzugänge von SAPlern, die mehr als 42 Tage im Jahr gefehlt hatten.

Sicher, viel gearbeitet wurde in dieser Firma schon immer, und auch die Scheidungsrate war von jeher hoch. Doch früher wurde wenigstens exzellent gezahlt. Auch das hat sich verändert.

„Es gibt eine Zweiklassengesellschaft bei SAP“, sagt der Betriebsratsvorsitzende Stefan Kohl. Wer früh eingestellt wurde, bekam noch üppige Beteiligungen und fette Gehaltserhöhungen. Heute sind die Bezüge oft geringer, und die Gehaltssteigerung ist bescheiden. „Wir liegen in manchen Bereichen nur noch knapp über den Tariflöhnen der IG Metall“, so Kohl.

Der Ärger kulminierte im vergangenen Jahr, als die vom Vorstand gesteckten internen Ziele noch höher lagen als jene, die den Analysten genannt wurden. Viele SAP-Mitarbeiter erreichten trotz eines Rekordgewinns des Unternehmens ihre individuellen Erfolgsvorgaben nicht, die einen Teil der Bezüge ausmachen.

„Plattner ist Gott und Teufel zugleich“, so beschreibt ein langjähriger Mitarbeiter das Verhältnis.

Der Gesamtvorstand allerdings, der den Aktienkurs seit 2010 um 84 Prozent nach oben gepeitscht hatte, kassierte im Jahr 2012 dank Aktienoptionen im Schnitt rund ein Drittel mehr. Bill McDermott erhöhte sein Gehalt um 34 Prozent auf 8,78 Millionen Euro, Jim Hagemann Snaube sogar um 50 Prozent auf 8,25 Millionen Euro. Nur drei Vorstandschefs verdienten hierzulande mehr.

Gleichzeitig spart das Topmanagement, als wäre die Firma Griechenland – und das, obwohl SAP am 18. Juli erneut Rekordzahlen für das zweite Quartal vorlegte. Allerdings musste das Umsatzziel wegen des abflauenden Asien-Geschäfts nach unten korrigiert werden. Prompt schickte Finanzvorstand Werner Brandt einen neuen Sparbefehl um die Welt: Reisen werden nur noch zu Kunden genehmigt! Interne Trips müssen vom Vorstand genehmigt werden! Keine externen Schulungen mehr dieses Jahr! Keine externen Mitarbeiter-Events!

Nur durch strikte Kostenkontrolle könne die für 2015 angepeilte Gewinnmarge von 35 Prozent erreicht werden. Momentan verzeichnet SAP 32 Prozent des Umsatzes als Gewinn. Es sind Profite, von

denen der Rest der Republik nur träumen kann, aber SAP-Manager wie Snaube zucken da nur mit den Schultern: Ihr Unternehmen müsse sich mit der Konkurrenz vergleichen, und Oracles Marge liege bei 40 Prozent und darüber.

Im Fall SAP bleibt ein großer Teil des Profits am Ende bei Hasso Plattner hängen, der knapp zehn Prozent der Aktien hält. Wen wundert es da, dass viele SAPler zunehmend sauer reagieren auf seine ständige Antreib-Rhetorik. „Plattner ist Gott und Teufel zugleich“, beschreibt ein langjähriger Mitarbeiter das Verhältnis.

Ein anderer findet: „Wenn er mehr Innovation will, muss er eben die notwendigen Bedingungen schaffen, statt nur Mehrwert aus den Mitarbeitern zu pressen.“ Es geht auch um Freiräume, darum, Dinge mal ganz anders zu denken. Das eben zeichne Plattners große Vorbilder doch auch aus. Bei Google zum Beispiel dürfe jeder Mitarbeiter ein Fünftel seiner Arbeitszeit an eigenen Projekten tüfteln. Nicht nur Gmail ist auf diesem Weg entstanden. „Wenn Plattner die ‚happy company‘ will, die er fordert, muss er auch die dazugehörigen Strukturen schaffen“, findet der SAP-Mann.

Die Deutschen haben genügend Erfahrung mit der Impulsivität ihres Patriarchen. Entsprechend reserviert reagieren sie bisweilen auch auf seine Lieblinge. Plattners ersten Kronprinzen, Shai Agassi, ließen die Walldorfer am ausgestreckten Arm verhungern. Den Bürokomplex, den der etwas großspurig auftretende Emporkömmling aus dem Silicon Valley in Walldorf bezog, taufen sie spöttisch „Shai's house“. Agassi verließ das Unternehmen 2007, drei Jahre vor Vertragsende.

Den als arrogant geltenden Vorstandssprecher Léo Apotheker erledigte die Belegschaft durch verheerende Umfragewerte bei der Mitarbeiterbefragung. Er überstand nur neun Monate im Chefessel. Und auch der Hoffnungsträger Lars Daalgaard, dessen Cloud-Firma von SAP übernommen wurde, bekam keinen Fuß auf badischen Boden. Die Walldorfer schüttelten nur den Kopf über die distanzlose Art des Entrepreneurs, der Bilder von der Geburt seines Kindes verschickte oder in Interviews über einen Großkunden herzog.

Und so lässt sich die durchaus selbstbewusste deutsche Belegschaft auch von der jüngsten Personal-Rochade nicht wirklich aus der Ruhe bringen. „Im Moment ist Vishal Sikka der leuchtende Stern am SAP-Firmament“, sagt ein Altgedienter. „Aber wer weiß, vielleicht heißt es über ihn in ein paar Jahren nur noch: Vishal und Rauch.“

MICHAELA SCHIESSL, THOMAS SCHULZ



Video: Michaela Schiessl über den Wandel bei SAP

spiegel.de/app312013sap
oder in der App DER SPIEGEL

GLOBALISIERUNG

Die dunkle Seite des Kults

Apple verlegte Teile seiner Produktion von der Skandalfirma Foxconn zu anderen Herstellern in China. Dort soll es nun noch schlimmer zugehen.

Tim Cook hat schon einiges dafür getan, ein besserer Mensch zu werden. Oder wenigstens wie ein besserer Mensch auszusehen. Noch im vergangenen Jahr flog der Apple-Boss persönlich nach China, um sich bei seinem umstrittenen Zulieferer Foxconn umzusehen. Die Berichte über miese Arbeitsbedingungen, über schlechte Bezahlung der Wanderarbeiter und über eine Selbstmordwelle waren für das Image von Apple nicht gerade hilfreich.

Deshalb versprach Cook Besserung und sah sich nach neuen Fabriken um, wo seine iPads, iPhones und Computer künftig produziert werden könnten. Einer von Apples neuen Helfern ist der Elektromulti Pegatron aus Taiwan, der in China mehrere Fabrikstandorte unterhält. Doch dort, so scheint es nun, geht es den Arbeitern noch schlechter als bei Foxconn.

Ein Bericht der Arbeitsschutzorganisation China Labor Watch (CLW), der unter dem Titel „Apples gebrochene Versprechen“ diese Woche veröffentlicht werden soll, zieht ein ernüchterndes Fazit: So sollen über 10 000 Schüler und Studenten in Partnerfabriken von Apple schuften, etliche „Praktikanten“ sind zwischen 16 und 18 Jahre alt. Einen Teil ihres Lohns streichen Schulen oder Lehrer ein. Eine angehende Vorschullehrerin etwa musste einen Halbjahresvertrag unterschreiben. Derlei akademische Leiharbeit ist in China nicht selten.

Der anklagende Bericht basiert auf den Recherchen von mehreren CLW-Zuträgern, die selbst undercover in Fabriken gearbeitet haben, wo Apple-Computer, iPads und iPhones hergestellt werden. Die eingeschleusten Arbeiter führten über 200 Interviews mit Kollegen. Und sie stießen auf skandalöse Missstände.

Die Arbeitszeiten sind offenbar oft viel zu lang, die Schichten gehen teils über zwölf Stunden, teils sieben Tage die Woche, mit oft mehr als 80 Überstunden pro Monat. Aber ein betrügerisches Abrechnungssystem kaschiert die wahren Zahlen, heißt es. Die Sicherheitsstandards seien zudem mangelhaft, in vielen Fabrikhallen fehlen laut CLW taugliche Flucht-

wege. Selbst schlichte Erste-Hilfe-Sets waren oft nicht zu finden.

Weiterer Vorwurf: Die Zahl der Krankheitstage pro Monat werde begrenzt, heißt es im Bericht; nach sieben Tagen außer Dienst werde kein Krankengeld mehr gezahlt.

Einige der Beschäftigten müssen an ihren Arbeitsplätzen den ganzen Tag stehen, auch Schwangere und Minderjährige müssen laut CLW weit länger als acht Stunden pro Tag arbeiten. Bei der Einstellung wurden Uiguren, Tibeter und Arbeiter mit Tätowierungen rigoros aussortiert. Über 36 Verstöße gegen chinesische Gesetze zählt CLW auf.

In einer Fabrik sei Arbeitern das Verlassen des Geländes erschwert worden, indem man ihnen ihre Personaldokumente abgenommen habe, bis Apple schließlich interveniert sei, erzählt ein Informant.

Der US-Konzern wollte sich bis zum vergangenen Freitag nicht zu den Vorwürfen äußern.

Eine der Pegatron-Fabriken liegt im Osten von Shanghai auf halbem Weg zum Flughafen Pudong. Das riesige Karree wirkt wie ein eigener Stadtteil aus Produktionshallen, Bürotürmen und Schlafsälen. Rund 100 000 Menschen arbeiten hier nach Schätzungen des Arbeiters Li Jun*.

Der 25-Jährige sieht wie ein ganz normaler College-Student aus, mit Jeans, Karohemd und gepflegten Händen. Sachlich und kühl berichtet er von zwölfstündigen Arbeitstagen, jeweils von neun Uhr früh bis neun Uhr abends. Nicht bezahlt würden 50 Minuten für das Mittag- und 40 Minuten fürs Abendessen. Acht der zwölf Stunden würden als Kernarbeitszeit gelten und mit je 10 Yuan (1,20 Euro) abgegolten, die verbleibenden zweieinhalb Überstunden sowie Wochenendschichten mit je 15 Yuan (1,80 Euro). Li ließ sich als ungelernter Anfänger einstellen, sein Monatsgehalt betrug 3200 Yuan (392 Euro).

Eines der Hauptprobleme, sagt er, sei das chronische Gedränge und die damit verbundenen Wartezeiten, beispielsweise bei der Essensausgabe oder der Sicherheitskontrolle: „Ich musste jeden Tag um sieben aufstehen und kam nie vor zehn Uhr abends in den Schlafsaal zurück.“

Li hat für CLW auch in anderen Fabriken recherchiert, doch nirgendwo sei ihm vom ersten Tag an ein derart rüder Ton entgegengeschlagen wie bei Pegatron. In China herrscht auf der Straße oft ein

* Namen von der Redaktion geändert.



Anti-Apple-Protest in Hongkong: Mangelnde Sicherheitsstandards



Pegatron-Fabrik in Shanghai: Öffentliche Beschimpfungen

rauer Umgangston, aber das Pegatron-Geschmauze sei härter als alles, was er kenne: „Es gibt ein paar ordinäre Wörter, die von den Gruppenführern dort permanent verwendet werden: ‚Cao ni ma‘ (Fick deine Mutter), ‚sha bi‘ (dumme Fotze) oder ‚Verpiss dich doch, wenn du hier nicht arbeiten willst!‘“

Besonders demütigend empfänden die Arbeiter, dass sie vor allem bei den (unbezahlten) Appellen jeden Morgen und jeden Abend öffentlich beschimpft würden. „Diese Appelle laufen ab wie beim Militär, die Arbeiter stehen in der Reihe, der Gruppenführer brüllt auf sie ein.“

Manche waren offenbar so schockiert von diesem Ton, dass sie allein deshalb gekündigt haben. Das Problem dabei: Wer kürzer als ein Dutzend Tage bei Pegatron gearbeitet hat, bekommt oft gar kein Geld, bilanziert der CLW-Bericht.

Möchte sich ein Arbeiter beschweren, stehen ihm eine Hotline sowie ein Beschwerdebriefkasten zur Verfügung. Aber während seiner 40 Tage bei Pegatron habe es niemand gewagt, die Nummer anzurufen, erzählt Li; im Beschwerdebriefkasten habe er einzelne Briefe liegen sehen, allerdings seien die nie abgeholt worden. Es gebe keine Gewerkschaft in der Fabrik und keine Organisation, welche die Aufgaben eines Betriebsrats erfülle.

Auch Ma Liu* war undercover unterwegs. Er besuchte in der Stadt Suzhou eine Fabrik namens AVY Precision Technology, auch sie Teil des Pegatron-Imperiums. Die Aufgabe von Ma war es, die Rückseite des iPads auszufräsen, Löcher für die Kopfhörerbuchse und das Apple-Logo zu bohren sowie die Kanten abzuschleifen.

Es war extrem laut, es stank nach Chemikalien und es gab keine Erste-Hilfe-Koffer. Auch als er sich an einer Fräskante zwei Finger aufschnitt und stark blutete, durfte er angeblich nicht den Arbeitsplatz verlassen, um sich verbinden zu lassen. Stattdessen dauerte es 40 Minuten, bis die Gruppenleiter ihm ein Stück industrielle Klebefolie gaben, um seine Wunden zu verbinden – und ihn dann aufforderten weiterzuarbeiten.

Ma ist ein erfahrener Arbeitsschutzrechtler, der in über 80 Betrieben recherchiert hat. AVY Precision

Technology sei der problematischste Betrieb, den er je begutachtet habe. Die Mitarbeiter leisteten dort teils 136 Überstunden pro Monat, sagt er. „Pegatron ist dabei, die Fehler zu wiederholen, die Foxconn früher machte“, sagt Ma. „Wie soll das auch anders sein, wenn Fabriken von 10 000 Beschäftigten um das Zehnfache expandieren?“

„Apple hat diese Fabriken gewählt, weil sie zu noch geringeren Kosten produzieren – aber den Preis dafür zahlen die Arbeiter“, sagt Li Qiang, der von New York aus die Arbeit von CLW koordiniert.

„Wir halten uns in allem an die lokalen Gesetze“, antwortet dagegen ein Pegatron-Sprecher auf die Anschuldigungen: „Der besondere Schutz unserer Mitarbeiter ist unsere oberste Priorität.“

HILMAR SCHMUNDT, BERNHARD ZAND

SERIE (TEIL V)

Projekt Bulle

Eine Korruptionsaffäre erinnert die Spanier daran, wer ihnen die Krise eingebrockt hat. Die Zweifel wachsen, dass die alte Elite den Finanzsektor aufräumen und das Land reformieren kann.

Belén Romana muss von ihrem Büro nur hinaus auf die Straße gehen, um daran erinnert zu werden, welche Schlacht sie schlägt. Draußen, am Ende des Paseo de la Castellana, ragen die schiefen Türme des Bankia-Konzerns in den Himmel. Sie sind zum Symbol für den Crash des spanischen Immobilien- und Sparkassensektors geworden, ja, für die Misere des ganzen Landes. Und Romana kümmert sich nun um die Entsorgung der Überreste. Sie ist Chefin der Bad Bank Sareb, bei der acht spanische Geldhäuser im vergangenen Winter Immobilien und Kredite im Volumen von gut 50 Milliarden Euro abladen durften. Über die nächsten 15 Jahre sollen die Altlasten abgetragen werden.

Die Sanierung des Finanzsektors gilt als wichtigster Punkt jener Reformen, die der konservative Regierungschef Mariano Rajoy eingeleitet hat, um die Wirtschafts- und Schuldenkrise seines Landes zu überwinden. Doch der Erfolg ist ungewiss, die Immobilienpreise rutschen weiter, und damit bleibt auch die Sorge um die Geldinstitute.

Zugleich wachsen die Zweifel an Krisenmanager Rajoy. Eine Korruptionsaffäre um den ehemaligen Schatzmeister der Regierungspartei Partido Popular, Luis Bárcenas, erinnert die Spanier daran, wie eine Führungskaste aus Politik und Wirtschaft das Land an den Abgrund geführt hat. Bárcenas hat zugegeben, ein System schwarzer Kassen unterhalten zu haben, gefüllt unter anderem von Bauunternehmern, die als Gegenleistung für lukrative Aufträge fleißig an die Partei und ihre Funktionäre spendeten.

Es war dieses Klima, in dem die Immobilienblase sich immer weiter aufblähen konnte. Jetzt holt die Vergangenheit auch Rajoy ein: „Kopf hoch!“ und „Bleib stark!“, soll er per SMS an den Herrn der schwarzen Kassen geschrieben haben, als Bárcenas' Machenschaften längst aufgefliegen waren. Die politischen Kommentatoren in Madrid fragen jetzt, wie stark Rajoy noch ist. Diese Woche will er sich erklären.

Das Krisenmanagement wird für Rajoy jedenfalls nicht leichter. Nur rund 30 Prozent der Wähler sind noch einverstanden

mit der Politik der Regierung. Zwar gibt es erste Erfolge, doch manche Reformen sind unausgegoren und haben die Spaltung der Gesellschaft verschärft. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 27 Prozent, zwei Millionen Spanier leben von den Suppenküchen sozialer Einrichtungen.

„Spanien hat drei Kernprobleme“, sagt Clemens Fuest, Chef des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, „den extrem überdimensionierten Bau- und Immobiliensektor, die angeschlagenen Banken und die schnell steigenden Staatsschulden.“

Alle drei Probleme hängen eng miteinander zusammen. Die Schulden steigen, weil die Wirtschaft nicht in Schwung kommt. Das liegt auch daran, dass die Banken zu wenig Geld verleihen, weil sie noch immer mit den Folgen des jäh beendeten Baubooms zu kämpfen haben.

Deshalb sind die Erwartungen an Belén Romana hoch. Die Ökonomin gilt als eine Art Wunderwaffe, ist eine Vertraute von Wirtschaftsminister Luis de Guindos und war für etliche europäische Spitzenposten im Gespräch, ehe sie zu Sareb ging.

Als Bad-Bank-Präsidentin macht sie sich lieber klein. Sareb sei ein Instrument, um den Finanzsektor zu restrukturieren und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, aber nicht das einzige. Die Bad Bank könnte die Probleme jedoch auch weiter verschärfen. Verkauft Romana die Altlasten zu billig, dürfte dies die Immobilienpreise weiter drücken und den Banken neue Verluste bescheren. Deshalb spielt sie ihren Einfluss herunter. „Wir bewegen den Markt nicht.“

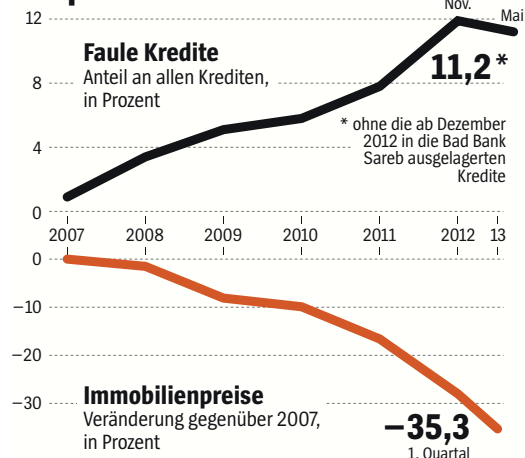
Experten sehen das anders. „Der Einfluss von Sareb auf die Preise am Immobilienmarkt ist groß“, sagt Pablo Campos von der Unternehmensberatung Oliver Wyman. Die Bad Bank werde daher „alles daransetzen, dass der erste größere Verkauf ein Erfolg wird, um ein negatives Signal an den Markt zu verhindern“. Unter dem Code-Namen „Projekt Bulle“ soll in Kürze ein Deal mit bis zu tausend Wohnungen in Andalusien und um Valencia gelingen.

Der Erfolgsdruck steigt, nachdem der Internationale Währungsfonds (IWF) Sareb vorgeworfen hat, sie sehe die Preis-

KRISE IM SÜDEN



Spaniens Misere



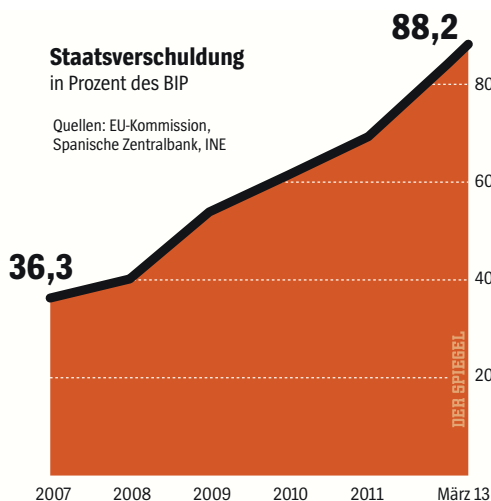
Ministerpräsident Rajoy



JUAN MEDINA / REUTERS

Staatsverschuldung in Prozent des BIP

Quellen: EU-Kommission,
Spanische Zentralbank, INE



Bankbesetzung in Barcelona

DAVID RAMOS / GETTY IMAGES

entwicklung am Häusermarkt zu optimistisch. Womöglich müsse die ganze Verkaufsstrategie überarbeitet werden. „Es kann sein, dass Sareb im ersten Jahr Verluste macht“, räumt Romana ein. „Aber das Kapital wird reichen.“ Doch was, wenn erst die wirklich schweren Fälle zum Verkauf kommen?

Wie groß die Risiken in der Bad Bank tatsächlich sind, ist schwer zu sagen. Formal ist Sareb keine Bank und unterliegt damit nicht einmal der Bankenaufsicht. Unerfreulich für die Steuerzahler ist auch, dass die Bad Bank den Geldinstituten im Gegenzug für die schwerverkäufliche Ware überwiegend gutverzinsten, kurzfristigen Anleihen gegeben hat – für die der Staat garantiert. Mehrheitseigentümer der Bad Bank sind aber wiederum Banken und Investoren, was für die Regierung den Charme hat, dass die Sareb-Schulden erst mal nicht im Staatshaushalt auftauchen. Der IWF sorgt sich aber, dass diese Konstruktion Interessenkonflikte für die privaten Eigner birgt.

Doch so sehr sich die Regierung auch verbogen hat, um die Banken zu entlasten – sie sind noch immer gefährdet. Zwei Jahre Rezession haben Spaniens Unternehmen ausgezehrt, die Zahl der Kreditausfälle steigt beständig. „Wenn das Land noch ein Jahr in der Rezession verharrt, werden weitere Banken gegen die Wand fahren“, fürchtet der Ökonom Federico Steinberg vom Real Instituto Elcano.

Die Banken seien zwar für den Moment stabilisiert, versorgten die Wirtschaft aber unzureichend mit Kredit. Zwar können sie sich bei der Europäischen Zentralbank (EZB) zu Minizinsen unbegrenzt Geld leihen. „Doch die Hilfen der EZB kommen in den Unternehmen und Haushalten nicht an“, klagt Paloma López. „Sie helfen nur den Banken.“

López sitzt in der Führung der Gewerkschaft CCOO. In ihrem schlichten Büro am Rande der Madrider Innenstadt rechnet die energische Frau mit dem Krisenmanagement ab. Die Regierung kenne nur Sparen, habe die Nachfrage stranguliert und verlängere so die Krise. Die Arbeitsmarktreformen gingen am Kern des Problems vorbei: der Konzentration der Wirtschaft auf den Bau- und Immobiliensektor. „Häuser kann man nicht exportieren“, bemerkt López trocken.

Dabei sind die Voraussetzungen für Spanien, die Krise zu überwinden, besser als etwa beim Nachbarn Portugal. Das Land ist Heimat international agierender Konzerne. Gerade macht der Telekommunikationskonzern Telefónica sich daran, den deutschen Mobilfunkbetreiber E-Plus zu übernehmen (siehe Interview Seite 70). Der Baukonzern ACS hat sich Hochtief einverleibt, die Großbank Santander soll an der Commerzbank interessiert sein.

Doch auch Telefónica und ACS kämpfen mit hohen Schulden, außerdem sind

die Konzerne nur ein kleiner Ausschnitt der spanischen Wirtschaft. „Spaniens Exportindustrie ist so wettbewerbsfähig wie die deutsche“, sagt Ökonom Steinberg. „Aber sie besteht aus zu wenigen großen Unternehmen.“ An einer schlüssigen Politik, um auch die vielen kleineren Firmen wettbewerbsfähig zu machen, fehle es.

Oft hapert es bei den Reformen im Detail, verschiedene Maßnahmen werden nicht aufeinander abgestimmt. So hoffte die Regierung, durch die Lockerung des Kündigungsschutzes die Flexibilität der Arbeitnehmer zu erhöhen. Aber spanische Arbeiter sind auch deswegen nicht mobil, weil es kaum erschwingliche Mietwohnungen gibt. Im Zuge der Sanierung ihrer Finanzen verkaufen viele Kommunen sogar Sozialwohnungen, was das Problem weiter verschärft.

Mitunter sind die Reformen der Regierung so unreif, dass Gerichte sie wieder kassieren. Im Frühjahr erklärte der Europäische Gerichtshof, das spanische Verfahren für Zwangsräumungen verstoße gegen EU-Recht, worauf die Regierung nachbesserte. Dabei setzte sie für Betroffene jedoch derart kurze Widerspruchsfristen, dass Anwälte auch das neue Regelwerk anfochten.

„Das Gesetz ist verfassungswidrig“, sagt Eudene Irigoyen, die für die Rechte der von Zwangsräumungen betroffenen Bürger kämpft. Sparpolitik und Reformen trafen vor allem die Ärmsten, während Steuerhinterzieher unbehelligt blieben und Korruption nicht geahndet werde.

Selbst die EU-Kommission, die ja die Reformen angeordnet hat, kritisierte jüngst in einem Bericht Armut und soziale Ausgrenzung. „Die Wirkung und die Akzeptanz der Reformen könnten sich erhöhen, wenn der Staat beispielsweise weniger bei Bildung und Gesundheit sparen und gezielte Nachfrageimpulse geben würde“, sagt Ökonom Steinberg. Bei den Bildungsinvestitionen liegt Spanien klar unter dem EU-Durchschnitt.

Im Wirtschaftsministerium demonstriert man trotz aller Defizite Optimismus. „Wir haben das Schlimmste hinter uns“, sagt Staatssekretär Fernando Jiménez Latorre. Er rechnet damit, dass Spanien im zweiten Halbjahr die Rezession hinter sich lässt. Im zweiten Quartal war die Wirtschaft noch um 0,1 Prozent geschrumpft.

Was wächst, sind weiterhin die Schulden – in Spanien wie in der ganzen Euro-Zone haben sie vergangene Woche einen Höchststand erreicht. Zwar liegt die spanische Quote noch bei 88 Prozent und damit kaum höher als die deutsche. Doch nur in Belgien und Irland sind die Schulden zuletzt noch schneller gestiegen.

MARTIN HESSE

ENDE



Manager Dirks

U. GRABOWSKY / PHOTOTHEK.NET

MOBILFUNK

„Wir sind Angreifer“

E-Plus-Chef Thorsten Dirks zu der Übernahme durch O₂ und den Auswirkungen für die Kunden und den Wettbewerb

Dirks, 50, ist nicht nur E-Plus-Chef, sondern sitzt auch im Vorstand des niederländischen Mutterkonzerns KPN. Vergangene Woche wurde verkündet, dass O₂ (das zur spanischen Telefónica gehört) Dirks' E-Plus kauft, um den Platzhirschen Telekom und Vodafone Paroli zu bieten.

SPIEGEL: Herr Dirks, es gab schon mehrere gescheiterte Versuche von Telefónica und KPN, ihre deutschen Mobilfunktochter O₂ und E-Plus zusammenzulegen. Warum hat es diesmal geklappt?

Dirks: Es gab zunächst einmal zwei Teams, die den Deal wollten und bei denen keine persönlichen Eitelkeiten im Wege standen. So etwas ist wichtig. Zum anderen war es natürlich die bestechende industrielle Logik dieses Geschäftes.

SPIEGEL: E-Plus und O₂ als Nummer drei und vier im deutschen Mobilfunkmarkt schließen sich zusammen, weil sie allein zu schwach sind. Meinen Sie das mit „industrieller Logik“?

Dirks: Das ist Unsinn. Wir sind nicht schwach. Schauen Sie sich allein die Quartalszahlen an: Vodafone hat 14 000 Vertragskunden verloren, O₂ hat 60 000 gewonnen, und wir haben mit E-Plus 210 000 neue Vertragskunden im Netz. Die Telekom-Zahlen stehen noch aus. Auch im Netz sind wir gut aufgestellt und heute im schnellen UMTS-Netz vielleicht schon besser als Vodafone. Da haben sich keine Verlierer zusammengeschlossen, sondern erfolgreiche Mobilfunkfirmen.

SPIEGEL: Wo liegt dann die industrielle Logik, wenn doch schon alles perfekt ist?

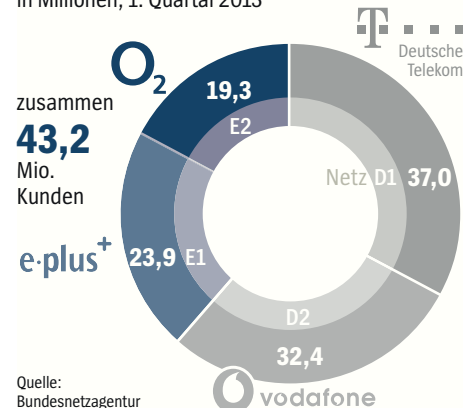
Dirks: Der deutsche Mobilfunkmarkt war dadurch geprägt, dass es zwei große Unternehmen gab, die sich lange Zeit 70 Prozent des Marktes teilten ...

SPIEGEL: Telekom und Vodafone ...

Dirks: ... sowie zwei Nachzügler mit zusammen rund 30 Prozent, die in Sachen Netzausbau aber den gleichen Aufwand treiben müssen. Die Kunden erwarten von uns zu Recht ebenso gute Leistung bei Netzqualität und Service wie von den Marktführern. Gemeinsam mit O₂ wird das in Zukunft einfacher und auch preiswerter. Wir bleiben der aggressive Herausforderer von Telekom und Vodafone – jetzt aber auf Augenhöhe.

Teilnehmer im Mobilfunk

in Millionen, 1. Quartal 2013



SPIEGEL: Was heißt das für die nun rund 43 Millionen Kunden der beiden Firmen?

Dirks: Für unsere Kunden wird sich – wenn überhaupt – nur etwas zum Positiven verändern. Durch die Zusammenlegung der Netze können wir eine noch bessere Qualität und Abdeckung in kürzerer Zeit bieten. Das wird sich für alle positiv bemerkbar machen.

SPIEGEL: Und was wird aus Marken wie Base, Simyo oder blau.de, die E-Plus in den vergangenen Jahren in den Markt gebracht hat. Gehen die jetzt in einer einheitlichen Lifestyle-Marke unter?

Dirks: Natürlich haben wir noch nicht alle Details geklärt. Aber an der Mehrmarkenstrategie wird sich nichts ändern. Das ist unser Erfolgsrezept. Wer heute etwa Base-Kunde ist, wird es auch in Zukunft sein. So viel ist sicher.

SPIEGEL: Dafür steigen die Preise. Aus Sicht von Wettbewerbshütern bildet sich gerade ein gemütliches Oligopol aus drei großen Mobilfunkunternehmen, die den Milliardenmarkt in Zukunft untereinander aufteilen könnten.

Dirks: Nein! Nochmals: Wir sind Angreifer, werden es bleiben – und wir wollen weiter wachsen. Für die Kunden wird die Fusion Vorteile haben. Und eine Erhöhung der Preise kann sich in dem harten Wettbewerbsumfeld niemand erlauben.

SPIEGEL: Wenn Sie die Kartellwächter wirklich von der Übernahme überzeugen können, wird es harte Auflagen geben. Netze, Funkfrequenzen, alles ist doppelt vorhanden. Rechnen Sie damit, Teile davon abgeben zu müssen?

Dirks: Dazu möchte und darf ich im Moment nichts sagen. Richtig ist, dass unser Geschäft von den Kartellbehörden genehmigt werden muss. Aber die Gespräche haben gerade erst begonnen. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass der Deal am Ende zustande kommt, sonst hätten wir den Vertrag mit O₂ nicht unterzeichnet.

SPIEGEL: Dem Zusammenschluss von O₂ und E-Plus ging der Kauf von Kabel Deutschland durch Vodafone vor wenigen Wochen voraus. Erleben wir den Auftakt zu einer weiteren Konsolidierungswelle auf dem europäischen Markt?

Dirks: Ja, das ist absehbar. In Europa gibt es mehr als 50 Mobilfunkfirmen. In bevölkerungsreichen Ländern wie China, Indien oder den USA sind das eine Handvoll. Ich glaube, dass man einen funktionierenden Wettbewerb mit deutlich weniger Anbietern sicherstellen kann.

SPIEGEL: Sie selbst sind seit 1996 bei E-Plus und gehören damit quasi zum Gründungsteam. Macht es Sie nicht wehmütig, nach so langer Zeit des Kampfes gegen vermeintlich übermächtige Gegner nun die Unabhängigkeit aufzugeben?

Dirks: Da ist sicher auch ein wenig Wehmut, aber ich sehe das als Chance, für Unternehmen, Mitarbeiter und Kunden.

INTERVIEW: FRANK DOHMEN



BRASILIEN

Agenten mit Molotow-Cocktails

PILAR OLIVARES / REUTERS

Von Polizei und Geheimdienst eingeschleuste Provokateure haben wohl die Gewalt bei den Demonstrationen gegen den Gouverneur von Rio de Janeiro gezielt angeheizt. „Zahlreiche Protestteilnehmer berichten, dass Polizisten in Zivil zum Steinwerfen und zu anderen Gewaltaktionen aufrufen“, sagt Maurício Santoro von Amnesty International. Undercover-Agenten wechselten während der Demonstrationen die Seiten und streiften Uniformen über. Menschenrechtler glauben, dass die Sicherheitskräfte damit die Protestbewegung destabilisieren wollen. „Viele friedliche Kritiker sind den Protestaktionen in den vergangenen Wochen ferngeblieben, weil sie Gewaltausbrüche befürchten“, sagt Santoro. Die Indizien für eine Unterwanderung haben sich nun verdichtet: Die Polizei nahm ein Ehepaar fest, das sich an den Aktionen vor dem Haus des Gouver-

neurs, Sérgio Cabral, beteiligt und dabei Schaufenster eingeschlagen haben soll. Die beiden wiesen sich als Mitarbeiter des Geheimdienstes Abin aus. Überdies gab die Militärpolizei zu, dass sie Agenten in Zivil eingeschleust hat; einer soll einen Molotow-Cocktail geworfen haben. Die Ordnungstruppe, die dem Gouverneur untersteht, spielt bei den Protesten eine undurchsichtige Rolle. So entführten verummte Männer in einem für die Polizei typischen Wagen kurzzeitig einen Soziologen, der in der Zeitung „O Globo“ das Vorgehen der Polizei kritisiert hatte. Zudem wurden Demonstranten unter dem Verdacht verhaftet, Molotow-Cocktails bei sich zu haben – mussten aber wegen fehlender Beweise freigelassen werden. Offenbar sollen Bürger auf diese Weise eingeschüchtert und so vom Protest abgehalten werden.

USBEKISTAN

Gestürzte Erbin

Lange Zeit war Gulnara Karimowa, 41, das Aushängeschild des Regimes in Taschkent und galt als Nachfolgerin ihres diktatorisch regierenden Vaters. Sie studierte in Harvard, vertrat ihr Land als Botschafterin und sang im Duett mit Julio Iglesias und mit Gérard Depardieu. Doch nun scheint ihre politische Karriere gefährdet: Karimowa wurde als Botschafterin bei der Uno in Genf abberufen. Ihr Vater Islam Karimow entzog ihr sogar die diplomatische Immunität. Grund ist ein Bestechungsskandal, der kürzlich bekannt wurde: Schwedische Journalisten hatten aufgedeckt, dass der skandina-



Karimowa

YVES FORESTIER / GETTY IMAGES

vische Mobilfunkanbieter TeliaSonera über 300 Millionen Dollar Schmiergeld an eine Vertraute der Herrschertochter gezahlt haben soll – im Gegenzug für Telefonlizenzen in Usbekistan. Karimowa bestritt, in die Affäre verwickelt zu sein, es handle sich um eine Intrige politischer Gegner. Genf habe sie freiwillig verlassen, um sich „mehr auf Usbekistan zu konzentrieren“. Die Abberufung könnte ein Hinweis sein, dass ein Machtkampf um die Nachfolge des seit über zwei Jahrzehnten herrschenden Diktators tobt. Neben seiner Tochter machen sich der Erste Vizepremier und der Geheimdienstchef Hoffnungen auf das Amt. Denn die Tage von Islam Karimow könnten gezählt sein, in diesem Jahr soll er bereits einen Herzinfarkt erlitten haben.

NAHOST

„Die Israelis wollen endlich Ruhe“

Ron Pundak, 58, einst Mitglied der israelischen Delegation bei den Osloer Friedensverhandlungen, hofft auf Erfolg beim neuen Dialog mit den Palästinensern, der diese Woche beginnen soll.



SPIEGEL: Was könnte bei den neuen Gesprächen zwischen Israelis und Palästinensern besser laufen als bei den bisherigen, gescheiterten Verhandlungen?

Pundak: Zuvor hoffte ich, dass diese Gespräche wirklich zustande kommen. Noch wird ja lediglich verhandelt, wie verhandelt werden könnte.

SPIEGEL: Gibt es etwas, was Sie trotzdem optimistisch stimmt?

Pundak: Der Enthusiasmus des amerikanischen Außenministers, sein persönliches Engagement. Das ist etwas Neues, das kennen weder Israelis noch Palästinenser. John Kerry möchte die Situation im Nahen Osten wirklich ändern. Alle haben ihn ausgelacht, weil er mit Herzblut an die Sache herangegangen ist. Aber genau das könnte sich nun auszahlen.

SPIEGEL: Herzblut allein wird allerdings kaum reichen. Israelische Regierungsmitglieder drohen bereits mit dem Rückzug aus der Koalition.

Pundak: Selbst Premier Benjamin Netanjahu hat in den vergangenen Jahren seine Einstellung geändert. Er weiß besser als früher, dass nur das Nebeneinander zweier souveräner Staaten auf Dauer den jüdischen Charakter Israels bewahren kann. Aber er wird nie imstande sein, wirklich Frieden zu schließen. Weder wird er Siedlungen räumen noch zulassen, dass Jerusalem geteilt wird. Er könnte allerdings ein Interimsabkommen unterzeichnen, das die Parameter für einen künftigen Friedensvertrag festlegt. Das würde die Lage bereits verbessern.

SPIEGEL: Netanjahu will über jede Vereinbarung mit den Palästinensern ein Referendum abhalten. Würden die Israelis am Ende überhaupt zustimmen?

Pundak: Sicher, unsere Bürger waren schließlich immer progressiver als die Knesset, sie wollen endlich Ruhe. Außerdem stimmt dann die gesamte Bevölkerung ab – dazu gehören auch die 1,7 Millionen Araber mit israelischem Pass.



Unsichere Geburt Die junge Mutter gehört zu den wenigen Glücklichen im Südsudan, die ihr Kind in einer Neugeborenenstation in Juba zur Welt bringen konnten. Der erst seit zwei Jahren unabhängige Staat hält einen traurigen Rekord: 2054 von 100 000 Frauen sterben bei der Entbindung.

Zudem erleben 70 von 1000 Kindern ihren ersten Geburtstag nicht. Nun droht dem Land auch noch ein Krieg zwischen den verschiedenen Volksgruppen, nachdem Präsident Salva Kiir vergangene Woche in einer Machtdemonstration seine komplette Regierung und seinen Parteichef entlassen hat.

ITALIEN

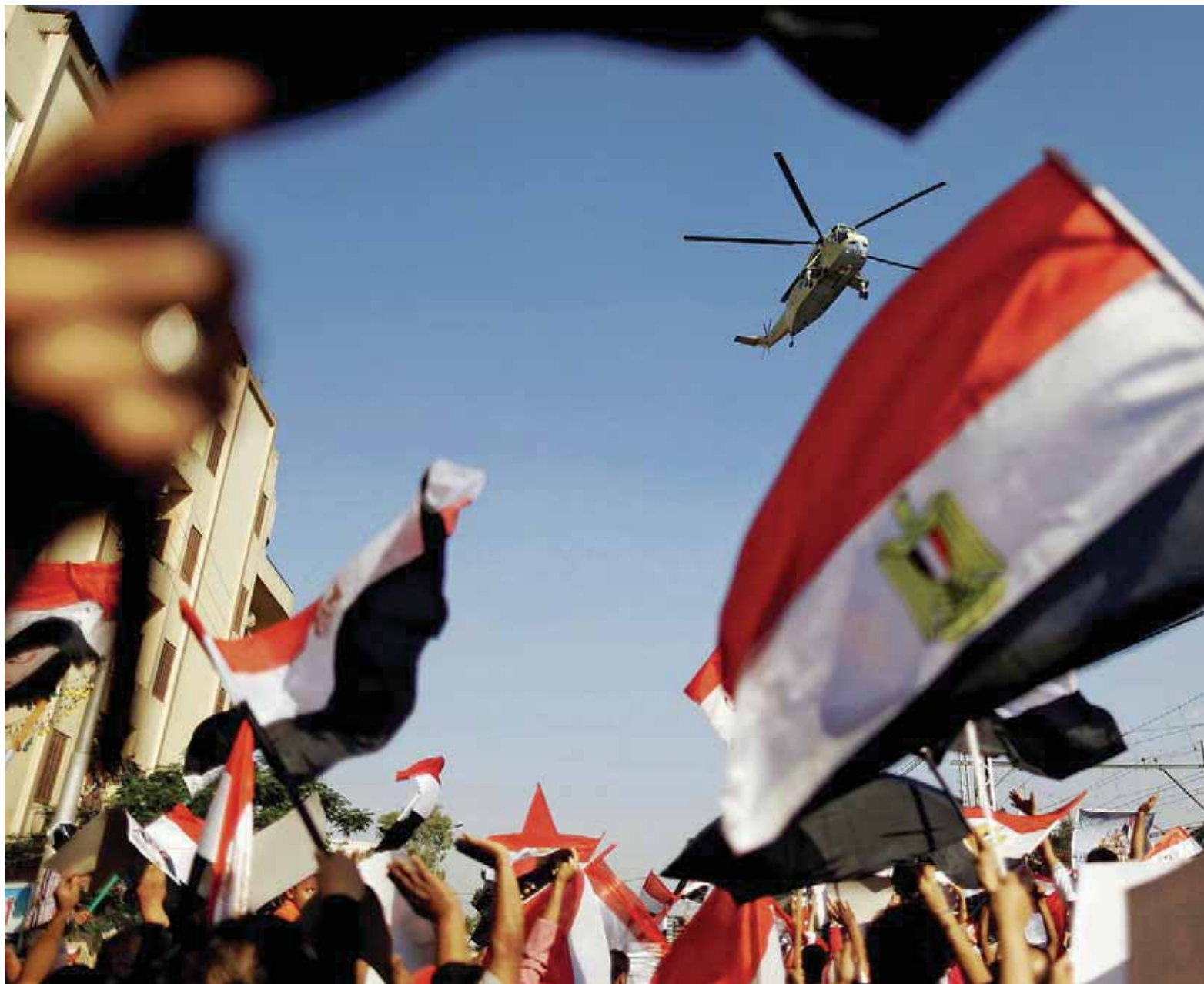
Politikverbot für Berlusconi?



Berlusconi, Senatoren

IMAGO

Mitten in einer der schwersten Krisen Italiens könnte in dieser Woche ein Gerichtsurteil die wacklige Regierung gefährden. Seit 2001 laufen die Ermittlungen im Fall Mediaset, dem Firmenimperium von Silvio Berlusconi. Im Mai wurde der Ex-Premier wegen Steuerhinterziehung zu vier Jahren Haft verurteilt und auf fünf Jahre mit dem Verbot belegt, öffentliche Ämter zu übernehmen; bisher war das jedoch nicht rechtskräftig. Nun soll der Oberste Gerichtshof in Rom ein letztinstanzliches Urteil fällen. Die Richter könnten die Entscheidung aufheben, als wahrscheinlicher gilt jedoch eine Bestätigung – und dann stünde die politische Karriere des vierfachen Premiers vor dem Aus. Ins Gefängnis müsste er unter anderem aus Altersgründen zwar nicht, aber ein Berufsverbot könnte das Regierungsbündnis von Berlusconis Partei PDL mit den Sozialdemokraten der PD zu Fall bringen. Berlusconi würde sein Senatorenamt verlieren und dürfte bei vorgezogenen Neuwahlen nicht mehr kandidieren. Bisher waren Neuwahlen seine Lieblingsmethode, um wieder an die Macht zu kommen und Gesetze zu verabschieden, die ihn vor Strafverfolgung schützen. Das wäre in Zukunft nicht mehr möglich. Italiens Justiz wäre damit gelungen, was Politik und Wahlvolk bisher nicht vermocht haben: die Ära Berlusconi zu beenden.



Massenkundgebung von Islamisten-Gegnern mit Nationalflaggen vorigen Freitag in Kairo: „Die Islamisten sind unser Verderben“

ÄGYPTEN

Revolution, die zweite

Blutige Straßenschlachten statt politischer Auseinandersetzungen im Parlament:
Der Arabische Frühling scheint gescheitert, die Muslimbrüder
sind die großen Verlierer. Ein Grund zum Jubeln? *Von Erich Follath*

Nationalistisches Fieber, islamistischer Taumel, geflüsterte Geschichten voller Intrigen und Verfolgungswahn – das ist Kairo am vergangenen Freitag: William Shakespeare meets Dan Brown, zu einem Drama, einem Showdown auf Arabisch.

Mehrere Zehntausend sind es in Kairos Stadtteil Nasr City, wo die Ärmeren wohnen, die Anhänger der Muslimbruderschaft. Ihre Plakate prangern „den Verrat“ an Präsident Mursi an, ihrem Helden, der „ungerechtfertigt aus dem Amt geputscht“ wurde und der jetzt als „Märtyrer“ in Un-

tersuchungshaft schmoren muss. Für sie heißt die Lösung aller ägyptischen Probleme nach wie vor: die Religion. „Der Islam zeigt uns den Weg!“, rufen sie. Und: „Nieder mit den Verrätern vom Militär!“ Ihren besonderen Zorn hat der Haftbefehl gegen den entmachteten Präsidenten



HASSAN AMMAR / AP / DPA

Solidaritätskundgebung gegen die Muslimbrüder aufzurufen. Die Demonstranten skandieren: „Die Armee und das Volk gehen Hand in Hand! Die Islamisten sind unser Verderben!“

In diesen Tagen entscheidet sich, ob im wichtigsten Land der arabischen Welt die Militärs die Herrschaft übernehmen. Ob sich radikale religiöse Kräfte durchsetzen. Oder ob Liberale die Oberhand gewinnen. Aber es geht in Ägypten um noch viel mehr. Um eine Weichenstellung, die für kommende Generationen nicht nur im Nahen Osten entscheidend sein dürfte: Werden Millionen von mobilisierten Demonstranten, die Macht der Straße, über die Regierungsform entscheiden – oder werden das Parlamente und repräsentative Institutionen tun, die aus Wahlen hervorgegangen sind? Welche Rolle fällt dabei den Islamisten zu – sind Koran und Demokratie ein unüberbrückbarer Gegensatz, und müssen die Konflikte gewaltsam gelöst werden?

Das sind Fragen, die sich Muslime dringend stellen müssen. Aber auch der Westen muss Stellung beziehen, ob und wie er diese Prozesse beeinflussen will. Ein Blick in die arabische Vergangenheit gibt wenig Anlass zum Optimismus.

Es ist jetzt 22 Jahre her, dass im Maghreb ein Wahlkampf tobte, so kontrovers, wie man das bis dahin nur aus dem Westen kannte: Liberale kämpften gegen Militäranhänger, Linke stritten mit Nationalisten. Gewonnen aber hat in Algerien 1991 eine neue Kraft, bei der intern der Gang zu den Urnen höchst umstritten war. Die Islamische Heilsfront (FIS) errang im ersten Wahlgang 47 Prozent der Stimmen. Zur Regierungsbildung der Sieger kam es nicht. Das Militär putschte, der Westen begleitete den Verfassungsbruch wohlwollend. Die Männer vom radikalen Flügel der FIS triumphierten:

Demokratie heißt Kompromiss, und Kompromiss kann es für Gläubige, die im Besitz der Wahrheit sind, nicht geben, sagten sie; unser Platz in der Gesellschaft ist der Untergrund, von da aus verbreiten wir die allein selig machenden Lehren. Manche FIS-Führer wurden verhaftet, andere organisierten aus der Illegalität den Widerstand. Und viele entschieden sich für den Terror, den die Generäle mit Gegenterror beantworteten: Mehr als 100 000 Menschen starben.

Es ist jetzt eineinhalb Jahre her, da zog Ägyptens Muslimbruderschaft Seit an Seit mit Liberalen und Linken auf den Tahrir-Platz und brachte das autoritäre, vom Militär gestützte Regime des Husni Mubarak zum Einsturz. Es folgte eine demokratische Auseinandersetzung um die Gunst der Bürger. Frieden, Gerechtigkeit, Jobs standen im Vordergrund, Religion spielte offenbar nur eine Nebenrolle.

Die Muslimbruderschaft schien auf dem Weg zu einer „normalen“ Partei, befreit von ihren früheren Tendenzen zur Fundamentalopposition. Kein Wunder, dass sich da einer empört aus seinem Geheimversteck meldete: Aiman al-Sawahiri, ägyptischer Arzt und am Anfang seiner Laufbahn Muslimbruder, später Nachfolger Osama Bin Ladens an der Spitze der Terrororganisation al-Qaida, beklagte den „Verrat“ durch die Annahme „der Spielregeln des Westens“. Sawahiri schien im Juni 2012 auf der Verliererseite der Geschichte gelandet zu sein. Die Muslimbrüder gewannen die Stichwahl. Mohammed Mursi wurde zum ersten frei gewählten Präsidenten des Landes. Der Westen applaudierte. Das Militär blieb in den Kasernen, die zersplitterten liberalen Kräfte akzeptierten den Ultrareligiösen im höchsten Staatsamt. Zunächst.

Mursi versprach bei seinem Amtsantritt, der „Präsident aller Ägypter“ zu

hervorgehoben. Demnach droht Mursi ein Verfahren wegen Landesverrats, er soll sich mit der palästinensischen Hamas zur „Ausführung feindlicher Akte“ zusammengetan haben. Fadenscheinig finden das seine Anhänger in Nasr City.

Mehr als 100 000 Menschen demonstrieren auf dem Tahrir-Platz im Zentrum von Kairo. Hier haben sich die Mursi-Gegner versammelt, all diejenigen, die dem früheren Präsidenten schweres Versagen vorwerfen und seine Absetzung für die Vollendung der ägyptischen Revolution halten. Sie hoffen auf einen demokratischen Neuanfang und einen Wirtschaftsaufschwung – unterstützt werden sie dabei von den Kräften des Gestern, den Militärs, die über vier Jahrzehnte die Herrschaft der Autokraten im Land abgesichert haben. Halbstündlich unterbrechen die ägyptischen Fernsehsender am Freitag ihr Programm, um im Auftrag der Generäle und der Übergangsregierung zur



MOHAMED ABD EL GHANY / REUTERS

Mursi-Anhänger mit Plakat des gestürzten Präsidenten in Kairo: „Der Islam zeigt den Weg“

sein, doch was folgte, war eine Katastrophe. Mursi ließ eine islamische Verfassung schreiben, seine Anhänger blockierten zumindest vorübergehend das unabhängige höchste Gericht, er ließ kritische Journalisten verfolgen. Seine Gegner sagten, er benehme sich wie ein neuer Pharao. Vor allem aber ruinierte er durch Inkompetenz die ohnehin stark angeschlagene Wirtschaft des Landes.

Die Opposition der Straße formierte sich, Hunderttausende strömten zum Jahrestag der Mursi-Präsidentschaft auf die Plätze der Großstädte, 22 Millionen unterschrieben die Petition eines Aktionsbündnisses mit dem Aufruf zum Mursi-Rücktritt. Der stellte sich taub. Am 3. Juli enthob das Militär den gescheiterten Gewählten seines Amtes, stellte ihn an unbekanntem Platz unter Hausarrest.

„Wir hatten keine andere Wahl“, sagte der Friedensnobelpreisträger und heutige Vizepräsident Mohamed ElBaradei vor drei Wochen im SPIEGEL-Interview. Ein populärer Putsch – in Ägypten wie im Westen reagierten die meisten Menschen begeistert bis erleichtert. Doch ein Putsch war es, trotz aller semantischen Verrenkungen von liberal Gesinnten, die das Geschehen zu einer „zweiten Revolution“ umzuzeichnen versuchten. Jedem musste klar sein, dass die Islamisten nun ihrerseits die Anhänger mobilisieren würden, und die repräsentieren wohl immer noch ein Viertel der Gesellschaft.

Wer wie viele auf die Straße bringen kann, ist derzeit zur einzig entscheidenden Frage der ägyptischen Politik geworden. Die Massen der einen Seite schreien die Massen der anderen nieder, nicht viel mehr als eine inhaltsleere Dorfschlägerei ist das, „Streetocracy“ nennt die Twitter-Gemeinde diese Regierungsform.

Und wieder einmal zeigt sich, dass nicht primär freie Wahlen, auch nicht das Versammlungsrecht eine Demokratie ausmachen. Sondern vor allem die Checks and Balances funktionierender Institutionen. Kluge, weltoffene Denker wie ElBaradei hoffen, dass es ihnen gelingen könnte, die Militärs wieder in die Kasernen zurückzuschicken; die von den Generälen versprochene neue Verfassung weckt vorsichtige Hoffnungen. Aber Skepsis ist höchst angebracht.

Ende vergangener Woche hatte Armeechef Abd al-Fattah al-Sisi, der neue starke Mann in Kairo, zu Massenkundgebungen gegen den „Terrorismus“ aufgerufen, gemeint waren die Muslimbrüder. Vielleicht war sein Plan auch, neue Notstandsgesetze zu rechtfertigen. Sisi hat im In- und Ausland derzeit eine eher gute Presse, ausgeblendet wird beispielsweise, dass er 2011 für die unsäglichen Jungfräulichkeitstests festgenommener junger Demonstrantinnen verantwortlich war. Und dass es durchaus nicht geklärt ist, von wem in diesen Tagen mehr Terror ausgeht: Zwar



Salafisten-Protest in Tunis: Mordserie gegen Oppositionelle?

haben Islamisten nach ihrer Entmachtung immer wieder provoziert, haben Polizeistationen angegriffen und zu Mordtaten aufgerufen.

Das schlimmste Blutbad aber hat nach übereinstimmenden Recherchen von Human Rights Watch und dem britischen „Guardian“ das Militär verursacht: Soldaten schossen am 8. Juli frühmorgens vor dem Offiziersclub der Republikanischen Garde in Kairo in eine Menschenmenge und töteten 54 Demonstranten, die meisten von ihnen Muslimbrüder.

Um die Lage zu entschärfen, müssten sowohl die Armee als auch die Islamisten zu Kompromissen bereit sein – doch eine Seite hält den Islam für die Lösung, die andere sich selbst. Ägyptens Streitkräfte sind traditionell nur an einem interessiert: an einer wie auch immer hergestellten Stabilität im Land und damit der Sicherheit, ungehindert ihren Geschäften nachgehen zu können. Die Militärs sind die mit Abstand größte Wirtschaftsmacht im Land, sie kontrollieren Hotels und Tankstellen, produzieren die meisten Konsumgüter. Unvorstellbar in Deutschland, dass Bundeswehrsoldaten in Fabriken auf Militärgelände Nudeln abpacken, Bildschirme zusammenschrauben. In Ägypten ist das Realität. Wer in diesen Selbstbedienungsladen hineinfuscht, wird aus dem Weg geräumt. Und als bedürfte es eines Belegs für diese Rolle als Staat im Staate: Armeeangehörige dürfen in Ägypten nicht wählen, sie stehen über den Dingen.

Muslimbrüder sind eher ein Staat außerhalb des Staats: Sie dürfen keine Stellen in der Armee und in der Polizei besetzen, traditionell säkularen Institutionen. Die meisten sind wohl nie wirklich in der Demokratie angekommen und rücken jetzt von ihrer Maximalforderung nicht ab, Mursi wieder einzusetzen. Sie gefallen sich in der Märtyrerrolle und werden dabei aufgehetzt von Qaida-nahen Gruppen wie der in Somalia aktiven Schabab. „Wann werden die Muslimbrüder

endlich aus ihrem Tiefschlaf aufwachen und bemerken, wie sinnlos Bemühungen sind, eine Gesellschaft über Institutionen zu verändern?“, heißt es in einem Tweet der Terroristen.

Der Islam ist die Antwort auf alle Fragen, Andersdenkende haben sich unterzuordnen: Mit diesem totalitären Machtanspruch lässt sich in der Tat kein Staat machen. So verstanden, sind Religion und Demokratie wirklich unvereinbar – ebenso wie Militärherrschaft und Demokratie.

Ein Modell, wie sich Glauben und moderne Staatsführung vereinbaren ließen, zeigte in der Türkei hoffnungsvolle Ansätze. Die islamistisch-konservative AKP unter Recep Tayyip Erdogan gewann mehrfach freie Wahlen, feierte einen erstaunlichen Wirtschaftsaufschwung, erlaubte zumindest teilweise eine freie Presse. Bis sich Erdogan jetzt entschloss, diesem Experiment de facto ein Ende zu bereiten, auf Demonstranten einprügeln ließ, Journalisten verfolgte und bürgerliche Freiheiten erheblich einschränkte.

In Iran hat der schiitische Gottesstaat abgewirtschaftet, die Mullahs werden als korrupt und inkompetent verachtet. In Saudi-Arabien sieht sich das sunnitische Königshaus Al Saud, Hüter der heiligsten Glaubensstätten in Mekka und Medina, einer zynischen Jugend gegenüber, die den Prunk der Prinzen verabscheut. Im Gaza-Streifen stellen die Menschen immer häufiger kritische Fragen an die regierenden fundamentalistischen Scharfmacher von der Hamas.

Kein Zweifel, der politische Islam, lange Zeit im Westen als eine Gegenideologie gefürchtet, ist auf dem Rückzug. In Tunesien, dem Geburtsplatz des Arabischen Frühlings, wurde mit Mohammed Brahmi am vergangenen Donnerstag nun schon der zweite prominente linksliberale Politiker ermordet, ein Gegner der regierenden islamistischen Nahda-Partei – war dies eine gezielte Provokation durch die nicht an der Macht beteiligten, besonders



JIM WATSON / AP / DPA

General Sisi in Kairo: *Pläne für das Verhängen des Kriegsrechts?*

radikalen Salafisten? Zigtausende gingen beim Generalstreik am Freitag jedenfalls auch in Tunesien auf die Straße, mindestens ein Demonstrant starb. Manches deutet darauf hin, dass sich das ägyptische Beispiel in Tunis wiederholt: Eine gewählte, aber unfähige islamistische Regierung wird durch demonstrierende Menschenmassen von der Macht vertrieben.

Ein Grund zum Triumphgeschrei ist das nicht. Denn dort, wo der Islamismus sich – zumindest formal – den Spielregeln der Demokratie unterworfen hat, wurde er nicht mit (nur) demokratischen Mitteln bekämpft. In Algerien ließ man die Islamisten erst gar nicht an die Macht, in Ägypten putschte man sie nach einjähriger Regierungszeit von der Macht. Dass es so kam, ist eine Tragödie, es bestärkte all die Ultraradikalen, die von ihrer Verantwortung ablenken konnten. Vielleicht werden das auch die Ungeduldigen begreifen, all diejenigen, die meinten, mit der Macht der Straße eine „zweite Revo-

lution“ entfachen zu müssen: Es wäre besser gewesen, die – in allen Meinungsumfragen stark geschwächten – Muslimbrüder ihre Amtszeit zu Ende bringen zu lassen und sie dann krachend abzuwählen.

„Wir haben bis jetzt eigentlich nur eines bewiesen – dass wir Regime stürzen können“, sagte einer der wenigen Selbstkritischen auf dem Tahrir-Platz. Konstruktiv ist etwas anderes. Und was ist, wenn die nächste, noch so wohlwollende Regierung an der Herkulesaufgabe scheitert, den rund 40 Prozent arbeitslosen Jugendlichen adäquate Jobs zu verschaffen? Noch eine, und dann noch eine Groß-Demo in einem Jahr, und wieder ein Coup?

Der Westen sollte Bedingungen an eine Zusammenarbeit mit den Militärs in Ägypten stellen: die sofortige Freilassung hochrangiger Muslimbrüder, rechtsstaatliche, transparente Verfahren gegen diejenigen, die zur Gewalt aufgehetzt haben. Und eine Untersuchung der brutalen Übergriffe durch die eigenen Soldaten,

besonders des Massakers am 8. Juli. Bis dahin müssten sämtliche Wirtschaftshilfen eingefroren werden, Waffenlieferungen sowieso.

Einen bescheidenen Anfang in diese Richtung machte die US-Regierung, als sie in der vergangenen Woche die Lieferung von vier modernen Kampffjets an die ägyptische Armee aussetzte. Und die deutsche Regierung fordert immerhin einen fairen Umgang mit den Islamisten ein. Den Putsch nannte Außenminister Guido Westerwelle einen „Rückschlag für die Demokratie“.

Die meisten Demonstranten in Ägypten, welcher Richtung sie auch angehören, halten nicht viel von westlicher Einmischung. Sie sind Angehörige einer zutiefst gespaltenen, polarisierten Nation – entweder entschlossene Fans der Muslimbrüder oder deren hasserfüllte Gegner. 15 Tage nun gilt der Haftbefehl gegen den Ex-Präsidenten Mursi, dann wird möglicherweise schon über sein Schicksal entschieden: Anklage wegen Schwerverbrechen, Hausarrest oder Freilassung.

Und auf der anderen Seite träumen Liberale in einem seltsamen Schulterschluss mit den Militärs von einem Aufblühen der Wirtschaft, von neuen Jobs, einer besseren Zukunft – auch nicht viel realistischer. Mindestens sieben Demonstranten werden in der Nacht zum Samstag in Alexandria getötet, eine weit größere Zahl, so behaupten die Muslimbrüder, sollen es in Nasr City in Kairo gewesen sein. Mit einem großen Militäraufgebot hatte die Regierung den Hauptplatz abriegeln lassen, um Fanatiker der einen Seite von der anderen zu trennen.

Ob eine weitere Eskalation verhindert werden kann, bleibt offen. Innenminister Mohamed Ibrahim kündigte am Wochenende die Auflösung der Mahnwachen von Mursi-Anhängern in Kairo an. ♦

USA

„Mehr Kontrolle“

Auch in Washington hat eine Debatte über die Rechtmäßigkeit der Überwachung durch den Geheimdienst NSA begonnen. Obama-Berater John Podesta fordert eine nationale Kommission.



Podesta, 64, war Stabschef von US-Präsident Bill Clinton und leitete Barack Obamas Übergangsregierung. Der Demokrat zählt zu den engen Vertrauten des Präsidenten und ist Gründer des liberalen Think-Tanks Center for American Progress.

SPIEGEL: Laut einer Umfrage sehen fast drei Viertel der Amerikaner die Privatsphäre der Bürger durch NSA-Spionage verletzt; eine Gesetzesinitiative gegen die Datensammelwut der NSA scheiterte nur knapp im Kongress. Fürchten nun auch die Amerikaner den Überwachungsstaat?

Podesta: Wir betreten derzeit Neuland. Der rasante technologische Fortschritt überfordert die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Viele Medien hier haben sich in den vergangenen Wochen vor allem darauf konzentriert, ob Whistleblower Edward Snowden den Weltrekord für den längsten Zwischenstopp an einem Flughafen bricht. Dabei müsste es doch um die realen Gefahren gehen, die seine Enthüllungen offenbart haben.

SPIEGEL: Was meinen Sie damit?

Podesta: Als wir zuletzt im Jahr 2005 in Amerika über die National Security Agency (NSA) diskutierten, verstieß die Behörde gegen bestehende Gesetze, als sie amerikanische Bürger ohne Gerichtsbeschluss überwachte. Heute existiert ein

gesetzlicher Rahmen, Prism und andere Abhörprogramme sind nach US-Recht legal. Also geht es nicht um juristische Verstöße, sondern um viel mehr: Daten lassen sich heute schneller verarbeiten und durchsuchen, die Kosten für ihre Speicherung sind dramatisch gesunken. Zum ersten Mal ist umfassende IT-Überwachung nicht nur technologisch, sondern auch finanziell möglich. Wir müssen endlich eine landesweite Diskussion führen, wie unsere Gesetze mit dieser Entwicklung mithalten können.

SPIEGEL: Sie gehen davon aus, dass diese Debatte auch nach dem gescheiterten Gesetzesvorstoß weitergeführt werden wird?

Podesta: Fest steht, Amerikas Bürger haben ein Anrecht darauf, die Gesetze, unter denen sie leben, genau zu verstehen. Und sie werden dieses Recht auch einfordern. Schauen Sie nur, wie sich die Diskussion über geheime Drohnen-Attacken entwickelt hat: Eine Allianz aus linken und rechten Bürgern und Parlamentariern protestierte aus Sorge vor der Nutzung dieser Technologie im eigenen Land. Also musste Obama diese Bedenken vor kurzem öffentlich in einer Rede zum Thema machen. Im Rückblick stellt sich die Frage, warum er diese Rede nicht viel früher gehalten hat.

SPIEGEL: Sollte Präsident Obama sich ähnlich zur NSA einlassen?

Podesta: Zumindest müsste er sich öffentlich erklären, aber das allein genügt nicht. Ich würde ihm empfehlen, eine nationale

Kommission einzusetzen, um diese wichtigen Entwicklungen zu untersuchen. Solche Präsidial-Kommissionen waren schon in verschiedensten Situationen sehr hilfreich: bei der Untersuchung des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor, der zu Amerikas Eintritt in den Zweiten Weltkrieg führte, oder bei den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Eine Kommission könnte klare Vorgaben für ein flexibles gesetzliches Rahmenwerk erarbeiten, wie sich technologischer Fortschritt und Bürgerrechte vereinbaren lassen – und nebenbei auch noch Empfehlungen für den privaten Sektor liefern.

SPIEGEL: Was hat der damit zu tun?

Podesta: Woher bezieht die NSA denn ihre Informationen? Zumindest zum Teil aus Daten, die von privaten Unternehmen gesammelt werden. Die Nutzer geben freiwillig eine Menge persönlicher Daten her. Firmen wie Google oder Facebook veröffentlichen ellenlange Geschäftsbedingungen, denen man einfach per Mausklick zustimmt, ohne lange nachzudenken. Smartphones, in die Ortungssysteme eingebaut sind, speichern den jeweiligen Standort. Soziale Netzwerke nutzen Daten ihrer Kunden, um Anzeigen zu verkaufen. Telefongesellschaften sammeln die Verbindungen zu jedem Anruf. Alte Gesetze in den USA führen dazu, dass diese Daten von der Regierung genutzt werden können. Das mag vor der Facebook-Ära angemessen gewesen sein, wir müssen aber ernsthaft darüber nachdenken, ob das heute noch der Fall ist.

SPIEGEL: Sie reden viel über die Rechte von US-Bürgern. Auch die Europäer sind empört darüber, dass sie ohne jede Einschränkung abgehört werden können.

Podesta: Wir brauchen mehr Kontrolle und Transparenz für unsere Überwachungsaktivitäten im Ausland. Es ist möglich, unsere nationale Sicherheit zu garantieren, ohne das amerikanische Ideal einer geschützten Privatsphäre aufzugeben. Präsident Obama könnte den Ärger in Deutschland dämpfen, wenn er genauer erklären würde, was die US-Behörden dort eigentlich tun.

SPIEGEL: Stattdessen hört man in Washington meist, die Europäer sollten sich nicht so anstellen – sie hätten ohnehin von den NSA-Maßnahmen gewusst.

Podesta: Na ja, die Europäer agieren schon etwas heuchlerisch. Die meisten Regierungen dort wissen ja tatsächlich seit langem genau, was wir Amerikaner tun. Und sie haben dabei zumeist kooperiert und davon profitiert. Ich verstehe, warum europäische Politiker nun öffentlich gegen Prism und andere Programme protestieren müssen – aber es ist ein wenig scheinheilig.

INTERVIEW: GREGOR PETER SCHMITZ



Anhörung im Kongress zur NSA-Überwachung
„Präsident Obama müsste sich erklären“



Obdachlose Familie nahe der Stadt Bulawayo: Jeder neunte Simbabwer ist von ausländischer Nahrungsmittelhilfe abhängig

SIMBABWE

Im Land der toten Wähler

Schon vor der Abstimmung diese Woche scheint festzustehen: Präsident Mugabe wird weiter regieren. Wahllisten wurden manipuliert, Kritiker eingeschüchtert. Die Opposition ist zerstritten.

Auch nach einer Woche Suche sind in Harare keine 100-Jährigen zu finden. Es gibt nicht einmal jemanden, der einen kennt. Dabei müssten in Simbabwe jede Menge Greise herumlaufen, denn von den über 13 Millionen Staatsbürgern sollen genau 116 195 dieses biblische Alter erreicht haben. Damit würden hier neunmal so viele 100-Jährige leben wie in Deutschland.

„Das ist leicht zu erklären“, sagt McDonald Lewanika und lächelt spöttisch: „Diese Leute existieren nicht. Sie sind Phantomwähler.“ Lewanika ist Direktor der Crisis in Zimbabwe Coalition, eines Bündnisses von Regimekritikern. „Das Wählerverzeichnis wurde gefälscht. Ich fürchte, das Ergebnis steht bereits fest: Der Alte wird wieder gewinnen.“



Der Alte, das ist Robert Mugabe, 89, Präsident von Simbabwe seit 33 Jahren, seit Lewanika geboren wurde. In dieser Zeit hat sein Regime das Land so gut wie ruiniert. Gewählt wird er trotzdem immer wieder, mit schier unglaublichen Zustimmungsraten. Auch die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in dieser Woche hat Mugabes Machtapparat bereits im Vorfeld durch eine Reihe von Manipulationen entschieden.

Die zahlreichen 100-Jährigen sind nur eine von vielen Merkwürdigkeiten: Dem Wahlregister zufolge leben in 63 Bezirken mehr Wähler als Einwohner. Auch in den ländlichen Hochburgen der Mugabe-Partei Zanu-PF kam es zu einer wundersamen Vermehrung der Stimmberechtigten, während ihre Zahl in städtischen Regionen nach unten korrigiert wur-

de – ganz zufällig leben dort viele Unterstützer der wichtigsten Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC). Über eine Million Menschen auf den Wahllisten sind entweder verstorben oder weggezogen. Und 1,9 Millionen Bürger unter 30 Jahren wurden erst gar nicht erfasst.

Das haben Experten der Research and Advocacy Unit herausgefunden, die die Wahllisten analysierten. Nur wer darin eingetragen ist, darf abstimmen.

Damit auch die verbliebenen möglichen Anhänger der Opposition für die Zanu-PF stimmen, werden sie eingeschüchtert. Das Regime hat angeblich 50 000 Parteimilizionäre übers Land verteilt. Andersdenkende werden systematisch verfolgt, eingesperrt, gefoltert. Im Juni starb ein Ex-Minister der Zanu-PF bei einem mysteriösen Verkehrsunfall; er hatte Diamantendeals hochrangiger Politiker aufgedeckt.

Glen View am Rand von Harare ist ein dichtbesiedeltes, verwahrlostes Viertel, mit Schlaglochpisten, Müllbergen, Autowracks. Die Mehrheit der verarmten Bewohner sympathisiert mit der Opposition.

Am Straßenrand wartet eine Frau, sie trägt einen breitkrempigen Strohhut, um nicht erkannt zu werden; Kontakte mit weißen Ausländern sind gefährlich. Sie bezeichnet sich als Aktivistin, die für Demokratie kämpft, aus Sicherheitsgründen möchte sie ihren Namen nicht verraten.

ten. „Mugabes Schlägerbanden haben im Wahlkampf 2008 Häuser angezündet und Leute verprügelt, die rote Kleidung trugen, die Farbe der MDC“, erzählt die Frau, „wir haben das nicht vergessen.“ Heute könne der Big Man, wie sie Mugabe hier nennen, auf rohe Gewalt verzichten. Es reiche schon, wenn seine Helfer von Tür zu Tür zögen und Streichhölzer hochhielten. „Glen View ist wie gelähmt. Die Menschen haben Angst.“

In einer Bierschenke in Glen View läuft die Live-Übertragung einer Wahlkampfveranstaltung. Mugabe redet und redet, zwei Stunden lang. Er klammert sich ans Podium, nuschelt, verhaspelt sich, verwechselt die Afrikanische mit der Europäischen Union. Vor ihm wogt ein Meer aus gelbgrünen Kappen und T-Shirts, echte Anhänger oder Leute, die hergekartet wurden, um dem Präsidenten zuzujubeln, dem „von Gott erwählten Führer“, wie Mugabes Frau Grace sagt.

Der greise Diktator wirkt erschöpft und gebrechlich. Er leidet unter Prostatakrebs im fortgeschrittenen Stadium und soll in jüngster Zeit zwei oder drei leichte Schlaganfälle erlitten haben. Aber sein Machtwille hält ihn aufrecht: Er will die Ernte der Angst einfahren und der Welt noch einmal zeigen, dass er siegen kann.

Wenn Mugabe seinen Rettungsplan für das marode Land verkündet, läuft er zu Hochform auf. Er will 1138 ausländische Firmen „indigenisieren“, also enteignen, in den mehrheitlichen Besitz einheimischer Unternehmer überführen und so den Staat sanieren. „Das wäre die nächste Plünderung nach der katastrophalen Landreform“, sagt ein Börsenexperte, der anonym bleiben will. „Das würde den Todesstoß für Simbabwe bedeuten.“

Mit der Landnahme vor 13 Jahren begann der Absturz des Landes. 4000 weiße Farmer wurden damals enteignet und vertrieben. Seither muss die einstige Kornkammer Simbabwe Mais importieren. Derzeit werden 1,5 Millionen Simbawer von internationalen Hilfsorganisationen mit Nahrungsmitteln versorgt, damit sie nicht verhungern. Drei Millionen wanderten nach Südafrika aus, auf der Suche nach Brot und Arbeit.

Die Wirtschaft schrumpfte nach der sogenannten Agrarrevolution zwischenzeitlich um mehr als 40 Prozent, die Arbeitslosigkeit stieg auf über 90 Prozent. 2009 kollabierte die Währung und wurde durch den US-Dollar ersetzt, nachdem die Inflation die unvorstellbare Höhe von 60 Milliarden Prozent erreicht hatte.

Mugabe hat sein Land im Kampf gegen die britischen Kolonialherren befreit –



Wahlkämpfer Mugabe: Die Ernte der Angst einfahren

und anschließend in ein Armenhaus verwandelt. Aber in seinen Augen sind immer andere schuld an der Misere: die Briten, die Neoimperialisten, die Weißen, die Sanktionen des Westens.

Der Mann, der die „Indigenisierung“ der Wirtschaft durchführen soll, heißt ausgerechnet Saviour, Retter. Nachname: Kasukuwere. Ein Koloss, schwer wie ein Preisboxer. Seine Mitstreiter rufen ihn „Tyson“. Kasukuwere, 42, jüngster Minister der Zanu-PF, residiert in der 20. Etage eines Hochhauses im Zentrum von Harare. Großräumiges Büro, protzige Ledersofas, Blick über die Hauptstadt.

Könnte es sein, dass sich die Parteiführer mit Hilfe der Enteignungen bereichern wollen? Absoluter Unsinn, schimpft Kasukuwere. „Es geht um die Bekämpfung der Armut. Wir befreien uns von der ökonomischen Apartheid.“ Er hört sich an wie Mugabe, wohl auch deshalb wird er als potentieller Nachfolger gehandelt. Es heißt, der Präsident habe einem befreundeten Politiker aus Sambia anvertraut, dass er bald nach seinem neuerlichen Triumph zurücktreten wolle.

„Die Vorbereitung für diese Wahlen war viel zu kurz, die Auflagen der neuen Verfassung wurden nicht erfüllt“, sagt ein westlicher Diplomat. „Wir hoffen nur, dass es nach dem Urnengang ruhig bleibt. Und dass das Militär nicht putscht, wenn das falsche Resultat herauskommt.“ Vertreter der USA und der EU haben trotzdem bereits angekündigt, die restlichen Sanktionen gegen das Regime aufzuheben, sollten die Wahlen friedlich verlaufen.

Doch das ist keineswegs sicher. Denn die Mehrheit des Volkes glaubt Mugabes

Getöse nicht länger. Schon bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2008 verlor er die erste Runde gegen MDC-Chef Morgan Tsvangirai, 61. Um den Sieg bei der Stichwahl zu sichern, terrorisierten Polizei, Militär und Parteimilizien die Bevölkerung, wobei über 200 Menschen getötet wurden.

Neutrale Wahlbeobachter sind nicht zugelassen, nur Gesandte befreundeter Staaten dürfen die Stimmabgabe überwachen. „Die Wahlen sind auch diesmal weder frei noch fair. Mugabe wird den Sieg wieder stehlen“, prophezeit Blessing Vava, 30, einer der vielen Blogger, die mangels einer unabhängigen Presse immer mehr Anhänger gewinnen.

Der Bekannteste unter ihnen ist „Baba Jukwa“, der jeden Tag neue Machenschaften der Zanu-PF aufdeckt und 286 000 Anhänger auf Facebook hat. Baba Jukwa ist ein Pseudonym, niemand weiß, wer dahintersteckt. Aber der Whistleblower liegt oft richtig. So

richtig, dass Mugabe 300 000 Dollar für seine Enttarnung versprochen hat.

„Viele Junge misstrauen der politischen Klasse und werden auch die MDC nicht mehr wählen“, sagt Vava. „Sie sind enttäuscht von Tsvangirai, manche werfen ihm sogar Kumpane mit Mugabe vor.“

Tsvangirai, der MDC-Chef, ist seit 2009 Premierminister in einer von Südafrika vermittelten Koalitionsregierung. Mugabe aber kontrolliert weiterhin Polizei, Militär, Geheimdienste, das Justizwesen und die Medien. Tsvangirai, Pro-forma-Premier und Oppositionsführer in einem, macht hauptsächlich mit Frauengeschichten Schlagzeilen. Einige seiner Parteifreunde sind genauso korrupt geworden wie die Bonzen der Zanu-PF, sie fahren protzige Dienstwagen und wohnen in schönen Villen. Die Opposition hat es nicht geschafft, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, sie ist tief zerstritten.

Im Book Café in Harare, wo sich Künstler, Intellektuelle und Studenten treffen, nimmt keiner die Politiker noch ernst. Die meisten hier sind unter 30, sie repräsentieren eine neue, skeptische Generation, die sich über das Internet informiert und in ihrem Land keine Zukunft sieht.

Auf der Bühne des Cafés parodieren drei Kabarettisten die Nachrichten des Propagandasenders ZBC. Einer spielt einen Reporter, der aus einem Dorf berichtet und eine versiegelte Urne präsentiert – schon vor dem Wahltag vollgestopft mit 50 000 Stimmzetteln. „Habt Respekt vor unseren Ahnen!“, ruft der Moderator, das Publikum lacht. Es weiß um die vielen Toten, die auf der Wählerliste stehen.

BARTHOLOMÄUS GRILL

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Bastarde des Kommunismus“

Der polnische Ex-Dissident und Publizist Adam Michnik über die Gefahr autoritärer Regime in Osteuropa, den Verfall der politischen Kultur und das Gefühl der Polen und der Ungarn, in Europa nur Bürger zweiter Klasse zu sein

Ein Zimmer im fünften Stock des Gebäudes der linksliberalen Warschauer „Gazeta Wyborcza“. Überall Zeitungs- und Bücherstapel, an den Wänden Urkunden amerikanischer und deutscher Universitäten, daneben Fotos mit Staatsmännern aus aller Welt. Am Tisch sitzt, eine Elektrozigarette rauchend, Adam Michnik, der Chefredakteur der „Gazeta“ – der wichtigsten überregionalen polnischen Tageszeitung, die 1989 als erstes legales Blatt der Gewerkschaft Solidarność erschien. Michnik, 66, ist Polens bekanntester Ex-Dissident. Für seine politischen Überzeugungen ging er mehrfach ins Gefängnis, zum ersten Mal als 19-Jähriger. Er schrieb für Untergrundzeitschriften und unterstützte die unabhängige Gewerkschaft Solidarność. Als das kommunistische Regime 1981 das Kriegsrecht verhängte, wurde Michnik interniert. Im Frühjahr 1989 saß er als Berater Lech Walesas mit am Runden Tisch und handelte die ersten freien Wahlen aus. Die Umbrüche in Osteuropa lassen ihn seither nicht mehr los. Die Demonstrationen in Bulgarien gegen die korrupte politische Klasse, die autoritären Tendenzen in Ungarn und der aufkeimende Nationalismus, all das sind für ihn späte Folgen von 40 Jahren Unfreiheit und Bevormundung. Zum SPIEGEL hat Michnik eine besondere Beziehung. Als er in den siebziger Jahren Jean-Paul Sartre in Paris besuchen durfte, rief er von dort in Hamburg an. Ob die Redaktion nicht einen Essay von ihm drucken könne? Sie tat es. „Es war mein erster Artikel, den ich in einem wirklich wichtigen westlichen Blatt veröffentlichen konnte. Da wussten die Machthaber in Polen, dass sie mich nicht mit Gewalt ruhigstellen konnten.“

SPIEGEL: Herr Michnik, seit mehr als sechs Wochen gehen in Bulgarien Tausende auf die Straße, um gegen das verrottete politische System ihres Landes zu demonstrieren. Grabenkämpfe und Hass prägen die politischen Auseinandersetzungen in Osteuropa, über 20 Jahre nach dem Aufbruch in die Demokratie. Woran liegt das?

Michnik: Es fehlt die politische Kultur, eine Kultur des Kompromisses. Wir in Polen oder auch die Ungarn haben so etwas nicht gelernt. In den Ländern Osteuropas gibt es zwar einen starken Freiheitswillen, aber keine demokratische Tradition, dort besteht nach wie vor die Gefahr von

Anarchie und Chaos. Demagogie und Populismus stehen hoch im Kurs. Wir sind die unehelichen Kinder, die Bastarde des Kommunismus, unsere Mentalität wurde von ihm geformt.

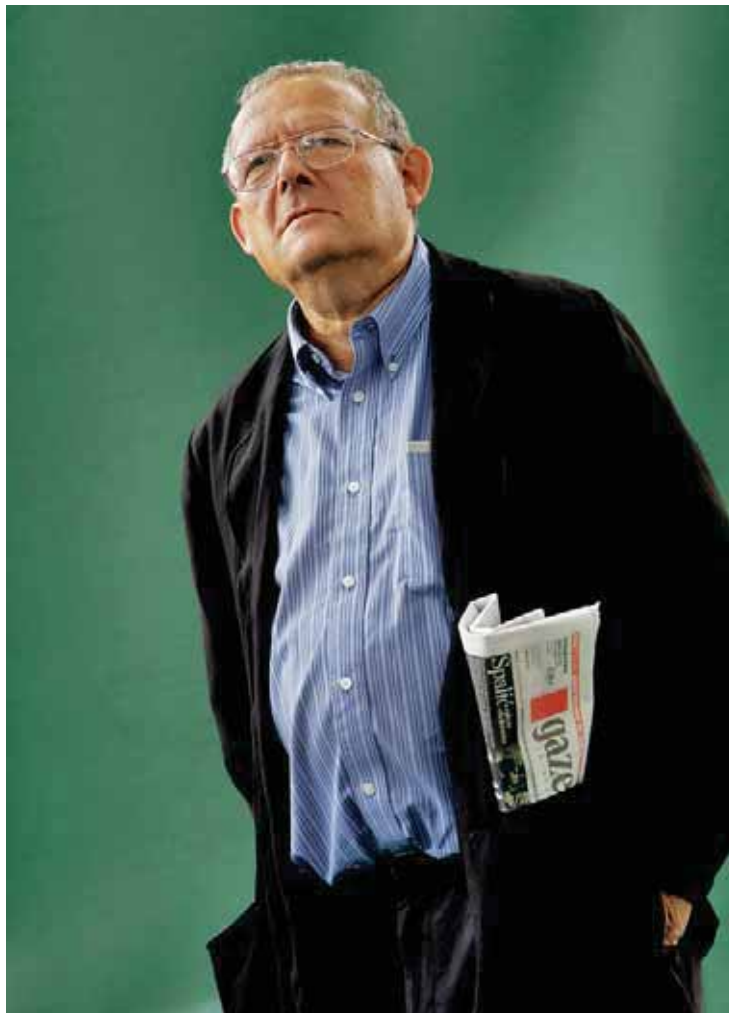
SPIEGEL: Der ungarische Premier Viktor Orbán, sehr radikal in seinem Vorgehen gegen Presse und Opposition, hat in Osteuropa durchaus Bewunderer. Ebenso wie in Ihrem Land der nationalkonservative Oppositionsführer Jarosław Kaczyński. Ist ein autoritärer Politikertyp charakteristisch für den Osten?

Michnik: Es gibt nach wie vor Politiker bei uns, die einen anderen Staat anstreben:

Kaczyński genauso wie Orbán in Ungarn. Die wollen einen schleichenden Staatsstreich. Wenn Orbán sich in Ungarn hält oder bei uns Kaczyński gewinnen sollte, wäre das gefährlich. Beide haben eine autoritäre Vorstellung vom Staat, die Demokratie ist nur Fassade.

SPIEGEL: Orbán sagt, man brauche eine „zentralistische Mehrheitsdemokratie“, um klare Entscheidungen treffen zu können, notfalls per Dekret. Anders seien Gefahren wie die Wirtschaftskrise nicht abzuwehren.

Michnik: Das Gleiche hat Hitler gesagt: spezielle Dekrete, Notverordnungen. Das ist der Weg in die Hölle. Ehrlich gesagt, in Ungarn hatte ich das am allerwenigsten erwartet, denn dieses Land hat als erstes ein Loch in den Eisernen Vorhang geschnitten. In Rumänien und Bulgarien vielleicht, aber nicht in Ungarn. Was dort jetzt passiert, speist sich aus der tiefen Enttäuschung über die Sozialdemokraten, die vorher an der Regierung waren und das Land wirtschaftlich an den Abgrund getrieben hatten. In Polen wurden zum Glück gleich zu Beginn der neunziger Jahre die wichtigsten Re-



Chefredakteur Michnik: „Die wollen einen schleichenden Staatsstreich“

P. KEIGHTLEY / CULTURE-IMAGES / LEBRECHT MUSIC & ARTS



Demonstration gegen die Regierung in Sofia: „Es fehlt eine Kultur des Kompromisses“

formen beim Übergang zur Marktwirtschaft durchgeführt, und zwar schnell. In Ungarn lief das anders. Deswegen ist die Bevölkerung jetzt enttäuscht und stellt alles in Frage. Selbst das, was sie sich einst erträumte.

SPIEGEL: Ob jemand politisch missliebige Richter oder Chefredakteure absetzt – das ist den Leuten plötzlich wieder egal? Haben sie vergessen, wie es unter den Kommunisten war?

Michnik: Ein Teil der Gesellschaft in unseren Ländern würde auch heute noch ein autoritäres Regime bevorzugen. Das sind Leute mit der Mentalität des Homo sovieticus. Aber die gibt es auch in Frankreich, denken Sie an Le Pen, und sogar in Finnland und Schweden.

SPIEGEL: Orbán versucht sein Land auf ein „System der nationalen Zusammenarbeit ohne Kompromisse“ einzuschwören. Was meint er damit?

Michnik: Der britische Historiker Norman Davies hat diese Form der Demokratie eine „Regierung der Kannibalen“ genannt. Es finden demokratische Wahlen statt, aber danach frisst die siegreiche Partei die Verlierer auf. Darin besteht der schleichende Staatsstreich: demokratische Institutionen wieder auszuschalten oder sie selbst zu übernehmen. Weil man glaubt, man habe die Wahrheit allein gepachtet. Irgendwann haben Parteien dann keine Bedeutung mehr, das System beruht wieder auf einem Monolog der

Macht. Die demokratischen Institutionen im Westen sind tiefer verwurzelt als bei uns, dort kann die Demokratie sich verteidigen. Bei uns ist alles noch brüchig und fragil, selbst zwei Jahrzehnte nach Ende des Kommunismus.

SPIEGEL: Orbán, Kaczyński und andere sprechen davon, die Revolution von 1989 endlich vollenden und mit den Kommunisten abrechnen zu wollen. Stellen denn die mehr oder weniger gewendeten Funktionäre heute noch eine Gefahr dar?

Michnik: Ich bin der Meinung, dass es gut war, dass Polen den Weg der Versöhnung gegangen ist und nicht den Weg der Rache, der Revanche. Dafür werde ich noch immer angefeindet. Ich war ein Anhänger Adenauers. Auch der hatte nach dem Krieg mehrere Möglichkeiten: die Leute in seiner Umgebung, die Anhänger Hitlers waren, ins Gefängnis zu stecken oder aus ihnen Demokraten zu machen. Er wählte den zweiten Weg. Auch unser neu-

es Polen sollte ein Polen aller sein. Der andere Weg wäre gewesen, dass die Opposition 1989 sofort die Macht übernommen, sie also nicht mit dem alten Regime geteilt hätte. Die Kommunisten hätten wir dann an Laternen aufhängen müssen, eine schmale, elitäre Gruppe hätte regiert. Das wäre ein Antikommunismus mit bolschewistischem Gesicht gewesen.

SPIEGEL: Viele Menschen sagen, dass die alten Seilschaften sich wieder etabliert hätten. In Bulgarien demonstrieren zurzeit Tausende, darunter viele Angehörige einer neuen, urbanen Mittelschicht, gegen die politische Klasse ihres Landes.

Michnik: Ja, aber auch in Bulgarien hat es freie Wahlen gegeben, da hat gerade die Opposition gewonnen. In der Demokratie ist die Staatsmacht ein Abbild der Gesellschaft, die Leute sind gewählt. Und es gewinnt mitunter ein Typ aus dem alten Apparat, der alles andere als ein Sympathieträger ist. Aber Demokratie gilt nun mal für alle. Nicht nur für die Edlen und Klugen.

SPIEGEL: In Bulgarien wurden die Archive der Geheimpolizei nur halbherzig geöffnet, in Rumänien sind überall noch ehemalige Mitglieder der berüchtigten Securitate aktiv. Wie lebt es sich in einer Gesellschaft, in der die Täter von damals besser dastehen als ihre früheren Opfer?



Michnik (r.) beim SPIEGEL-Gespräch*
„Mentalität des Homo sovieticus“

* Mit Redakteur Jan Puhl, Mitarbeiterin Marta Solarz und Redakteur Christian Neef in Warschau.

Michnik: Sie sagen jetzt dasselbe, was ich einst über die Bundesrepublik gesagt habe – „überall alte Nazis“. Es waren aber Ex-Nazis. Natürlich war Rumänien ein Orwell-Staat und die Securitate überall. Alle Länder, die aus einer Diktatur kommen, haben diese Probleme, auch Spanien und Portugal hatten sie. Deswegen kann man doch keine antikommunistische Apartheid einführen.

SPIEGEL: Die westliche Forderung nach mehr Geschichtsaufarbeitung ist Ihnen zu simpel?

Michnik: Ja. In Polen hatten wir nach der Wende zwei Amtszeiten lang einen Postkommunisten als Präsidenten: Aleksander Kwaśniewski. Der war sehr gut, er hat Polen in die Nato und in die EU geführt. Der Ruf, endlich konsequent aufzuräumen, ist ein Propagandawerkzeug der Rechten. Die dulden doch selbst solche Leute. Kaczyński machte einen Richter zum Vizejustizminister, der den heutigen Präsidenten Komorowski einst zu einer Haftstrafe verurteilt hatte.

SPIEGEL: Unter autoritären Rechten wie Kaczyński und Orbán blüht der Nationalismus wieder auf. Wie kann das sein in einem vereinigten Europa?

Michnik: In Zeiten großer Umbrüche, wie wir sie erleben, suchen die Leute etwas, woran sie sich festhalten können. In Ungarn ist das der Trianon-Komplex: Kein Ungar hat vergessen, dass man nach dem Ersten Weltkrieg laut dem Vertrag von Trianon zwei Drittel des Königreichs an die Nachbarstaaten abtreten musste und dass viele Ungarn heute jenseits der Grenzen leben. Orbán spielt gut auf diesem Instrument.

SPIEGEL: Er propagiert ein neues „Ungarntum“.

Michnik: Ich habe schon 1990 geschrieben, dass das letzte Stadium des Kommunismus der Nationalismus ist: ein Denksystem, das auf komplizierte Fragen einfache, aber falsche Antworten gibt. Der Nationalismus ist die fast schon natürliche Ideologie autoritärer Regime.

SPIEGEL: Und mit ihm kommt auch wieder Antisemitismus auf. Laut einer US-Studie sagen in Ungarn 70 Prozent der Menschen, die Juden hätten zu viel Einfluss auf Geschäftsleben und Finanzwelt.

Michnik: Polen ist das einzige Land in Osteuropa, das sich in dieser Hinsicht mäßigen konnte. Bei uns ist Antisemitismus nicht mehr salonfähig, nicht in der Politik.

SPIEGEL: Wie soll der Westen mit Orbán umgehen?

Michnik: Wir sollten sehr offen Kritik üben, Europa darf zu Ungarn nicht schweigen. Notfalls müssen Sanktionen her. Als der Westen nach Einführung des Kriegsrechts

gegen das kommunistische Polen Sanktionen verhängte, haben wir gesagt: Man merkt ja gar nichts. Aber letztendlich waren sie wirkungsvoll.

SPIEGEL: Auch die Warschauer Regierung hält sich mit Kritik an Ungarn zurück.

Michnik: Sie hat das Gefühl, dass die osteuropäischen EU-Länder ohnehin als Mitglieder zweiter Klasse behandelt werden und dass offene Kritik die Diskriminierung weiter verstärken würde.

SPIEGEL: Warum fühlt sich der Osten in der EU als Bürger zweiter Klasse?

Michnik: Nehmen Sie Polen: Bei uns gibt es die Überzeugung, dass wir in die erste Klasse gehören. Das hat mit unserem Messianismus zu tun, dem Bewusstsein, die Vorhut des christlichen Europa an der Grenze zum barbarischen Osten zu sein.



Berliner Mauer*: „Keine antikommunistische Apartheid“

SPIEGEL: Polen geht es wirtschaftlich gut, es bekommt viel Geld von der Europäischen Union.

Michnik: Das stimmt, aber das nehmen die Leute nicht wahr. Von Paris, Prag oder Berlin aus gesehen ist Polen ein tolles Land. Aber schalten Sie mal den katholischen Sender Radio Maryja ein: Da ist Polen das Land der Katastrophe und wird angeblich von Leuten regiert, die die polnische Nation biologisch auslöschen wollen. 30 Prozent der Polen glauben, die Flugzeugkatastrophe von Smolensk, bei der Präsident Lech Kaczyński ums Leben kam, sei das Ergebnis einer Verschwö-

rung von Ministerpräsident Donald Tusk und Wladimir Putin gewesen.

SPIEGEL: Woher kommt dieser nicht nur in Polen verbreitete Zwang, immer nur das Schlechte zu sehen?

Michnik: Polen und der ganze Osten haben jahrhundertlang keinen solchen Wandel erlebt wie in den letzten 20 Jahren. Aber das ist in unserem Bewusstsein noch nicht angekommen. Wir lieben es immer noch, Pessimisten zu sein.

SPIEGEL: Gehen deswegen Hunderttausende Osteuropäer in den Westen?

Michnik: Das Leben im Westen ist noch immer komfortabler als bei uns. Außerdem waren unsere Länder früher hermetisch verschlossen. Jetzt kann man endlich raus und nutzt das auch. Die Menschen verdienen im Westen Geld, viele kommen dann wieder zurück und machen zu Hause ein Geschäft auf. Das ist doch nicht schlecht. Dafür kommen jetzt zunehmend Menschen aus Weißrussland und der Ukraine zu uns.

SPIEGEL: Aus Ihrer Sicht gehören auch diese Länder zu Europa?

Michnik: Ich wäre sehr dagegen, wenn Europa in Sachen Ukraine die Hände in den Schoß legen würde. Die Franzosen sagen offen, dass sie die Ukraine nicht wollen, die Deutschen geben das nicht ganz so deutlich zu verstehen.

SPIEGEL: Sie haben als Dissident für Ihre politischen Überzeugungen einen hohen Preis gezahlt. Warum spielen die ehemaligen Oppositionellen heute keine Rolle mehr in der Politik?

Michnik: Das musste wahrscheinlich so kommen. Politik in einer Demokratie erfordert andere psychologische Voraussetzungen. Der Kampf gegen den Kommunismus war ein bisschen wie Krieg: Wir legten die Uniform an, gingen an die Front, nach dem Sieg zogen sich viele von uns zurück. Wir Dissidenten hatten sehr hohe moralische Maßstäbe. Keiner glaubte daran, dass der Kommunismus wirklich vor unsern Augen zerfällt. Dann aber passierte es, und an der Spitze des Staates standen plötzlich Menschen wie ich, die eine ganz andere Biografie hatten als die Mehrheit ihrer Landsleute. Aber nach den Regeln der Demokratie Politik zu machen, das hatten wir nicht gelernt. Wahrscheinlich haben wir den Großteil des Volkes mit unseren hehren Ansprüchen auch überfordert.

SPIEGEL: Herr Michnik, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPIEGEL: Herr Michnik, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Video:

Protest auf Bulgarisch

spiegel.de/app312013osteuropa
oder in der App DER SPIEGEL

* Am 10. November 1989.



FOTOS: SANDRA HOYN / DER SPIEGEL

Restaurant in Rangun: „Wir wissen nicht mehr, wer Freund und wer Feind ist“

BURMA

Die Zeit der Deals

Keine Revolution hat die früheren Machthaber weggespült. Die alten Eliten sind noch immer da und bereiten nun den Weg zu einer freieren Gesellschaft. Bei der Gestaltung des Wandels treffen sie auf die Opfer der Militärdiktatur. *Von Sandra Schulz*

Als Aung San Suu Kyi zum ersten Mal nach ihrer Freilassung den neuen Präsidenten von Burma traf, war ihr Lächeln verschwunden, das Lächeln einer Ikone. Streng und unnachgiebig sah sie aus, wie sie da neben Staatschef Thein Sein stand. Sie hielt Distanz. Jeder Zentimeter Abstand schien kostbar. Aber sie stellte sich vor die Kamera, gemeinsam mit einem Mann, der schon unter dem alten Regime Karriere gemacht hatte. Das war im August 2011.

Im Juni dieses Jahres sagte Aung San Suu Kyi, sie wolle Präsidentin ihres Landes werden. Sie erklärte das vor Delegierten eines Wirtschaftsforums in Burmas Hauptstadt Naypyidaw, sogar ein Minister hörte zu. Und als sie das sagte, klang sie ein bisschen kokett. Als habe sie gelernt, das Spiel zu beherrschen.

Jede Geste, jedes Wort von ihr in den vergangenen zwei Jahren war ein Test.

Wie nahe ist sie jetzt den Militärs? Beugt sie sich? Und wer benutzt hier eigentlich wen? Schmücken sich die Militärs mit einer Friedensnobelpreisträgerin, oder bewegt die Friedensnobelpreisträgerin die Machthaber zum Wandel?

In der Gefangenschaft war Aung San Suu Kyi Vorbild durch ihre Unbeirrbarkeit. In Freiheit aber muss sie Moral und Pragmatismus miteinander verbinden, und wieder schaut ihr Land auf sie. Denn in Burma haben viele eine Geschichte von Feindschaft zu erzählen, und wenn selbst Aung San Suu Kyi, die Heilige, mit alten Generälen verhandelt, dürfen es die anderen dann nicht auch?

Entkommen können sie einander ohnehin nicht, die ehemaligen Feinde. Sie können sich nur entscheiden, ob sie die Kraft zur Versöhnung aufbringen oder den Willen zu einem Pakt. Wie aber kann das gelingen, wenn den Menschen noch

ein halbes Jahrhundert Militärdiktatur in den Knochen steckt? Die einen wollen nicht an ihre Schuld denken. Die anderen können ihre Angst nicht vergessen. So geht es Toe Zaw Latt.

Kein Schild steht draußen an der Tür, drinnen sind die grünen Vorhänge zugezogen, eine Plane verdeckt den Balkon zur Hälfte. „Alte Gewohnheiten“, sagt Toe Zaw Latt und lacht. Toe Zaw Latt war schon bei den Rebellen im Dschungel, damals in den achtziger Jahren, er hat aus Thailand für den Oppositionssender Democratic Voice of Burma (DVB) gearbeitet, er kennt sich mit Widerstand und Heimlichkeit aus, sein Leben lang hat er seinen Gegner studiert.

„Wenn du zu sehr in die Öffentlichkeit drängst, fühlen sie sich angegriffen“, sagt er. Wen er genau damit meint, sagt er nicht. Auch nicht, vor wem er und seine Leute von der Democratic Voice of Bur-

ma sich eigentlich verstecken. Sie sind ja jetzt nicht mehr der Exilsender aus Norwegen, der seine Reporter verdeckt in Burma recherchieren lässt. Sie haben eine Redaktion in Rangun. Sie kämpfen nicht mehr gegen eine Diktatur der Generäle. Sie kämpfen gegen Stromausfälle. Auf dem Balkon ihres Büros steht ein Generator. „Wir versuchen uns anzupassen, mit unseren Gefühlen und äußerlich“, sagt Toe Zaw Latt.

Er gibt sich Mühe mit der Anpassung, der Redaktionsleiter von DVB in Burma, 43 Jahre alt. Er trägt nicht mehr so oft Hosen, sondern knotet sich lieber ein langes Tuch vor den Bauch wie die meisten Männer hier. Sein Misstrauen aber lässt sich nicht einfach ablegen. Erst im März vergangenen Jahres ist Toe Zaw Latt in seine Heimat zurückgekehrt, nach 24 Jahren im Exil, mit australischem Pass, und natürlich sieht vieles hier nach einem neuen Burma aus.

Aung San Suu Kyi sitzt nun im Parlament, die EU hat ihre Sanktionen aufgehoben, Coca-Cola neulich eine Fabrik eröffnet, Präsident Thein Sein vorige Woche wieder einmal politische Gefangene freigelassen. Und die Menschen, die schon für Demokratie kämpften, als es noch lebensgefährlich war, bereiten sich gerade auf ein historisches Datum vor, den 25. Jahrestag ihres Aufstands. Am 8. August 1988 gingen die Studenten auf die Straße, es folgten wochenlange Demonstrationen, dann schlug die Militärjunta die Proteste nieder, tötete Tausende. Es wird eine Gedenkveranstaltung geben der „88 Generation Students Group“. Die Gruppe operierte Jahre im Untergrund, jetzt stehen ihre Treffen in der Zeitung.

Toe Zaw Latt aber fragt sich, ob er dem Wandel trauen kann. Er hat schon als Wissenschaftler Transformationsmodelle von Gesellschaften untersucht, das Ende der Apartheid in Südafrika, den Zusammenbruch der DDR. Immer ging es darum, wie ein Land den Neuanfang schafft. Mal sind die früheren Machthaber mit einem Schlag weg, mal gibt es einen Prozess, in dem die neuen Eliten die alten ablösen, mal behält die herrschende Klasse die Kontrolle und lässt trotzdem Raum für neue Akteure. So ist es in Burma: Der Mann, der für den Wandel steht, Präsident Thein Sein, ist ein ehemaliger General. Im Parlament haben die herrschende Partei USDP und die Militärs die Mehrheit.

Toe Zaw Latt aber weiß, wozu burmesische Militärs fähig sind. Er war beim Aufstand 1988 dabei, musste fliehen und

ertragen, dass die Regierung seinen Eltern erklärte, er sei tot. 17 Journalisten, die früher heimlich für seinen Sender arbeiteten, saßen im Gefängnis, weil sie über den Aufstand der Mönche 2007 oder das Versagen der Generäle beim Zyklon „Nargis“ berichtet hatten. In Dreier-Teams waren die Democratic-Voice-of-Burma-Reporter damals unterwegs, einer filmte heimlich aus Kuchenschachteln, einer beobachtete die Geheimpolizei beim Beobachten, der dritte schaffte die Aufnahmen außer Landes. Erzähl nicht einmal deiner



Stellvertretender Minister Ye Htut: „Wir sind die Guten“



Ehemaliger Häftling Than Htay: Kraft zur Versöhnung

Mutter, dass du eine Kamera hast, so lautete die Regel.

Als die DVB im Sommer vergangenen Jahres anfang, offen in Burma zu arbeiten, musste sie erst einmal mit dem Ministerium für Information über ihren Namen verhandeln. Für die Militärs waren sie immer nur die „Saboteure“ gewesen, die einen „Himmel voller Lügen“ produzierten. Wie also sollte man sie jetzt offiziell registrieren? Das Wort „demokratisch“ störte die Beamten nicht, aber der Ländername „Burma“. Schließlich hatten sie ihren Staat in „Republik der Union Myanmar“ umbenannt. Die Journalisten aus Oslo aber erklärten, Democratic Voice of Burma sei ein Markenname, am Ende einigten sie sich auf die Bezeichnung DVB Multimedia Group.

Es geht jetzt immer auch um die Fragen, welche Kompromisse man macht, wo der Verrat anfängt und welche Strategie legitim ist. Die Democratic Voice of Burma gibt inzwischen sogar Mitarbeitern des Staatsfernsehens Nachhilfe. Wie fragt man richtig? Was ist eine Nachricht? Dafür bekommt DVB vom Staatssender hin und wieder kostenlos Filmmaterial. Und das Informationsministerium hilft ihnen, ihre Studioausrüstung aus Oslo durch den burmesischen Zoll zu bringen. Seitdem sogar Präsident Thein Sein dem Sender ein Interview gab, haben die burmesischen Beamten begriffen, dass man den ehemaligen Staatsfeind respektieren muss.

„Wir wissen nicht mehr, wer Freund und wer Feind ist. Und der Regierung geht es genauso“, sagt Toe Zaw Latt. Acht ehemalige politische Häftlinge arbeiten noch heute für ihn in Burma, manche von ihnen wundern sich über die neue Nähe zum Staat. Doch die Zeit der Helden ist vorüber, die Zeit der Deals ist angebrochen.

Toe Zaw Latt sagt, sie würden das Informationsministerium dazu bringen, seinen Kurs zu ändern, am Ende würden alle davon profitieren. „Wir haben nicht Personen gehasst, sondern das System.“ Deswegen habe er auch zu Ye Htut, dem stellvertretenden Informationsminister, „gute Beziehungen“. Er nennt ihn den „Facebook-Minister“, weil er so aktiv ist im Netz.

Der Weg zum „Facebook-Minister“ führt in die Hauptstadt Naypyidaw, gebaut in einer Zeit, in der die Generäle noch glaubten, sie könnten ihrer Macht Glanz verleihen durch 20-spurige Straßen. Nun steht sie da, diese Hauptstadt, monumental und menschenleer, und passt nicht mehr zu ihrer Regierung. 2005 hatten die Militärs Rangun den

Rücken gekehrt, wohl auch, weil sie eine Invasion der Amerikaner fürchteten.

Inzwischen aber hat Burma einen Staatschef, der im Mai in Washington empfangen wurde und Präsident Obama Glückwünsche schickte zum amerikanischen Unabhängigkeitstag. Nun will man sich demokratisch geben, modern, aber das ist schwer inmitten einer Architektur der Diktatur.

Das Informationsministerium versteckt sich hinter Bäumen, ein trister Flachbau mit tristen Fluren, die Empfangshalle liegt im Halbdunkel. Höfliche Damen führen die Treppe hinauf, die Tür geht auf, und da sitzt er, Ye Htut, vor Panoramafens-tern, mitten im Licht. Er lacht. Er lacht gern, der ehemalige Militär, er hat schöne weiße Zähne und ein Talent für Propa-



FOTOS: SANDRA HOYN / DER SPIEGEL

Straße in der Hauptstadt Naypyidaw: Man will sich demokratisch geben, aber das ist schwer in einer Architektur der Diktatur

ganda. Er spricht fließend Englisch, das, sagt er, habe er sich selbst beigebracht, er sehe gern BBC.

Ye Htut braucht nur eine Minute, dann hat er die Kernsätze schon gesagt: „In einem demokratischen Land gibt es keine Rolle mehr für Staatsmedien.“ Die Medien müssten nicht mehr die Regierung repräsentieren, sondern alle Bürger. Warum es sein Ministerium dann noch gebe? „Wir beaufsichtigen den Übergang.“

Ye Htut ist jetzt viel auf Reisen, vergangenes Jahr war er in Skandinavien, in Deutschland. Er will lernen, wie man eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt aufbaut. Er ist stolz, dass seit dem 1. April private Tageszeitungen in Burma erlaubt sind. Er findet, die Regierung sei jetzt viel transparenter. Er sagt: „Wir sind die Guten, vertrauen Sie mir.“

Und deutet mit dem Finger auf den Bildschirm. Er hat 44 814 Followers bei Facebook. „Ich erlaube der Öffentlichkeit, Kommentare zu schreiben. Und manchmal antworte ich auch auf diese Kommentare.“ Er erzählt, wie ihn manche im Netz beschimpfen, einen Lügner nennen, einen Affen, einen Hund. „Ich lasse sie“, sagt er und freut sich selbst über seine Großzügigkeit.

Eine letzte Frage noch: Wird das Ministerium für Information auch noch in fünf Jahren existieren? „Das kann ich nicht sagen“, sagt der Minister des Übergangs und verabschiedet sich.

Doch selbst wenn sich die Institutionen ändern und vielleicht sogar die Menschen,

die Frage ist, wie man historisches Unrecht aufarbeitet und Gerechtigkeit schafft. Vor einen internationalen Strafgerichtshof lassen sich die burmesischen Militärs nicht stellen, dazu sind sie noch immer zu mächtig.

Toe Zaw Latt, der Rückkehrer aus dem Exil, will, dass eine Kommission eingerichtet wird mit Vertretern der Regierung, der Armee und der Opfer. Sie soll schlichten, zumindest aufklären. Es gibt so viel Unrecht in Burma, bis heute, Gräueltaten gegen Muslime und ethnische Minderheiten. Toe Zaw Latt sagt das auch den Regierungsbeamten, und die hören interessiert zu. Wahrheit ohne Strafe, darauf könnten sie sich vielleicht einlassen.

Than Htay aber wollte auf keine Kommission warten, im Juni unternahm er einen Sonntagsausflug zu seinem alten Peiniger. Er besuchte eine Galerie, doch er wollte sich nicht die Kunst anschauen, sondern den Kunstliebhaber, den Galeristen. Der Mann heißt Khin Nyunt und war früher einer der mächtigsten Männer Burmas, Chef des militärischen Geheimdienstes. Jetzt züchtet er Orchideen. Than Htay entdeckte ihn im Souvenirladen der Galerie, sah ein Gesicht, aus dem der Stolz gewichen war. Dann, so erzählt er es, reichte er ihm die Hand und sagte: „Ich heiße Than Htay. Ich bin ein ehemaliger politischer Häftling. Früher waren wir Feinde.“

Eigentlich war Than Htay nur aus seinem Dorf nach Rangun gekommen, um Englisch zu lernen. Seit Wochen schon

campet er im Büro der Former Political Prisoners (FPPs), einer Organisation, die sich um entlassene Häftlinge kümmert. Dort rollt er abends seine Matte aus und hilft der FPPs tagsüber bei der Arbeit. Sie versucht gerade, alle politischen Häftlinge zu erfassen, von 1962, als die Militärs die Herrschaft übernahmen, bis heute. 400 hat sie schon registriert.

Nun aber stand er vor dem Mann, der bis 2004 Premierminister war, hörte, wie Khin Nyunt sagte: „Das alles ist Vergangenheit.“ Sah, wie ihm die Röte in den Kopf stieg und er gar nicht mehr aufhörte zu lächeln, als ihm Than Htay seine Frage stellte: „Wie fühlen Sie sich angesichts der Dinge, die Sie getan haben?“ Khin Nyunt wählte seine Worte sorgfältig: „Ich habe das Beste für mein Land getan. Manchmal aber machen Leute mit niedrigerem Rang Schlechtes.“

Was diese Leute taten, haben Than Htay und die anderen erlebt, in Ketten mussten sie auf dem Boden hocken, bis die Muskelkrämpfe kamen. Einer der ehemaligen Häftlinge wohnt jetzt ständig im Büro der Hilfsorganisation, seine Familie will nichts mehr mit ihm zu tun haben. Er schläft im großen Zimmer unter dem Konferenztisch, weil er in kleinen Räumen nicht atmen kann. Er knirscht nachts mit den Zähnen, er weint viel. Wenn er nachdenken muss, geht er auf und ab, den Kopf gesenkt, die Hände auf dem Rücken verschränkt, wie damals in seiner Zelle.

Die FPPs verhandelt jetzt mit der Regierung, wer noch freikommen soll. Ge-

rade erst hat Präsident Thein Sein angekündigt, dass es zum Jahresende keine Häftlinge aus Gewissensgründen mehr geben werde. 2011 hatte derselbe Präsident die Existenz von politischen Gefangenen noch gelehnt.

„Werden Sie in Zukunft noch Politik machen?“, fragte Than Htay den alten Diktator Khin Nyunt in seinem Garten. „Nein. Ich bin gelangweilt von Politik.“

Khin Nyunt macht lieber Erinnerungsfotos. Als Than Htay und sein ehemaliger Peiniger nebeneinanderstanden, schlug Than Htay vor, sich an den Händen zu halten. Kurz bevor es klick machte, zog Khin Nyunt ihn plötzlich zu sich heran, so nah, dass sich ihre Oberkörper berührten. Der Mann, der es gewohnt war, über andere Menschen zu herrschen, diktierte auch die Art der Versöhnung.

Es gibt Menschen, die fragen, wie es sein kann, dass so ein Mann seinen Frieden machen darf zwischen Goldfischteich und Hollywoodschaukel, morgens einen Cappuccino in dem Café neben seiner Kunstgalerie trinkt, nachmittags in Jogginghose einen Mangobaum pflanzt. Mango ist die Lieblingsfrucht dieses freundlichen Rentners in Flip-Flops, der gern über seine zwei Schäferhunde redet und über die 25 verschiedenen Orchideenarten in seinem Garten, aber nicht über die Verbrechen der Militärjunta und seine Verantwortung.

Die Democratic Voice of Burma hat diesen Monat den zornigen Kommentar eines Wissenschaftlers veröffentlicht. In Burmas „schöner neuer Welt der Demokratie“, schreibt dieser, seien Aufdeckung und Verdammung von Verstößen politisch sensibel, Gerechtigkeit sei irrelevant. „Wenn Khin Nyunt und seine Kollaborateure sich den Gerichten in diesem Leben entziehen, werden im nächsten Leben hungrige Geister auf sie warten.“

Than Htay sagt, er wolle nicht weiter über ihn nachdenken. Er hat jetzt anderes im Kopf. Er macht gerade seinen Führerschein. Die anderen von den Former Political Prisoners aber können von dem Unrecht nicht lassen. Sie wollen es dokumentieren, für die Geschichtsbücher, und weil die Entlassenen entschädigt werden sollen. Die Formulare mit den Namen der ehemaligen Gefangenen lagern sie an einem geheimen Ort, zur Sicherheit. Sie haben schon mit der Vergangenheitsbewältigung angefangen, ohne zu wissen, ob das System, das sie quälte, wirklich schon Vergangenheit ist.

Ein Mann aber hat dafür gesorgt, dass der Übergang von der Vergangenheit in

die neue Zeit für ihn ein fließender ist. Am 20. August 2012 gelang es Tint Swe, sich selbst abzuschaffen und dabei unsterblich zu werden. Der Chefsensor von Burma verkündete an diesem Tag, dass künftig keine Artikel mehr vorab bei seiner Behörde eingereicht werden müssten. Der Nachrichtenagentur AFP schenkte er den Satz: „Die Zensur begann am 6. August 1964 und endete 48 Jahre und zwei Wochen später.“

Tint Swe ist der Wandel gut bekommen. Sein Hals quillt über den Rundkra-

bekamen, sie heben sich alte Zeitungen als Andenken auf. Alle können jetzt sehen, welche Wörter und welche Wirklichkeit Tint Swe tilgen ließ, welche Wahrheit ihm weh tat. Bei dem Begriff „politischer Häftling“ strich er das „politisch“, Aung San Suu Kyis Bild musste weg, genauso das Wort „korrupte Regierungsbeamte“.

Drei Tage lang brüteten Tint Swes Leute jeweils über einer Wochenzeitung, einen Tag lang über die zweite Fassung, einen halben Tag über die dritte. Tint Swe sagt, sein alter Job sei ermüdend gewesen.

Am Tag, als er das Ende der Zensur bekanntgab, habe er Freude gespürt.

Doch die neue Freiheit ist auch anstrengend für ihn. Wie soll er die Unabhängigkeit der Presse preisen, die er selbst verhinderte? Der Major findet keine klare Verteidigungsstrategie. Er sagt: „Wir mussten das tun – für die Stabilität des Landes. Zu dieser Zeit war das gesetzmäßig.“ Er sagt: „Seit ich dort arbeitete, wurde uns mitgeteilt, Schritt für Schritt die Zügel zu lockern.“

Mal spricht der Soldat in ihm, mal der Schriftsteller. Tint Swe hat sieben Bücher geschrieben, über Militärisches, Buddhismus und Moral. Er weiß, wie es sich anfühlt, wenn andere über die eigenen Texte bestimmen. Ein Jahr und einen Monat habe er mal auf eine Druckerlaubnis für ein Buch gewartet. Das war vor seinem Amtsantritt. Ein Rest Empörung liegt noch in seiner Stimme. „Als ich die Stelle übernahm, dauerte es nie länger als zwei Monate, bis ich ein Buch genehmigte.“

Glücklich ist er hier nicht, in seiner Sendezentrale. Natürlich, sein neues Büro ist größer, aber er mag Rangun einfach lieber. Dort ist er geboren, dort lebt seine Familie. Außerdem sei Fernsehen ja nicht sein Bereich. Aber

er hat nun einmal den Befehl, ein neues Fernsehprogramm zu machen, und diesen Befehl führt er aus.

Toe Zaw Latt, der Mann von der Democratic Voice of Burma, und der alte Chefsensor sind jetzt Konkurrenten im Mediengeschäft – wenn alles so weiterläuft wie bisher und die Militärs nicht plötzlich die Lust am Wandel verlieren.

Tint Swe hat schon ein neues Buchprojekt. Er wartet nur noch auf den passenden Zeitpunkt. Der alte Chefsensor will über die Jahrzehnte der Zensur schreiben, vollkommen unzensiert.



Fernsehdirektor Tint Swe: Nur den Chefsessel gewechselt



Journalist Toe Zaw Latt (r.): „Wir haben nicht Personen gehasst“

gen, sein schwerer Körper findet Platz auf einem roten Sofa. Tint Swe ist jetzt Fernsehdirektor.

Welcher Job war schöner?

„Als Staatsbeamter muss ich akzeptieren, wozu ich verpflichtet bin“, sagt er. Über 20 Jahre diente er dem Militär, 7 Jahre diente er der Gedankenkontrolle, jetzt soll er der Gedankenfreiheit dienen. Sein Staatssender muss eine moderne Rundfunkanstalt werden, hat ihm das Ministerium aufgetragen.

Tint Swe darf weitermachen im Spiel der Mächtigen, er hat nur den Chefsessel gewechselt. Dabei ist sein alter Machtapparat nicht nur zerstört, sondern auch entblößt. Die Journalisten lachen jetzt über die Seiten mit den roten Strichen, die sie von der Zensurbehörde zurück-



Video: Die weißen Elefanten von Burma

spiegel.de/app312013burma
oder in der App DER SPIEGEL



Leben im Epizentrum

GLOBAL VILLAGE: Warum bei Familie Kruizinga regelmäßig die Wände wackeln.

Es war in einer Dienstagnacht Anfang Juli, als Dieta Kruizinga von einem Grollen geweckt wurde. Es klang, als würde ein Güterzug auf ihr Haus zurasen. Der Boden bebte, das Bett vibrierte, Teller und Tassen klirrten. Stühle und Tische rutschten über den Boden, die Zimmerwände schwankten. Ihr erster Gedanke war: Der Deich bricht. Der Deich des Emskanals verläuft nur 200 Meter hinter ihrem Haus. Doch er hielt dicht. Nach 15 Sekunden beruhigte sich die Erde wieder.

Begonnen haben die Erdstöße bereits vor Jahren, doch im vergangenen Sommer ging es richtig los. Mehrmals wöchentlich bebte seither der Boden unter Dieta Kruizinga. Die Erschütterungen vor fast einem Monat waren besonders stark. Die Außenfassade ihres Backsteinhauses hat inzwischen bis zu vier Zentimeter breite Spalten. Feine Risse ziehen sich über die Innenwände.

Dabei haben sie gerade erst renoviert und die Wand im Eingangsbereich neu verputzt und gestrichen, wo einige Risse so breit waren, dass man eine Faust hineinstecken konnte. Aber jedes Mal, wenn die Erde zittert, reißen die Wände wieder auf. Im Flur stehen noch immer Farbeimer, es lohnt nicht, sie wegzustellen. „Aber irgendwann hat man vom Ausbessern genug“, sagt ihr Sohn, Johan Kruizinga.

Unter der Provinz Groningen im Nordosten der Niederlande liegt eines der größten Erdgasfelder der Welt. Dummerweise wohnen darüber viele Menschen, so wie Familie Kruizinga.

Seit 50 Jahren fördert die Niederländische Erdölgesellschaft NAM hier Erdgas, allein im vergangenen Jahr 47,5 Milliarden Kubikmeter. Das Land ist nach Norwegen der wichtigste Erdgasproduzent Westeuropas, rund drei Viertel der niederländischen Fördermenge werden exportiert. Im vergangenen Jahr kam ein

Fünftel des in Deutschland verbrauchten Erdgases aus dem Nachbarland. Auch damit Deutschland es warm hat, bebte also die Erde unter Familie Kruizinga.

Am Anfang waren die Bohrungen unproblematisch, doch nach einem halben Jahrhundert zeigen sich jetzt die Folgen. Denn das Erdgas lagert im Sandstein, drei Kilometer unterhalb der Oberfläche. Inzwischen sind die Gesteinsschichten darüber brüchig geworden und eingesunken.

Kamillenteetee, vor ihr stapeln sich Zeitungsartikel, Fotos und Notizen, die die Schäden und Gefahren der Bohrungen protokollieren.

Die Groninger würden am liebsten einen Stopp der Erdgasförderung, zumindest aber eine Drosselung erreichen. Die Regierung will erst im Dezember darüber entscheiden, aber angesichts der Finanzkrise ist eine Reduzierung der Förderung unwahrscheinlich. Denn dem Frieden der

Menschen von Groningen stehen 11,5 Milliarden Euro gegenüber, die der niederländische Staat allein 2012 mit dem Gas verdiente.

Über 8000 Schadensmeldungen von Hausbesitzern sind bisher bei der Erdölgesellschaft eingegangen, einem Konsortium, das je zur Hälfte den Mineralölkonzernen Shell und Exxon gehört. Mit jedem Beben kommen neue hinzu. Die NAM verspricht, für die Schäden aufzukommen, und hat 50 Sachverständige losgeschickt. Doch die Inspektoren sind hoffnungslos überlastet.

„Und wenn sie dann einmal da sind, versuchen sie, die Reparaturkosten zu drücken“, sagt Johan Kruizinga. „Uns

wollte der Sachverständige erklären, dass einzelne Risse nicht von Erdbeben stammen. Das ist lächerlich.“ 25 000 Euro hat die Familie bisher in Reparaturen gesteckt, davon erstattete die NAM lediglich 1750 Euro. „Und dafür mussten wir Dutzende Schadensmeldungen schreiben“, sagt seine Mutter.

Am schlimmsten aber ist die Ungewissheit, wann das nächste Beben kommt. Dieta Kruizinga sagt, sie schlafe nachts schlecht. Ihr Sohn Johan ergänzt, die Mutter kämpfe seit Monaten mit Herzrhythmusstörungen. Ginge es nach ihm, wäre die Familie längst weggezogen aus Groningen. Doch dafür müsste sie das Haus verkaufen, sagt er: „Aber wer kauft schon ein baufälliges Haus, unter dem die Erde bebte?“

MATTHIAS FIEDLER



Erdbebenopfer Kruizinga vor ihrem Haus: Vibrierende Betten

KEES VAN DE VEEN / DER SPIEGEL

Die Spannungen entladen sich an den schwächsten Stellen. Bisher haben die Beben meist eine Stärke von höchstens drei auf der Richter-Skala. Aber auch Erdbeben von vier oder fünf wären künftig möglich, hat eine Studie ergeben.

Die Kruizingas haben sich daher der „Groninger Bodem Bewegung“ angeschlossen, einer Bürgerinitiative, zu der nach eigenen Angaben inzwischen 1200 Haushalte zählen. Die Initiative bereitet gerade Klagen gegen die Erdölgesellschaft und den niederländischen Staat vor; die Bürger wollen hier endlich wieder ein normales Leben führen, ohne Risse, ohne wackelnde Wände.

Die Menschen in Groningen sind wütend, sagt Dieta Kruizinga. Sie sitzt in ihrem Garten, neben ihr steht eine Tasse



Ruderer im Deutschlandachter auf dem Dortmund-Ems-Kanal

RUDERN

„Super Mario“ an Bord

Die deutschen Ruderer, die sich zurzeit auf die in Südkorea stattfindende Weltmeisterschaft Ende August vorbereiten, vertrauen nicht nur ihrer Kraft und Ausdauer – sondern auch ihrem Gehör. In vielen Booten des Nationalteams kommt als Trainingsmittel ein akustisches Signal zum Einsatz, das den Ruderern mitteilt, wie effektiv ihre Bewegungen sind. Ist die Beschleunigung des Bootes hoch, klingt auch der Ton hoch, ist die Beschleunigung niedrig, ist ein tiefer Ton zu hören. Die Ruderer nutzen die Klangsequenz, die über Lautsprecher in das Boot transportiert wird, als unmittelbare Rückmeldung. Besonders in der Freilaufphase, wenn die Sportler die Ruderblätter aus dem Wasser heben und auf ihrem Sitz nach vorn rollen, können sie über das Abfallen der Tonhöhe erfahren, wie sie ihre

Kraft einsetzen müssen. „Über den Ton spüren die Sportler intuitiv, welche Bewegungstechnik erfolgreich ist“, sagt die Sportwissenschaftlerin Nina Schaffert von der Universität Hamburg, die die Trainingsform entwickelt hat. „Es ist wie im Auto: Wenn man mehr Gas gibt, hört und spürt man, dass man einen Gang hochschalten sollte.“ Schaffert geht davon aus, dass Ruderer mit Hilfe des Tons im Durchschnitt 23 Zentimeter pro Sekunde mehr zurücklegen als Aktive, die ohne ihn trainieren.

Es sei „ein neuer Reiz“, der die Monotonie aufbreche, sagt Marcus Schwarzrock, Cheftrainer des Deutschen Ruderverbands. „Spitzenrunderer trainieren über viele Kilometer mit derselben Bewegung. Sich dabei mal auf das Gehör zu konzentrieren ist eine willkommene Abwechslung.“ Auch die Olympiasieger aus dem Doppelvierer der Männer und dem Deutschlandachter arbeiten mit dem Tonsignal. Die Sequenz erinnert an Melodien aus Videospielen wie „Super Mario“. „Wir setzen den Ton dosiert ein“, sagt Schwarzrock, „mit der Zeit nervt er auch etwas – 90 Minuten am Stück damit zu trainieren geht nicht.“

FUSSBALL

Profis sollen klagen

Die Spielergewerkschaft VDV rät Fußballprofis, die von ihren Clubs aufs Abstellgleis geschoben werden, zur Gegenwehr mit rechtlichen Mitteln. Es dürfe nicht sein, dass Vereine auf Spieler, die ihnen zu teuer geworden seien, Druck ausübten, um sie zu einem Clubwechsel zu bewegen, sagt VDV-Geschäftsführer Ulf Baranowsky. „Verträge sind einzuhalten. Ein Verein hat auch eine Fürsorgepflicht.“ Zuletzt hatte sich der aussortierte Mittelfeldspieler Gojko Kačar vom Hamburger SV



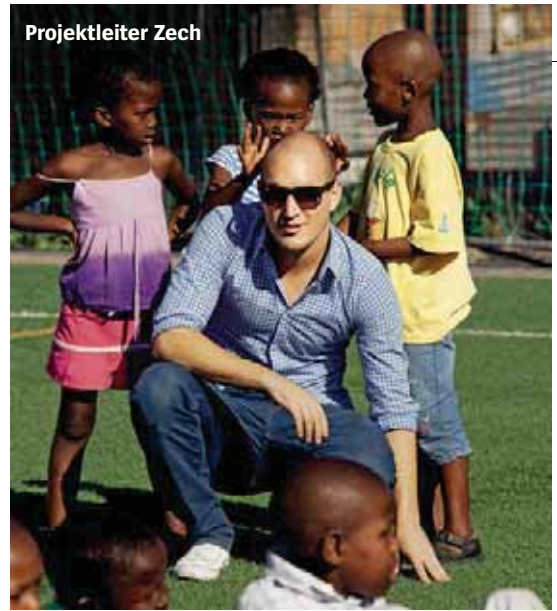
Wiese

öffentlich beklagt, dass er nicht mehr mit der Profimannschaft trainieren dürfe. Man wolle ihm zeigen, dass er überflüssig sei, offenbar sei sein bis 2015 vertraglich zugestandenes Gehalt dem Club inzwischen zu hoch, so der Serbe. Der Gewerkschafter Baranowsky sagt, ein Profi könne „auf Teilnahme am Spiel- und Trainingsbetrieb der Profis klagen“, auch wenn im Musterarbeitsvertrag der Liga stehe, dass Lizenzspieler zumindest zeitweise in die zweite Mannschaft abkommandiert werden könnten. Die TSG Hoffenheim hat ebenfalls kürzlich eine Reihe von Spielern um den Torwart Tim Wiese in eine sogenannte zweite Trainingsgruppe abgeschoben.

KAI PFAFENBACH / REUTERS



Trainer Bota



Projektleiter Zech



Spielende Kinder auf dem Amandla-Feld



Schülerin Palesa mit Mutter



Kinder in Khayelitsha

SÜDAFRIKA

Mister Flo vom Chiemsee

Ein ehemaliger Zivi aus Bayern gründete eine Fußballschule in einer Township von Kapstadt. Anders als die millionenschweren Projekte der Fifa seit der letzten WM hat sein Camp den gewaltsamen Alltag Tausender Kinder verändert.

Die Hölle von Kapstadt beginnt gleich hinter dem Tafelberg. Nur wenige Kilometer entfernt von den Villen der Reichen liegt die Township Khayelitsha, ein Meer aus verschimmelten Wellblechhütten und Dixi-Klos, einmassiert in die staubige Landschaft.

Mehr als anderthalb Millionen Menschen leben hier. Viele sind arbeitslos, hungern, jeder Dritte ist HIV-positiv. Es gibt kein fließend Wasser, dafür Gewalt im Überfluss: Khayelitsha hat eine der höchsten Kriminalitätsraten weltweit. Überfälle und Vergewaltigungen gehören zum Alltag des Slums. Zwölf Menschen werden im Schnitt pro Tag ermordet.

Und doch gibt es da einen Ort, der das Elend ein wenig leichter ertragen lässt: einen Fußballplatz. Wie vom Himmel gefallen liegt er da, inmitten der Hütten, ein Kunstrasen, 40 mal 80 Meter groß, verblichen von der Sonne. Ein Zaun schützt die spielenden Kinder vor Übergriffen. Es ist die einzige Stelle in Khayelitsha, an der sie sich vor nichts fürchten müssen.

Das Geschrei ist groß an diesem gewöhnlichen Dienstag. 9- bis 14-jährige Jungen trainieren in vier Gruppen kurze, schnelle Pässe. Konzentriert hören die Kinder ihren Trainern zu. Sie spielen barfuß. Nur zwei Jungen haben sich ein Paar alte Turnschuhe geteilt. Der eine trägt den linken Schuh, der andere den rechten.

Ein junger Mann in Hemd und heller Stoffhose beobachtet das Geschehen von der Seitenlinie aus. Es ist Florian Zech, 26, ehemaliger Pfadfinder und Handballer vom Chiemsee. Als Zivildienstleistender war er 2006 in ein Waisenheim von Khayelitsha gekommen. „Mister Flo“, wie sie ihn riefen, machte mit den Kindern Hausaufgaben, fuhr die kranken zum Arzt, mit den gesunden spielte er Fußball. „Nach der Schule hat sich keiner mit ihnen beschäftigt“, erzählt er. „Deshalb schlossen sich die Jungs Banden an, gingen mit Macheten aufeinander los. Deshalb wurden die Mädchen früh schwanger.“

Monat für Monat wollten mehr Kinder mit Mister Flo spielen. Er gründete eine Waisenliga. Zum ersten Turnier meldeten sich zehn Heime an. Das Besondere: Es gab mehr Punkte für Teamwork, Respekt

und den Umgang mit Frust als für Tore. „Den Aufwand hatte ich unterschätzt“, sagt Zech, „den Erfolg aber auch.“

Kurz darauf reiste er ab. Sein Jura-Studium wartete. Nach sechs Wochen im sauberen Bayern zog es ihn zurück in den Dreck von Khayelitsha. „Ich konnte die Kinder nicht vergessen“, sagt er, schaut auf das Feld und schüttelt den Kopf. So, als könne er selbst kaum glauben, was seitdem alles entstanden ist.

Vor den Olympischen Sommerspielen 2012 bekam Zech den Beyond Sport Award für das weltweit beste Projekt in der Kategorie „Sport for Conflict Resolution“. Willi Lemke, Sonderberater des Uno-Generalsekretärs für Sport, lobt das „ganzheitliche Konzept“. Zech hat auch Michelle Obama und Desmond Tutu schon erklärt, warum seine Arbeit nach-

Es gibt mehr Punkte für Teamwork, Respekt und den Umgang mit Frust als für Tore.

haltiger als die anderer Entwicklungshilfeprojekte sei. Und warum sie sich von dem unterscheidet, was die organisierte Fußballwelt für das Land tut.

Mit der Vergabe der WM 2010 an Südafrika hatte der Weltfußballverband glühende Versprechen verknüpft. Die WM werde „den Kampf gegen Armut, Analphabetismus und Krankheiten“ ankurbeln, die Fifa einen wesentlichen Beitrag leisten. „Fußball ist eine Lebensschule“, erklärt Präsident Joseph Blatter seitdem immer wieder.

Drei Jahre später, das ist die Lesart der Fifa in ihrer Zürcher Zentrale, seien etliche Programme erfolgreich angerollt. 45 Millionen Euro schwer sei der „Legacy Trust“, der Fifa-Nachlass für die Kinder und Jugendlichen. Darüber hinaus gebe es das Projekt „20 Zentren für 2010“ – in 20 bedürftigen Gemeinden in Afrika sollen mit dem „Football for Hope“-Programm Gesundheits-, Bildungs- und Fußballzentren entstehen.

In Südafrika kritisieren inzwischen viele Experten und Sozialarbeiter das Engagement des Weltverbands. Und sie stellen unbequeme Fragen: An wen ist wie viel Geld aus dem Fifa-Topf geflossen? Warum hat es drei Jahre gedauert, die ersten Projekte zu unterstützen? Wer repariert endlich die Löcher in dem kleinen Football-for-Hope-Feld in Khayelitsha?

Dorthin war Florian Zech 2007 mit einem festen Vorsatz zurückgekehrt. Er wollte nicht nur, dass die Kinder Spaß haben, er wollte ihr Leben verändern. Er schrieb ein Programm, wie er mit den Mädchen und Jungen auf dem Rasen über Probleme wie Gewalt, HIV, Schule oder Familie ins Gespräch kommen könnte. Wie er ihnen Respekt und Verantwortungsgefühl beibringen könnte, und vor allem: an sich selbst zu glauben. „Mit einem Ball unter dem Arm hören sie einfach dreimal besser zu“, sagt Zech.

„Amandla“ nannte er sein Projekt. In den Sprachen der Zulu und Xhosa bedeutet das Stärke. Bis 2008 trainierte er die Kinder auf einem Geröllfeld, dann finanzierte eine US-Stiftung den Rasen, an dessen Rand er jetzt steht. „Seitdem ist hier jeden Tag WM“, sagt er und grinst.

Seit 2009 führt Zech „Amandla EduFootball“ mit Jakob Schlichtig, einem Betriebswirt und Handballfreund, 17 Vollzeitkräfte unterstützen sie. Mit Forschern haben sie eine Methode entwickelt, die den Erfolg ihrer Arbeit misst. „Wir wollen beweisen, dass wir das Leben der Kinder tatsächlich verändern“, sagt Schlichtig.

Inzwischen kommen jede Woche 2500 Kinder auf das Feld, ein Drittel sind Mädchen. Sie trainieren in 135 Teams, zweimal wöchentlich. Einige sind seit Jahren dabei. Und das ist es, was Amandla von vielen Organisationen unterscheidet: Statt ihnen ab und zu flüchtig zu begegnen, gehen die Trainer mit ihren Schützlingen verlässliche Bindungen ein. Sie wissen nicht nur, wer besonders schnell rennen kann, sie wissen auch, wer zu Hause oder in der Schule welche Probleme hat. Und: Sie reden nicht nur mit ihnen darüber, sie hören ihnen auch zu.

Zech zeigt auf einen kräftigen Kerl in gelbem Shirt. „Das alles würde nicht

funktionieren ohne Jungs wie Bota.“ Der 29-Jährige ist einer von 20 Amandla-Trainern. Um seinen Hals trägt er eine Trillerpfeife, vor kurzem war es noch eine Pistole am Gürtel. Narben von Messerstechereien zeichnen seine Arme. „Bota ist ein Glückstreffer“, sagt Zech.

Seit Oktober absolviert der ehemalige Gangster das staatlich anerkannte „Youth Leadership Programme“: Über zwei Jahre werden führungsstarke junge Leute zu positiven Vorbildern für die Kinder ausgebildet. Fürchteten sich diese früher vor Bota, suchen sie nun seine Nähe. Nach den kurzen, schnellen Pässen erklärt er ihnen, warum man stets eine Wahl im Leben habe. Viele Sätze beendet er mit der Frage: „Versteht ihr?“, als würde er einen Staffelfstab an die Kinder reichen. „Ja, Coach!“, rufen sie dann.

Bota hatte im Sommer zuvor ein Amandla-Plakat gesehen: „Willst du Verantwortung übernehmen?“ Das habe etwas in ihm ausgelöst. „Hey, Mann, ich wollte nie der Typ mit der Knarre sein. Meine Freunde sind im Knast oder tot.“

Amandla erreicht Kinder wie Palesa, 9, und Nicholas, 13. Ihr Schicksal steht für das vieler in Khayelitsha. Der Vater: tot, weg oder im Knast. Die Mutter: arbeitslos, krank oder tot.

Palesas Familie lebt von etwa 150 Euro im Monat. Ihre Oma putzt ab und zu für 14 Euro am Tag in einer Villa am Meer. Ein Großteil ihres Lohns geht für die Fahrtkosten drauf.

Nicholas ist seit 2010 ein Amandla-Kind. Zurzeit bedrängt ihn die Gang aus seiner Straße. Sie wollen, dass er bei ihnen mitmacht. „Sie akzeptieren kein Nein“, sagt der zarte Junge. Er will Bota fragen, was er tun soll.

Im vergangenen Jahr hatte Zechs Projekt ein Budget von 280 000 Euro. Nur mit der Vermarktung der WM in Südafrika nahm die Fifa 2,8 Milliarden Euro ein. Für ihr soziales Engagement verwendet sie nur einen Bruchteil ihrer Einnahmen.

Im Büro des Fifa-Generalsekretärs in Zürich stehen Ledersessel im Wert eines Mittelklassewagens. In einem sitzt Jérôme Valcke. Sein Gesicht ist gebräunt, er trägt einen hellblauen Kaschmirpulli. Der gebürtige Franzose zählt auf, was die WM Südafrika gebracht habe: Beachtung, Touristen, Infrastruktur. Dann das, was die Fifa heute leiste. „Football for Hope ist die beste und stärkste Kampagne, die wir je hatten“, versichert er.

Und dann gebe es ja noch das Projekt 20 Zentren für 2010. Er hebt die eine Hand: „Hier ein Haus für die Gesundheit.“ Er hebt die andere Hand: „Da ein Haus für die Bildung.“ Valcke lächelt. „Und in der Mitte ein Fußballplatz.“ Mit

dem locke man die Kinder an, um ihnen zu erklären, warum es wichtig sei, Kondome zu benutzen. Valcke freut sich, als hätte er einen tollen Trick verraten.

Erst 12 dieser 20 Zentren sind in Betrieb. Eines ist das Fifa-Feld in Khayelitsha: Der Kunstrasen ist viel kleiner als der von Amandla, er hat große Löcher. Zwei Teams spielen an diesem Nachmittag gegeneinander, an der Außenbande lehnen 50 weitere Jungs. „Zugang haben nur die Kinder, die im Verein spielen“, kritisiert José Cabral von der Western Cape University in Kapstadt.

Seit rund 20 Jahren forscht der Brasilianer über Sport als Bildungsinstrument. Für ihn ist das Fifa-Feld in Khayelitsha eine Fehlinvestition. „Auf einem großen, billigen Tartanfeld könnten 400 Kinder spielen“, sagt er. „Das zeigt mir: Den Funktionären geht es darum, eine neue Elite heranzuzüchten, nicht

schützen, müssen die Kinder in ihrer Persönlichkeit gestärkt werden. Dafür muss man Bindungen zu ihnen aufbauen, mit ihnen erarbeiten: Warum bin ich einzigartig? Was will ich mal erreichen?“

Die Regierung hat seit der WM kaum noch Geld für Sozialarbeit übrig. 5 Milliarden Euro hat Südafrika die Fußballparty gekostet. Und heute? Das 450 Millionen Euro teure Stadion in Kapstadt steht meist leer. Die Stadt ächzt unter den 4 Millionen Euro Unterhaltskosten im Jahr. Damit das Inventar nicht verwittert, wurden die rund 55 000 Stühle mit Plastik überzogen. Jüngst wurde ermittelt, dass die Baufirmen die Stadionkosten aufgebläht haben. In Zürich lobt Valcke, wie ökologisch nachhaltig der Bau sei.

Die Fifa beteiligte sich mit rund 70 Millionen Euro an sogenannten Nachhaltigkeitsprogrammen der WM. Südafrikas Verband erhielt 14 Millionen für sein neues Gebäude, 7 Millionen für

Teambusse und 4 Millionen für Fußballentwicklungsprojekte. Die übrigen 45 Millionen flossen in den Legacy Trust, das Fifa-Vermächtnis. Erst in diesem Frühjahr wurden 5,6 Millionen für Hilfsprojekte ausgeschüttet. Valcke erklärt, warum sie drei Jahre brauchten: „Erstmals in der Geschichte der Fußball-WM wurde eine solche Stiftung geschaffen. Aufgrund des komplexen administrativen Verfahrens hat es eine Weile gedauert. Zudem mussten wir Tausende Bewerbungen prüfen, viel Unsinn aussortieren.“

Auch Zech und Cabral hatten sich um einen Teil dieser

Fifa-Millionen beworben. Sie bekamen nicht mal eine Absage.

Das Verfahren macht Zech stutzig, Fifa-Schelte will er nicht betreiben: Seit 2011 bekommt er einen kleinen Teil seines Budgets aus einem anderen Topf des Weltverbands überwiesen, 30 000 Dollar. Den Großteil schießen private Spender, Unternehmen sowie die Stiftungen von Philipp Lahm und Oliver Kahn zu.

In Kürze wird ein zweites Amandla-Feld gebaut. Etwa 1500 Kinder aus verfeindeten Townships können darauf miteinander spielen. „2020 wollen wir zehn von diesen Plätzen haben“, sagt Zech.

Mit der Nachtliga endet die Woche auf dem Feld in Khayelitsha. In Teams, die sie „Bundesliga“ oder „Borussia“ nennen, treten die Erwachsenen gegeneinander an. Das Turnier ist ein Ablenkungsmanöver: Freitags erhalten viele ihren Wochenlohn. Statt sich dafür mit Crystal Meth oder Alkohol zuzudröhnen, spielen rund 400 Männer lieber Fußball. „Seitdem sind die Freitagnächte viel ruhiger geworden“, sagt der Polizeichef.

ANTJE WINDMANN



Nachtliga in Khayelitsha: „Meine Freunde sind im Knast oder tot“

um den nachhaltigen sozialen Nutzen für die Massen.“

Cabrals liebstes Beispiel: Eine Township nahe Stellenbosch habe im Zuge der WM ein Stadion bekommen. In dem Slum leben 14 000 Leute. Zwei Fußballclubs dürften auf dem Kunstrasen trainieren. „Auch da haben die Kinder von der Straße nichts zu suchen“, sagt er. „Hat da keiner gefragt, ob das überhaupt Sinn macht?“

Die Löcher auf ihrem Feld in Khayelitsha stopft die Fifa nicht mehr. Die Verantwortung hat sie weitergereicht. Sie hat den Platz und das Gebäude bezahlt, um den Betrieb kümmert sich eine andere Organisation. Deren Mitarbeiter halten in Schulen Vorträge über HIV. Dann lassen sie die Schüler noch um ein paar Hütchen dribbeln, wobei jedes für eine Ansteckungsgefahr steht, und aktualisieren danach auf ihrer Internetseite die Zahl der Kinder, die sie über Aids aufgeklärt haben. Mag es andernorts besser laufen – so sieht es in Khayelitsha aus, wenn sich die Fifa nachhaltig engagiert.

„HIV-Aufklärung ist ein sehr komplexes Thema“, sagt Zech. „Damit sie sich

Der Minimalist

Stabhochspringer Björn Otto gehört zu den Favoriten bei der WM in Moskau. Hinter seinem Erfolg steckt eine unkonventionelle Idee: weniger Training.

Vor drei Jahren suchte Björn Otto eines Morgens nach einer Taktik, um vom Bett zur Toilette zu kommen. Die Schmerzen in seinem Bein waren kaum auszuhalten, er hatte gerade seinen zweiten Achillessehnenriss erlitten. Otto schwankte durch den Flur, hielt sich am Esstisch fest, nach fünf Minuten war er im Bad angekommen. Er dachte sich: „Okay, nie wieder Sport.“

Mitte Juli 2013 in Rottach-Egern, am Ufer des Tegernsees ist eine Stabhochsprunganlage aufgebaut. Björn Otto nimmt Anlauf, tausend Zuschauer klatschen im Rhythmus seiner Schritte. Er beschleunigt, springt ab und katapultiert sich über 5,62 Meter.

Otto, 35, macht seit 26 Jahren Stabhochsprung, er ist der älteste deutsche Athlet bei der Leichtathletik-Weltmeisterschaft kommende Woche in Moskau. Für seine Karriere bekam er kürzlich den Rudolf-Harbig-Preis, die höchste Auszeichnung, die der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) zu vergeben hat. Der Oldie vom ASV Köln gilt als Vorzeigesportler, als einer, der nie aufgibt und sein Schicksal immer selbst in die Hand nimmt.

Als Jugendlicher litt Otto unter einer Wachstumsstörung an der Wirbelsäule, die Ärzte rieten ihm vom Leistungssport ab, doch er machte weiter. Auch als ihm 2008 und 2010 die Achillessehne riss, eine der schwersten Sportverletzungen, beendete er nicht seine Laufbahn. Stattdessen stellte er sein Training radikal um. Alles, was seine Beine und Fersen zu sehr belastet, lässt er jetzt weg: 200-Meter-Läufe, Sprints, Hürdensprünge. Er konzentriert sich auf Kraft- und Koordinationstraining, turnt an Reck, Barren und auf dem Schwebebalken. Sprünge mit dem Stab macht er fast nur noch in Wettkämpfen.

Sein Trainer Michael Kühnke nennt es „ein Experiment“. Sie hätten „das Training aus der Not heraus gedrosselt“, jetzt erweise sich das „als Glücksfall“. Früher war Kühnke der Coach von Tim Lobinger, dem ersten deutschen Sechs-Meter-Springer. Lobinger sei im Wettkampf oft müde gewesen, weil er fanatisch und viel trainiert habe. „Ich habe Tim kaum aus der Halle bekommen, Björn ist genau das Gegenteil von ihm“, sagt Kühnke.

Minimalismus als Trainingsprinzip, damit ist Björn Otto zum erfolgreichsten



Vorzeigesportler Otto: „Ein Experiment“

deutschen Stabhochspringer geworden. Ursprünglich wollte er Ende 2012 seine Laufbahn beenden, dann gewann er bei den Olympischen Spielen in London die Silbermedaille. Kurz danach überquerte er bei einem Wettkampf in Aachen die Höhe von 6,01 Meter – deutscher Rekord.

Otto gehört zu den WM-Favoriten in Moskau, er ist einer der wenigen deutschen Medaillenkandidaten. „In meinem tiefsten Inneren habe ich nicht daran geglaubt, dass das funktioniert“, sagt er, „jeder Trainingswissenschaftler würde wohl über mich den Kopf schütteln.“

So unverkrampft wie Otto sind nur wenige Athleten in Deutschland. Laut einer im Februar veröffentlichten Studie der Sporthochschule Köln leiden über die Hälfte aller Topathleten unter Existenzängsten, 83 Prozent der Befragten klagten darüber, sich auf die Zeit nach dem Sport nicht ausreichend vorbereiten zu können.

Dem DLV dient Ottos Karriere nun als Beweis, dass sich Hochleistungssport und Ausbildung durchaus vereinbaren lassen. Nach Olympia gab er seine Diplomarbeit im Fach Biologie ab, im März begann Otto eine Pilotenausbildung. Zurzeit hat er Praxisunterricht, auf dem Flugplatz in Essen/Mülheim steuert er eine Cessna 152. Auf den Reisen zu seinen Wettkämpfen büffelt er für die Theorie, dann beschäftigt er sich mit Aerodynamik und Luftrecht. 70 000 Euro kostet die Ausbildung. Otto finanziert sie sich selbst, über seinen Sport.

Stabhochspringer können sich im Gegensatz zu vielen anderen Leichtathleten besser vermarkten, ihr Sport hat ein frisches Image. „Wir gelten als die komplett Verrückten“, sagt Otto, „wir packen uns nicht in Watte, Stabhochsprung liegt am Übergang zum Extremsport.“

Viele Wettkämpfe werden als Show inszeniert. Es gibt Meetings vor dem Aachener Dom, am Ku'damm in Berlin, auf der Nordseeinsel Norderney. Auch das Springen am Tegernsee gleicht einem Dorffest. DJ Franz legt auf, die Athleten laufen direkt neben den Bierbänken an. Für die Sportler sind die Events lukrativ. Sie kassieren Platzierungsgelder und Höhenprämien. Olympiasieger Renaud Lavillenie soll in der vergangenen Saison nahezu 500 000 Euro verdient haben.

Für Otto läuft es am Tegernsee nicht optimal, er scheitert bei einer Höhe von 5,82 Metern, wird nur Zweiter. Er ist enttäuscht. Stabhochsprung gilt als die motorisch anspruchsvollste Disziplin der Leichtathletik. „Wenn im Bewegungsablauf eine Kleinigkeit nicht stimmt, kann dir das den Tag versauen“, sagt Otto.

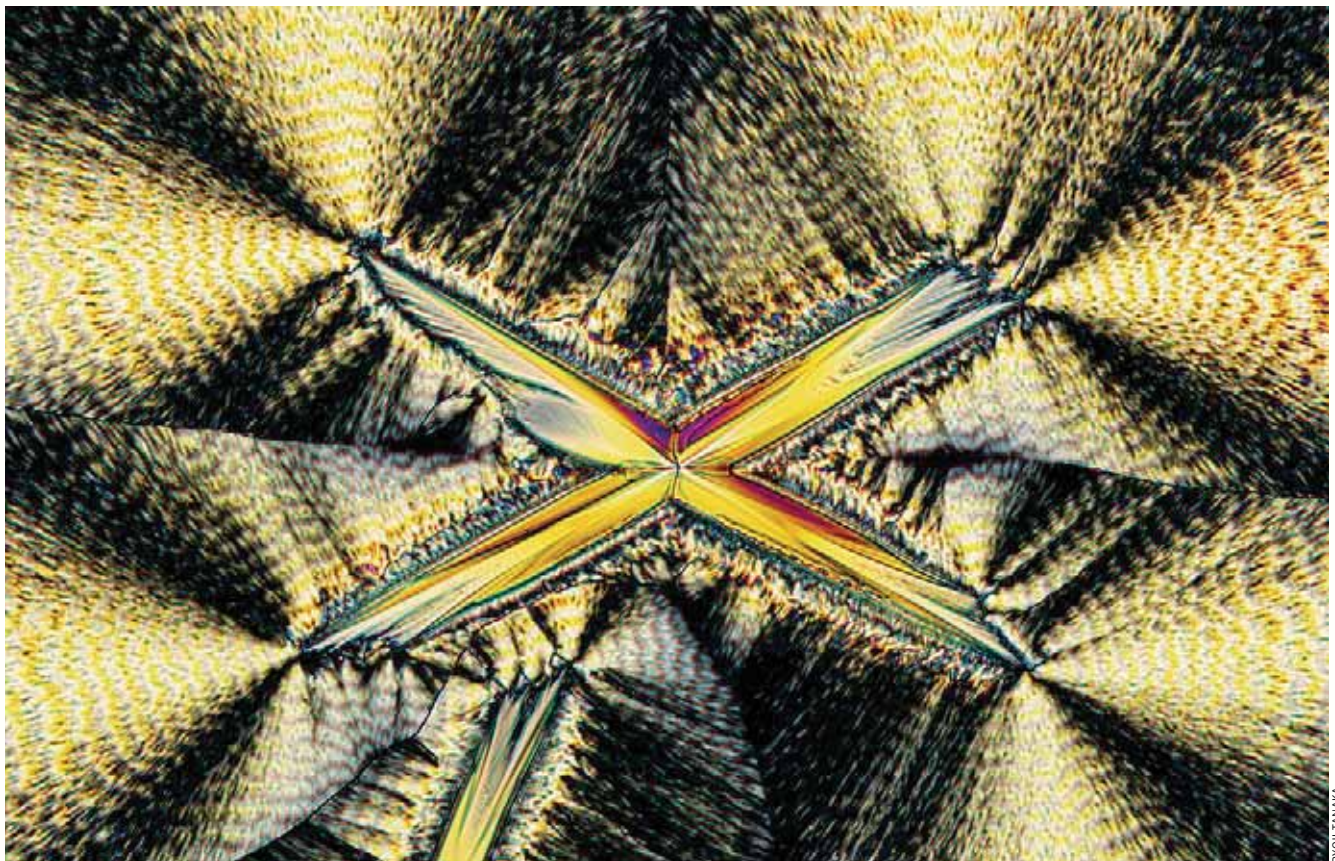
Schon über 570 Wettkämpfe habe er gemacht, „doch der perfekte Sprung ist in diesem Sport einfach unmöglich“.

LUKAS EBERLE



Video: Das Geschäftsmodell Björn Otto

spiegel.de/app312013otto
oder in der App DER SPIEGEL



RYOJI TANAKA

Vitamin als Kunstwerk Der japanische Fotograf Ryoji Tanaka hat es nicht auf Sportler oder Schauspieler abgesehen – seine Stars heißen Schwefel, Bismut, Indium und Arsen. Mit einem Mikroskop, Digitalkameras und einem Arsenal an

Makroobjektiven bewaffnet, verwandelt der Chemiker Elemente und Moleküle in psychedelische Kunstwerke. Für das oben gezeigte Bild hat Tanaka einen Zwillingskristall aus Vitamin C in 25facher Vergrößerung abgelichtet.

UNFÄLLE

„Männer gehen höhere Risiken ein“



Ludger Schulte-Hülsmann, 56, von der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft über die Gefährlichkeit von Badeseen

SPIEGEL: Gibt es dieses Jahr mehr Badeunfälle als sonst?

Schulte-Hülsmann: Die Hitze treibt die Leute ins Wasser, deshalb kann es leider schon mal zu einer Häufung kommen. Im vorigen Jahr zumindest sind so wenige Menschen in Deutschland ertrunken wie nie zuvor, insgesamt 383. Wir hoffen, dass dieser Trend jetzt nicht kippt.

SPIEGEL: Wo lauern beim Baden die Gefahren?

Schulte-Hülsmann: Viele überschätzen sich oder missachten Warnungen wie rote Flaggen. Älteren Personen kann bei dem schnellen Wechsel von heiß auf kalt der Kreislauf zusammenbrechen. Die meisten Unfälle passieren in

unbeaufsichtigten Flüssen und Badeseen. Stille Gewässer wirken nicht so gefährlich wie das Meer, da verschätzt man sich leichter. Ertrinken geht so schnell. Wenn kein Retter hinschauen kann, weil die Badestelle unbeaufsichtigt ist, ist es meistens zu spät.

SPIEGEL: Warum sind drei von vier Ertrunkenen Männer?

Schulte-Hülsmann: Männer gehen höhere Risiken ein als Frauen. Männer überschätzen sich häufig oder gehen ins Wasser, obwohl sie das Terrain gar nicht kennen. Dazu kommt stärkerer Alkoholkonsum.

SPIEGEL: Sind wir Deutschen keine guten Schwimmer mehr?

Schulte-Hülsmann: Wir verlernen es wieder. Wir waren auf einem guten Weg, in den sechziger und siebziger Jahren hat man viel in Bäder und Ausbildung investiert. Heute hat etwa jeder fünfte Grundschüler keinen Zugang mehr zum Schwimmunterricht. Nur noch zwei Drittel der Kinder schaffen es bis zum Seepferdchen.



Badende an einem See bei Leipzig

PETER HIRTH / LAIF

MEDIZIN

Kaffee verhindert Suizide

Mehrere Tassen Kaffee am Tag können das Risiko für Selbstmord um die Hälfte senken. Zu diesem Ergebnis kommen Forscher der Harvard School of Public Health. Die Mediziner analysierten drei Langzeitstudien mit insgesamt mehr

als 200 000 Teilnehmern, von denen im Laufe von 20 Jahren 277 Selbstmord begingen. Bei den Männern und Frauen, die zwischen zwei und vier Tassen Kaffee pro Tag tranken, lag die Selbstmordrate deutlich niedriger als bei denjenigen, die wenig oder gar keinen Kaffee zu sich nahmen. Koffein kann leicht antidepressiv wirken, weil es zur Ausschüttung von Stimmungsaufhellern wie Serotonin führt. Die Wissenschaftler schreiben Kaffee daher einen „schützenden Effekt“ zu.

ARCHÄOLOGIE

Luxusleben der Mönche

Mit einem dreifachen Spezialknoten binden Franziskanermönche eine Kordel um ihre Kutte. Der erste Knoten steht für Armut, der zweite für Ehelosigkeit und der dritte für Gehorsam. Zumindest mit dem ersten Gelübde nahmen es die Mönche des mittelalterlichen Franziskanerklosters von Leicester jedoch nicht so genau, wie neue Ausgrabungen zeigen. Ein Team um Mat Morris von der University of Leicester fand dort Knochen von Hühnern, Rindern und Schweinen. Die Ordensregeln schrieben den Mönchen vor, dass sie ihre Mahlzeiten erbetteln sollten. Fleisch war im Mittelalter ein großer Luxus: „Der Fund so vieler weggeworfener Tierknochen zeigt, dass die Mönche nicht so genügsam lebten, wie sie vorgaben“, sagte Morris der Lokalzeitung „Leicester Mercury“. Die Archäologen fanden auch einen Dorn von einer Brosche oder Schnalle. Solcher Schmuck hat an der Kutte eines Franziskaners nichts zu suchen; die Kordel mit den Knoten ist die einzig erlaubte Zierde. Das Kloster von Leicester kam voriges Jahr zu Berühmtheit, als Forscher dort die sterblichen Überreste des englischen Königs Richard III. entdeckten. Der König war 1485 in der Schlacht von Bosworth gefallen und wurde auf dem Gelände des Klosters vergraben.

TIERE

Haut als Klimaanlage



Afrikanische Elefanten an einer Wasserstelle

Mit den Ohren schlackern, im Schatten entspannen, am Wasserloch suhlen: Elefanten tun vieles, um sich vor großer Hitze zu schützen. Biologen von der University of California haben nun einen weiteren Kühltrick untersucht. Demnach geben Elefanten enorme Mengen Wasser über ihre Haut ab, was ebenfalls einen kühlenden Effekt hat. Das ist überraschend, denn Elefanten haben keine Schweißdrüsen.

Wie die Biologen aber herausgefunden haben, scheint die Elefantenhaut bei hohen Temperaturen durchlässiger für Wasser zu werden. „In heißen Ländern wie Namibia können Elefanten so über 100 Liter am Tag verlieren“, sagt Robin Dunkin, eine der Autorinnen der Studie. Die körpereigene Klimaanlage hat ihren Preis: Um das verdunstete Wasser wieder auszugleichen, müssen die Tiere sehr viel trinken.

LUFTFAHRT

Drohne im Eigenbau

Forscher der ETH Zürich haben einen unbemannten Hubschrauber erfunden, der sich selbst zusammenbaut. Die Einzelteile, sechseckige Module mit Rotor, liegen zuerst auf dem Boden verstreut. Dann rollen sie aufeinander zu. Beinahe lautlos docken sie zusammen – und heben als Drohne ab. „Ein einzel-



Fluggerät der ETH Zürich

nes Modul könnte nicht fliegen, es würde unkontrolliert durch den Raum trudeln“, sagt Maximilian Kriegleder, der das Fluggerät als Doktorand betreut. Mindestens vier Rotoren müssen sich zusammenschließen, damit die Drohne stabil in der Luft liegt. Nach oben gibt es keine Grenze: „Ob vier oder vier Millionen, das ist egal“, sagt Kriegleder. Magneten halten die Multi-Drohne zusammen, selbständig hält sie eine vorgegebene Flughöhe. Der Mensch kann aber mit dem Joystick eingreifen.



RELIGIONSGESCHICHTE

Erlösung ohne Erlöser

Forscher enthüllen die wahre Herkunft der indischen Spiritualität: Die angeblich uralten Geisteslehren sind eine Erfindung der westlichen Moderne – und das gymnastische Yoga haben europäische Turner und Bodybuilder entwickelt.

Chicago, 11. September 1893. Tausende sind zusammengekommen zum Weltparlament der Religionen. Erstmals treffen sich hier Gefolgsleute aller bedeutenden Götter auf Erden. Für ein paar Tage herrscht Waffenstillstand im Kampf um die Seelen.

Der erste Tag ist schon fast um, da eilt ein schmucker Mönch in ockerfarbener Robe auf die Rednerbühne. Er tritt für die Hindus an. Der Mönch aus Indien ist aufgeregt, niemand hat ihn eingeladen. Die Nacht verbrachte er in einem Güterwaggon, weil er keine Bleibe fand. Er

fasst sich und beginnt. Sektierer und Fanatiker, ruft er, hätten allzu lange schon die Welt beherrscht. Sein Glaube dagegen lehre die Menschheit allumfassende Toleranz. Für den Hindu seien alle Religionen wahr – so wie alle Ströme ins Meer mündeten, zu Gott.

**Massen-Yoga auf dem
Times Square in New York**



EMMANUEL DUNAND / AFP

Das Publikum jubelt und klatscht. Die anderen Religionen sehen auf einmal engstirnig aus, zänkisch, gestrig. Ausgerechnet dieser selbstbewusste Hindu aus der Kolonie, wo der Pfeffer wächst, stiehlt ihnen auf dem Gipfeltreffen die Schau. Er sei der Sohn eines vermögenden Rechtsanwalts, heißt es, westlich gebildet. Sein Name: Swami Vivekananda.

Die Rede ist eine Sensation. Überall wollen die Leute nun hören, was Vivekananda zu sagen hat. Er reist durch die USA, hält Vorträge, wird auf Abendgesellschaften herumgereicht. Jahrelang ist er unterwegs, später auch in Europa, es ist die Mission seines Lebens.

Damit beginnt die Karriere eines historischen Irrtums, der bis heute besteht: Die uralte indische Spiritualität, wie sie jeder zu kennen glaubt, hat es nie gegeben.

Vivekananda hat sie erfunden.

Das behauptet Peter van der Veer, Direktor am Göttinger Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften. Jahrelang ging der Anthropologe der Frage nach, wie es kam, dass der Westen sich so nachhaltig von der asiatischen Weisheit verzaubern ließ. Dabei stieß er auf die Geschichte einer erstaunlichen Verknennung.

Vivekananda wusste, was die Leute hören wollten. Indien habe ein Geschenk für die Welt, so predigte er landauf, landab: geistigen Reichtum, Spiritualität im Überfluss! Genau die Güter, die der entseelte Westen am meisten entbehre.

Allerdings verschwieg der Wandermonch auf seiner Mission so einiges Unfeine, das dem gemeinen Hindu zu Hause lieb und heilig war – allem voran die Göttin Kali, die mit gebleckter Zunge auf dem Gott Shiva herumtrampelt, um den Hals eine Kette baumelnder Schädel. „Die Zeitgenossen im Westen hätten das abscheulich gefunden“, sagt van der Veer.

Auch die anderen indischen Götter mit ihren Elefantenrüsseln und Affenköpfen erschienen Vivekananda nicht vorzeigbar; er ließ sie außer Sicht wie peinliche Verwandte. Kein Wort zudem über das magische Brimborium der zotetigen Yogis in der indischen Heimat, die behaupteten, von Luft zu leben oder durch Gedankenkraft fliegen zu können.

Vivekananda schuf stattdessen eine ätherisch reine Spiritualität, die es nur in seiner Vorstellung gab: ein Produkt, maßgefertigt für Chicago, für den Westen. Die Begeisterung seines Publikums gab ihm recht.

Was wir bis heute unter asiatischer Spiritualität verstehen, sagt der Anthropologe van der Veer, sei vor allem Vivekanandas Werk.

Auf dem Markt der Weltanschauungen war der Mönch aus Kalkutta ein Exportgenie. Seine Erfindung traf so genau den Bedarf der Zeit, dass er zu einer Schlüsselfigur der westlichen Moderne wurde.

Überall in Europa suchten die Menschen damals nach einer Alternative zur herrschenden Religion. Die Christenkirche galt ihnen als dogmatisch, unfroh, verstrüpt mit den weltlichen Mächten. Anstelle des überlieferten Glaubensgebäudes machte sich die moderne Wissenschaft breit: rational, interessiert nur am Nachweisbaren, vielen zu kalt. Wer nicht ganz ohne höheren Sinn auskommen mochte, litt an der Lücke.

Indien bot sich an, diese zu füllen. Der ferne Subkontinent stand für das ganz Andere. Unter Gelehrten war es in Mode gekommen, Sanskrit zu lernen. Romantische Schwarmgeister wie die Brüder

Schlegel hingen ihr an, aber auch nüchterne Aufklärer wie der Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt.

An der Hindu-Religion lockte vor allem die Aussicht auf Erlösung schon im Diesseits, ganz ohne Erlöser. „Das war das große Versprechen des Hinduismus“, sagt Anthropologe van der Veer. „Du kannst ein anderer Mensch werden durch Experimente mit dem Leib.“

Die heiligmäßigen Yogis und Fakire bezeugten, was sich mit so einem Leib äußerstenfalls anstellen ließ. Vivekananda wusste, welchen Eindruck diese Entsorgungskünstler auf den Westen machten. Aber er kannte auch die indische Realität. Die Asketen gingen ihren Landsleuten oft genug auf die Nerven: heilige Nichtsnutze, die sich auf Kosten der Allgemeinheit exklusiv ihrer Befreiung aus dem Erdengewimmel widmeten. Ihr zudringliches Gebettel galt vielen als Plage. Sich mit ihnen anzulegen war aber auch nicht ratsam. Die Yogis, geübt in Atemtechnik und Körperkontrolle, zeigten häufig beachtliche Kampfstärke.

Die Askese hat ihre Wurzeln im Kriegsdienst, in der Vorbereitung auf den Kampf. Über Jahrhunderte hinweg standen

indische Asketen bei diesseitigen Herrschern im Sold. Sie überwachten die Handelswege des Subkontinents gegen die Angriffe räuberisch lebender Kasten, und sie verdingten sich als Krieger für regionale Könige. Nackt oder knapp geschürzt zogen sie in die Schlachten, gefürchtet wegen ihrer Furchtlosigkeit. Als Waffen trugen sie oft nur ihre angestammten Stöcke. Viele schwingen aber auch Keulen, Dreizacke oder Feuerzangen.

Die kriegesischen Asketen organisierten sich in eigenen Regimentern, traff geführt von ihren geistlichen Oberhäuptern. Bei Bedarf konnten sie ganze Armeen aufbieten. In Friedenszeiten gab es häufig Klagen über marodierende Banden.

Als die britischen Kolonialherren Indien in Besitz nahmen, beeilten sie sich, diese paramilitärischen Wanderkämpfer zu entwaffnen. Viele Asketen wichen aus in die Schaustellerei. Sie posierten aschebeschmiert in zentnerschweren Ketten, standen stundenlang auf dem Kopf oder verknoteten als Schlangenmenschen ihre Gliedmaßen. Reisende berichteten schaudernd von Männern, die ihre Fäuste so lange geballt hielten, bis ihnen die Fingernägel ins Fleisch wuchsen.

Dem modernen Inder der Mittelschicht waren diese Gaukler ein Graus, ein Inbild des alten, rückständigen Indiens. Swami Vivekananda sah das genauso: kaum eine



Mönch Vivekananda um 1890
Geschenk für die Welt?

Tradition weit und breit, aus der sein gedemütigtes Land neuen Stolz hätte beziehen können. Sogar sein eigener hochverehrter Meister, der berühmte Guru Ramakrishna, war für die Zwecke der nationalen Erweckung nur bedingt geeignet.

Dieser Ramakrishna, ein ungebildeter Mann aus einem bengalischen Dorf, hauste als einfacher Priester in einem Tempel der grauenhaften Göttin Kali am Ganges. Fast täglich brachte er Stunden in Ekstase zu, besessen von Kali, wie er behauptete.

„In diese Welt konnte ihm der gebildete Städter Vivekananda einfach nicht folgen“, sagt Max Planck-Forscher van der Veer. „Was er schließlich schuf, war etwas Neues, sehr weit weg von seinem Meister.“

Vivekananda strich die Götter, die umständlichen Rituale, den Tempeldienst der Hindus. Übrig blieb wenig mehr als die Meditation, die Kunst der Versenkung. Und, als Gerüst, eine neue Lehre vom Yoga.

Bis dahin bestand Yoga aus einem Durcheinander irgendwie erlöschungsdienlicher Übungen; jeder Tempel im Land konnte das anders halten. Vivekananda machte daraus eine klare Methode, die auch die westliche Kundschaft verstehen konnte. Sein Ziel war ein aufgeklärtes Yoga, nützlich und gesund, dem Westen intellektuell ebenbürtig. „Er sah Yoga als die indische Wissenschaft von der höheren Bewusstheit“, sagt van der Veer, „eine Art Spiritualität light.“

Im Westen schlug die Idee sofort ein – und keineswegs nur unter frommen Seelen. Viele aufgeklärte Köpfe ließen sich bezaubern, darunter auch stramme Kämpfer gegen Kirche und Establishment.

Politisch links und kosmisch erleuchtet, das war im 19. Jahrhundert kein Widerspruch. Speziell in Frankreich und England mischte sich die Verehrung des Ostens mit dem Protest gegen dessen Ausbeutung: Durfte man eine spirituell derart überlegene Kultur unterwerfen, nur um Tee, Opium und Baumwolle zu ergattern?

Die britische Sozialistin Annie Besant etwa ging für Jahre nach Indien, um dort für die Unabhängigkeit der Kolonie zu streiten. Im Jahr 1917 wurde sie zur ersten Präsidentin einer Partei gewählt, die sich Indischer Nationalkongress nannte – später sollte ein gewisser Mahatma Gandhi den Posten übernehmen.

In Besants Laufbahn gingen Wissenschaft, Politik und Geisterglaube munter durcheinander: Als eine der ersten Frau-



Hindu-Göttin Kali: Versteckt wie eine peinliche Verwandte

en hatte sie an der Londoner Universität studiert. Wenig später organisierte sie den Streik der Londoner Zündholzarbeiterinnen gegen ihre Hungerlöhne – mit Erfolg. Der Klassenkampf hinderte die Sozialistin aber nicht daran, zu einer Wortführerin der esoterischen Theosophen-Bewegung aufzusteigen.

Ähnlich unbefangen ging es in den vielen „Secular Societies“ zu, die in England für den Fortschritt trommelten. In diesen Vereinen saßen sozialistisch gesinnte Handwerker und Kleinbürger zusammen. Sie begeisterten sich gleichermaßen für fernöstliche Geistigkeit wie für die moderne Wissenschaft – zu der sie aber auch großzügig den Spiritismus rechneten. „An dem einen Abend luden sie einen Forscher zum Vortrag über die Evolutionstheorie“, sagt van der Veer, „und am nächsten Abend kam das Beschwören von Geistern an die Reihe.“

Auch wer radikal gegen die alte Ordnung antrat, durfte sich damals mit übersinnlichen Kräften verbinden. Er glaubte ja nicht einfach wie die Schäflein der Kirche, was die Obrigkeit vorschrieb – er forschte nach, machte Experimente. Deshalb ging selbst das Gläserücken unter den linken Spiritisten als moderne Errungenschaft durch. Denn jetzt brauchten sie keine Theologen mehr. Die Toten sollten ihnen sagen, was nach dem Tode kommt.

Nebenbei hofften die Geistersinnigen, im Jenseits alte Meister aufzuspüren und Zugang zu deren Wissen zu erlangen. Der direkte Weg zu den Quellen war ihnen, bis auf wenige Ausnahmen, noch versperrt. Die Universitäten, von Oxford bis Cambridge, waren der Kirche und dem Adel vorbehalten.

Also machte sich das Volk seine Wissenschaft selbst. Bis heute eint die tapfere Liebe zum Experiment die Esoteriker aller Grade. „Zwar kommt nur selten heraus, was sie sich erhoffen“, sagt Religionsforscher van der Veer, „aber im Zweifelsfall war eben das Experiment falsch angelegt.“

Erstaunlich lange blieb die Moderne verwickelt mit dem Irrationalen. Die Aufklärung hat nicht einfach die Welt entzaubert – viele Leute wollten nun endlich selber zaubern. Sie wollten ihre eigenen Erfahrungen machen mit den höheren Mächten.

Dieser spirituelle Eigensinn ist kennzeichnend für den langen Übergang in die Moderne. Er beginnt schon in der Frühzeit der Aufklärung. Damals lösten sich viele Esoteriker von der kirchlichen

Lehre: Freimaurer, Rosenkreuzer, später auch die Illuminaten. Sie alle nahmen sich, mehr oder weniger offen, die Freiheit, ihr Weltbild selbst zu fabrizieren.

Mit ihren eigenwilligen Doktrinen hätten die Esoteriker das Monopol der großen Christenkirchen gelockert, glaubt Monika Neugebauer-Wölk, Historikerin an der Universität Halle-Wittenberg. Ausgerechnet die Geistergläubigen, untereinander meist spinnefeind, brachten die Toleranz auf die Tagesordnung der Geschichte.

Sie hatten einfach das große Hauen und Stechen im Namen Gottes satt. „Die Esoteriker suchten nach der Urreligion, von der die anderen abstammen“, sagt Neugebauer-Wölk. Mit dem Nachweis, alle Menschen seien doch Kinder eines Glaubens, hofften sie, die verheerenden Religionskriege auf ewig zu unterbinden.

Führende Aufklärer sympathisierten mit den Esoterikern – auch weil diese so frischen Forschergeist zeigten: Sie studierten uralte Schriften, versuchten sich an der Beschwörung von Toten und heilten einander mit Magneten. Dabei ging es um die Vervollkommenheit des Menschen aus eigener Kraft, um die Erlösung ohne Erlöser – auf den gleichen Gedanken waren die Hindus in Indien gekommen.

„Was heute Esoterik heißt, nannte man damals oft die Religion der Klugen“, sagt

Selbst Geisterbeschwörung galt unter linken Spiritisten als moderne Errungenschaft.



LINSON / GAMMA / LAIF

Indischer Guru Bhagwan, Anhänger 1985: Weltzentrale der Erleuchtung für die gebildeten Sinnsucher aus dem Westen

Neugebauer-Wölk. „Auch ein Mann wie Lessing hätte das unterschrieben.“

Der Dichter Gotthold Ephraim Lessing („Nathan der Weise“) liebäugelte mit der Suche nach der Urreligion. Dem umtriebigen Adolph Freiherrn Knigge wiederum gefiel es, dass Bürger und Adel sich bei den Freimaurern mischten, er gab dort gern den Sozialrebell. Und selbst eine Lichtgestalt der Aufklärung wie Georg Forster, Professor für Naturkunde in Kassel, trat insgeheim dem obskuren Orden der Gold- und Rosenkreuzer bei. Er schlich über hessische Feuchtwiesen und suchte „Sternschnuppensubstanz“ aus Meteoriten, um daraus Gold zu fabrizieren (später ging dem Gelehrten auf, dass er Froschlaich gesammelt hatte).

So ging es lange Zeit durcheinander. Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts war es vorbei mit dem losen Spintisieren. Die Wissenschaft zog ihre Grenzen eng und enger, das Okkulte geriet zunehmend unter Aberglaubensverdacht. „Die Esoteriker befürchteten, ins Aus zu geraten“, sagt Neugebauer-Wölk. „Also mussten sie jetzt selbst wissenschaftlich werden.“

Damit begann eine wunderliche Kampagne. Ihr Motto: Wir schlagen die „Schulweisheit“ mit ihren eigenen Mitteln, mit knallharten Belegen, mit Empirie und Evidenz. Rückschläge halten die Bewegung bis heute nicht auf; die gehören zum Geschäft, wenn man experimentiert und auf der Suche ist.

Bis ins 20. Jahrhundert hinein begeistern sich sogar Leuchten der Wissenschaft fürs Übersinnliche. Der große Alfred Russel Wallace etwa, neben Darwin ein Mitbegründer der modernen Evolutionstheorie, sprach mit den Geistern von Toten. Der Hochenergiephysiker und Bestsellerautor Fritjof Capra („Das Tao der Physik“, „Wendezeit“) propagierte die Vereinigung von Teilchenphysik und östlicher Mystik. Mit ökospirituellen Schwurbel über ganzheitliches Bewusstsein und die „Kommunion des einzelnen mit dem Kosmos“ wurde er zum akademischen Lieblingsguru des „New Age“.

Der Philosoph Peter Sloterdijk zog in den Siebziger sogar ins indische Pune zu einem gewieften Menschenfischer, der sich Bhagwan nannte. Der sagenhafte Ashram dieses Gurus galt unter gebildeten Sinnsuchern aus dem Westen damals als die Weltzentrale der Erleuchtung.

Die Sympathie mancher Großdenker fürs Spirituelle sei wohl kein Zufall, sagt Sloterdijks Mainzer Kollege Thomas Metzinger. Er glaubt, dass im Idealbild des Forschers eine gewisse Spiritualität schon angelegt sei: der unentwegt Suchende, der fern vom Erdengetriebe der Wahrheit zustrebt. Er darf sich nichts vormachen, und er muss bereit sein, gesicherte Positionen jederzeit wieder aufzugeben, wenn neue Befunde ihnen widersprechen.

Metzinger plädiert dafür, diese Ehrlichkeit zu sich selbst als Tugend zu kul-

tivieren. Ihm schwebt eine weltliche Spiritualität vor, das Gegenteil des Glaubens, der einfach glaubt. Ihr wichtigstes Mittel sei die Übung des Geistes durch Meditation. „Ich selbst“, sagt der Philosoph Metzinger, „meditiere regelmäßig seit 36 Jahren.“

Metzinger reiste auch häufig nach Indien. Von uralter Spiritualität zeigte sich ihm dort aber keine Spur: „Was ich gefunden habe, waren fette Mönche, die Jutetaschen und Buttons verkaufen im Ashram eines Meisters. Da war nirgendwo etwas, das noch lebt. In Indien herrscht tiefster Aberglaube wie im niederbayerischen Katholizismus.“

Auch im Indien des 19. Jahrhunderts, zur Zeit des Swami Vivekananda, dürfte nur wenig dem erhabenen spirituellen Ideal entsprechen haben.

Nicht einmal das Yoga ist echt. Eine uralte Körperkultur? Nur ein Mythos. Der britische Religionswissenschaftler Mark Singleton hat ihn zerlegt. In seinem Buch „Yoga Body“ weist er nach: Das gymnastische Yoga, wie wir es kennen, ist keine hundert Jahre alt.

In den klassischen Schriften der Hindus – den Upanishaden, der Bhagavadgita – ist von Yoga kaum die Rede. Und wenn, dann geht es um geistige Vervollkommenheit, um Meditation. Körperliche Übungen, sofern überhaupt erwähnt, dienen vor allem der Atemkontrolle und der hohen Kunst des Stillsitzens.

Das gymnastische Yoga, wie wir es kennen, ist keine hundert Jahre alt.

Der Yogi strebt nach Versenkung, nicht nach Verrenkung.

Noch am Anfang des 20. Jahrhunderts kannten die Inder kaum eine der zahllosen Figuren, „Asanas“ genannt, die heute weltweit in Studios und Kursen gelehrt werden: die „Kobra“, den „herabschauenden Hund“, die „stehende Schildkröte“. Selbst Swami Vivekananda, der Begründer der modernen Yogalehre, wandte sich scharf gegen alles Turnerische. Seine Spiritualität war ein geistiges Projekt.

Zur Gymnastik fanden die Inder erst, als körperbegeisterte Westler ihnen was vorturnten – Eugen Sandow zum Beispiel, gebürtiger Ostpreuße und Begründer des Bodybuildings. Den „Schwarzenegger des späten 19. Jahrhunderts“ nennt ihn der Heidelberger Indologe Axel Michaels.

Sandow machte seinen wohlmodellierten Körper zu einem Spektakel von fast sakraler Erhabenheit: Weiß gepudert oder mit Bronzefarbe bemalt, posierte er als Statue auf den Bühnen der Welt. Tourneen führten ihn durch England und die USA. Er verkaufte Trainingsgeräte und Ratgeberbücher, gab eine Zeitschrift heraus und gründete eine Kette von Fitnessstudios, in denen die Körperkultur nach Sandow gelehrt wurde.

1905 reiste der schmucke Kraftmensch durch Indien – und auch hier riss er das Publikum hin: Dieser Yogi aus dem Westen sah besser aus als die ausgezehnten Asketen von nebenan. Bald eiferten ihm viele Inder nach. Es kam in Mode, im Geiste Sandows den Körper zu formen.

Ein schwedischer Dichter gehört ebenfalls in die unwahrscheinliche Ahnengalerie des Yoga: Pehr Henrik Ling, ein Pionier der Massage und der heilkräftigen Gymnastik. Lings Lehre verbreitete sich rasch in ganz Europa, auch weil sie ohne Kraftmaschinen, Hanteln und Turngeräte auskam. Die Briten führten die „schwedische Gymnastik“ sogar in ihren Schulen und in der Armee ein. Über diesen Weg gelangten Lings Ideen nach Indien.

Um die praktische Verbreitung vor Ort kümmerte sich vor allem der Christliche Verein junger Männer (YMCA). Dieser rege Verein war in Indien überall vertreten. Er zählte zu seiner Mission auch die Leibeserziehung des Kolonialvolks – das freilich unnötige Verausgabung nicht besonders schätzte. Deshalb tüftelten die Fitness-Apostel des YMCA, in Anlehnung an die bekannten Yoga-Posen, unentwegt neue Asanas für sie aus.

„Yoga im gymnastischen Sinn gab es bis dahin in Indien nicht“, sagt der Indologe Michaels. Der Westen dagegen blickte schon auf eine reiche Tradition des Erbtüchtigtens zurück, gestiftet vom Deutschländer Friedrich Ludwig Jahn. Im Zuge der Industrialisierung war daraus ein wahrer Körperkult geworden.

Der „Turnvater“ Jahn hat zum Yoga, wie es zahllose Studios heute betreiben,

wohl mehr beigetragen als die asiatischen Asketen. Indien lieferte aber im Gegenzug den Überbau: Nur im vermeintlichen Mutterland der Spiritualität ließ sich die biedere Gymnastik zu einem geistvollen Mysterium veredeln.

Der Westen wirkte also allseits mit an der Spiritualität aus dem Osten: als Lieferant von Vorbildern, als Veredler des Produkts – und als sein eigener Kunde.

Es war ein Wechselspiel. Indien wiederum formte in erstaunlichem Maße das Gedankengut des Westens. Swami Vivekanandas Idee vom friedlichen, durchgeistigten Osten als Gegenwelt wurde zu einer realen Macht der Moderne. Sie schlich sich sogar ins Innerste ihrer Vorstellungswelt: in ihre Bilder, in die Kunst.

Der Maler Wassily Kandinsky sah sich als Pionier einer neuen Spiritualität. In seiner berühmten Denkschrift „Über das Geistige in der Kunst“, erschienen 1911,



Bodybuilder Sandow um 1895

„Schwarzenegger des 19. Jahrhunderts“

nahm er praktisch Abschied vom Diesseits. Seine Kollegen Kasimir Malewitsch und Piet Mondrian folgten ihm nach. Ihre Bilder malten sie auch gegen den Materialismus, die Vergötzung der Dinge, die Warenwelt. Die Kunst kehrte sich ab vom Gegenständlichen, sie wurde leer und abstrakt: eine visuelle Meditation über Farbwerte und Formen.

Die moderne Kunst des Westens sei ohne den Mönch Vivekananda nicht denkbar, glaubt Anthropologe van der Veer – ein weiterer Beleg für die beispiellose Erfolgsgeschichte einer Idee.

In Indien selbst war die Wirkung der neuen Spiritualität zwiespältig. „Die normalen Leute bekamen davon gar nichts mit“, sagt van der Veer. „Die sind immer bei ihren alten Göttern geblieben.“ Aber

der gebildeten Mittelschicht dämmerte mit der Zeit, dass Vivekanandas Lehren die Welt erobert hatten. „Sie sagten sich: Wenn der reiche Westen sich für die indische Spiritualität begeistert, dann können wir wohl stolz darauf sein.“

So entdeckten nun auch die Inder ihre angeblich uralte Tradition – als Reimport aus dem Westen.

In Indien sind die Menschen bis heute überzeugt, im Besitz eines einzigartigen Erbes zu sein. Max-Planck-Forscher van der Veer fand diesen Nationalstolz sogar in der Hightech-Metropole Bangalore: „Die Programmierer dort halten die indische Spiritualität für ein Privileg“, sagt er. „Das gilt auch für ihren Beruf. Sie glauben zum Beispiel, dass sie einen Vorsprung haben, wenn es um die Entwicklung Künstlicher Intelligenz geht.“

Die überlieferte Hindu-Religion spielt freilich im Alltag der städtischen Mittelschicht von Bangalore kaum mehr eine Rolle. Was heutige Inder für spirituell halten, ist jünger – und vor allem amerikanischen Ursprungs.

In den Siebzigern und Achtzigern zogen viele studierte Inder in die USA, um als Ärzte oder Ingenieure zu arbeiten. In der neuen Heimat aber war gerade das „New Age“ angebrochen. Die verblüfften Zuwanderer fanden sich wieder inmitten von Karrieregurus, Geistheilern und Räucherstäbchenhockern, deren Kundschaft gewinnbringend für Indien schwärmte. Die Amerikaner hatten offenbar die indische Spiritualität abermals neu erfunden: als Mix aus Wellness, Selbstoptimierung und gelegentlich einem Pfeifchen.

Heute sei die Idee von der Spiritualität längst nicht mehr der fortschrittliche Gegenpol zur starren Staatsreligion, sagt van der Veer. Ihr rebellischer Geist habe sich erschöpft. Geblieben sei ein Etikett, das höheren Sinn vorgaukelt. In Indien, sagt der Forscher, werde einem heute sogar rechtschaffenes Kunsthandwerk als typisch spirituell angerechnet.

Im Westen lebt ein blühender Sektor des Buchmarktes vom Abglanz östlicher Geistigkeit – mit Titeln wie „Yoga-Tools für Super-Manager“ oder „Die Yoga-Kriegerin: Power für Körper und Seele“. Es gibt „Quick-Yoga in fünf Minuten“, Yoga für Pferd und Reiter und Yoga speziell für den Hund.

Und moderne Unternehmen schicken ihre Angestellten zwecks spiritueller Erhöhung zum Business-Yoga. Selbst der ernüchterte Suchkonzern Google, der nur an die Macht der Daten glaubt, wagt sich bereits auf den Pfad der Innerlichkeit. Die Firma bietet ihren Mitarbeitern unter anderem eine Fortbildung in fernöstlicher Achtsamkeitsmeditation; sie zählt zu den beliebtesten im ganzen Sortiment.

Der Kurs heißt, passend zum Geschäftszweck: „Suche in dir selbst“.

MANFRED DWORSCHAK

Möwen statt Stahlträger

Die Offshore-Branche galt als Hoffnungsträger für die Küste. Nun kämpfen etliche Firmen ums Überleben. Ist der Windboom schon vorbei?

Das neue Kraftwerk ist ein Meisterwerk deutscher Ingenieurskunst. In nur 14 Monaten haben Experten draußen auf See, 15 Kilometer vor Borkum, Dutzende gigantische Rotoren im Meeresboden verankert. Die 150 Meter hohen Windräder des Offshore-Windparks „Riffgat“ funktionieren tadellos. Sie sollen klimafreundlichen Strom für 120 000 Haushalte liefern. Riffgat sollte ein Meilenstein der deutschen Energiewende werden.

Die Einweihung des ersten kommerziellen deutschen Windparks in der Nordsee am Samstag kommender Woche wird allerdings bescheiden gefeiert. Kanzlerin Angela Merkel hat abgesagt. Auch die CDU-Politiker Umweltminister Peter Altmaier und EU-Energiekommissar Günther Oettinger zögern, der Einladung des Oldenburger Energieunternehmens EWE zu folgen.

Denn Riffgat hat einen Schönheitsfehler: Dem Windpark fehlt noch ein Teil der Stromleitung zum Festland. Statt Energie zu produzieren, verbraucht Riffgat erst einmal welche. Die Rotoren müssen über Dieselaggregate mit Strom versorgt werden, ansonsten würden sie in der Salzlucht korrodieren.

Verantwortlich für das Fehlen der Leitung ist der Netzbetreiber Tennet, EWE verliert wegen der Verzögerung Millionen Euro, die fälligen Entschädigungen werden letztendlich auf die Stromkunden abgewälzt. Statt zum Vorzeigeprojekt ist Riffgat nun zum Symbol der verfehlten Offshore-Politik der Regierung geworden.

Die Deutschen setzten auf Windparks auf See, weil der Wind dort konstant bläst und weil keine Fläche an Land verbraucht wird. Sie wollten zudem noch vermeiden, den Ausblick vor den Ferieninseln zu verhandeln. Deshalb stehen die Parks, anders als in England oder Dänemark, nicht nahe an der Küste.

Das war für Ingenieure lösbar, die Lösungen waren allerdings sehr teuer. Angesichts hoher Stromrechnungen wuchs die Skepsis der Bürger, die Politiker redeten von Strompreissbremsen.

Der Dreh der politischen Windrichtung schlug sich bei den Anlagenbauern sofort



Offshore-Firma CSC in Cuxhaven 2009: „Der Markt ist zusammengebrochen“

nieder. Etliche Unternehmen, die noch vor wenigen Monaten in großem Stil Mitarbeiter rekrutiert hatten, entlassen nun Personal. Die Siag Nordseewerke haben Insolvenz angemeldet, weitere Pleiten könnten folgen. Kaum hatte der Offshore-Boom begonnen, scheint er schon wieder am Ende zu sein.

Zurzeit werden noch ein halbes Dutzend Windparks in der Nordsee errichtet, doch es fehlen Folgeaufträge. „Der Markt ist zusammengebrochen“, klagt Ronny Meyer, Chef der Bremerhavener Windenergie-Agentur Wab. Auch der Riffgat-Erbauer EWE will sich nicht an weiteren Anlagen auf dem Meer beteiligen.

Bis zum vergangenen Jahr galt der Bau der Windparks als große Hoffnung für die Küste. Städte wie Bremerhaven, Cuxhaven oder Emden, jahrzehntelang durch Werftensterben und Rückgang des Fischfangs gebeutelt, blühten auf. Geschätzt eine Milliarde Euro wurde in Hafenflächen und Werkshallen investiert, etwa 10 000 Jobs sollen entstanden sein. Allein in Cuxhaven steckte das Land Niedersachsen 125 Millionen Euro in den Hafen, jeder Quadratmeter des Kais kann nun eine Last von 90 Tonnen tragen, damit von dort die Fundamente auf Bauschiffe geladen werden können.

Heute landen auf dem Gelände am Hafen nur die Möwen. 70 Fußballfelder weit erstreckt sich das Areal der Firma Cuxhaven Steel Construction (CSC), in der Mitte steht eine Halle, 270 Meter lang, 52 Meter hoch. Bis zum Frühjahr wurden dort gelbe Fundamente für den Windpark „Bard Offshore 1“ zusammengeschweißt, der derzeit rund hundert Kilometer vor der Küste entsteht. Seither hat CSC nichts mehr zu tun, fast alle der 450 Beschäftigten verloren ihren Job.

Der Mutterkonzern Bard sucht vergessens Investoren. Nach dem Fundament-

werk wurde die Flügelproduktion abgewickelt. Von 1000 Bard-Mitarbeitern sollen nur jene bleiben, die den Park betreuen. Wie viele das sind, weiß der Unternehmenssprecher nicht zu sagen.

Rechts vom CSC-Werk wollte der österreichische Baukonzern Strabag mit 500 Mitarbeitern Betonfundamente herstellen. Vor einigen Wochen hat Strabag still sein Büro in Cuxhaven geschlossen. Die 15 Windparks in der Nordsee, an denen sich das Unternehmen beteiligen wollte, werden vorerst nicht gebaut.

Der andere CSC-Nachbar, die Firma Ambau, fertigt noch Stahltürme für die Generatoren der Windmühlen. Aber: „Wir haben in Cuxhaven nur bis Ende des Jahres Arbeit“, räumt Ambau-Chef Kai Simon ein, „was dann kommt, weiß ich nicht.“ Dabei hatte das Unternehmen eine Erweiterung geplant. Die Baugenehmigung ruht nun in der Schublade.

So düster sieht es überall an der Küste aus. In Wilhelmshaven wollte die chinesische Hantong-Gruppe ein Werk bauen. Nun verzichten die Asiaten erst einmal auf eine Fertigung in Deutschland.

Die Ursachen der Misere sind vielfältig. Der nach eigener Darstellung unterfinanzierte Netzbetreiber Tennet scheiterte auch anderswo daran, Parks rechtzeitig ans Stromnetz anzuschließen. Vor allem klagt die Branche aber über fehlende Investitionssicherheit. Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und Umweltminister Altmaier verkündeten im Februar Pläne für eine Strompreissbremse. Damit könnte die eigentlich garantierte Einspeisevergütung für Ökostrom gesenkt werden, um die Umlage für die Verbraucher niedrig zu halten.

Das hat die Industrie alarmiert, die Betreiber der Windparks auf See sind auf ausreichend hohe Strompreise angewiesen, um ihre Investitionen zu refinanzieren.

ren. „Die Strompreisbremse ist zwar nie beschlossen worden, hat die Investoren aber sehr verunsichert“, klagt Windenergie-Experte Meyer.

An der Küste hoffen viele auf die Bundestagswahl im September. „Wir brauchen Planungssicherheit“, forderte der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel von den Grünen bei einem Besuch in Cuxhaven. Jürgen von Ahnen von der Cuxhavener Wirtschaftsförderung behauptet, die Branche befinde sich nur in einer „Talsole“. Nach der Wahl gehe es wieder aufwärts, egal wer regiere.

Für solchen Optimismus gibt es wenig Grund. Die Regierung hat die Anreize für Offshore-Strom mehrfach erhöht, um die Branche überhaupt in Gang zu bringen. Nun erhalten die Windpark-Betreiber in den ersten acht Jahren nach dem Bau 19 Cent für jede Kilowattstunde, die ins Netz eingespeist wird. Das ist mehr als doppelt so viel wie für Rotoren an Land gezahlt wird.

So wächst die Zahl der Zweifler, die Windräder auf See für zu teuer halten. Die Kritik kommt aus den südlichen Ländern, sie ist zum Teil politisch motiviert, denn der Süden will die Erzeugung der Windkraft nicht der Küste überlassen. Deshalb hat die baden-württembergische Regierung keine Bedenken, Rotoren im Schwarzwald errichten zu lassen. Rheinland-Pfalz schlägt für Windparks gar Schneisen in Hunsrück- und Eifelwälder.

Sollte trotz der Lobby im Süden der Meerwind einen neuen Schub erhalten, müsste die Offshore-Branche wieder aufwendig Personal suchen. 2008, als in Cuxhaven der erste Boom begann, fanden die Unternehmen kaum gute Mitarbeiter. Die Agentur für Arbeit ließ Hunderte Schweißer, Gerüstbauer und Kranfahrer ausbilden. Nun gibt es für die eingearbeiteten Teams keine Jobs. „Wer kann, sucht sich eine Alternative, etwa beim Flugzeugbauer Airbus“, beschreibt Manfred Wendl, Chef des Weiterbildungszentrums Cuxhaven die Situation. „Der Lerneffekt, den die Fachleute bei der Errichtung der ersten Parks hatten, droht verlorenzugehen“, sagt Christian Dahlke, beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie zuständig für die Offshore-Parks.

Da erscheint die Strategie des Stahlproduzenten Dillinger Hütte interessant. Das Unternehmen errichtet gerade in Nordenham an der Unterweser ein neues Werk für 300 Beschäftigte. „Wir haben gute Marktanalysen und glauben, dass es mit Offshore weitergeht“, begründet Geschäftsführer Ralf Hubo das optimistische Vorhaben. „Die Krise hilft uns, gute und günstige Arbeitskräfte zu finden“, sagt er. Einen großen Auftrag hat er zwar nicht. Das sei aber kein Problem, findet Hubo. Er könne seine Produkte auch im Ausland verkaufen.

MICHAEL FRÖHLINGS DORF

Schlauer durch Sex

Lernfähigkeit, Arbeitsmoral, Stressresistenz: Eine amerikanische Neurowissenschaftlerin hat herausgefunden, was der Mensch von der Ratte lernen kann.



AGE FOTOSTOCK / MAURITIUS

„Einzig die Ratte, behaupte ich, konnte den Menschen erhöhen und ihn verbessern.“

GÜNTER GRASS: „DIE RÄTTIN“

Einst brachte sie den Menschen die Pest. Auch Hanta-Viren, Salmonellen und Fadenwürmer kann sie mit sich herumschleppen. Sie verbreitet Seuchen, zerstört Ernten, rottet auf Inseln ganze Vogelarten aus.

Die Ratte gilt als ein im Müll scharrendes Ekeltier. Doch nun tritt die amerikanische Forscherin Kelly Lambert, 49, zur Ehrenrettung des vielgeschmähten Nagers an. Die Professorin für Psychologie und Neurowissenschaften am Randolph-Macon College in Ashland, Virginia, sieht in der Ratte sogar ein Vorbild für den Menschen. „Ich hoffe“, schreibt Lambert in ihrem soeben auf Deutsch erschienenen Buch*, „dass Sie nach der Lektüre auch ein wenig nach Ihrem inneren Nager suchen, während Sie sich mit den Herausforderungen des Lebens herumschlagen.“

Mit vielen ihrer Fähigkeiten ist die Ratte dem Menschen tatsächlich überlegen; sie beherrscht Kunststücke, um die man sie nur beneiden kann – nacheifern zwecklos. So können die Tiere Metall und angeblich selbst Beton zerbeißen, sich durch zentimeterschmale Ritzen wursteln, meterhoch springen und kilometerweit schwimmen (man stelle sich vor, was das dem Menschen abverlangen würde,

hochgerechnet auf dessen Körpergröße). Selbst einen Sturz aus dem vierten Stock soll eine Ratte unverseht überstehen.

Verglichen mit den Nagern ist der Mensch geradezu schwerhörig. Ratten vermögen Töne mit einer Frequenz von über 60 Kilohertz zu hören, das menschliche Ohr macht schon bei 20 Kilohertz schlapp.

Auch der Geruchs- und der Geschmackssinn der Ratte lassen unsere Sinne stumpf erscheinen. Die Nager können Stoffe in mikroskopischen Mengen ausmachen, und sie sind vorsichtig, wenn sie etwas nicht kennen. Ist ihnen ein Stoff einmal nicht gut bekommen, erinnern sie sich zeitlebens daran. Gegen manche Gifte können sie resistent werden – was erklärt, weshalb sie Kammerjäger zur Verzeiung treiben.

Sehen immerhin können Menschen besser. Ratten sind nachtaktiv und brauchen keine scharfen Augen.

Seit über 25 Jahren erforscht Lambert die erstaunlichen Fähigkeiten der Ratte. Als Neurowissenschaftlerin interessiert sie sich dabei vor allem für deren Gehirn. Dieses ist ungefähr so groß wie eine kleine Pekannuss, „aber alle wichtigen Regionen und Botenstoffe sind vergleichbar mit unseren“. Deshalb sei das Rattenhirn ein gutes Modell für das Menschenhirn.

„Es heißt, dass die Ratten Komplexität als Überlebensstrategie wählten, die Mäuse dagegen Einfachheit“, schreibt die Forscherin. „Folglich entwickelten sich Ratten mit der Zeit zu sozialen, geschickten, intelligenten und komplexen Wesen.“

Die sprichwörtliche Schlaueit der Ratten inspirierte schon vor über hundert Jahren die englische Illustratorin Beatrix Potter zu ihrem Kinderbuch über die Ratte Bernhard Schnauzbart. Konrad Lorenz, der Begründer der empirischen Verhaltensforschung, pries die Ratte als „den erfolgreichsten biologischen Gegenspieler des Menschen“. Lambert jedoch sieht in ihrem Studienobjekt keinen Gegner, sondern einen Lehrer.

„Ich wäre gern wie eine Ratte“, sagt sie fröhlich, „und ich wünsche mir, dass auch meine beiden Teenager-Töchter wie Ratten werden!“ Denn Ratten seien anpassungsfähig und einfallsreich, schwärmt sie: „Man konfrontiert sie im Labor mit einem Problem, und sie entwickeln jedes Mal eine verblüffende Strategie, um es zu lösen. Ihre Reaktion ist oft viel schlauer als unsere Hypothese.“

Lamberts Töchter kommen seit frühester Kindheit in den Genuss rättischer Lebensweisen. So wies die Forscherin im Tierversuch nach, dass spielerisches Herumtollen für die gesunde Entwicklung des Gehirns unerlässlich ist. Junge Ratten, die zwei Wochen lang täglich für eine halbe Stunde mit einem Artgenossen spielen durften, schnitten hinterher bei kognitiven Aufgaben deutlich besser ab als Tiere aus der Kontrollgruppe. Halbwüchsige Ratten, denen wildes Gerangel verwehrt wurde, waren als erwachsene Tiere aggressiver.

„Wohl in keinem Fall haben wir das Wissen, das die Nager uns vermitteln, so sträflich ignoriert wie im Fall dieser Spiel-

* Kelly Lambert: „Lehrmeister Ratte – Was wir von den erfolgreichsten Säugetieren der Welt lernen können“. Springer-Verlag, Berlin; 376 Seiten; 19,99 Euro.

studien“, klagt Lambert. Freies Spielen, Schulsport und Pausen würden nicht gefördert, stattdessen hockten Kinder stundenlang im Unterricht und vor elektronischen Geräten – und parallel dazu steige seit Jahren die Zahl der Kinder, bei denen das Zappelphilipp-Syndrom ADHS diagnostiziert werde.

Als Mutter orientiert sich Lambert deshalb lieber an den Ratten: Sie halte ihre Töchter körperlich fit, schenke ihnen Chinchillas statt iPhones und ermutige sie, Freunde nicht bloß im Internet, sondern leibhaftig zu treffen. Denn von den Ratten habe sie gelernt, dass Tiere, die soziale Kontakte pflegten, niedrigere Stresshormonspiegel hätten, gesünder seien und länger lebten.

Zudem achtet die Rattenforscherin auf regelmäßige Pausen beim Lernen. Eine weitere Rattenweisheit lautet: In mehreren kurzen Perioden lernt man besser als in einer langen. Versuchstiere, die durch einen Parcours laufen mussten, legten nach jeder Runde selbständig eine Pause ein. Die Messung ihrer Hirnaktivität während dieser Ruhephase ergab, dass ihre Nervenzellen dasselbe Aktivitätsmuster aufwiesen wie beim zuvor zurückgelegten Weg durch den Parcours – ein Hinweis darauf, dass das Rattenhirn rekapitulierte, was es gerade gelernt hatte.

Und für die Arbeitsmoral sei es ebenfalls nützlich, sich an der Ratte zu orientieren, glaubt Lambert. Tiere, die sich im Experiment nur wenig anstrengen mussten, um eine Belohnung zu erhalten, wurden mit der Zeit unflexibel und schwerfällig. Jene Ratten, die Wasser und Nah-

rung einfach so bekamen, waren zudem ängstlicher als solche, die für ihren Lebensunterhalt etwas tun mussten. „Körper und Geist keinen Unannehmlichkeiten auszusetzen ist vielleicht die schlechteste Strategie, um Lust zu empfinden“, folgert Lambert.

Wer in Ratten trotz allem nur die Träger gefährlicher Krankheitserreger sieht, den erinnert die Autorin daran, welche Rolle die Tiere bei der Bekämpfung von Krankheiten spielen. Im Durchschnitt jede Stunde, so Lambert, erscheine eine wissenschaftliche Publikation, die auf Experimenten mit Laborratten basiere. Wenn menschliche Leiden wie Depression, Parkinson, Autismus, Herz-Kreislauf-Störungen und Autoimmunerkrankungen in Zukunft heilbar sein sollten, dann nicht zuletzt dank zahlloser Rattenstudien.

Für Lambert gibt es gute Gründe dafür, die Nager als Labortiere einzusetzen: „Menschen und Ratten haben viel gemeinsam, schließlich sind beide Opportunisten und Allesfresser.“ Die Wege der gemeinsamen Vorfahren trennten sich vor 65 Millionen Jahren – recht spät in der Evolutionsgeschichte. So kommt es, dass sich über 90 Prozent der Gene entsprechen.

Aus evolutionärer Sicht ist die Ratte ein Erfolgsmodell. Nagetiere bilden mit rund 2300 Arten die größte Säugetiergruppe. Ratten, Mäuse und Co. haben nahezu jeden Landfleck auf dem Planeten erobert. Und während jede zweite Primatenart bedroht ist, geht es den Ratten bestens. Biologen schätzen, dass auf jeden menschlichen Erdbewohner mindestens

eine Ratte kommt – eine Zahl, die sich schwer überprüfen lässt.

Der Erfolg hängt auch damit zusammen, dass sich Ratten effektiv fortpflanzen – das einzige Thema, bei dem Rattenenthusiastin Lambert etwas sparsam reagiert. „Sex ist ein gutes Beispiel“, sagt sie gedehnt, „für die Unterschiede zwischen Ratten und Menschen.“

Ausdrücklich weist die Psychologin darauf hin, dass die Studienergebnisse für männliche Jugendliche „vollkommen uninteressant“ seien – besonders für jene natürlich, die mit ihren Töchtern ausgehen wollten.

Dabei gäbe es über den Rattensex durchaus Romantisches zu erzählen: Weibchen flirten, indem sie mit den Ohren wackeln. Hat ein Weibchen ein Männchen auserwählt, lässt es sich nicht einmal durch ein elektrisch geladenes Drahtgitter von ihm fernhalten. Während sie sich paaren, singt das Männchen – eine spezielle Melodie aus Ultraschalllauten für jede Phase des Akts. Nach der Ejakulation braucht das Männchen etwa fünf Minuten Ruhe, dann kann es wieder losgehen – fünfmal oder öfter.

Das führt nicht nur zu reichlich Nachwuchs, sondern es fördert, wie Studien gezeigt haben, auch die geistige Gesundheit. Häufiger Sex trägt dazu bei, dass im Gehirn mehr neue Nervenzellen entstehen – und führt zu einer besseren Vernetzung der Neuronen in einer bestimmten Hirnregion, die an Lernen, Erinnerung und emotionaler Verarbeitung beteiligt ist.

Bewiesen ist das alles natürlich nur bei Ratten.

SAMIHA SHAFY

Illustration aus „Die Geschichte von Bernhard Schnauzbart“



FREDERICK WARNE & CO.

Psychologin Lambert



BRUCE F. CRAVER

SACHBÜCHER

Gespensberglauben

Wohl selten waren wir so empfänglich für die Abenteuergeschichte der Mathematik wie in diesen Tagen, in denen sich die Öffentlichkeit mit Algorithmen von Suchmaschinen und sozialen Netzwerken und dem Wunsch nach Verschlüsselung persönlicher Mitteilungen beschäftigt. Rudolf Taschner, Professor an der Technischen Universität Wien und Mitbegründer der „math.space“-Kultveranstaltungen, hat seinem Streifzug durch die Weltgeschichte der Mathematik nicht von ungefähr den Titel „Die Zahl, die aus der Kälte kam“ gegeben, er schreibt: „Wer die entscheidenden Zahlen kennt, gar mit ihnen zu manipulieren versteht, hat das letzte, das alles bestimmende Wort.“ Sein Buch liest sich wie ein Thriller. Von Archimedes, der der Legende nach während einer Berechnung ermordet wurde, über den ersten Rechenautomaten



Rudolf Taschner
Die Zahl, die aus der Kälte kam. Wenn Mathematik zum Abenteuer wird

Hanser Verlag,
München;
244 Seiten;
19,90 Euro.

des kränklichen Pascal bis zum Gespensberglauben des genialen Gödel führt er nicht nur die Durchbruchleistungen der Mathematik vor, sondern auch die Pathologie ihrer führenden Köpfe. Er erklärt die Chiffrierpraxis des britischen Geheimdienstes MI6, beschreibt, wie Computer bei „Jeopardy“ gewinnen und wie sie selbst Psychotherapeuten ersetzen können. Und er errichtet jenen ein Denkmal, über die die Ent-

deckergeschichte zu Unrecht hinweggegangen ist, wie etwa den früh verstorbenen Augusta Ada Byron, die Tochter des Poeten Lord Byron, die von ihrem Vater verstoßen wurde und später das erste Computerprogramm der Welt schrieb. Schließlich legt Taschner mit den Mitteln der Logik dar, warum ein in sich widerspruchsfreies System mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun haben muss. Was einerseits dem Glauben an die Überlegenheit der Rechner den Stecker zieht, andererseits aber deren fiktives Einschüchterungspotential noch erschreckender macht.



„Frances Ha“. Der Regisseur Noah Baumbach, der auch schon für Wes Anderson Drehbücher geschrieben hat, erzählt von einer mittelbegabten, mittelschönen jungen Frau, die in New York darauf wartet, dass endlich der große Durchbruch in ihrem Leben stattfindet. Und weil er in der Schauspielerin Greta Gerwig eine charmante Hauptdarstellerin gefunden hat, ist dieser Film ein realistisches, aber auch komisches Großstadtmärchen, das thematisch und atmosphärisch viel gemein hat mit der Fernseh-Erfolgsserie „Girls“ und doch eine eigene Sogkraft entwickelt. Die Heldin ist mit ihrer Karriere als Tänzerin in einer Sackgasse gelandet, sie sieht am Beispiel ihrer Freundin Sophie (Mickey Sumner, Tochter des Popstars Sting), wie man in ein sattes bürgerliches Leben abheben kann, sie flüchtet kurz nach Paris und findet auch dort nichts Besseres als die eigene Misere. „Frances Ha“ ist ein Schwarzweißfilm, der einerseits von einer großen Trauer in der großen Stadt handelt, andererseits aber von der Zuversicht, dass Talent nicht alles ist im Leben und jede Frau ihr Glück machen kann.

„Die Möbius Affäre“ ist ein Spionagethriller, der in der Welt der Hochfinanz spielt. Die Handlung von Eric Rochants Film ist fast so schwer zu durchschauen wie der Derivatehandel, aber das stört kaum. Denn Cécile de France in der Rolle einer Traderin und Jean Dujardin als Geheimagent ziehen den Zuschauer in den bislang schönsten Flirt dieses Kinossommers hinein. Lange nicht mehr war es so aufregend, zwei Menschen dabei zuzusehen, wie sie erst die Blicke und dann die Hände nicht mehr voneinander lassen können. Ein Agentenfilm, der zum Vergnügen des Zuschauers von einem Liebesfilm unterwandert wird.



ZEITSCHRIFTEN

Alles kann Tanz sein

Schon der Name ist ein Anachronismus: „manuskripte“. Wer, bitte, schreibt heute noch mit der Hand? Peter Handke natürlich. Er ist denn auch einer der knapp 80 Beiträge zur Jubiläumsausgabe der Grazer Literaturzeitschrift: der Nummer 200. Gehuldigt wird Alfred Kolleritsch, 82, dem Herausgeber des literarischen Vierteljahresperiodikums – von ihm

1960 ins Leben gerufen und von Anfang an „entschlossen zusammengehalten“, wie die Nobelpreisträgerin und Gratulantin Elfriede Jelinek im Heft schreibt. Handke steuert neun Seiten „Stille Ausrufe“ bei, die er in den Jahren 2007 bis 2013 gesammelt hat, Sätze wie „Der Kopf geht mir durch“, „Ich mache, wie ich bin“ und „So alt, und immer noch in Kafkas Fängen“. Oder auch: „Alles kann Tanz sein“. Eine CD mit Gedichten des Herausgebers liegt bei, gesprochen von ihm selbst und von Freunden wie Handke.

Gehobener Wahnsinn

EINWURF: Von Claudia Voigt

Seit über einem halben Jahr sorgt der Suhrkamp-Verlag für Schlagzeilen, die nichts mit Literatur zu tun haben. Wörter wie Schutzschirmverfahren oder Überschuldung werden ganz selbstverständlich per Pressemitteilungen in die Welt geschickt. Der Streit zwischen den beiden Gesellschaftern Ulla Unseld-Berkéwicz und Hans Barlach hat mittlerweile die Stufe des gehobenen Wahnsinns erreicht. Vorvergangene Woche entschied nun ein Gericht, dass die Gesellschafterin Ulla Unseld-Berkéwicz von der Verlegerin und Geschäftsführerin Ulla Unseld-Berkéwicz vorerst nicht die Auszahlung von fünf Millionen Euro verlangen darf. Ja, es ist genauso verrückt, wie es klingt. Diese Summe, auf deren Fälligkeitstellung – noch eines dieser Wörter – die Gesellschafterin gedrängt hat, hätte dem Verlag ziemlich sicher die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beschert. Es scheint so, als ob man diesen Schritt bei Suhrkamp zumindest nicht fürchtet. Das Schutzschirmverfahren wird dort als große Rettung gepriesen. Kaum ein Wort davon, dass die wirtschaftlichen Aussichten des Verlags vielleicht gar nicht so schlecht sind, dass Summen im mittleren sechsstelligen Bereich ausgegeben werden, um juristische Berater zu zahlen, und dass ein Insolvenzverfahren durchaus außer Kontrolle geraten kann. Für Suhrkamp sind Insolvenzrechtler am Werk, die durchaus einen Ruf zu verlieren haben, sie werden schon noch irgendeinen juristischen Kniff finden, damit im August ein Charlottenburger Amtsgericht tatsächlich das Insolvenzverfahren eröffnen kann. Und dann? Fürs Erste hätte dann Ulla Unseld-Berkéwicz gegen Hans Barlach gesiegt. Und weiter? Anteile von Suhrkamp, dem Verlag von Brecht und Adorno, könnte dann die Familie Ströher erwerben: Erben eines Mannes, der sein Vermögen auch Rüstungsgeschäften während des Zweiten Weltkriegs und guten Kontakten zum NS-Regime verdankte. Der Literaturbetrieb und das Feuilleton befinden sich inmitten einer leider sehr realen Satire.

AUSSTELLUNGEN

Warten auf die Außerirdischen

Turrell-Installation „Aten Reign“, Besucher

Es dürfte nicht viele zeitgenössische Kunstwerke geben, von denen wirklich alle Betrachter begeistert sind, Kleinkinder ebenso wie Kritiker. So eine Ausnahmearbeit ist zurzeit im Guggenheim-Museum in New York zu besichtigen: eine neue monumentale Installation des amerikanischen Lichtkünstlers James Turrell mit dem Titel „Aten Reign“ (Herrschaft des Aton), benannt nach der Sonnenscheibe in der altägyptischen Mythologie. Im Jahr 2009 hatte Turrell das Kunstmuseum Wolfsburg mit seinen Werken verzaubert; jetzt hat er die berühmte Rotunde des

Guggenheim-Museums in eine künstliche Sonne verwandelt. Sechs einander überlappende Ringe leuchten mal in Blautönen, mal in Rot oder Orange, Weiß oder Grau, die Farben verändern sich langsam, aber stetig. Zuweilen liegen die Besucher auf dem Fußboden des Museums, dicht an dicht, wenn die Sitzplätze am Rand nicht ausreichen. Wie in Trance blicken alle gebannt nach oben. Es wäre wohl niemand überrascht, wenn gleich ein paar Außerirdische landen würden. Das meditative Massenspektakel ist noch bis 25. September zu erleben.

JAMES TURRELL / PHOTOGRAPH BY DAVID HEALD - SOLOMON R. GUGGENHEIM FOUNDATION

„ANSCHWELLENDER BOCKSGESANG“

hieß der Titel eines SPIEGEL-Essays, mit dem der Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß vor 20 Jahren, in der Nachwendezeit, eine Debatte provozierte, die mit überraschender Verbissenheit geführt wurde. Seine Prognose, dass es zwischen den Kräften „des Hergebrachten und denen des ständigen Fortbringens, Abservierens und Auslöschens“ Krieg geben werde, dass Menschen für ihr „Sittengesetz“ auch zu Blutopfern bereit sein könnten, wurde 1993 noch kaum verstanden – auch

nicht, dass der Autor an Begriffen wie „Autorität“ und „Meistertum“ festhalten wollte. Für seine „intellektuelle Affekthandlung aufgrund der deutschen Wiedervereinigung“ (Strauß) wurde er als politischer Reaktionär abgestraft. Dabei war der Autor damals womöglich nur hellstichtiger als andere. Nun stellt Strauß, 68, der seit Mitte der neunziger Jahre zurückgezogen in der Uckermark lebt, erneut eine radikale Zeitgeistdiagnose. Diesmal beobachtet er, wie der „intellektuelle Götzendienst vor dem Populären“ eine Anpassung nach unten

zur Folge hat – und wie das „Breite zur Spitze“ wird, wenn es um Quoten, Foren und die Interessen der meisten geht: der „Plurimi-Faktor“. Die wenigen aber, so Strauß, die sich nicht durch das Internet-Gesellschaft und Übereinkunft verschaffen wollen, werden sich in der Absonderung einrichten müssen. Der von Strauß für den SPIEGEL konzipierte Essay steht im Zusammenhang mit umfassenderen Überlegungen, die er in seinem neuen Buch „Lichter des Toren“ (Diederichs Verlag) präsentiert, dessen Erscheinen für Ende August geplant ist.

ESSAY

Der Plurimi-Faktor

Anmerkungen zum Außenseiter
Von Botho Strauß

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist der Typus des Außenseiters aus Gesellschaft wie Literatur so gut wie verschwunden. Der Einzelgänger, der sich fern von neuen Foren hielte, besäße heute keinerlei Prestige mehr, sondern erschiene wohl den meisten als schrullige Figur. Konformitäten, Korrektheiten und Konsensivitäten, die das *juste milieu* der kritischen Öffentlichkeit regeln, werden von den Bakterien-schwärmen neuer Medien lediglich verstärkt. Der Hauptstrom kann nur immer breiter, launiger und machtvoller werden – und dabei seine unersättliche Gemeinschaftsbildung mit immer raffinierterer Technik betreiben.

Wenn alle meinen, es käme noch am entlegensten Ort darauf an, sich genügend Gesellschaft online zu verschaffen, so kommt dem Unverbundenen eine neue Rolle zu.

Idiot: der Unverbundene, der anderen Unbegreifliches spricht. Privatperson. Gemeinschaftsstümper. *Idios*: beiseite, abseits befindlich; den einzelnen betreffend, dem einzelnen zugehörig. *Idioteía*: Privatleben. Torheit.

Der *idiot savant*, wie man zuerst den Autisten nannte, wäre als Begriff zu entlasten und vielleicht verwendbar für jene Abenteuerer, die anders verbunden sind als nur untereinander. Das Verbunden-sein wiedererstarkt in der Absonderung.

Der Abgesonderte ist ja der *idiotes* im antiken Wortsinn. Er dreht sich wie eine abgerissene Rose im Flußstrudel zielstrebig Menschen – Menschen im Konsens. Eingemeindete, Zugehörige eines wundersamen Einvernehmens. Zielstrebige Leute, doch über ihr Ziel täuschen sich alle.

Wozu noch *Ich* sagen? Man wird sich daran gewöhnen, daß nicht Subjekte etwas fühlen, sondern konsensitiv Assemblede etwas zum allgemeinen Erlebnis bringen. Das Subjekt selbst bleibt lustlos.

Die Bereiche des Geschehens, der Entwicklungen, der Zustände, für die man keine eigene Zunge hat, sondern nur eine, die mit tausend anderen in dieselbe Schwingung versetzt wird, so daß sie über die hinderlichsten Tatbestände hinweggalop-

piert, diese Bereiche vermehren sich, drängen den *Idiotes* hin zu den Idioten der Belange.

Seid umschlungen, Millionen, hielt man die längste Zeit für eine gewagte poetische Hyperbel, bis sich zeigte, daß sie die Zukunft der Facebook-Freundschaften, das Alle-Welt-Gefühl des Stubenhockers besang. Darin sind alte Einsamkeit und alte Geselligkeit gleichermaßen verloren. „Eine verstreute Dynastie von Einsiedlern hat das Antlitz der Erde verwandelt“ (Borges).

Die klassische Proportion, die den Transport der Kultur ermöglichte, beruhte auf der substantiellen Trennung der vielen oder Ausgeschlossenen von den wenigen oder Einbeschlossenen. Noch Borchardts Kritik an der Humboldtschen Bildungsreform betonte, es komme eben nicht darauf an, daß viele Griechisch lernen, sondern wenige. Die vielen verdünnen das Gut, jene wenigen aber erhalten es.

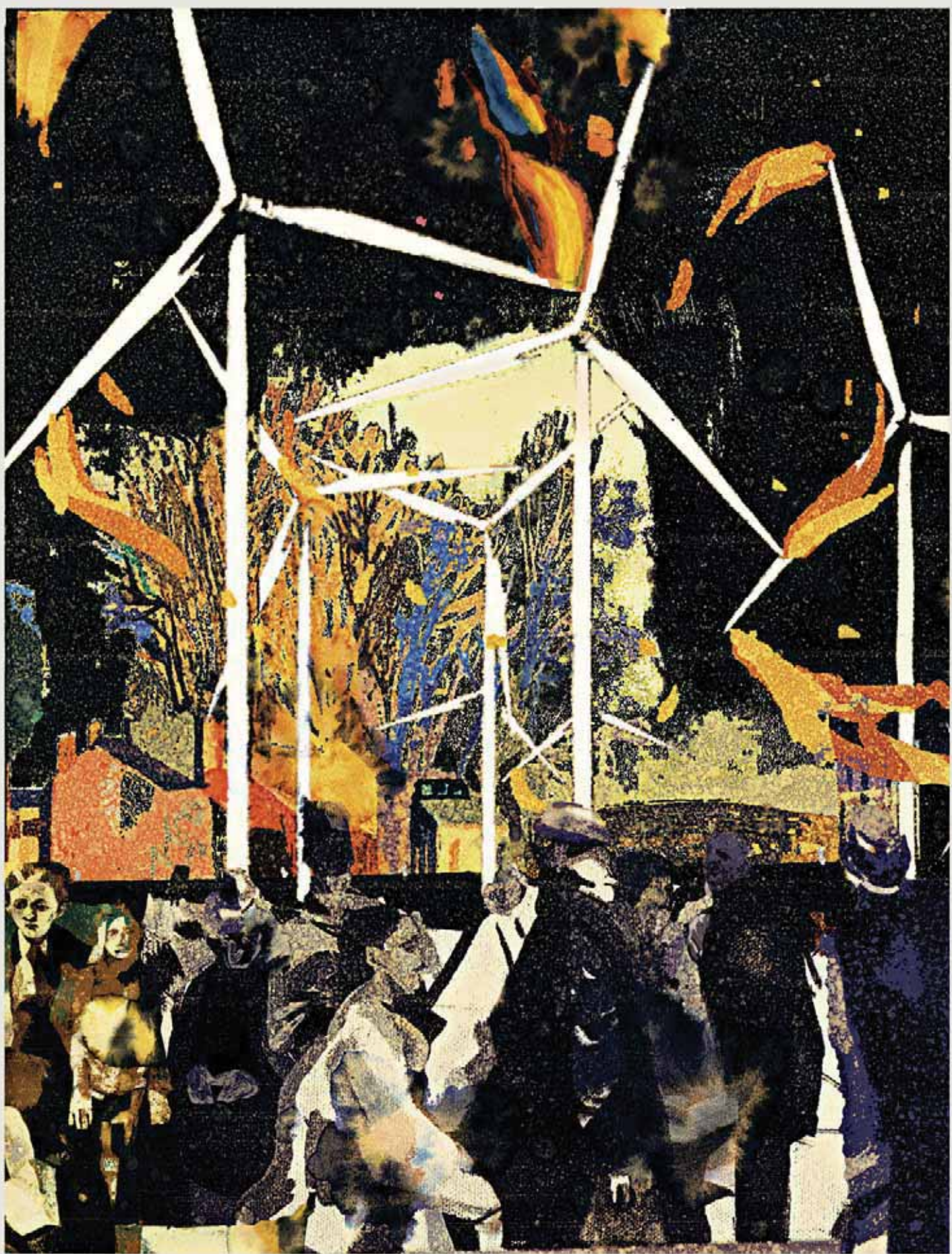
„Der Idiot, der Abgesonderte,
dreht sich wie eine Rose im Fluß-
strudel zielstrebig Menschen.“

Der ästhetische Urfehler rührt vom Plurimi-Faktor: *die meisten* zur obersten Interessensphäre zu machen. Das Breite zur Spitze zu erklären.

600 Millionen Autoren brauchen kein Buch – sie füllen Rückstände von Schon-Geschriebenem in ein Unbuch. Von Massenbewegungen fasziniert, unterschlägt der intellektuelle Götzendienst vor dem Populären die banale Erfahrung, daß diese Anrufung, immer der Quote nach, stete Anpassung nach unten verlangt.

Inzwischen paktiert auch die Kunst liebedienerisch mit Quote und breitem Publikum. Kaum einer, der Verbreitung nicht für Erhöhung hielte. Er müßte denn schon seiner Erfolge überdrüssig sein und aus purem Snobismus die Überzeugung hegen: Die Frage des Niveaus wird in Zukunft wieder von der Begrenzung des Zugänglichen abhängen.

Wir anderen müssen neue unzugängliche Gärten bauen! Zurück zur Avantgarde! Den Kunstbegriff gilt es auf Brennpunktgröße zu verengen. Das natürliche Bedürfnis gegenüber dem schrankenlos inkludierenden System geht nach dem ausgewählten Zirkel. Man halluziniert in der Schwemme die Weihen



RICCARDO VECCHIO / DER SPIEGEL

des George-Bunds. Gewiß ohne den Stern, ohne Geschichtsprophetie. Der Typus Meister und Führer ließe sich ohnehin nicht wiederbeleben, so wenig wie das paternale Familienoberhaupt oder der Reitergeneral. Den Führer gibt es nur noch als schräge Figur – in einem abwegigen Staat oder einer paranoiden religiösen Sekte. Ein geistiges Myzel indessen, eine untergründige Verbundenheit, ein ausschließendes Prinzip, wäre wohl dienlich der Abwehr anmaßender Dürftigkeit. Nicht feind der Demokratie, jedoch der Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche, feind dem demokratischen Integralismus.

Der Reaktionär läßt, was niemals war, geschehen sein. Er verkündet als der echte Epiker das Gewesene, um es jederzeitlich zu machen. *Das war nie und ist immer*, die Definition des Mythos (bei Walter F. Otto nach einem Wort des Sallust), behauptet auch der Reaktionär. Es macht ihn zum Geschichtsmythologen. Als solcher verfolgt er Ordnungsphantasmen, die sich einer fabulösen Eingebung eher verdanken als einem politischen Kalkül.

Man sollte meinen, daß inzwischen die mediale Zunft weiß, was sich diesem Typus literarisch zuordnen läßt, nämlich eine bestimmte Zucht von Gedanken, die das, was höher rangiert als sie selbst, erstens erkennt und zweitens nicht stürzen will, sondern sich ihm in der Hoffnung auf Teilhabe unterwirft. Man muß aber erleben, daß mit dem Begriff Reaktionär nach wie vor nur der Bierschaum des politischen Stammtisches assoziiert wird. Die Mühlen des öffentlichen Bewußtseins mahlen nicht langsam, sondern immer wieder das schon gemahlene Mehl.

Der Reaktionär ist Phantast, Erfinder (der Konservative dagegen eher ein Krämer des angeblich Bewährten). Gerade weil nichts so ist, wie er's sieht, noch gar nach seinem Sinn sich entwickelt, steigert er die fiktive Kraft seiner Anschauung und verteilt die *nachhaltigsten* Güter des Geistes und des Gemüts. Oder die lange anhaltenden. Oder die im Erhalten sich erneuernden (um der entleerten Vokabel ein wenig variablen Sinn zu unterlegen).

Wir drängen den Gläubigen und Andersgläubigen neben uns unentwegt unsere Freiheiten auf, denken aber nicht daran, auch nur das Geringste von ihrer sittlichen Freiheitsbeschränkung nachahmenswert zu finden oder auf uns abfärben zu lassen. Das Abfärben soll nur einseitig geschehen. Dabei täte etwas mehr Familie, etwas väterliche Stärke einem Erziehungsverhalten gut, dessen Schwächen alenthalben von staatlich geförderten Hilfen kostspielig kompensiert werden. Autorität zu bezweifeln gehört jedoch zu den Pflichten, die der demokratischen Übereinkunft selbstverständlich erscheinen und die ihr leichtfallen.

Aber Ihr Freizügigen! Seid ja geschlossener verhangen als jede Muslimin im Ganzkörpertuch. Eure Burka ist eine feste Hülle aus Sprachlumpen, aus Nicht-erscheinen- und Nicht-blicken-Können. Ihr seht einander nicht, und was Ihr sagt, bleibt ungesagt.

Neugier und Respekt gegenüber den uns fremden Gesetzestreuen bleibt den wenigen vorbehalten, die es sich zumuten, die Sache in den schärfsten Kehlen der Ambivalenz zu ertragen. Die meisten wenden sich bereits mit Empörung ab, sobald ihrem gewohnten Lebensstil aus religiösen Gründen mit Distanz begegnet wird. Im Zuge des Bevölkerungswandels könnten sich andere Prioritäten herausbilden, als sie heute gültig sind.

Die es nach dem Strafgericht der Entbilderung verlangt, die ihr Leben unter den Buchstaben ihrer Religion stellen, wenn nicht gar in den Dienst einer Rückverwertung der Welt, werden unter radikalisierten Umständen freilich auch unseren Überfluß

an bildlichen Kunstwerken nicht verschonen. Doch hieße, vom westlichen Lebensstil zu lassen, nicht auch: sich abwenden von Kubrick und Mark Rothko? Die meisten könnten das, die wenigen können es nicht.

Man könnte behaupten, daß die Frage nach dem Unzeitgemäßen sich nicht mehr stellt, da wir im Grunde nur noch *erneuerbare* Gegenwart kennen. Inzwischen kann nicht einmal der gelernte Zeitgenosse sicher sein, daß sein Handwerk noch à jour ist, indem sich ihm von nah und fern aufdrängt, daß sehr ungleiche Zeiten sich die eine Gegenwart teilen.

Dabei geschieht jedem seine Unzeitgemäßheit Tag für Tag beinahe unfreiwillig. Etwas in seinem Handeln, Denken, Empfinden und Sprachgebrauch ist mit Sicherheit *heute* von gestern.

Auch im Begreifen liegt immer etwas Gestriges. Wir begreifen ja das Neueste in vorgeprägten Formeln, die längst abgegriffen sind.

In ihren Vergleichen hütet die Alltagssprache Utensilien der Vergangenheit, die aus unserer Gebrauchswelt seit langem verschwunden sind: Die Wirtschaft muß man ankurbeln. Wo in unserer digitalischen Welt findet sich die einfache physikalische Vorrichtung der Kurbel noch? Sie war einmal: am Auto, an der Filmkamera.

In die sprachlichen Vergleiche dringt kaum Gegenwart. Man hält an den bewährten Metaphern aus Ahnenzeiten fest. Wissen und Technik unserer Tage setzen zwar jede Menge Idiome und Begriffe ab in die lebendige Sprache, sie scheinen jedoch nicht chiffrierfähig. Jeder in seinem *Schmelztiegel* achte einmal:

wieviel von seinem geläufigen Verstehen auf frühindustrieller Metaphorik beruht.

„Lieber eine rauschende Ballnacht des Geistes als noch eine Klimakonferenz.“

Man kann aus keiner Wolke mehr fallen, wie etwa Bennis aus der Wolke Spengler-Nietzsche fiel: Unter-

gangszauber! Der freilich auch günstig der Selbstberauschung des Artisten war und dem erhöhten Ausblick übers Abendland diente. Aber wir erben, erben und erben. Die Artistik läßt sich nie wieder so verfeinern, der Wörterglamour nicht erneuern. Man geht jetzt nüchtern vor und regt in Kommissionen Maßnahmenkataloge an.

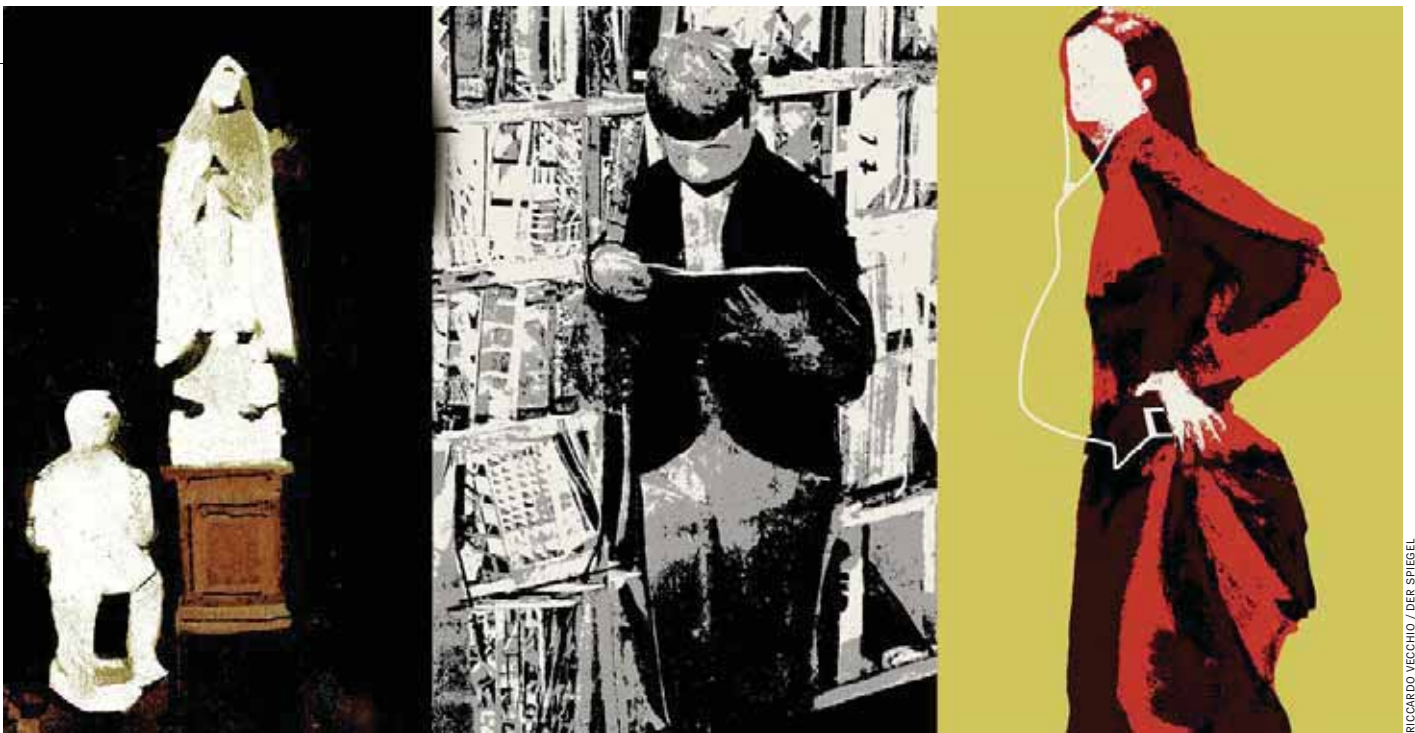
Das Untergangsfeuerwerk bestand aus funkelnden Worten, das *millenarische* Gefühl (Hofmannsthal) verlangte nach Endzeit-Fête, dergleichen wiederholt sich nicht, Prognosen schläfern ein, doch lieber so eine rauschende Ballnacht des Geistes als noch eine Klimakonferenz.

Nicht die graue Sorge, die den rastlos Tätigen erblinden läßt (Goethe), nicht die Sorge, die zum Wächter des Seins bestellt ist (Heidegger), sondern allein die geschäftig-geschäftliche Zukunftssorge ist es, die zur Kritik der Gegenwart dient. Man möchte zu gern einigen Späteren beim historischen Erwägen unserer Dilemmata zuhören! Ob sie nicht vielleicht unser Epochenbewußtsein einmal für das vergrämteste und krämerischste halten, voll unschlüssiger Berechnungen, ideologisch verdorbener Analyse und anthropozentrischer Halbwahrheiten.

Wenn ich nur wüßte, welche die größte Naivität meiner Zeit gewesen sein wird!

Wo blieb die Moral der Technikkritik? Wer spräche noch von der Selbstzerstörung der technischen Zivilisation anstatt gleich des gesamten Planeten? Spätestens mit der rettenden Version der ökotechnischen Wiederbegegnung mit dem klassischen Altertum, mit den Elementen Wind, Feuer (Sonne), Erde und Wasser, ist eine eschatologische Beruhigung eingetreten.

Als Gesinnung vernutzt, als Gefühl erschöpft, paßt Untergang in keine herrschende Stimmung. Anhaltend hingegen



RICCARDO VECCHIO / DER SPIEGEL

sein Zauber in den Simulationen zahlloser Spiele und Filme. Als Untergang noch ein Gedicht war, lagen dem Dichter letzte Spuren von Ragnarök im Blut. Die immerzu simulierte Apokalypse löscht jede Tiefenahnung von ihr.

Noch spärlicher an der Zahl als stille Leser von Gedichten sind diejenigen, die sich vor Schmerz krümmen, wenn sie sehen, wie mitten im Frieden eine vom Dichter besungene Landschaft verheert vor ihnen liegt, so gemein und hochmütig, so um sich greifend und im Unmaß aufragend, Horizonte sperrend, rücksichtsloser als Feuersbrunst, Rodung, Industrialisierung zusammen ... Zum Glück zeigt sich die Unterwelt aufgeschlossen gegenüber neuen Sorten ewiger Büßer und stellt frische Marterqualen bereit: jene nämlich, die mit Windkraft moralische und unmoralische Geschäfte machten, Schänder der Landschaftsseele, sieht man jeden einzeln auf ein Rotorblatt gefesselt und bis auf den Jüngsten Tag im Höllensturm sich drehen.

Inzwischen zählt der Dichter nur noch als veranstalteter. Sein Werk findet bei Gelegenheit statt. Es ist nur im Rahmen eines Festivals präsent und findet dort sogar vorübergehend das Gehör der großen Schar.

Man muß wissen, „daß nämlich heute auf fünf Autoren ein Leser kommt ... Schreiben können viele, lesen aber nur wenige“ (Teixeira de Pascoaes, der große mystische Dichter Portugals im 20. Jahrhundert, in einem Gespräch mit seinem Übersetzer Albert Vigoleis Thelen).

Gegen den Markt des breitgetretenen Quarks, dessen Autoren in digitalen Massen sich vordrängen, zuletzt gegen Verbreitung überhaupt, muß das Buch immer dichter und verschlossener sein. Es wird sich resakralisieren. Wobei in dem hochtrabenden Wort die Ironie mitklingt, mit der der Verleger Stendhals dem Autor über den mangelnden Verkaufserfolg von „Über die Liebe“ berichtete: Ihr Buch ist heilig. Niemand rührt es an.

Wenn wir irgendwo den „Othello“ sehen, sehen wir zuvörderst, daß ein Werk von dieser Größenordnung nicht mehr faßbar ist für heutige Bühnengesinnung. Es quält wie Lustzensur, unentwegt zu spüren, daß es jederzeit erschüttern könnte, weil zum Erschüttern geschrieben, aber stattdessen nicht einmal mehr kitzelt.

Desgleichen: Spaßhaben mit „King Lear“. Überall steht das Publikum für Schnäppchen an. Billig muß etwas sein, das

man begehrt, auch der Witz, den man aus einem Kunstwerk macht.

„Saturn“ und „Apple Store“ sind daher die wahren Kult- und Feierstätten, Festungen, die nächtlich belagert werden, wo die Hype-Heuschrecken niedergehen, schwarze Wolke, die abräumt, sobald eine Neuerung oder Preissenkung ruchbar wird.

Man will mir weismachen: Parzival, Tristan, Lancelot – die Helden, die Werke berührten lediglich die heterosexuelle Konvention, dahinter verberge sich durchweg schwule Leidenschaft. Es gibt keine sexuelle Normalität – daher ist auch eine Gender-Usurpation der Liebesgeschichten der Weltliteratur genauso überflüssig wie zuvor eine marxistische, freudianische, dekonstruktivistische. Theorien überleben sich in kurzen Zeiträumen, im vergangenen Jahrhundert bestimmt ein gutes Dutzend an der Zahl. Die Werke haben dazu nur den Kopf geschüttelt.

Der Reaktionär ist dem Wortsinn nach jemand, der reagiert – während andere noch stumm und willfährig bleiben. Er reagiert ohnedies nur idiosynkratisch und bezweifelt, daß es sich um sittlichen Fortschritt handelt, wenn sich im Zeichen des Eros Lobbyisten sammeln und die einst schöpferischen Kulte des Andersseins, die Ehre des Außenseiters den Strategien sozialer Vorteilsbeschaffung geopfert werden. Er blickt skeptisch auf die Eigendynamik von Liberalisierungen und Egalisierungen, die, obwohl von der Allgemeinheit eigentlich gar nicht gefordert, immer neue Anwendung verlangen und finden. Es scheint fast, als ob der Staat aus apotropäischen Gründen um so aufdringlicher für Toleranz Propaganda macht, als sie in den realen Untergründen der Mehrheit zunehmend bedroht ist – entgegen den bigotten Bekundungen bei Erhebungen und Umfragen.

Doch im Politischen bleibt die rhythmische Wiederholung ein und derselben Phrase ohne jede magische Wirkung.

Die Überwachung des neu-bürgerlichen Lebens regeln die Vorschriften des politisch Korrekten und Guten. Es ist dieser entpaarte Teil der Moral, das Gute allein, oft nur eine Form der Wiedergutmachung, die vertretungsstarken Minderheiten zukommt, die früher einmal lauter tüchtige Individuen waren, Außenseiter eben. Dabei gibt sich auch ein gewisser Fanatismus des Guten zu erkennen. Denn es ist ja nicht in erster Linie

eine rechtliche, sondern überwiegend eine sittliche Bekenntnisoffensive, welche die gleichgültige Mehrheit darüber belehrt, wie man zur Verbürgerlichung abweichender Lebensformen gelangt. Diese wird es ohne Aufmucken hinnehmen, findet sie doch ihren sozialen Frieden mitsamt wirtschaftlicher Erfolgsgeschichte durch ihre Gleichgültigkeit aufs neue bekräftigt. Widerspruch zum Guten gehört sich nicht. Sieht man etwas genauer hin, erkennt man sehr wohl den despotischen Umriß des hinkenden Guten.

Eine moralische Position, die man mitunter „rechts“ nennt, gibt es nicht korporiert. Rechts kann nur der Neugierige abseits stehen. Er hält eigentlich keine Position, sondern ist, wie gesagt, ein Idiosynkrat, den kollektive Selbsttäuschung, routinierter Gesinnungsbetrieb, intellektuelle Liebedienerie erschrecken. Er ist mithin eher eine Alarmanlage für eingeschlafene Füße des Geistes, ein Menetekel, daß „jeder erkletterte Thron zum Fußschemel eines neuen einschrumpft“ (Jean Paul).

Da inzwischen jeder Autoreifen einen Kulturbegriff für sich beansprucht, muß, was früher tatsächlich einmal kultiviert wurde, umbenannt werden und im weiteren Sinne einer *Aristokratie des Beisichseins* zugezählt.

Die Geste der Neuzeit, so Hofmannsthal, sei der Mensch mit dem Buch in der Hand, wie der kniende mit gefalteten Händen die Geste einer früheren Zeit war.

Die Geste am Ausgang der Neuzeit ist das Handy am Ohr (oder der einsam vor sich hin Quatschende mit Headset, die getreue Kopie des Idioten). Das Beisichsein des Lesenden wie des Knienden war die Voraussetzung seiner Teilnahme. Das „Netz“ ist hingegen ein Kürzel für eine unbegrenzte Menge von Teilnehmern, die nichts und niemanden ausschließt. Nur ein Beisichsein schließt sie aus.

Vielleicht bleibt noch die ein oder andere Liebesnacht geheim, aber sonst stehen alle Türen offen. Was gäbe es außer Mafiazirkeln, das nicht jedermann zugänglich wäre? Transparenz! Doch was ist aus der Kunst der Diskretion geworden, die einst die Individuen untereinander vor den gröbsten Unverschämtheiten der Selbstentblößung bewahrte? Diskretion wäre heute das zentrale Widerwort zu allem, was da läuft, sich äußert und outet. Man hat schnell vergessen, daß die bisher einzig würdige Form der „Kommunikation“ unter Menschen auf der Voraussetzung von Diskretion beruhte.

Die innere Figur der Demokratie ist so selbstgewiß und stattlich, ihre Formgebung ist so einflußreich und suggestiv, daß sie mühelos auch die niedrigsten Parteien zu Parteien bindet und ihre wichtigsten Vertreter in Form bringt und sich anpaßt. So besitzt sie im Kern ihrer Stärke Assimilationsautorität.

Sie könnte es sich inzwischen leisten, jenseits der demokratischen zur Rehabilitation großer und klassischer Tugenden beizutragen. Worte wie Gehorsam, Ehre, Standhaftigkeit, Treue, Demut und Würde werden für peinlich unzeitgemäß abgetan, obwohl man davon im Bedarfsfall und bei höherer Erregung gern mal eins ins Plenum ruft.

Zumindest zwei der alten Kardinaltugenden stehen entweder im Verfassungsrang oder als verpflichtende Maxime über politischem Handeln, Gerechtigkeit und Maß (Verhältnismäßig-



Botho Strauß

RICCARDO VECCHIO / DER SPIEGEL

keit, Augenmaß, Besonnenheit). Während die beiden anderen, Weisheit und Tapferkeit, als nicht diskutierbare moralische Qualitäten dem Parlament für seine „Sternstunde“ vorbehalten bleiben.

Doch das so sehr von sich eingenommene „demokratische Selbstverständnis“, das Tugenden aus vordemokratischen Verhältnissen vorzugsweise für politisch inkorrekt hält, mit tieferem Gedächtnis auszustatten, ist etwa so vergeblich, als versuchte man, die *condition courtoise* in Freizeitkursen zu erlernen. Das Programm höfischer Lebensführung durch Nachahmung formvollendeter Zeremonien sich einzuverleiben. Gleichwohl wäre auch das nicht bloß eine leere Geste – sie enthielte immerhin das Eingeständnis, daß die Geschichte der Vorbildlichkeit nicht erst mit einer vorbildlichen Verfassung beginnt. Welche im übrigen kaum Einfluß nimmt auf die gänzlich vorbildlosen Zonen unseres Zusammenlebens, Privatbereiche, wo

sogenannte Therapien wie die Geier über den Übeln kreisen und sich an verdorbenen „Beziehungen“ und ähnlichem Unrat laben. Oft sind es Folgen von expliziten Untugenden wie Rücksichtslosigkeit, Feigheit und Verlogenheit, gegen die therapeutisch wenig auszurichten ist, da sie sicher eingelassen sind in die überall praktizierte *condition-salaud*, das Programm der schweinischen Lebensführung, das konkurrenzlos den gewöhnlichen Alltag beherrscht.

Was ist mehr als *faits divers*? Was interessiert noch außer vermischten Meldungen? Die großen Schrecken der Welt zählen zu den geringsten unter den Sensationen, die sich dem letzten einzelnen, dem *Idiotes*, aufdrängen. Es geschieht das Tollste, aber wie es verkündet und beredet wird, gerät es zum Sicherheitspuffer zwischen ihm und dem *factum brutum* und bringt niemals die Konvention, in der man sich in aller Sicherheit verständigt, in Gefahr. Man sucht vergeblich nach den Spuren einer öffentlich ausgerufenen Epochenwende, die offenbar ohne Beeinträchtigung des herkömmlichen Verstehens stattfand, eine Nachricht bloß wie alle anderen, abgefedert durch schockgeprüfte Betroffenheit, auf

Distanz gehalten durch Erläutern und Beläutern, Begreifen und Begriffekloppen.

Für ihn, den Idioten, ist es, als ob alle anderen fein aufeinander abgestimmt sprächen. Heruntergeregelt auf den vertraglichsten Stimmungsgrad. Fast unbewußt von moderierenden Persönlichkeiten vorgeregelt. Es bildet sich eine feste, kieselharte Förmlichkeit des aufeinander abgestimmten Sprechens, die jeden einzelnen vom eigenen (schärferen) Bewußtsein abschirmt. Eine viel unnachgiebigere Konvention als jede frühere, aus bürgerlicher Zeit bekannte. Unüberwältigt sprechen sie. Was sie überwältigen müsste, dringt nicht durch Zeit und Kleid.

Während Intelligenz zur Massenbegabung wurde, sind Klugheit und Einfalt nahezu ausgestorben. Den Idioten gibt es daher in mehrfacher Symbolgestalt, auch als Januskopf: Nach vorn blickt die Parodie des Informierten, der Info-Demente. Zurück blickt die Heiterkeit des Ungerührten. Der heitere Idiot in der Welt der Informierten zu sein heißt, ohne eine Regung von Zukunftsunruhe, ohne Angst zu leben. Stattdessen aber in einer den Informierten ungültigen Redeweise sich mitzuteilen, die jedoch ungemildert und unverzerrt die Vibrationen eines rumorenden Untergrunds wiedergibt.

„Der Reaktionär ist Phantast,
der Konservative eher ein Krämer
des angeblich Bewährten.“

PROZESSE

„Stilmittel Hitlergruß“

Jonathan Meeses Anwalt Pascal Decker über die Kunstfreiheit

Der Berliner Rechtsanwalt Decker, 42, vertritt derzeit vor dem Amtsgericht Kassel den Künstler Jonathan Meese, der 2012 während eines SPIEGEL-Gesprächs an der Universität Kassel den Hitlergruß gezeigt hat.

SPIEGEL: Herr Decker, wie findet die Kasseler Amtsrichterin heraus, ob Meeses Hitlergruß Kunst war?

Decker: Das Bundesverfassungsgericht hat zu der Frage, was Kunst ist, eine klare Linie entwickelt. Es orientiert sich dabei am sogenannten offenen Kunstbegriff, das heißt, es werden keine formalen Kriterien festgelegt – zum Beispiel dass Kunst nur das ist, was im Museum stattfindet –, sondern man beantwortet die Frage aus dem jeweiligen Kontext heraus.

SPIEGEL: Der Kontext war ein Podiumsgespräch des SPIEGEL mit Jonathan Meese. Also ein journalistisches Format.

Decker: Warum sollte ein Künstler nicht ein Interview zur Performance umgestalten dürfen? Jonathan Meese wäre nicht der erste Künstler, der dies tut. Außerdem kommt man beim Betrachten der Videoaufzeichnung des Gesprächs schnell zu dem Schluss, dass auf dem Podium die Künstlerpersönlichkeit Jonathan Meese agiert. Und nicht die Privatperson.

SPIEGEL: Welche Folgen für die Kunst hätte eine Verurteilung Meeses? Muss ein Künstler dann im Zweifelsfall ein Schild aufstellen mit dem Hinweis: „Achtung, Kunst!“?

Decker: Das Gericht entscheidet, was Kunst ist und was nicht. Dabei darf es sich nicht auf seine eigenen Maßstäbe verlassen, das hat das Bundesverfassungsgericht festgelegt. Kunstinterpretation durch staatliche Stellen muss immer berücksichtigen,

dass es auch eine andere Perspektive geben kann.

SPIEGEL: Wäre es zum Prozess gekommen, wenn das Gespräch in einer Documenta-Halle stattgefunden hätte?

Decker: Vermutlich nicht. Aber nun will der Staatsanwalt Meeses Performance einfach aus dem Kunstfreiheitsbereich heraustrennen und somit eine große Errungenschaft unserer Demokratie, nämlich die sehr weitgehende Kunstfreiheit, beschneiden. Unser Kunstbegriff ist aus der Geschichte heraus zu verstehen: Im Nationalsozialismus wurde die sogenannte „Entartete Kunst“ verfolgt. Die Verfassungsgründer haben deswegen die Kunstfreiheit schrankenlos im Grundgesetz verankert.

SPIEGEL: Montag wird der Prozess fortgesetzt.

Decker: Nach dem bisherigen Verfahrensverlauf bestehen Zweifel daran, dass das Amtsgericht hier zu einem Freispruch finden wird. Aber wir sind zuversichtlich, dass wir spätestens in einer der Folgeinstanzen eine Verurteilung abwenden können. Bis zum Bundesverfassungsgericht wird es wohl nicht gehen.

SPIEGEL: Die Freiheit der Kunst würde wohl auch der Rapper Bushido für seine Songzeile „Ich schieß auf Claudia Roth“ reklamieren.

Decker: Das ist nicht vergleichbar. Bushido nutzt die Kunstfreiheit als Vorwand, um unter ihrem Schutz gegen die Persönlichkeitsrechte von Politikern zu verstoßen. Meese dagegen will keinesfalls gegen den Paragraphen 86a des Strafgesetzbuchs verstoßen, der das „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ verbietet. Er macht Kunst mit dem Stilmittel des Hitlergrußes.



Decker

WERNER SCHUERING / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Vielleicht ist der Hitlergruß als Stilmittel nicht geeignet?

Decker: Kunst zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie sich mit Dingen auseinandersetzt, die weh tun. Meese ist im Übrigen ein Gegner jeglicher Ideologie.

SPIEGEL: Bushido aber geht zu weit?

Decker: Ja, ich glaube, auch wenn sein Song Kunst ist, hat er die Grenze der Kunstfreiheit überschritten. Ich würde ihn nicht als Anwalt vertreten. Bei Meese geht es sowieso um eine andere gesellschaftliche Debatte.

SPIEGEL: Welche?

Decker: Wir müssen uns unabhängig von dem jetzt laufenden Verfahren fragen, ob der Weg über das Strafrecht in der heutigen Zeit noch sinnvoll ist: ob durch die Strafandrohung für das Zeigen dieser Symbole diese nicht dämonisiert und zugleich aufgewertet werden. Weil genau dieses Verbot auch als Anreiz verstanden werden kann, sie zu benutzen. Die USA zum Beispiel kennen keine Strafe für das Zeigen dieser Symbole. Die haben natürlich keine nationalsozialistische Vergangenheit, aber trotzdem muss der Paragraph auch bei uns nicht in Stein gemeißelt sein.

SPIEGEL: Wenn Sie Hitlergruß und Hakenkreuz legalisieren, könnte beides wieder gesellschaftsfähig werden.

Decker: Meeses Zitat des Hitlergrußes ist eine künstlerische Intervention, keine Legalisierung.

SPIEGEL: Wir haben vor gut einem Jahr beim SPIEGEL-Gespräch in Kassel dem Publikum einen Künstler angekündigt, der mache, was er wolle. Wenn er jetzt verurteilt wird, gilt das nicht mehr.

Decker: Ich gehe davon aus, dass Jonathan Meese weiterhin die Kunst machen kann, die er will.

INTERVIEW: ULRIKE KNÖFEL,
MARIANNE WELLERSHOFF



Künstler Meese bei Performances: „Das Verbot kann als Anreiz verstanden werden, NS-Symbole zu benutzen“



SUSANNA HOWE / TRUNK ARCHIVE

Bling-Ring-Gang-Mitglied Neiers (r.) mit Mutter und Schwester 2010: „Sie dachten, jeder kann und sollte berühmt sein“

KINO

Bling Bling

In ihrem Film über eine Jugendbande, die in Villen von Hollywood-Celebritys einbricht, beschäftigt sich die Regisseurin Sofia Coppola mit der modernen Sucht nach Ruhm.

Im Oktober 2008 standen ein paar Jugendliche in den Hollywood Hills vor der Villa von Paris Hilton, um einzubrechen. Sie wussten, dass niemand zu Hause war, doch sie hatten keine Ahnung, wie sie die Überwachungskameras umgehen und die Alarmanlage ausschalten sollten. Einer von ihnen ging zur Eingangstür und hob die Fußmatte hoch. Darunter lag der Hausschlüssel.

Über diese Jugendbande, die zwischen Herbst 2008 und Sommer 2009 bei Hollywood-Stars und Berühmtheiten wie Orlando Bloom oder Lindsay Lohan einbrach und dabei Diebesgut im Wert von drei Millionen Dollar erbeutete, hat Sofia Coppola ihren neuen Film gedreht: „The

Bling Ring“ – so wurde die Gang in den Medien genannt.

Die Jugendlichen gingen damals bei Paris Hilton ein und aus, fünfmal brachen sie bei ihr ein, bevor die Hausherrin etwas merkte. Sie probierten Hiltons Schuhe an, zogen ihre Unterwäsche an, schnupften Kokain, das sie im Haus fanden, und nahmen Nacktfotos von ihr mit, die im, natürlich, unverschlossenen Tresor lagen. „Auf zu Paris!“ In Coppolas Film, der am 15. August in die Kinos kommt, ist das der Schlachtruf gegen die Langeweile.

Coppola nimmt einen der bizarrsten Kriminalfälle in der jüngeren Geschichte Hollywoods zum Anlass herauszufinden, wie Berühmtheit heute funktioniert und

ob sie durch Inflation womöglich an Wert verliert. Sie will wissen, was dieses schillernde Wesen ist, das Celebrity genannt wird.

Die Mitglieder der Bling-Ring-Gang wurden gefasst, weil sie auf Facebook mit den gestohlenen Kleidungsstücken posierten und vor ihren Freunden mit ihren Raubzügen prahlten. „Sie dachten“, sagt Coppola, „jeder kann und sollte berühmt sein. Ich sehe das etwas anders.“

Die Gang, vier Mädchen und ein Junge, kam aus Calabasas, einem der besseren Vororte von Los Angeles. Einige von ihnen fühlten sich schon als kommende Stars, bevor sie ihre Einbruchsserie begannen.

Alexis Neiers, eines der Mädchen und heute 22 Jahre alt, im Film gespielt von „Harry Potter“-Star Emma Watson, war ein stadtbekanntes Partygirl und steckte mitten in den Dreharbeiten für eine Pilotfolge der Reality-Show „Pretty Wild“, als sie verhaftet wurde. Das Filmteam folgte ihr bis in den Gerichtssaal. „Ich sehe mich als jemand wie Angelina Jolie, nur stärker“, sagte sie in die Kameras.

Rachel Lee, auch eines der Mädchen, liebte Designerkleidung und träumte davon, ihre eigene Produktlinie zu entwi-

ckeln. Rachel Lee – das sollte ein Markenname werden. Als sie beim Verhör erfuhr, dass die Polizei bereits mit den Opfern gesprochen hatte, fragte sie: „Was hat Lindsay gesagt?“ Die lustigsten Dialogzeilen ihres Films, sagt Coppola, stammen aus den Polizeiakten.

Courtney Ames, 21, trat mit einer sehr eleganten Halskette vor den Richter. Leider hatte Ames vergessen, dass sie das Schmuckstück einige Monate zuvor bei Lindsay Lohan geklaut hatte. Die Kette wurde noch im Gericht konfisziert, Ames erhielt drei Jahre auf Bewährung.

Die Gangmitglieder fanden sich im Nachtleben von L. A. zusammen. Coppola zeigt sie, wie sie in Clubs herumhängen und darauf warten, dass etwas Aufregendes passiert, dass zum Beispiel Paris Hilton vorbeischaute. Meist sind sie damit beschäftigt, sich mit ihren Smartphones zu fotografieren und zu filmen.

Coppola, die in New York lebt, ist für diesen Film nächtelang durch die Clubs von L. A. gezogen. Sie wirkt schüchtern, als sie davon erzählt, immer noch etwas irritiert. „Schon seltsam, jeden Abend in eine Menge junger Leute zu blicken, die ständig Bilder von sich machen.“ Die sozialen Netzwerke, glaubt sie, würden mehr Menschen dazu drängen, ihr Leben so zu führen, „dass es laufend gute Bilder abwirft“.

Als der TV-Star Audrina Partridge im Februar 2009 Bilder einer Überwachungskamera ins Netz stellte, auf denen die Einbrecher als Schatten zu sehen sind, waren die Gang-Mitglieder plötzlich die berühmtesten Einbrecher der Stadt, allerdings anonym. Daraus entwickelt Coppola im Film einen spannenden Moment des Zwiespalts: Einerseits sind die Jugendlichen froh, dass ihr Gesicht nicht zu sehen ist. Aber wäre es nicht der letzte Schritt zum Ruhm, erkannt zu werden?

Natürlich fragen sie sich auch, warum Paris Hilton so viel berühmter ist als sie selbst. Was leistet sie eigentlich? Für sie ist Hilton wie eine gute Freundin, auf die sie eifersüchtig sind.

Sie glauben, sie in- und auswendig zu kennen, im Internet erscheint Hilton wie ein gläserner Mensch. Sie wissen, wo sie die Klamotten gekauft hat, die in ihrem Schrank hängen. Als sie in ihre Villa eindringen, haben sie nicht das Gefühl, eine Privatsphäre zu verletzen. Sie glauben sich im öffentlichen Raum zu bewegen.

„Sie wussten, was sie in den Villen erwartete, sie hatten alles im Netz recherchiert und fühlten sich sofort wie zu Hause“, glaubt Coppola. „Früher waren die Stars von einer geheimnisvollen Aura umgeben, man wusste kaum etwas über ihr Privatleben. In der heutigen Celebrity-Kultur dagegen herrscht Transparenz.“

Hierfür findet die Regisseurin ein starkes Bild: In einer minutenlangen, starren Totale filmt sie eine Villa in den Hollywood Hills, die nur aus Fenstern zu be-

stehen scheint und gerade von der Gang ausgeraubt wird. Selbst aus Hunderten Metern Entfernung kann man in jeden Winkel schauen. Dies ist Architektur gewordener Exhibitionismus.

Einige Menschen „da oben in den Hügeln“ fühlten sich „der Wirklichkeit enthoben“, sagt Coppola. „Möglicherweise leiden sie an Realitätsverlust. Sonderbar. Ich versuche, mein Privatleben zu schützen, ich stelle keine Bilder von mir ins Internet. Ich käme nicht auf die Idee, sie mit der Öffentlichkeit zu teilen.“ Coppola twittert nicht, sie ist auch nicht auf Facebook. Interviews mit ihr sind anstrengend, weil sie immer nur das Nötigste sagt, oft auch weniger. Sie macht den Eindruck, als würde sie am liebsten hinter ihrer Arbeit verschwinden.

Coppola stammt aus einer Familie voller Berühmtheiten, sie kam mit einem



Regisseurin Coppola, Darstellerinnen*: Warten darauf, dass etwas Aufregendes passiert

Markennamen zur Welt, heute ist sie selbst ein Star des jungen Hollywood, verheiratet mit dem französischen Popstar Thomas Mars von der Band Phoenix. Berühmt zu sein ist in ihren Augen nicht nur ein Privileg, sondern auch eine Belastung. Jahrelang musste sie sich den Vorwurf gefallen lassen, ihre Karriere nur ihrem Vater zu verdanken.

Als Francis Ford Coppola sie 1990 ins Rampenlicht stellte, indem er ihr eine Hauptrolle im dritten Teil der „Paten“-Trilogie gab, wurde sie von den Kritikern auf übelste Weise beschimpft. Sie war damals 18 – so alt wie die Figuren in „The Bling Ring“. Die Öffentlichkeit ist für Coppola ein Ort, an dem man sich schwerste Verletzungen zuziehen kann.

Wohl auch deshalb studiert sie in ihrem Film die Figuren wie eine eigenartige Spezies, die sie verstehen will, die ihr aber bis zum Ende unendlich fremd bleibt. Nur dem Jungen in der Clique, der gern mal Frauenkleider trägt, kommt sie halbwegs nahe. „Bei ihren Einbrüchen“, erklärt sie etwas zu pädagogisch beflissen, „suchten

die Jugendlichen letztlich nach ihrer Identität. Wenn sie sich die Kleider der Celebritys anzogen, hatten sie das Gefühl, Teil dieser glamourösen Welt zu werden, zu einer Person zu werden.“

Im Grunde sagt sie mit jeder Einstellung ihres neuen Films: Kinder, passt auf, kommt nicht auf die schiefe Bahn, werdet bloß nicht berühmt.

Man kann sich schwerlich zwei Frauen vorstellen, die so verschieden sind wie Sofia Coppola und Paris Hilton. Und doch nimmt Coppola immer wieder an Hilton Maß, schon ihr Historienfilm „Marie Antoinette“ war eine Retroversion von Hiltons Leben: ein Film über das erste Partygirl der Geschichte, das aus seinem Leben ein rauschendes Fest macht, während die alte Ordnung zerfällt.

Coppola erzählt, wie überrascht sie gewesen sei, als ihr Paris Hilton die Dreh-

genehmigung für ihre Villa gab. Wie sie sich amüsiert habe, als sie auf einem Sofa Kopfkissen entdeckte, die mit Hiltons Konterfei bedruckt waren. In „The Bling Ring“ setzt sie die Villa in Szene wie ein groteskes Selbstbespiegelungskabinett. Es wäre sehr leicht, sich darüber lustig zu machen.

Aber Coppola tut das nicht. Sie sagt: „Paris Hilton steigt jeden Morgen in ein Kostüm, um Paris Hilton zu spielen. Und das tut sie ziemlich gut.“ Hilton, die in „The Bling Ring“ auch einen kurzen Gastauftritt hat, sei eine „glänzende Performerin“. Coppola meint dies ernst.

Celebrity – das ist möglicherweise nur ein perfektes Versteck, in dem man miten im grellen Licht der Scheinwerfer Schutz findet vor den neugierigen Blicken vieler Millionen Menschen. Wahrscheinlich ist Paris Hilton vor den Augen der Öffentlichkeit schon lange in ein ganz anderes, geheimes Leben entkommen.

LARS-OLAV BEIER



Video: Sofia Coppolas neuer Film „The Bling Ring“

spiegel.de/app312013coppola
oder in der App DER SPIEGEL

* Emma Watson, Claire Julien, Katie Chang, Taissa Farmiga.



ALBERTO CATTANEO / FOTOGRAMMA

KUNSTMARKT

Kandinsky im Kleiderschrank

Ein vermeintliches Meisterwerk, eine geheimnisvolle Privatsammlung und zwei mutmaßliche Betrüger: Mit abenteuerlichen Geschichten versuchten Wiesbadener Galeristen, russische Avantgarde-Kunst zu Millionen zu machen.

Es dämmerte über den Ausläufern des Ural, als die kunstinteressierten Bürger von Perm, 1150 Kilometer östlich von Moskau, Zeugen einer kleinen Sensation wurden. Die staatliche Kunstgalerie am Komsomolskyi-Prospekt präsentierte an jenem Abend im Mai 2005 eine Reihe spektakulärer Meisterwerke der russischen Avantgarde, die plötzlich aus dem Dunkel der Vergangenheit aufgetaucht waren: eine Komposition von El Lissitzky etwa, ein „Frauenporträt in Blau“ von Aristarch Lentulow und ein bis dato selbst der Fachwelt unbekanntes Bild des großen Kasimir Malewitsch.

Die extravaganten Exponate stammten aus der Privatsammlung eines geheimnisvollen Geschäftsmannes namens Edik Natanov. Zur Vernissage war der Kunstfreund in dunklem Einreihler und schwarzem T-Shirt erschienen, er gab sich selbst-

los. „Ich wollte den Menschen zeigen, was sie noch nie zuvor gesehen haben“, sagte Natanov ins Mikrofon eines Fernsehteams – und lächelte dezent.

Auf das Prunkstück seiner Kollektion mussten die Kunstbegeisterten von Perm jedoch verzichten. Das Werk „K19“, ein avantgardistischer Farbenrausch mit gut erhaltener Signatur von Wassily Kandinsky, befand sich gerade in einem Mailänder Kunsthaus, wo es für mehrere Millionen Euro zum Verkauf stand.

In dem auf 1919 datierten Ölgemälde hatte der renommierte Moskauer Kunstprofessor Walerij Turschin nicht nur die komplexe Bildsprache Kandinskys zu erkennen geglaubt, sondern auch das „unstete Glühen spiritualisierter Materie“. Außerdem, so schrieb Turschin in einem Ausstellungskatalog, enthalte das Werk unübersehbare Anspielungen auf die Apokalypse und das Jüngste Gericht.

Die weltliche Justiz dagegen fand nicht ganz so schwärmerische Worte für das vermeintliche Meisterwerk: Bei „K19“, so urteilte ein Mailänder Straegericht Anfang dieses Jahres, handele es sich um nichts weiter als eine Fälschung. Im Auftrag der italienischen Richter hatten Gutachter festgestellt, dass der angebliche Kandinsky „schwerlich“ 1919 gemalt worden sein konnte, sondern wohl erst Jahrzehnte nach dem Tod des Künstlers. Die Farben auf der Leinwand, so die Experten, seien noch nicht einmal „vollständig durchgetrocknet“ gewesen.

Inzwischen interessiert der Fall auch das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden. Die Ermittler halten zwei langjährige Geschäftspartner von Natanov, die den vermeintlichen Kandinsky in Italien verkaufen wollten, für die „Vertriebschefs“ eines Kartells, das den Kunstmarkt mit gefälschter russischer Avantgarde ge-

flutet haben soll. Mindestens 400 Bilder, so das BKA, sollen von der „international agierenden Gruppe“ jeweils für „vier- bis siebenstelligen Euro-Beträge“ meist an private Sammler verkauft worden sein. Der Gesamtschaden dürfte – sollte sich der Verdacht erhärten – mindestens im zweistelligen Millionen-Euro-Bereich liegen.

Damit steht die Kunstwelt vor einem neuen Fälscherskandal, der alle bisherigen Affären zu übertreffen verspricht. Bislang hatten sich kriminelle Kopisten vorwiegend das Œuvre einzelner Künstler vorgenommen. Wolfgang Beltracchi etwa hatte das Fachpublikum mit Werken im Stil von Max Ernst oder Heinrich Campendonk genarrt; ein vermeintlicher „Reichsgraf“ brachte mehrere hundert Giacometti-Fälschungen in Umlauf (SPIEGEL 44/2010, 15/2013).

Nun steht gleich eine ganze Epoche unter Generalverdacht – die russische Avantgarde. Angeblich neu aufgetauchte Arbeiten aus den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts überschwemmen den Markt. Kaum jemand aber kann deren Herkunft (Provenienz) zweifelsfrei überprüfen. Historische Gründe erklären das Chaos: Nach der Oktoberrevolution 1917 akquirierten die sowjetischen Museen Avantgarde en masse; Maler wie Malewitsch kopierten mitunter sogar ihre eigenen Bilder, um das Plansoll in Lenins Riesenreich zu erfüllen. Unter Josef Stalin galten dann nur noch plakative Monumentalarbeiten („Sozialistischer Realismus“) als Kunst. Die abstrakten Werke der Avantgardisten wurden als „bürgerlich dekadent“ verfeimt.

Der schwunghafte Handel mit russischer Avantgarde-Kunst setzte in großem Stil erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein. Die Geschichten über die Herkunft „wiederentdeckter“ Bilder klangen oft abenteuerlich: Mal stammten die Werke aus geheimen Regierungslagern, mal aus sorgsam verborgenem Familienbesitz.

In dieses Umfeld war, eher durch Zufall, eine Spezialeinheit der israelischen Polizei geraten, die wegen Geldwäsche ermittelte. Dabei stellten die Experten der Abteilung Lahav 433 fest, dass einige der Verdächtigen offenbar auch Geschäfte mit gefälschter Kunst machten. Sie stießen auf eine Galerie in Wiesbaden und schalteten die Kollegen vom BKA ein.

In einer verdeckten Operation hörten deutsche und israelische Polizisten Telefongespräche ab, überwachten den E-Mail-Verkehr und verfolgten dubiose Geldflüsse rund um den Globus. Im Juni schließlich schlugen die Ermittler zu: In einer konzertierten Aktion (Codename „Malefiz“) durchsuchten Fahnder Wohnungen, Galerien und Firmenräume in Israel und Deutschland, ließen Schweizer



1



2

BILDER AUS DER „SAMMLUNG NATANOV“*

1 Alexandra Exter: „Komposition“

2 Nadeschda Udaltzowa: „Die Schriftstellerin“

3 Alexandra Exter: „Dynamische Komposition“



3

Bankkonten einfrieren und beschlagnahmten Hunderte Kunstwerke.

Allein in einem Möbellager am Wiesbadener Ostring entdeckten BKA-Beamte nahezu tausend verdächtige Gemälde, Zeichnungen und Aquarelle – offenbar als Nachschub für weitere Verkäufe. Das Depot war weder speziell gesichert noch mit einer Klimaanlage ausgestattet. Lagert man so Millionenwerte?

Zwei Kunsthändler – Itzhak Z., 67, und Moez Ben H., 41 – wurden schließlich verhaftet (SPIEGEL 25/2013). Laut Justizakten sind sie dringend verdächtig, „gewerbsmäßig gefälschte Kunstgegenstände russischer Avantgarde, die vermutlich in Israel und Russland produziert“ wurden, „betrügerisch verkauft“ zu haben.

Im Angebot hatten die Verdächtigen auch Werke aus jener „Sammlung Natanov“, die bei der Ausstellung 2005 in Perm für Aufsehen gesorgt hatte.

Die Kollektion, die dem angeblichen Kandinsky „K19“ als Herkunftsnachweis diente, ist in deutschen Fachkreisen allerdings weitgehend unbekannt. Lediglich das kleine Branchenmagazin „Artprofil“ widmete der „privaten Kunstsammlung von musealer Dimension“ einen längeren Artikel. Edik Natanov, so heißt es darin, stamme aus einer angesehenen Familie aus Samarkand, Usbekistan, in der „das Sammeln von Kunst seit Generationen“ zum Selbstverständnis gehöre.

Großvater Michail, angeblich ein „weltgewandter Gelehrter“, habe zu Sowjetzeiten eine Kolchose geleitet und die meisten Werke der heutigen Sammlung in den fünfziger Jahren erworben. Nach seinem Tod, so „Artprofil“, seien die Gemälde an seinen Sohn und schließlich 1995 an seinen Enkel Edik übergegangen.

Ob Dichtung oder Wahrheit: Anfang Juli 2002 tauchten fünf Leihgaben aus dessen Sammlung im Kunstmuseum von Pleslawl-Salesski, nordöstlich von Moskau, auf – darunter der dubiose Kandinsky. Unterschrieben wurde die Einlieferungsquittung von Edik Natanov.

Der mutmaßliche Kunsterbe firmierte damals als Präsident einer Diamantenhandlung in Israel, außerdem stieg er in Wiesbaden ins Galerie-Geschäft ein. Im August 2002 gründete er gemeinsam mit dem heute inhaftierten Itzhak Z. und einem weiteren Gesellschafter, Daniel S., eine eigene Kunsthandlung.

Die Unternehmer mieteten repräsentative Geschäftsräume in der Wiesbadener Taunusstraße und investierten wohl mehrere hunderttausend Euro in deren Renovierung. In dem Altbau sollte ein exklusiver Showroom entstehen; im Keller ließen die Galeristen einen begehbaren Safe für die Gemälde einbauen. Auch einen international klingenden Firmennamen hatten sie bald gefunden; sie wählten die Anfangsbuchstaben ihrer Nachnamen und nannten sich „SNZ Galeries“. Offenbar fiel ihnen

* Angaben laut Katalog „Masters of Russian Avantgarde“, Moskau 2003.



FREDRIK VON ERICHSEN / DPA

Vom BKA beschlagnahmte Avantgarde-Werke: „Privatsammlung von musealer Dimension“

nicht auf, dass das englische Wort „Galerries“ mit zwei l geschrieben wird.

Der Verkauf russischer Avantgarde war da schon in vollem Gange. Bereits im März 2002 war ein Werk aus der „Sammlung Natanov“ bei einem Frankfurter Auktionshaus gelandet. Das konstruktivistische Porträt „Die Schriftstellerin“, angeblich zwischen 1915 und 1920 von Nadeschda Udalzowa geschaffen, war auf 100 000 Euro taxiert. Allerdings, so erinnert sich der Auktionator, habe er dann einen Anruf erhalten, das Bild sei gefälscht. Sicherheitshalber habe er es aus der Auktion genommen.

Mit der Zeit liefen die Geschäfte offenbar besser. 2004 erwarb die Triton-Foundation, die Kunststiftung eines wohlhabenden niederländischen Reeder-Ehepaars, ein Werk mit der Provenienz „Natanov“. Für die „Dynamische Komposition“ von Alexandra Exter sollen mehrere hunderttausend Euro geflossen sein.

Edik Natanovs Kollektion, so jedenfalls legt es ein 2003 publizierter russischer Ausstellungskatalog nahe, umfasste damals mindestens 18 Werke der russischen Avantgarde, darunter zwei Malewitschs und zwei Jawlenskys – und die vorgebliche Kandinsky-Komposition „K19“.

Gerade von diesem Gemälde erhoffte sich Natanovs Galerie-Kompagnon Itzhak Z. offenbar Millionenerlöse. Original-Kandinskys kommen nur selten auf den Markt, sie erzielen Spitzenpreise.

Allerdings sind die Hürden für einen Verkauf hoch, ohne ein Plazet der Société Kandinsky sind die Werke im etablierten Kunstmarkt nahezu unverkäuflich. Der Verein, von Kandinskys Witwe Nina gegründet, wacht streng über den Nachlass des Meisters. Nur was im Werkverzeichnis der Gesellschaft steht, wird von großen Auktionshäusern akzeptiert.

„K19“ hatte diesen Ritterschlag nicht. Um das Gemälde loszuschlagen, brauchten Natanovs Geschäftspartner einen

Makler, der ihnen den grauen Markt öffnen konnte. Einen Mann wie Andrea N.

Der Italiener arbeitete in jener Zeit für eine Pariser Galerie, die mit Arbeiten von Modigliani und Picasso handelte. Doch einem Nebengeschäft auf eigene Rechnung war N. nicht abgeneigt. Er erklärte sich bereit, gegen üppige Provision einen Käufer für „K19“ zu suchen.

Im Februar 2005 reiste Moez Ben H. nach Paris. Er war damals Geschäftsführer von „SNZ Galeries“ und hatte Andrea N. schon bei einem früheren Besuch von dem sagenhaften Opus vorgeschwärmt. Diesmal hatte er das Meisterwerk dabei und übergab es dem Italiener in dessen damaliger Wohnung in der Avenue Emile Zola am linken Seine-Ufer.

Andrea N. verwahrte den Kandinsky im Kleiderschrank. In seiner Abwesenheit, so erklärte er später dem Gericht, habe sein Mitbewohner auf den Schatz aufgespart. Denn der sei Schriftsteller und habe das Apartment „nur verlassen, um Besorgungen zu machen“.

Bald schien ein Weg gefunden, das Kunstwerk zu vermarkten. N. holte „K19“ aus dem Schrank, verpackte es und flog nach Italien. Der vermeintliche kostbare Kandinsky reiste im Frachtraum, zwischen den Koffern der Passagiere. In Mailand wartete bereits ein früherer Antiquitätenhändler, der im Corso Garibaldi ein kleines Auktionshaus betrieb und „K19“ in den folgenden Monaten mehreren Interessenten vorführte. Kaufen wollte das Werk niemand.

Die Wiesbadener Galeristen jedoch ließen sich davon nicht stoppen. 2006 eröffneten sie ihre endlich fertig renovierten Ausstellungsräume in der Taunusstraße, am 7. November fand sich die High Society des Rhein-Main-Gebiets zur Einweihungsparty ein. Unbekannte Werke der russischen Avantgarde wurden offenbar immer gefragter, darunter Gemälde mit der Provenienz „Natanov“. Im April 2007

etwa kam in Berlin die vorgeblich um 1913 geschaffene „Komposition“ der Malerin Alexandra Exter unter den Hammer, für rekordverdächtige 310 000 Euro.

Auch aus Mailand gab es erfreuliche Nachrichten. Ein wohlhabender Unternehmer war bereit, drei Millionen Euro für „K19“ zu bezahlen. Ende 2007 ließ er sich das Bild in sein Büro liefern, gegen eine Sicherheit in Form von angeblich millionenschweren Wertpapieren.

Doch über die Bezahlung gab es Streit, offenbar waren hier zwei Seiten aneinandergeraten, die beide mit Tricks arbeiteten. Während der Unternehmer den vermeintlichen Kandinsky gern mit Anteilen an US-Immobilienfonds bezahlen mochte, wollte Natanovs Geschäftsfreund Z. Geld sehen. Ein Zwischenhändler, der offenbar um seine Provision bangte, erstattete Strafanzeige gegen den Käufer; dessen Wertpapiere hätten sich als unverkäuflicher Schrott erwiesen.

Im Juli 2008 erschienen die Carabinieri im Büro des Unternehmers, um den Kandinsky für die Verkäufer zurückzuholen. Prompt giftete der Kunstfreund, das Bild sei sowieso gefälscht. Am Ende konfiszierten die Ermittler das Werk – und leiteten Strafverfahren gegen alle Beteiligten ein.

Danach ging es mit der Wiesbadener Galerie bergab. Frühere Mitarbeiter berichten, Z. habe fortan häufiger die örtliche Spielbank frequentiert, während von Natanov jede Spur fehlte. Ende 2009 trat Moez Ben H. als SNZ-Geschäftsführer zurück, im Jahr darauf musste die führungslose Firma ihr Domizil verlassen. H. zog es ins Wiesbadener Trödlermilieu.

Das Bundeskriminalamt dagegen stieß auf weitere Geschäfte: Seit 2011 sollen H.



DER SPIEGEL

Kunstfreund Natanov 2005 in Perm
Pretiosen aus „uraltm Familienbesitz“

DER SPIEGEL

DER SPIEGEL

Beschuldigte Itzhak Z., Moez Ben H.
Hoffnung auf Millionenerlöse

und Z. noch mindestens sieben mutmaßlich gefälschte Kunstwerke der russischen Avantgarde verkauft haben, für mehr als 2,53 Millionen Euro. Sechs vermeintliche Meisterwerke – darunter ein „Malewitsch“, ein „Lissitzky“ und drei „Natalja Gontscharowas“ – seien nach Spanien gegangen. Für ein weiteres Bild, diesmal im Stil von Ljubow Popowa, habe eine Sammlerin aus dem Rheinland 450 000 Euro bezahlt.

Ob es sich bei diesen oder bei den anderen sichergestellten Bildern tatsächlich um Fälschungen handelt, wird das BKA in langwierigen Untersuchungen nachweisen müssen – gesondert für jedes einzelne Werk. Als falsch entlarvt ist bislang nur der angebliche Kandinsky.

Wo die Fälscherwerkstatt stand, müssen die Ermittler noch klären. Offen bleibt bislang auch, ob eine oder mehrere Personen die vermeintlichen Pretiosen schufen. Zumindest einige Bilder, so glauben die Fahnder, könnten von einem 53-jährigen Maler aus St. Petersburg fabriziert worden sein: Ermittler hatten den Mann am 13. Januar auf frischer Tat in Tel Aviv ertappt, als er gleichzeitig drei Gemälde fälschte.

Natanov hat unterdessen mehrfach öffentlich betont, dass er seine Exponate aufwendig auf ihre Echtheit habe überprüfen lassen. Allerdings, so sagte er, glaube er dabei „nur Experten aus Russland“.

Wurde der Sammler von seinen Geschäftsfreunden hintergangen? Oder wusste er von deren Treiben und stellte seine Familiengeschichte für die Legendenbildung zur Verfügung? Von den deutschen Ermittlern wird Natanov nicht als Beschuldigter geführt. Er selbst will mit der Angelegenheit heute nichts mehr zu tun haben. Von seinem Geschäftspartner Z., so sagt er, habe er sich bereits vor Jahren getrennt, sie seien „nicht miteinander klargekommen“.

Den Kandinsky, der laut Natanov „aus uraltem Familienbesitz“ stamme, habe er dem Galeristen Z. damals „einfach dangelassen“. Er habe „kein Geld dafür bekommen und auch keines verlangt“, so sei er halt. Seine Kunstsammlung gebe es noch immer, allerdings will Natanov nicht sagen, wie viele Werke sie enthält.

Auch die Verteidigung von Itzhak Z. und Moez Ben H. wollte sich nicht zu den Vorwürfen äußern. In Italien sind beide jedoch bereits verurteilt. Am 19. Februar 2013 entschied die 3. Kammer des Mailänder Strafgerichts wegen ihrer Beteiligung am Verkauf des gefälschten Kandinskys auf Bewährungsstrafen von jeweils einem Jahr. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

„K19“ lagert heute in einem leicht maroden Nebenglass einer früheren Kaiserresidenz im norditalienischen Monza – zwischen konfiszierten Antiquitäten, im Asservatenraum der Carabinieri.

SVEN RÖBEL, ANDREAS WASSERMANN

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Dan Brown**
Inferno
Lübbe; 26 Euro
- 2 (2) **Kerstin Gier**
Silber – Das erste Buch der Träume
Fischer JB; 18,99 Euro
- 3 (3) **Timur Vermes**
Er ist wieder da
Eichborn; 19,33 Euro
- 4 (5) **Nina George**
Das Lavendelzimmer
Knaur; 14,99 Euro
- 5 (4) **Martin Suter**
Allmen und die Dahlien
Diogenes; 18,90 Euro
- 6 (9) **Dora Heldt**
Herzlichen Glückwunsch, Sie haben gewonnen! dtv; 17,90 Euro
- 7 (6) **Donna Leon**
Tierische Profite
Diogenes; 22,90 Euro
- 8 (7) **Stephen King**
Joyland
Heyne; 19,99 Euro
- 9 (11) **John Green**
Das Schicksal ist ein mieser Verräter
Hanser; 16,90 Euro
- 10 (8) **Eugen Ruge**
Cabo de Gata
Rowohlt; 19,95 Euro
- 11 (10) **Anne Gesthuysen**
Wir sind doch Schwestern
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro
- 12 (12) **Volker Klüpfel / Michael Kobr**
Herzblut
Droemer; 19,99 Euro
- 13 (14) **Tess Gerritsen**
Abendruh
Limes; 19,99 Euro
- 14 (16) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem – Gefährliche Liebe
Oetinger; 18,95 Euro
- 15 (15) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem – Flammender Zorn
Oetinger; 18,95 Euro
- 16 (13) **Martin Walker**
Femme fatale
Diogenes; 22,90 Euro
- 17 (–) **Joachim Meyerhoff**
Wann wird es endlich wieder so, wie es nie war
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro

Höllenort und Paradies:
bizarre Familiengeschichte
über das Aufwachsen in
einer Irrenanstalt



18 (–) **Sabine Ebert**
1813 – Kriegsfeuer
Knaur; 24,99 Euro

19 (17) **Jussi Adler-Olsen**
Das Washington-Dekret
dtv; 19,90 Euro

20 (–) **J. Courtney Sullivan**
Sommer in Maine
Deuticke; 19,90 Euro

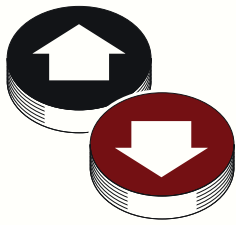
Sachbücher

- 1 (2) **Florian Illies**
1913 – Der Sommer des Jahrhunderts S. Fischer; 19,99 Euro
- 2 (1) **Hannes Jaenicke**
Die große Volksverarsche
Gütersloher Verlagshaus; 17,99 Euro
- 3 (3) **Meike Winnemuth**
Das große Los
Knaus; 19,99 Euro
- 4 (4) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klaren Denkens
Hanser; 14,90 Euro
- 5 (5) **Bronnie Ware**
5 Dinge, die Sterbende am meisten bereuen
Arkana; 19,99 Euro
- 6 (6) **Dirk Müller**
Showdown
Droemer; 19,99 Euro
- 7 (8) **Dieter Nuhr**
Das Geheimnis des perfekten Tages
Bastei Lübbe; 14,99 Euro
- 8 (10) **Markus Gabriel**
Warum es die Welt nicht gibt
Ullstein; 18 Euro
- 9 (7) **Eben Alexander**
Blick in die Ewigkeit
Ansata; 19,99 Euro
- 10 (9) **Richard David Precht**
Anna, die Schule und der liebe Gott
Goldmann; 19,99 Euro
- 11 (12) **Guillem Balagué**
Pep Guardiola
C. Bertelsmann; 19,99 Euro
- 12 (11) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klugen Handelns
Hanser; 14,90 Euro
- 13 (–) **Frank Schirrmacher**
Ego – Das Spiel des Lebens
Blessing; 19,99 Euro
- 14 (18) **Margot Käßmann**
Mehr als Ja und Amen
Adeo; 17,99 Euro
- 15 (15) **Andreas Englisch**
Franziskus – Zeichen der Hoffnung
C. Bertelsmann; 17,99 Euro
- 16 (17) **Egon Bahr**
„Das musst du erzählen“ – Erinnerungen an Willy Brandt
Propyläen; 19,99 Euro
- 17 (–) **Rhonda Byrne**
The Secret – Das Geheimnis
Arkana; 16,95 Euro
- 18 (16) **Harald Welzer**
Selbst denken – Eine Anleitung zum Widerstand S. Fischer; 19,99 Euro
- 19 (–) **Hans-Olaf Henkel**
Die Euro-Lügner
Heyne; 19,99 Euro

Als Prophet des Unter-
gangs plädiert Henkel
für die Rückkehr der alten
Währungen in Europa



20 (14) **Helmut Schmidt**
Ein letzter Besuch
Siedler; 19,99 Euro



Ein Satz, und die Welt wankt

BUCHKRITIK: Amy Hempel ist eine Kultfigur der US-Literatur. Ihre Kurzgeschichten erscheinen erstmals auf Deutsch.

Der erste Satz muss zünden, jeder, der schreibt, weiß das. Ob das jetzt ein guter erster Satz ist, muss sich erweisen; vielleicht auch, ob es ein richtiger erster Satz ist.

Manche erste Sätze enthalten, wie in Kafkas „Die Verwandlung“, bereits die ganze Story: „Als Gregor Samsa eines Morgens aus unruhigen Träumen erwachte, fand er sich in seinem Bett zu einem ungeheueren Ungeziefer verwandelt.“ Andere schlendern beiläufig in sie hinein.

In Amy Hempels nur zwei Seiten langer Geschichte „Anbruch des Tages“ handelt der erste Satz von einer Hündin, die Heißhunger entwickelte, nachdem sie trächtig geworden war. Die Hündin spielt im Fortgang keine Rolle mehr. Der Satz, der dem Leser den Schauer den Rücken hinunterjagt, taucht erst in der zweiten Hälfte des Textes auf: „Dann sah ich, wie er aus dem Schutz der Palmen auf mich zuing, und erkannte meinen Fehler.“

Wer spricht, wissen wir nicht. Worin der Fehler besteht, können wir nur erraten. Wir wissen von zwei Ehepaaren auf einer Insel, einem offenbar fröhlichen alten Paar, das gerade geheiratet hat, und einem vermutlich jüngeren, dem wohl der Hund gehört. Wir erfahren von Schnorcheltouren, von den Tiefen des Ozeans, von Hibiskusblüten, die in ein Meeresschneckenhaus gesteckt sind und nur ein einziges Mal blühen, und von Eheringen, die unter Wasser verlorengelassen.

Selten ist auf knapp zwei Seiten unter einer Oberfläche glitzernd schön wie Sonnensprenkel auf tropischen Wellen mit einem einzigen rätselhaften Satz so ein Grauen angerichtet worden. Die Welt wankt. Plötzlich hat auch die trächtige Hündin eine Bedeutung, plötzlich stehen alle Sätze unter Strom.

Amy Hempel: „Die Ernte“. Aus dem amerikanischen Englisch von Jakob Jung. Verlag Luxbooks, Wiesbaden; 116 Seiten; 14,90 Euro.

Dass die Kunst der Aussparung zu den wirkungsvollsten Waffen eines Erzählers gehören kann, wissen wir von Größen wie Raymond Carver. Wie jeder einzelne Satz einer Kurzgeschichte poliert und justiert und ausgerichtet ist auf seine Tauglichkeit, den Leser bei der Stange zu halten, ohne dass es den Anschein von Präntention hätte, erleben wir in dem kleinen Band „Die Ernte“, der im erst recht kleinen Luxbooks-Verlag erschienen ist.

Amy wer? Hempel, 61, hat in den USA seit 1985 erst vier Kurzgeschichtenbände

ist Geheimtipp, eine Autorin für Autoren, oft auf Achse, Vagabundieren ist ihr Lebensstil geworden. Das Autorinnen-Foto zeigt eine Frau mit offenen, weißblonden Haaren und einem nachlässigen Zopf links, so als ob sie schnell das Interesse an ihm verloren hätte, weil sie weiterschreiben wollte. Sie wirkt wie eine Schamanin. Hempels Mutter hat sich umgebracht, viele ihrer Geschichten handeln vom Tod.

Für ihre Geschichte „Die Ernte“, auch nur wenige Seiten lang, gilt sicherlich der Sieg des ersten Satzes: „In dem Jahr, in dem ich anfang, *Wahs* anstelle von *Vase* zu sagen, brachte mich ein Mann, den ich kaum kannte, unabhängig beinahe um.“

Ein Mädchen liegt im Krankenhaus, sein Bein ist mit 400 Stichen genäht, es sagt 500, „denn nichts ist jemals so schlimm, wie es sein könnte“. Der Anwalt des Mädchens bespricht mit ihm Schadensersatzansprüche.

Die Erzählerin berichtet vom Krankenhaus, von einem Gefängnisausbruch in der Nähe, von Haien und deren Fressverhalten, und doch erfahren wir ganz viel von diesem pubertierenden Mädchen und seinem Problem, ob Aussehen wichtig ist oder nicht. Der Erzählstil ist lakonisch, unvermutet spricht die Erzählerin

den Leser an, erörtert Kompositionsprobleme, reflektiert über Wahrheit und Lüge, über Tapferkeit und Desillusionierungen; es ist eine Stimme, die in ihrem frühreifen Sarkasmus fesselt. Tatsächlich hat man den Sound aus Hempels Geschichten noch tagelang im Ohr.

Und schließlich ist da, neben vielen anderen Juwelen, dieser Ausklang: „Die Ruhe Gottes“, eine Sommer- und Lagerfeuer- und Naturbeschwörung, die auf nichts hinausläuft als ein großes Glück, einen großen Einklang. Es ist eine unwiderstehliche Poesie des Einverständnisses von Freunden und ihren Familien, so ökonomisch, so voll von Wildblumen und Grill und Geschichten, dass man weiterhören möchte, immer weiter.

Amy Hempel ist eine Zauberin.

MATTHIAS MATUSSEK



Autorin Hempel

veröffentlicht. Gelegentlich erscheinen ihre Texte in „Harper's Bazaar“ oder in „Vanity Fair“. Sie ist ein Kind der Sixties, in Chicago geboren, sie vagabundierte durch die Haight-Ashbury-Szene in San Francisco, hörte Konzerte von Greatful Dead und Jefferson Airplane, besuchte die Stand-up-Comedy-Szene, wo sie alles über Witz und Timing lernte.

Einmal besuchte sie den Komiker Steve Martin in seiner Garderobe, der unter einer fürchterlichen Erkältung litt. Sie konnte das nicht, sagte sie mitfühlend, so krank zu sein und dann rauszugehen. „Sei nicht albern“, sagte Martin, „du könntest es auch nicht, wenn du kerngesund wärst.“

Sie hat davon in einem ihrer seltenen Interviews erzählt, in der „Paris Review“, und davon, wie sie den Satz prompt für eine Kurzgeschichte verwendete. Hempel

VERLAGE

Werbung mit Erotik-Bestseller untersagt

Ums Intime kümmern sie sich beide, der Erotik-Bestseller „Shades of Grey“ ebenso wie die Feuchtigkeitscreme Vagisan. Dass der Bielefelder Arzneimittelhersteller Dr. August Wolff sein Mittel gegen trockene Scheiden jedoch mit Hilfe der Romantrilogie der Britin E.L. James bewarb, mochte die Verlagsgruppe Random House trotzdem nicht hinnehmen. In einer Anzeige, die Anfang Juli in mehreren deutschsprachigen Medien erschien, darunter auch dem SPIEGEL, waren Buch und Cremetube nebeneinander abgebildet. Dazu die Überschrift: „Das Geheimnis zweier Frauen-Bestseller: Wer das Tabu bricht, gewinnt“. Beim Landgericht Köln erwirkte Random House, das zum Gütersloher Bertelsmann-Konzern gehört, nun eine einstweilige Verfügung gegen die reklamige Verquickung. Wie eine Sprecherin der Dr.-Wolff-Gruppe mitteilte, habe man für die Aktion viel Zuspruch von Frauen erhalten, werde sich aber selbstverständlich an die richterliche Entscheidung halten.



Anzeigenmotiv

TWITTER

#RoyalBaby

Für Großbritannien war die Geburt von Prinz George Alexander Louis am 22. Juli das Großereignis des Jahres. Für Twitter-Nutzer auf der ganzen Welt war sie ähnlich bedeutsam. Schon Wochen vorher hatte sich das Schlagwort #RoyalBaby durchgesetzt und wurde für allerlei Spekulationen

um Geburtstermin und Namensgebung, für Witzeleien und Spott benutzt. Am #RoyalBaby kam zuletzt kaum noch ein Twitter-Nutzer vorbei. Am 19. Juli gab es laut dem Monitoring-Instrument Topsy rund 10 000 Erwähnungen, am 21. Juli schon mehr als 275 000. Am 22. Juli, dem Tag der Geburt, hagelte es fast 735 000 Tweets. An den Tagen danach nahmen die Zahlen langsam ab. Am 25. Juli wurde #RoyalBaby noch fast 60 000-mal erwähnt.

KARRIEREN

„Ein Tag ohne Ausraster ist ein verlorener Tag“



Schauspieler Hans-Joachim Heist, 64, alias Gernot Hassknecht über seine Wutausbrüche in der ZDF-„heute-show“ und sein neues Bühnenprogramm

SPIEGEL: Was macht der Blutdruck?

Heist: Den habe ich gerade gemessen, da haben Sie Glück. Er ist bei 120 zu 67. Ich habe mich in den letzten Minuten ja überhaupt nicht körperlich betätigt. Und ausgerastet bin ich heute auch noch nicht. Privat bin ich eher ein friedlicher Mensch.

SPIEGEL: In Ihrem neuen Bühnenprogramm „Das Hassknecht Prinzip“

wollen Sie ab September erklären, wie man zum Choleriker wird. Können Sie uns schon mal Tipps geben?

Heist: Ein guter erster Schritt ist beispielsweise, Beschwerdebriefe zu schreiben, an die Telekom, ans Fernsehen oder wen auch immer. Das ist ja Hassknechts großes Hobby. Ansonsten kann man sich über so vieles herrlich aufregen, über unsere Politiker natürlich, über den Kellner im Restaurant und über andere Verkehrsteilnehmer. Autofahren ist ohnehin eine gute Übung für alle Anfänger, die das „Hassknecht Prinzip“ noch nicht verinnerlicht haben.

SPIEGEL: Werden Sie nach der Tournee heiser sein?

Heist: Hassknecht wird nicht zwei Stunden lang rum-schreien. Die Show ist aufgebaut wie ein Coaching. Trainer, die einem erklären, wie man reich und glücklich

wird, gibt es genügend. Wie man cholerisch und glücklich wird, lernt man nur bei Hassknecht.

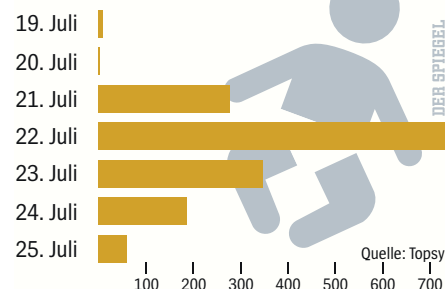
SPIEGEL: Wie reagieren eigentlich Leute auf der Straße auf Sie?

Heist: Die erste Reaktion ist meist: „Aber bitte nicht anschreien!“

SPIEGEL: Über welches Thema würde Hassknecht sich zurzeit am meisten aufregen?

Heist: Ganz aktuell wären das sicherlich die NSA-Bespitzelungen. Aber es gibt immer etwas. Für Hassknecht ist ein Tag ohne Ausraster ein verlorener Tag.

Anzahl der Tweets mit #RoyalBaby, in Tausend



VERLAGE

Der Verkäufer

Die Axel Springer AG trennt sich von einem Großteil ihrer Tageszeitungen und Zeitschriften. Sie erfindet sich neu, hoffen die einen. Sie begeht Selbstmord aus Angst vorm Tod, meinen andere. Hat Vorstandschef Döpfner überhaupt einen Plan?

Als Rupert Murdoch im Jahr 1952 zwei Provinzzeitungen von seinem Vater erbte, schuf er daraus ein Medienreich mit Milliardenumsätzen. Heute besitzt der Australoamerikaner Dutzende Fernsehsender, mit denen er die Meinung ganzer Nationen beeinflusst, Zeitungen von Weltrang wie das „Wall Street Journal“ und ein Hollywood-Studio.

Wenn heute jemand eine Zeitung verkauft bekommt, will er sie anscheinend nur noch loswerden. Das haben die meisten Erben der „Süddeutschen Zeitung“ so gemacht. Die Nachkommen von „WAZ“-Mitgründer Erich Brost. Auch Stefan von Holtzbrinck. Und Mathias Döpfner, Vorstandschef der Axel Springer AG und zumindest ideeller Verwalter des Erbes von Verleger-Legende Axel Cäsar Springer, macht es nun genauso.

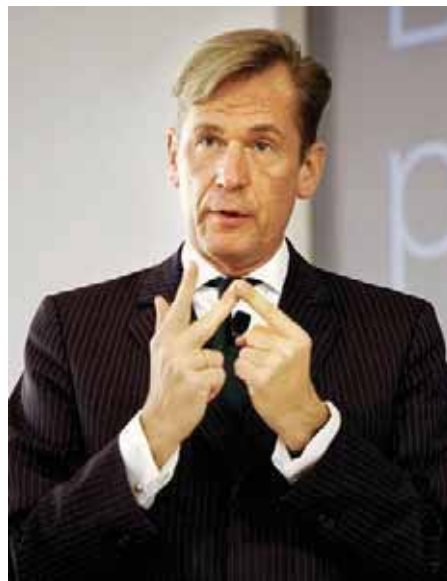
Er verkauft in einem ebenso nüchternen wie aufsehenerregenden Deal für eine knappe Milliarde Euro einen Großteil der Zeitungen und Zeitschriften des Verlags, darunter das „Hamburger Abendblatt“ und die „Hörzu“, die erste Zeitung und die erste Zeitschrift, die Springer einst nach dem Krieg gegründet hatte (siehe Grafik rechts).

Es ist ein chirurgischer Schnitt ins Portfolio. Eine Operation, wie ihn Unternehmensberater und Aktionäre lieben. Kaum verkündet, ging der Kurs der Springer-Aktie am Donnerstag vergangener Woche um 23 Prozent nach oben. An der Börse wird der Titel-Verlust für den Konzern somit auch noch zum Gewinn. Demütigender kann es für einst stolze Redaktionen kaum kommen.

Und schmerzhafter kann es auch für die Branche kaum sein, die ohnehin kurz davor ist, den Glauben an sich selbst zu verlieren, und die fürchtet, sich vom Print-Geschäft, ja womöglich von Teilen des klassischen Journalismus generell verabschieden zu müssen.

Um das Hamburger Zeitschriftenhaus Gruner+Jahr gibt es immer wieder Verkaufserlöse. Für die „Financial Times Deutschland“ gab es überhaupt keinen Käufer. Die „FAZ“ fischte die insolvente „Frankfurter Rundschau“ billig von der

Resterampe. Und auch die Essener Funke-Mediengruppe, die jetzt unter dem Vorbehalt der Kartellbehörde die Springer-Blätter kauft und sich dafür hoch verschulden muss, ist nicht gerade dadurch aufgefallen, dass sie auf neue Ideen setzt. Zeitungsmanagement beschränkt sich dort vor allem auf die Frage: Wie klein kann ich meine Redaktionen machen, bis der Leser den Qualitätsverlust womöglich moniert?



Springer-Chef Döpfner
Chirurgischer Schnitt ins Portfolio

Publizistischer Ehrgeiz ist in den Cheftagen der Verlage kaum mehr zu spüren. Stattdessen werden Redaktionen fusioniert, verlagert, vernetzt, bis ihnen die letzten Reste von Originalität, Mut und Leidenschaft ausgetrieben sind.

Die Zeitungsbranche ist zwar Kummer gewohnt. Doch der Fall Springer hat sie nun noch einmal aufgeschreckt. Wenn das größte Zeitungshaus Europas nicht mehr an Journalismus als Geschäftsmodell glaubt – wer dann noch? Und wenn Vorstandschef Döpfner in einer Mail an die Mitarbeiter zugibt, dass er die abgestoßenen Titel im eigenen Konzern nicht mehr lang für überlebensfähig gehalten habe – wer soll dann noch optimistisch sein?

Da irritiert es natürlich, dass ausgerechnet die wenig weltläufige Funke-Gruppe, die früher mal WAZ hieß, nun in die Rolle des weißen Ritters und letzten Retters rutscht, der beweisen soll, dass Regionalzeitungen oder Fernsehzeitschriften durchaus noch eine Zukunft haben.

Nur: Niemand schreibt die Geschichte auf, dass die Funke-Gruppe zum Verlagsriesen wird, dass da ein neuer mächtiger Konzern entsteht, der das Regionalzeitungsgeschäft dominiert und im Zeitschriftenmarkt auf Augenhöhe kommt mit den bisherigen Platzhirschen Burda und Bauer. Alle sind geschockt von dem, was bei Springer geschieht, auch wenn selbst diese Aktion Vorläufer hat.

Vor ein paar Jahren beispielsweise trennte sich Stefan von Holtzbrinck fast vollständig von seinen ererbten Regionalzeitungen. Schon damals rief er die digitale Zukunft aus, aber die Verlegerkollegen hielten den Junior ohnehin für etwas spleenig. Ungläubig sahen sie zu, wie er dann das soziale Netzwerk StudiVZ in immer neue Höhen trieb – bis es in sich zusammenfiel.

Seitdem steht der Name Holtzbrinck auch dafür, dass man sich im digitalen Geschäft als Verleger rasch eine blutige Nase holen kann.

Doch auch Springer-Chef Döpfner steht fast schon prototypisch für diese Garde der Erbengeneration, die mit dem ihr Anvertrauten zunehmend nichts mehr anzufangen weiß und sich die Leidenschaft, die sie für das Journalistische nicht mehr wirklich zu empfinden scheint, woanders borgt. Bei Leuten, die heute das sind, was Axel Springer vor einem halben Jahrhundert war: Gründer, Impulsgeber, Ideenentwickler. Bei den Mark Zuckerbergs dieser Welt.

Was bei Stefan von Holtzbrinck allerdings noch auf vornehme Art geschah, mit stiller Zurückhaltung, wird von Döpfner und seiner Springer-Führungsmannschaft nunmehr wie eine Mission inszeniert und zelebriert: die Flucht aus dem Stammgeschäft.

Es ist ja nicht nur „Bild“-Chef Kai Diekmann, der Kapuzenjacke und Vollbart trägt, seit er neun Monate lang bezahlten



EDWARD A. DYER

Verlagsgründer Springer 1958

Trennung statt Tradition

Axel-Springer-Konzernstruktur, ausgewählte Publikationen und Beteiligungen

Deutsche Tageszeitungen	Deutsche Zeitschriften	Print international	Digitale Medien	Services/Holding
		- über 190 Tageszeitungen und Zeitschriften außerhalb Deutschlands - Niederlassungen und Joint Ventures u. a. in Frankreich, Polen, Russland, Schweiz, Spanien, Tschechien, Ungarn und Indien - internationale Lizenzen in 34 Ländern		- Zeitungsdruckereien - Logistik und Vertrieb

Vom Verkauf betroffene Mitarbeiter:
900

Urlaub im Silicon Valley machen durfte. Döpfner selbst ließ sich kürzlich für einen Image-Spot über die Erkundungsreise des Springer-Vorstands nach Kalifornien filmen, wie er Banane kauend im Bett lag oder über die Zukunft des Digitalen schwadronierte.

Doch Döpfner, Diekmann und Co. sind keine Gründer, sie inszenieren allenfalls Gründungsfieber. Als ob sich durch das Nachahmen von Klamottenstil und US-Hipness auch Facebook, Google und Co. kopieren ließen.

Der Erfolg des Facebook-Schöpfers Zuckerberg beruht ja nicht auf Äußerlichkeiten, sondern darauf, dass Zuckerberg nicht einfach nur Geld verdienen will, sondern eine Vision hat. Die Vernetzung von allen mit allen, die totale Transparenz. Und darauf, dass er an diese Idee glaubte, selbst als sie noch kaum Gewinne brachte.

Jeff Bezos von Amazon hatte eine unternehmerische Vision. Die Google-Gründer hatten eine. Steve Jobs auch. So wie Axel Springer einst die Idee hatte, das Rundfunkprogramm zu drucken, und dafür die „Hörzu“ erfand. Doch was genau ist eigentlich die Geschäftsidee des Mathias Döpfner, der sich so gern als finanzversierter Schöngeist inszeniert? Seit Jahren steuert er Springer weg vom Stammgeschäft. Doch wohin?

Am vergangenen Donnerstag, als Springer die Branche mit den Verkaufsplänen verblüffte, erschien der „Stern“ mit einem sechsseitigen Interview, in dem der promovierte Musikwissenschaftler Döpfner über Richard Wagner plaudern durfte, dessen Schöpferer er mit dem des Apple-Gründers Steve Jobs verglich.

Seinen bevorstehenden Verkaufs-Coup erwähnte Döpfner da mit keiner Silbe. Wortkarg blieb er auch bei der Frage, ob das Verhältnis zwischen ihm und Friede Springer dem Richard Wagners zu dessen Mäzen Ludwig II. ähnele. Dabei war für seinen Coup in Wahrheit vor allem der Segen der Springer-Erbin entscheidend.

Der ehemalige Musikredakteur der „FAZ“ war einst über Assistenzposten

unter anderem beim früheren G+J-Vorstandschef Gerd Schulte-Hillen im Hause Springer gelandet – und gefiel der Verlagslerin Friede Springer, die ihn schließlich zum Vorstandschef machte. Döpfners größter und seither unerreichter Coup: Er schaffte es, den einstigen Springer-Großaktionär Leo Kirch abzuschütteln. Andere Abenteuer dagegen missglückten krachend.

„Frau Springer unterstützt den Veränderungsprozess im Verlag“, sagte Döpfner erst vor wenigen Wochen im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“, und vielleicht war das ja ein versteckter Hinweis. „Sie bremsst ihn nicht, wie andere es vielleicht aus einer falsch verstandenen Wahrung der Tradition tun würden. Sie ist ein sehr offener Mensch und

Döpfner würde Springer gern umbauen zu einer Online-Ideenschmiede. Doch bisher ist das nur Show.

gibt mir alle Freiheiten.“ Wie weitreichend diese Freiheiten sein würden, ahnte damals kaum jemand.

Am wenigsten die Mannschaft der Springer-Redakteure, die jetzt Funke-Redakteure werden. Nicht mal die Chefs der betroffenen Titel spürten, dass ihre Blätter im Hause Springer nicht mehr gelitten sind. Die Betriebsräte erfuhren zum Teil erst wenige Minuten vor der öffentlichen Bekanntgabe davon.

Die Vorsitzende des Berliner Gesamtbetriebsrats, Petra Pulver, sei daraufhin in Tränen ausgebrochen, heißt es aus Redaktionskreisen. Auch „Berliner Morgenpost“-Chefredakteur Carsten Erdmann sei „sehr überrascht“ gewesen und habe seinen Sommerurlaub vorzeitig abgebrochen. Bei der „sehr emotionalen“ Versammlung seien harte Worte gesprochen worden, heißt es in der Redaktion. Pulver soll bei der Versammlung mit rund 500 Mitarbeitern von einem „Skandal“ und

der „Zerschlagung des Hauses“ gesprochen haben. Döpfner habe sich dagegen verwahrt. Sie solle den Begriff „Zerschlagung“ unterlassen, das habe „Totschlagcharakter“.

Döpfner, den sein einstiger Arbeitgeber „FAZ“ am vergangenen Freitag einen „Schönfärber“ nannte, versuchte den geschockten Mitarbeitern sein Tun noch als Wohltat zu verkaufen. Die Entscheidung richte sich nicht gegen die Mitarbeiter, sondern sichere ihnen im Gegenteil die Zukunft.

„Die Geschäftsführung hat uns komplett übergangen“, sagt dagegen die Hamburger Betriebsrätin Monika Kabay. Nichts habe auf einen solchen Schritt hingedeutet. Erst Ende Juni war eine Vereinbarung ausgelaufen, den Springer-Standort Hamburg nicht weiter zu schrumpfen. Als die Arbeitnehmervertreter die Zusage verlängern wollten, habe die Konzernführung abgeblockt: Eine Fortsetzung der Standortsicherung sei nicht nötig, man habe keine Pläne, das Verlagsgeschäft noch stärker von Hamburg nach Berlin zu verlagern.

Gelogen war das nicht. Wenn die Redaktionen der bisher in Hamburg produzierten Zeitschriften umziehen werden, dann nun wohl eher nach Essen oder München, wo die Funke-Gruppe ihre Stützpunkte hat.

Nun will der Hamburger Betriebsrat dagegen klagen, dass er nicht früher vom Vorstand informiert wurde.

Das wird Döpfner nicht weiter stören. Der Feingeist kann ziemlich hart sein, wenn er eine Entscheidung gefällt hat. Wie groß sein unternehmerisches Ego mittlerweile ist, wurde deutlich, als Springer im vorigen Jahr mit einer großen Revue in Berlin den 100. Geburtstag seines Gründers beging. Da saß Döpfner in Kapuzenjacke auf der Bühne an einem Tisch, vor sich einen Laptop, und formulierte laut einen persönlichen Brief an den toten Verleger, in dessen Verlauf er vom respektvollen „sehr geehrter Herr Springer“ ins vertrauliche „lieber Axel“ hinüberglied.

Die semikabarettistische Einlage kam zunächst wie eine Verneigung daher, doch in Wahrheit diente sie der Festigung des eigenen Machtanspruchs. Ganz oft in seinen bislang zehn Jahren als Vorstandsvorsitzender habe er den Verleger in Gedanken angesprochen, erklärte Döpfner pathetisch. „Ich habe versucht zu ergründen, wie Sie wohl gedacht, wie Sie wohl an meiner Stelle entschieden hätten.“

Persönlich habe man sich nie kennengelernt, so Döpfner. „Vielleicht hätten wir uns ja überhaupt nicht verstanden. Vielleicht hätten Sie mich längst rausgeschmissen.“ Gerade weil man sich nie begegnet sei, „konnten wir auch nie voneinander enttäuscht sein“.

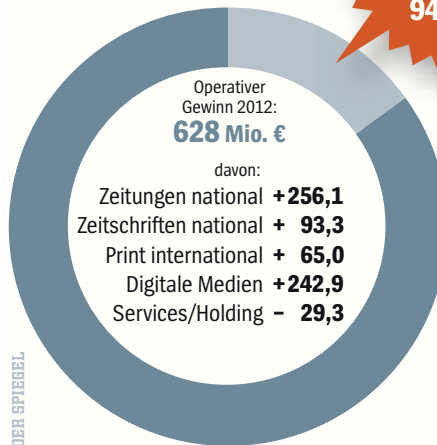
Das ist Koketterie. Döpfners Bilanz als Unternehmenslenker ist keineswegs makellos. Das Investment in den Briefzusteller Pin vor ein paar Jahren etwa endete in einem Desaster und einer Abschreibung von weit mehr als einer halben Milliarde Euro. Online-Firmen kaufte Döpfner für Summen ein, angesichts derer Managern konkurrierender Medienkonzerne flau im Magen wird. Der Kauf des Frauenportals Aufeminin kostete rund 200 Millionen Euro. Das Online-Marketing-Unternehmen Zanox funktioniert nur schleppend, das französische Immobilienportal Seloger ist mit 600 Millionen Euro ebenfalls teuer erkaufte.

Natürlich, Döpfner würde Springer gern umbauen zu einer Online-Ideenschmiede wie die der Brüder Samwer, Erfinder unter anderem von Zalando. Und sicher würde er gern einen Konzern leiten, in dem an jeder Ecke neue Visionen für die digitale Medienwelt entstehen. Doch bisher ist das in seinem Fall vor allem eines: Show.

„Er ist ein wunderbarer Verkäufer, und viele fallen drauf rein“, sagt einer, der früher an der Konzernspitze stand und das Treiben Döpfners bis heute beobachtet. Auch „Bildplus“, wie das Online-Bezahlmodell für das Boulevardblatt heißt, gehört zu dieser Inszenierung. Zigmillionen wurden investiert, unter anderem für Bewegtbilder der Fußball-Bundesliga.

Döpfner redete den Ausgang dieses Versuchs gar zur Existenzfrage des Journalismus überhaupt hoch. Die Zahl der Leute, die für die Extrahalte im Onlineportal der „Bild“ bisher auch Extrageld bezahlen, soll bislang aber überschaubar sein, heißt es in der Redaktion. Und sie ist weit davon entfernt, die investierten Summen irgendwann wieder hereinzuholen.

Operativer Gewinn/Verlust des Springer-Konzerns nach Segmenten, 2012



Doch Döpfner schafft es irgendwie, dass die ganze Branche mittlerweile glaubt: Wenn einer die Lösung für alle Probleme des digitalen Wandels findet, dann er. Als ob der Journalismus tot wäre, wenn die digitale Boulevardbutze „Bildplus“ nicht funktioniert.

Doch allmählich wird die Dauer-Inszenierung mühsam: Das Erbe zu verschern, das über Jahrzehnte erarbeitet wurde, ist noch keine unternehmerische Leistung. Döpfner steht jetzt vor der Eine-Milliarde-Euro-Frage: Was macht er mit dem Geld? Ein Einstieg bei ProSiebenSat.1 ist derzeit schwer vorstellbar. Eine Übernahme der Scout-Gruppe (Im-

mobilienscout24, Autoscout24) von der Deutschen Telekom? Sie ist ein Wunschobjekt Döpfners, wird aber mit bis zu 2,5 Milliarden Euro taxiert und könnte damit am Ende zu teuer sein. Vielleicht muss sich Springer dann in der digitalen Mittelmäßigkeit einrichten. So wie es Holtzbrinck ja seit einigen Jahren tut. Ohne große Story, aber eben auch ohne Glanz und Pomp und ohne die alte mediale Machtfülle.

Der Verlagskonzern verdankt seine außerordentliche Stellung in der Republik ja keineswegs seiner ökonomischen Dimension, sondern seiner publizistischen Bedeutung und Schlagkraft. Mehr denn je hängt das Image des Unternehmens an „Bild“. Ansonsten dürfte

der besondere Glamour der Medienbranche und die damit verbundene Aufmerksamkeit schnell verfliegen. Selbst die Verleihung der „Goldenen Kamera“ der „Hörzu“ richten künftig ja die Essener Kostendrucker aus.

In Döpfners vor zwei Jahren erschienenem Buch „Die Freiheitsfalle“ findet sich ein Kapitel „Warum Unternehmer und Künstler im selben Boot sitzen“. Künstler wie Unternehmer seien große Kinder, schrieb er. Ihr Blick sei unbefangenen und unverstellt.

Schöpferische Zerstörung sei für den Künstler ebenso eine Voraussetzung, um etwas Neues zu schaffen, wie für den Unternehmer. „Künstler und Unternehmer, im idealen Sinne, sind Eroberer, nicht Bewahrer.“ In einem Fernsehinterview sagte er dagegen fast trotzig: „Ich bleibe und bin immer Journalist.“ Das gebe er stets als Beruf an, wenn er im Hotel einchecke.

Unternehmer, Journalist, Eroberer, Verleger, Manager, Künstler – Döpfner hat zumindest noch eine wichtige Rolle: Er ist ein Verkäufer – seiner selbst und nun auch von Springers Geschichte.

MARKUS BRAUCK, TOBIAS GILLEN,
ALEXANDER KÜHN, MARTIN U. MÜLLER,
ANN-KATHRIN NEZIK

SONNTAG, 4. 8., 21.50 – 22.35 UHR | RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN
Prostitution, Menschenhandel, Geldwäsche – Die angeblichen Geschäfte

Festnahme des Rockers Frank Hanebuth

 der Hells Angels auf Mallorca;
Ausgebeutet – Die Not osteuropäischer Wanderarbeiter; **Bleibe gesucht** – Casting für die Wohngemeinschaft.

MITTWOCH, 31. 7., 21.55 – 22.40 UHR | SKY

SPIEGEL GESCHICHTE
Richard Wagner – Genius und Dämon der Deutschen
Teil 1: Kapellmeister in Sachsen

Richard Wagner, geboren am 22. Mai 1813, zählt zu den wichtigsten Komponisten und zu den umstrittensten Deutschen der Kulturgeschichte. Seine Musikdramen revolutionierten die Opernwelt und faszinieren bis heute weltweit seine Verehrer. Wie kein zweiter Künstler seiner Zeit stößt Wagner aber auch auf harsche Ablehnung; Kritiker werfen ihm seinen Antisemitismus vor, machen ihn mit-


Wagner um 1875

verantwortlich für die Verbrechen des Wagner-Fans Adolf Hitler. Doch was ist dran an den Vorwürfen? Kann Musik überhaupt verführen? SPIEGEL-TV-Autor Michael Kloft hat Star-dirigent Christian Thielemann dazu befragt und Originalschauplätze besucht. Darunter auch Bayreuth, wo die Wagner-Festspiele alljährlich das Werk des „Meisters“ feiern.

GESTORBEN

Helen Thomas, 92. Sie befragte, trietzte, nervte zehn US-Präsidenten, von John F. Kennedy 1961 bis Barack Obama 2010. Die Journalistin – tätig für die Nachrichtenagentur UPI, später für die Medien-gruppe Hearst – war immer die erste Frau: erste White-House-Berichterstatte-rin, erstes weibliches Vorstandsmitglied des National Press Club der USA. Ihre Fragen


SAUL LOEB / AFP

waren gefürchtet. Sie forschte Richard Nixon nach seinem angeblichen Geheimplan für das Ende des Vietnam-Kriegs aus; von George W. Bush wollte sie wissen, was ihn zum Einmarsch in den Irak getrieben habe. Obama warb mit Süßigkeiten um die Gunst der Berichterstatte-rin, doch die hielt seiner Regierung exzessive Geheimnistuerei vor. „Ich wache morgens auf und überlege mir, auf wen ich wütend bin“, bekannte sie einmal. Als Kubas Diktator Fidel Castro gefragt wurde, was der Unterschied zwischen Demokratie in Kuba und in den USA sei, sagte er: „Ich muss keine Fragen von Helen Thomas beantworten.“ Helen Thomas starb am 20. Juli in Washington.

Virginia Johnson, 88. Die Studienabbre-cherin war Aushilfssekretärin, als der Gynäkologe William Masters sie 1957 zunächst zur Assistentin und später zur Partnerin erkor. Mit ihr baute er in St. Louis das Masters and Johnson Institute auf, das gänzlich der sexuellen Aufklärung verpflichtet war. Die Autodidaktin konnte dank ihres Charmes die bizarren Sex-Ex-perimente des Arztes gut verkaufen und stieg an dessen Seite zur allseits geachteten Expertin „Dr. Johnson“ auf. Vor Interviews musste sie allerdings mit Infokärtchen geschult werden, um die medizinischen Details nicht durcheinanderzubringen. Der Durchbruch gelang dem Duo 1966 mit dem Bestseller „Die sexu-


ART PHILLIPS / BETTMANN / CORBIS

elle Reaktion“; das Werk offenbarte unter anderem, dass Sex während der Schwangerschaft dem werdenden Kind nicht schadet. Als Amerika sich schließlich hinreichend aufgeklärt wähnte, war die Zeit des Instituts vorbei, 1994 wurde es geschlossen. Virginia Johnson starb am 24. Juli in St. Louis, Missouri.

Heinz Meier, 83. Er bestellte beim Ober Kosakenzipfel, schleppte ein Klavier durchs Treppenhaus und verhedderte sich als Lottogewinner Erwin Lindemann derart in seiner eigenen Erzählung, dass er am Ende nicht mehr wusste, wie er hieß. Wer diesen Lorient-Sketch gesehen hatte, konnte den Namen Lindemann schwer wieder vergessen. Dass der Darsteller Heinz Meier hieß, wusste dagegen kaum jemand. Meier hatte 1953 das Freiburger Wallgraben-Theater mitgegründet und spielte dort rund 200 Rollen, in Stücken von Beckett, Camus oder Thomas Bernhard. Anlässlich seines 80. Geburtstags sagte er in einem Interview über seine Arbeit mit Lorient: Schade sei nur, „dass all das, was ich sonst noch gemacht habe, gelegentlich in Vergessenheit gerät“. Von den Werken seines Entdeckers mochte er dennoch nicht lassen. Noch vor einem Monat stand er auf der Bühne – in Sketchen von Lorient. Heinz Meier starb am 21. Juli in der Nähe von Freiburg.


ROLF HAD / DPA

John Casablancas, 70. Bevor er seine Agentur Elite gründete, waren Models in der Regel unbekannte Schönheiten, die früh zu Bett gehen sollten und nicht besonders gut verdienten. Casablancas hingegen machte aus Models laute und ungezogene Stars, deren Ego mit den gigantischen Gagen wuchs. Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildete Linda Evangelistas Ausspruch, für weniger als 10 000 Dollar pro Tag gar nicht erst aufzustehen. Casablancas, der als Sohn vermöglicher spanischer Auswanderer in New York schon in jungen Jahren dem Jetset angehörte, bereute bald den von ihm befeuerten Hype um die sogenannten Supermodels. „Ich hasse sie alle“, erklärte er, nachdem er im Jahr 2000 nach einem Sex- und Drogenskandal Elite verlassen hatte. Gisele Bündchen sei ein „Monster an Selbstsucht“, Heidi Klum „eine deutsche Wurst ohne Talent“; über Naomi Campbell sagte er: „Sie war abscheulich. Sie können sich nicht vorstellen, welche Freude es mir bereitet hat, sie rauszuschmeißen.“ John Casablancas starb am 20. Juli in Rio de Janeiro.



Rustam Ibragimbekow, 74, international erfolgreicher Regisseur und Drehbuchautor aus Aserbaidschan, wurde vom Oppositionsbündnis in seiner Heimat als Kandidat für die Präsidentschaftswahl im Oktober auserkoren. Er soll gegen den amtierenden Präsidenten İlham Alijew antreten. Der gilt als Autokrat, der Menschenrechte und Meinungsfreiheit missachtet; Korruption und Filz beherrschen das Land am Schwarzen Meer. Ibragimbekow will im Falle eines Wahlerfolgs zwei Jahre lang als Interimspräsident amtierend und faire Parlamentswahlen organisieren. Allerdings ist fraglich, ob er zur Wahl zugelassen wird. Derzeit lebt er in Moskau, er fürchtet, bei seiner Rückkehr nach Baku verhaftet zu werden.

Aung San Suu Kyi, 68, Friedensnobelpreisträgerin, produziert einen Film über ihren Vater, den General Aung San. Der Gründer der burmesischen Armee und Führer der Unabhängigkeitsverhandlungen mit der britischen Kolonialmacht fiel 1947 einem Attentat zum Opfer. Suu Kyi war damals zwei Jahre alt. Er ist ein Nationalheld, dessen Andenken allerdings jahrzehntelang von der Militärjunta unterdrückt wurde. Geschichten über ihn waren tabu, Bilder durften nicht gezeigt werden. Suu Kyi, die 2015 bei der Präsidentschaftswahl kandidieren will, erklärte, der Film solle eine „epische Erzählung“ und „weltberühmt“ werden – ein ehrgeiziger Plan in Anbetracht der schleppenden Finanzierung, die bisher vor allem durch einzelne Spenden von burmesischen Künstlern erfolgt.

Mordlustige Prinzessinnen

Es dauerte weniger als zwölf Stunden, dann war Dornröschen mit Gewehr in der Hand aus Stockholms Straßen wieder verschwunden. Die Kolleginnen Aschenputtel (mit Messer) und Schneewittchen (mit Revolver) hielten fünf Tage lang durch, bis die Stadtbehörden ihnen auf die Schliche kamen und die Bilder vernichteten. Der schwedische Straßenkünstler mit dem Pseudonym **Herr Nilsson** hatte alle drei Disney-Prinzessinnen in einer Nacht gesprüht. Herr Nilsson, nach dem Äffchen von Pippi

Langstrumpf benannt, will weder sein Alter noch sein Geschlecht preisgeben. Denn der Disney-Konzern zog schon oft wegen seiner Phantasiegeschöpfe vor Gericht, Copyright und Deutungshoheit sind Disney heilig. Herr Nilssons Interpretationen der Märchenfiguren sind gedacht als Kritik an Disneys stereotyper Weltansicht. Auf seiner Facebook-Seite gehen inzwischen Anfragen ein, ob man diese und andere Graffiti auch als Poster kaufen könne. Im Moment, so sagt Herr Nilsson, sei es ihm wichtiger, seine Anonymität zu wahren, als Geld zu verdienen.



Schwester und Tante

Die Banalitäten im Partyratgeber von **Pippa Middleton**, 29, sorgten schon beim Erscheinen im vergangenen Jahr für Spott: „... heiße Milch kann (im Kaffee) für alle, die ihren Kaffee gern milchig mögen, einen großen Unterschied machen ...“ Zwei britische Künstler – und Antimonarchisten – erkannten das Potential dieser Publikation und gaben auf dem Twitter-Account @Pippatips täglich Nonsens-Ratschläge: „Ein hübscher Hut kann vor Sonne schützen, setze ihn einfach auf den Kopf und voilà – dein ganz persönlicher, transportabler Schatten.“ Mat Morrisroe und Suzanne Azzopardi veröffentlichten nun auch einen Schwangerschafts- und Elternratgeber. Die Pippa-Parodisten stellen Fragen wie: „Bedeutet ‚ein Nest bauen‘, dass ich in einem Baum wohnen muss?“ Middleton, inzwischen nicht nur berühmte Schwester, sondern auch berühmte Tante, findet das nicht witzig. Sie hat ihre Anwälte eingeschaltet; seither ist @Pippatips nicht mehr aktualisiert worden.



ROYAL PHOTO NEWS PICTURES/FACE TO FACE

Mama beim Rabbi

Vor vielen Jahren war sie die süße Kleine in „E.T.“. Später wurde sie zum drogensüchtigen Promi-Teenie. Heute ist **Drew Barrymore** 38 Jahre alt, verheiratet und Mutter. Ihr Mann, der New Yorker Kunsthändler Will Kopelman, kommt aus einer berühmten jüdischen Familie. Die gemeinsame Tochter namens Olive soll nach jüdischer Tradition erzogen und vollwertiges Mitglied der jüdischen Gemeinde werden. Das ist nur möglich, wenn die Mutter Jüdin ist. Barrymore bereitet sich seit einiger Zeit auf die Konversion zum Judentum vor, eine komplizierte, langwierige Sache. Sie muss religiöse Texte studieren, rituelle Reinheitsgebote lernen, vor allem aber den Rabbi von ihrer Ernsthaftigkeit überzeugen. Zum Beweis, dass sie ihrer nicht ganz koscheren Vergangenheit ein für alle Mal abschwört, lässt sie sich in einer schmerzhaften Laserprozedur ihre sechs Tätowierungen entfernen, darunter auch ein Kreuz.



BAXTER / ABACA / PICTURE ALLIANCE / DPA



KIRK MCKOY/LOS ANGELES TIMES/CONTOUR BY GETTY IMAGES

Auf Abstand

Im Februar erhielt die US-amerikanische Schauspielerin **Jennifer Lawrence**, 22, für ihre Darstellung der Tiffany in dem Film „Silver Linings“ einen Oscar. Was für andere Schauspieler die

Krönung ihres Lebenswerks bedeutet, gelang der jungen Frau ohne Schauspielausbildung gleich am Anfang ihrer Karriere. Vielleicht ist das der Grund, dass ihr die Statue nicht ganz geheuer ist. Zunächst stand der Oscar im Flur vor dem Badezimmer ihres Hauses in

Los Angeles. Doch Lawrence stellte fest, dass er eine „schräge Ausstrahlung“ besitze, und verbannte ihn. Die goldene Trophäe befindet sich jetzt in ihrem Elternhaus in Kentucky, mehr als 3000 Kilometer von ihrem Wohnsitz entfernt.

Geheimer Gedankenleser

Der Mann, der einst hauptberuflich Löffel verbog, steht im Mittelpunkt einer BBC-Dokumentation, die vergangene Woche in Großbritannien Premiere hatte. In „Das geheime Leben des **Uri Geller**: Spion und Medium“ wird der 66-jährige israelische Bühnenzauberer zu seiner Tätigkeit als Geheimdienstagent befragt. Allerdings sagt Geller so gut wie nichts Konkretes, alles ist nach wie vor schrecklich geheim. Benutzte er seine übernatürlichen Kräfte tatsächlich dafür, die Gedanken russischer Diplomaten zu lesen und ihre Datenträger zu löschen? Kein Kommentar. War er es, der 1976 qua Gedankenkraft Radargeräte über Afrika störte, damit israelische Sicherheitskräfte unbemerkt im ugandischen Entebbe landen und eine Geiselnbefreiung durchführen konnten? Weder bestätigt Geller, noch dementiert er. Anscheinend war er aber tatsächlich jahrelang in einem CIA-Programm tätig, das die Möglichkeiten des Gedankenlesens für die Feindspionage auslotete. Es wurde 1995 eingestellt.



SPRING FILM / VIXPIX FILMS / BBC

Aus der „Main-Post“: „Erneut hat es einen Anschlag auf die Tiere eines Ostheimers in der Richard-Streng-Straße gegeben. Nach Fasanen und Hühnern waren dieses Mal Vögel dran.“



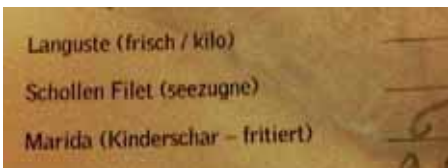
Graffito in der Nähe des Stuttgarter Hauptbahnhofs

Aus der Hannoverschen „Neuen Presse“: „Täglich werden etwa 144 neue Erdenbürger geboren. Pro Minute.“

Jeder Defekt, jedes Nest werden karibisch vermerkt

Aus den „VDI Nachrichten“

Aus einer Bildunterschrift der „Mittelbayerischen Zeitung“: „Ein Sichtschutzzaun an der A3 (im Hintergrund) schützt den Verkehr vor Staub und die Bauarbeiter vor neugierigen Blicken der Autofahrer, die nicht ungefährlich sind.“



Aus der Speisekarte eines Restaurants auf Kreta

Aus dem Fernsehprogramm des „Gießener Anzeigers“: „Erdreste an einer Leiche führen Brennan in den Garten von Senator Corman. Da entdeckt sie einen weiteren Toten. Der will von nichts gewusst haben.“

Männer-Schlussverkauf im UG!

Aus einer Anzeige im „Badischen Tagblatt“

Aus der „Tageszeitung“: „Mein Sohn hatte sich um die Haustiere der Mitbewohner gekümmert und mit ihnen Kochrezepte ausgetauscht.“

Zitate

Die „Frankfurter Allgemeine“ zum SPIEGEL-Artikel „Angriff aus Amerika“ (Nr. 27/2013):

Erst mit Beginn des Juli änderte sich die Terminologie der Bundesregierung – mehr als drei Wochen nach den ersten Berichten über Snowden. Angela Merkel ging auf Konfrontationskurs – aus Gründen der eigenen oder anderer Leute Empörung. Ein Bericht in der Zeitschrift DER SPIEGEL war Anlass, wonach 500 Millionen Kontakte (telefonischer Art sowie des E-Mail-Verkehrs) von der NSA abgeschöpft wurden.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ zum selben Thema:

Nicht anders war es, als der SPIEGEL 1989 aufdeckte, dass die USA in Gestalt ihrer National Security Agency (NSA) über 350 Zentren und Horchposten auf bundesdeutschem Boden unterhielten, und dies mit Wissen und Billigung der Bundesregierung. Wenn dieser Tage Kanzlerin Merkel kundtut, das Abhören „von Freunden“ gehöre sich nicht, dann wäre daran zu erinnern, dass die aggressive Überwachungspraxis der Amerikaner eine lange Tradition in Westdeutschland hat und auch nach der Wiedervereinigung fortbesteht.

Die „tageszeitung“ über die wöchentliche Hausmitteilung im SPIEGEL:

Sie wussten, was sie tun. Und deshalb gaben sie sich auch so betont bescheiden. Als das Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL vor 50 Jahren seine berühmte Angeber-Rubrik „Hausmitteilung“ startete, klang das so: „Mit diesem Bericht über einen Bericht öffnet der SPIEGEL ein Türchen, das offen bleiben soll und durch das dem SPIEGEL bei der Arbeit zuschauen kann, wer will. Die Hausmitteilung des SPIEGEL-Verlags wird künftig in jedem Heft veröffentlicht.“ Seit dem Juli 1963 steht da wöchentlich auf Seite 3, was die Redakteure des Magazins so alles unternehmen, um auf Augenhöhe mit den Großen und Mächtigen der Welt zu kommen. Oder auch mal mit dem Mann auf der Straße. Die Rubrik ist eine wahre Feier des Spesenrittertums, hier wird der Journalistenalltag zum Reiseabenteuer wie bei „Tim und Struppi“. SPIEGEL-Redakteure trinken Schnaps und spielen Karten, sie essen Zwiebelrostbraten und kotzen bei hohem Seegang. Sie gehen auf Demonstrationen, ins Museum und auf Toilette ... Und wenn die SPIEGEL-Leute wieder zu Hause sind, dann sondern sie für die Hausmitteilung noch so manche Binsenweisheit ab.

